

Kein Mensch flieht freiwillig

Ursachen von Flucht und Migration

außerdem:

Afghanistan: Nachbarn schüren Bürgerkrieg

Kuba: Ausverkauf des Sozialismus

Debatte: Strukturanpassung im Norden

Register '94

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Fabian Fligg, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Später, Bernhard Thill, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 204:
12.2.1995

Anzeigenschluß für Nr. 204:
(Druckfertige Vorlagen) 25.2.1995

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +16,- DM, Welt + 24 ,- DM Porto/Jahr). Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Themenschwerpunkt 204: Südost- und Ostasien

Die Entwicklung der „Vier Tiger" und einiger nachfolgender Länder Südostasiens scheint die Prognosen der Entwicklungskritiker aus den 70er und 80er Jahren Lügen zu strafen. Der vorherrschende Diskurs einer wiederbelebten Modernisierungstheorie feiert die ökonomischen Erfolgszahlen: Ist ein Aufstieg aus der Dritten Welt nicht auch für ein Land in Afrika, im Rahmen eines asiatischen Policy-mix, möglich? Der Themenschwerpunkt fragt nach den spezifischen Voraussetzungen und der Übertragbarkeit dieser „Modelle". Anhand von Länderbeispielen verdeutlicht er die dunklen Seiten der Erfolgsstory und zeigt verschiedene Aktivitäten, die sich um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der sozial deklassierten Schichten drehen. Zudem stellt er die geopolitische Rolle der Region mit den Supermächten Japan und demnächst China dar. Für die Klasse in Bonn ist die Region einerseits ein Konkurrent im globalen Standortpoker und andererseits ein heiß umkämpfter Markt für Direktinvestitionen.

Inhaltsverzeichnis

Gipfelmanie 1995

Auch im Jahr 1995 zieht sie wieder, die Gipfelkarawane. Vom Weltsozialgipfel in Kopenhagen nach Berlin zum Klimagipfel, von dort nach Halifax, wo sich die Großen Sieben treffen und weiter zur Weltfrauenkonferenz nach Peking. Zuletzt wird sie im Oktober in New York ankommen, wo sich die 'international community' zur Feier des 50. Jahrestags der Vereinten Nationen vereint. Alles klar? Oder wird die notwendige Bearbeitung globaler Probleme zur bloßen Gipfelmanie pervertiert?

In rosigen Farben wie schon lange nicht mehr malte der 'Wirtschaftsausblick' der OECD kurz vor Weihnachten die absehbare Zukunft der industrialisierten Welt. Zwar werde die Arbeitslosigkeit nur minimal zurückgehen. Doch könnten sich die kapitalistischen Industrieländer in den kommenden beiden Jahren starker Wachstums- und niedriger Inflationsraten gewiß sein. Gefahr drohe lediglich von der Geldpolitik, die einen gefährlichen Balanceakt zwischen der Skylla der drohenden Überhitzung und der Charybdis einer abgewürgten Konjunktur bewältigen müsse. Eine 'goldene Gelegenheit' also, um die langfristigen Probleme anzugehen, wie die OECD-Ökonomen behaupten?

Nachdem die internationalen Umweltpolitiker das Abrücken von ihren großspurigen Versprechen in Rio 1992 mit den Sachzwängen der internationalen Rezession begründet haben, sollte man meinen, jetzt, im Zeichen einer ökonomischen Erholung, stünde auch einem ökologiepolitischen Aufschwung nichts mehr im Wege. Aber Pustekuchen. Wir sind mit einer anhaltend schleppenden Konferenzdiplomatie konfrontiert, die über wohlklingende Absichtserklärungen kaum hinaus kommt. Offensichtlich degradiert eine konjunkturelle Krise ökologische und soziale Belange in der politischen Sphäre zum Mauerblümchendasein. Im Rahmen eines konjunkturellen Höhenflugs passiert aber auch nicht viel mehr. Die allenthalben zu beobachtende politische Stagnation ist daher mehr als nur Ausdruck mangelnder wirtschaftlicher oder finanzpolitischer Handlungsspielräume.

Mit der Krise, die sich keineswegs in normalen periodischen Rezessionen erschöpft, hat sich die gesellschaftliche Dynamik weltweit vom Staat auf den Markt verschoben, mit weitreichenden Konsequenzen für das politische Koordinatensystem. Der 'capitalisme généralisé' (Michel Beaud) zeigt wieder sein 'normales' Gesicht. Auf dem Sozialgipfel zeigt sich besonders deutlich, wie diametral entgegengesetzt schon die Ausgangspunkte sind, von denen aus die Probleme identifiziert werden.

Während Sozialverbände und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) den Sozialgipfel für einen Durchbruch zu einer neuen globalen Sozialstrategie nutzen wollen, was den Bruch mit dem neoliberalen Paradigma der Strukturanpassung voraussetzt, werden die 'mainstream'-Ökonomen nicht müde zu fordern, daß die Malaise mit noch einer zusätzlichen Dosis von denselben Ingredienzien 'bekämpft' werden müsse, die bereits zu ihrer Verschärfung beigetragen haben: also vor allem noch mehr Deregulierung der Wirtschaft, noch mehr 'Flexibilisierung' der Arbeitsmärkte, noch mehr Anpassung an die 'Sachzwänge' des Weltmarktes. Unter dieser Prämisse ist von Gipfelkonferenzen, so sympathisch ihre Themen auch formuliert sein mögen, kaum etwas zu erwarten.

Auch wer in dieser Situation umstandslos auf 'die Zivilgesellschaft' setzt, wird sein blaues Wunder erleben. Denn in dem Maße wie der Markt weltweit den Staat verdrängt, wird auch jener 'vorstaatliche Raum' (als den Gramsci die Zivilgesellschaft definierte) zur reinen 'Marktgesellschaft' (Elmar Altvater), in der die Vertreter des Kapitals allemal die Oberhand behalten.

Auf dem Sozialgipfel droht sogar ein rollback: Die befürchtete Akklamationsveranstaltung könnte von interessierter Seite dazu benutzt werden, den seit 30 Jahren bestehenden Pakt für wirtschaftliche und soziale Rechte zu verwässern und so die Arbeit der ILO bzw. die Durchsetzung von elementaren Sozialstandards noch mehr zu gefährden. Auch ein nachträglicher sogenannter 'Follow-up-Prozeß' ist nicht in Sicht, da dies die Verabschiedung von überwachenswerten Verpflichtungen voraussetzen würde, an deren Zustandekommen selbst die Propagandisten nicht so recht glauben.

Wer heute angesichts der Globalisierung der Ökonomie und der Globalisierung von Problemen der politischen Gestaltung zu ihrem Recht verhelfen will, ist deshalb mehr denn je auf den Aufbau von Gegenmacht, auch und vor allem im internationalen Raum verwiesen. Im Rahmen des Sozialgipfels wäre dies z.B. die Selbstorganisation von Betroffenen in regionalen Armutskonferenzen. Dies ist freilich leichter gesagt als getan. Doch gibt es hierzu keine Alternative: So mühsam es ist, die Probleme auf die lokale Ebene 'herunterzubuchstabieren', um Handlungsperspektiven vor Ort zu gewinnen, so notwendig ist es, auch umgekehrt, gleichsam von unten nach oben, die globale Ebene als Handlungsfeld zu erschließen. Dabei wird es zunächst darum gehen, die Fähigkeit zur gemeinsamen Absprache, Koordination und Zielbestimmung zu verbessern, um künftig einen neuen Weg der sozialen und ökonomischen Entwicklung mitbestimmen zu können.

Wenn NGOs und soziale Bewegungen die Gipfelkonferenzen in diesem Sinne als katalytische Punkte zu nutzen verstehen, können sie längerfristig mehr erreichen als wenn sie sich mit einem 'taktischen Realismus' (Rudolf Bahro) begnügen, der den Blick für die Ursachen der Probleme verschüttet. Den internationalen Konferenzdiplomaten sind ohne Zweifel ausgeprägte Züge von Gipfelmanie nicht abzusprechen. Aber zugleich zeugt die Existenz dieser Spezies eben auch davon, daß der weltweite Regelungsbedarf objektiv selten so groß gewesen ist wie heute.

Was heute (immer noch) am stärksten gegen den Kapitalismus spricht, ist die von ihm erzeugte Verbindung von ökologischen Krisen und sozialer Polarisierung. Doch nicht nur für die Welt von Kapital und Arbeit gilt: "Der Internationalismus hat die Fronten gewechselt. Solange die Linke auf diesem Gebiet nicht die Initiative zurückgewinnt, kann sich das gegenwärtige System sicher fühlen" (Perry Anderson).

Rainer Falk (WEED)

Leicht aktualisierte Fassung aus: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Jan. 1995. Bezug: WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn.

Droht ein Ausverkauf des Kubanischen Modells oder lassen sich wichtige Errungenschaften der Revolution trotz oder gerade durch eine Öffnung zum Weltmarkt retten? Die beiden folgenden Artikel gehen dieser Frage nach. Der erste Beitrag wirft zunächst einen Blick zurück: Er analysiert die wichtigsten wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der vergangenen Jahre und zeigt an Beispielen, wie weit der Kapitalismus bereits in die kubanische Ökonomie vorgedrungen ist und welche Folgen er für die Gesellschaft hat. Der zweite Text nimmt die aktuellen binnenwirtschaftlichen und währungspolitischen Trends und Reformversuche unter die Lupe.

Ausverkauf...

Mit der wirtschaftlichen Öffnung naht das Ende des kubanischen Sozialismus

Kuba ist dabei, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Der wachsende Einfluß des Auslandskapitals, insbesondere in der Tourismusindustrie, stellt das sozialistische Gleichheitsideal in Frage. Die kubanische Führung verharmlost bisher dieses Dilemma, anstatt realistische Zukunftsszenarien zu entwerfen, was aus den Errungenschaften der Revolution werden soll und werden kann.

Seit sechs Jahren ist Kuba kein privilegiertes Mitglied des sowjetischen Wirtschaftsraums mehr, die Kubaner müssen sich angesichts ihrer Einsamkeit im weltweiten Konkurrenzkampf um Investoren bemühen. Das Ausmaß der Veränderung zeigt ein Vergleich der Situation 1989 - als Kuba Waren für acht Mrd.$ importierte (davon einen erheblichen Teil auf Kredit) und 85% seines Außenhandels mit dem Sowjetblock abwickelte - mit 1994, wo die Importe auf weniger als 2 Mrd.$ geschrumpft sind und bei Lieferung bar bezahlt werden müssen. Die kubanische Führung will den wirtschaftlichen Absturz zumindest für einige Zeit mit Hilfe von ausländischem Kapital stoppen. Sie ignoriert den Widerspruch, daß der Sozialismus mit Hilfe von ausländischem Kapital gerettet werden soll und konzentriert ihre Energie auf die Rettung des Gesundheits- und Bildungswesens, der Errungenschaften von 36 Jahren Revolution.

Kubanische Politiker legen ein Selbstvertrauen an den Tag, als wären sie wie vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion in der Lage, einen Grad sozialistischer Reinheit zu gewährleisten, auf den andere Länder wie China oder Vietnam längst verzichten mußten. "Wir behalten die Kontrolle über die Binnenwirtschaft und öffnen den Exportsektor und die Tourismusindustrie für ausländische Investoren", erklärte im September 1994 stolz der Vizeminister für ausländische Investitionen, Osvaldo Castilla. Doch wie will man die beiden Bereiche auseinanderhalten, insbesondere wenn gefräßige ausländische und kubanische Unternehmer versuchen, den Bereich der Privatwirtschaft auszuweiten? Die kubanische Führung kultiviert lieber neue Varianten triumphalistischer Rhetorik, als Pläne zu skizzieren, wie Kuba sich auf die kapitalistische Weltwirtschaft einstellen und gleichzeitig einige sozialistische Institutionen bewahren kann.

Die Binnenwirtschaft

Die Unfähigkeit der Regierung, die Wirtschaft ohne sowjetische Unterstützung lebensfähig zu halten, führt Parolen wie "Sozialismus oder Tod" ad absurdum. "Im Kuba von 1994 sind diese Worte zu Synonymen geworden", sagt ein Vertreter des Handelsministeriums, einer von tausend Witzen, die man allerorten hört.

Seit 1992 ist der Prozentsatz der Bevölkerung, den der Staat ausreichend mit Lebensmitteln und anderen Grundbedarfsgütern versorgt, nicht mehr sehr groß. Die Neuerungen, die die Nationalversammlung 1993 und 1994 in den Bereichen Arbeitsrecht, Subventionen, Steuern und Geldpolitik beschlossen hat, entfernen das Land weiter vom verkümmernden sozialistischen Modell, entwerfen aber kein neues Modell. Die Regierung reagiert damit nur auf Krisen bzw. auf die triste Realität des täglichen Lebens.

1993 gab Fidel dem wachsenden Druck nach und legalisierte den Dollar. Diese Legalisierung untergräbt die sozialistische Moral weiter. Kubaner, die Dollars haben, mit oder ohne Arbeit erworben, führen ein privilegiertes Leben. Manche erhalten Geldsendungen von ihren Familien im Ausland, andere, wie Künstler oder Schriftsteller, die ihre Werke an ausländische Galerien bzw. Verlage verkaufen, verdienen harte Devisen. Die meisten Dollarbesitzer arbeiten in der boomenden Tourismusindustrie. Busschaffner, Kellner, Taxifahrer und Zimmermädchen kaufen mit ihren Trinkgeldern Lebensmittel und andere Waren in den Dollarläden.

"Wir sind die wahre Konsumgesellschaft, niemand produziert, alle konsumieren", bemerkte Gutierrez Alea, der preisgekrönte Filmregisseur. Da das billige Öl nicht mehr fließt, mußte die Regierung harte Rationierungen einführen, Fabriken schließen, den Busverkehr einschränken und ihr Versprechen, die Vollbeschäftigung zu erhalten, zurücknehmen. Eine Folge dieser Veränderungen ist die Wiederauferstehung der einst verachteten timbiriches, der kleinen Geschäftsleute. Nach erbitterten Debatten über sozialistische Prinzipien fand sich die Nationalversammlung 1993 bereit, in 120 verschiedenen Berufszweigen Selbständige zuzulassen. Im Sommer 1994 hatten bereits mehr als 150.000 Personen einen Gewerbeschein. Zehntausende haben sich ohne Erlaubnis selbständig gemacht, d.h. sie zahlen keine Steuern.

Am 17.September 1994 kündigte Raul Castro an, daß ab 1. Oktober freie Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse eröffnet würden. Fidel hatte vor etwa zehn Jahren die "'Bauern'- Märkte" mit der Begründung abgeschafft, sie korrumpierten die Bevölkerung und das sozialistische System. Angesichts des heutigen politischen Klimas erklärt Raul kategorisch: "Wenn es Nahrungsmittel für die Menschen gibt, sind die Risiken zweitrangig" (Granma, 17.9.94).

Ende 1994 akzeptieren die Kubaner als normal, was vor zehn Jahren die Wachhunde der Partei als "kapitalistische Auswüchse" bezeichnet hätten. Die Universität Havanna bietet jetzt ein Aufbaustudium in "Wirtschaftlicher Erneuerung" an, ein Euphemismus für das Studium des Kapitalismus, einschließlich Verkaufsstrategien und Marketing, anhand eines Lehrbuchs von Robert Samuelson. Vor fünf Jahren wäre ein Professor, der eine solche Ergänzung des Lehrplans vorgeschlagen hätte, ideologischer Häresie bezichtigt worden.

Im November 1993 hörten kubanische Wirtschaftsplaner begierig zwei Funktionären des früher als "Tempel des Kapitalismus" bezeichneten IWF zu, die ihnen die

Vorzüge und Erfolge des osteuropäischen Übergangs zur Marktwirtschaft nahebrachten. Kuba hat beantragt, wieder in die Weltbank und den IWF aufgenommen zu werden, wogegen allerdings die USA aus ideologischen Gründen ihr Veto einlegen.

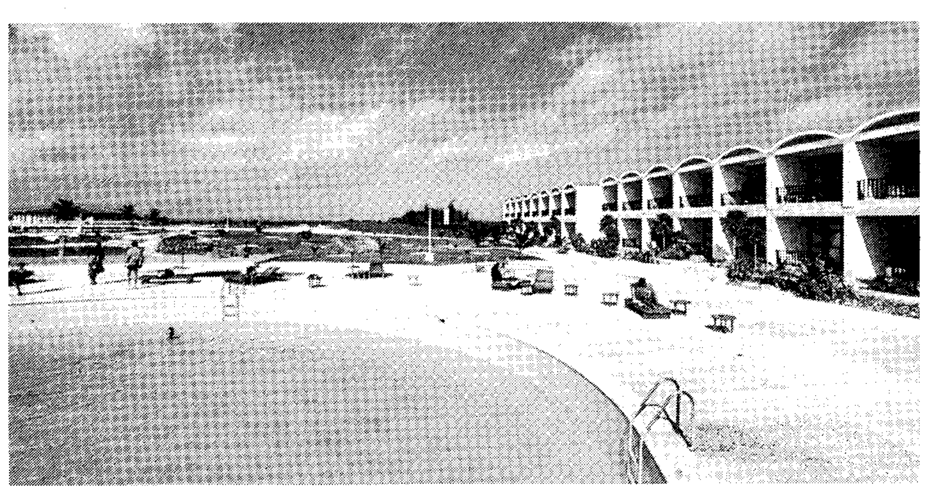
Tourismus und Exportsektor

Abgesehen von den USA achten ausländische Kapitalanleger nicht auf Kubas revolutionäre Rhetorik, sie sehen nur den Vorteil, gut ausgebildete Arbeitskräfte ausbeuten zu dürfen und ihre Gewinne ohne Schwierigkeiten abziehen zu können. Ein brasilianischer Unternehmer drückte es so aus: "Kuba ist wie eine Wasserpfütze, ich sehe mich als Schwamm".

Im Juni 1994 erklärte der Minister für ausländische Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ernesto Meléndez, daß es 146 Joint-venture-Unternehmen in 25 unterschiedlichen Bereichen der Wirtschaft gebe, an denen Kapital aus 28 Ländern beteiligt sei. 130 weitere Projekte würden zur Zeit geprüft. Spanien steht mit 32 bereits existierenden Joint Ventures an der Spitze. Kanada und Mexiko, die NAFTA-Partner der USA, sind ebenfalls wichtige Investoren in Kuba. Viele wichtige Bereiche der Wirtschaft, u.a. Tourismus, Bergbau, pharmazeutische Industrie und Telekommunikation, sind offen für ausländische Investitionen. Nur Bereiche, die nach kubanischer Ansicht wichtige nationale Interessen be-rühren wie Häfen, Flughäfen, Straßenbau, Eisenbahnen und (bis vor kurzem, A.d.Ü.) die Zuckerproduktion, sind tabu.

Kubanische Regierungsvertreter betonen, daß sie ihre Souveränität in den Joint -ventures bewahrt haben, da nur Anteile und keine ganzen Unternehmen an Ausländer verkauft würden. Nach Angaben von Vizeminister Osvaldo Castilla überträgt die Regierung ihre Anteile einem kubanischen Unternehmen, das dann einen Prozentsatz an einen ausländischen Investor verkauft. "Das ideale Verhältnis ist 51% kubanisch, 49% ausländisch; aber jeder Fall liegt anders. Das Internationale Textilunternehmen z.B. gehört zu 70% Mexikanern, weil es so schwierig ist, Textilien ins Ausland zu verkaufen."

Die Regierung strebt auch an, die Beschäftigungsbedingungen unter Kontrolle zu behalten. Joint-ventures bezahlen eine staatliche Leiharbeiteragentur in Dollars für ihre Beschäftigten. Diese werden vom Staat, der auch für ihre Sozialversicherung sorgt, in Pesos bezahlt. Die Joint-ventures können ihre Beschäftigten entlassen, diese kehren dann zur staatlichen Leiharbeiteragentur zurück und erhalten Arbeitslosengeld, bis sie eine neue Stelle finden. Die kubanische Regierung gibt keine genauen Zahlen an, es wird aber zugegeben, daß Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu einem ernsten Problem geworden sind.



„Kuba: kristallklares Wasser, Sonne, heiße Salsa-Rhythmen..." (Text aus einem Reisekatalog)

Die meisten ausländischen Investoren meiden krisenanfällige Industriezweige und investieren lieber in den Tourismus. Schon zehn Jahre vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion lechzten ausländische Investoren danach, Profit aus Kubas Klima und seinen Stränden zu schlagen. 1994 ist der Tourismus der zweitwichtigste Wirtschaftszweig des Landes nach der Zuckerproduktion und derjenige mit den meisten ausländischen Investitionen.

1993 brachten 560.000 Touristen der Insel 720 Millionen Dollar ein. 1994 werden in den Seebädern mehr als 600.000 Besucher vorwiegend aus Kanada, Westeuropa und Lateinamerika erwartet, die etwa 900 Mio.$ ausgeben sollen. Armando Amieva, Handelsattaché bei der kubanischen Interessenvertretung in Washington, hat keine Hemmungen, den Tourismus anzupreisen: "Die Dollars der Investoren amortisieren sich dort am schnellsten." (Interview der Autoren, Okt.1994). In der Tat gehen die Investoren davon aus, daß sie ihr in Hotels angelegtes Geld binnen vier Jahren wieder hereinbekommen und danach dicke Profite machen.

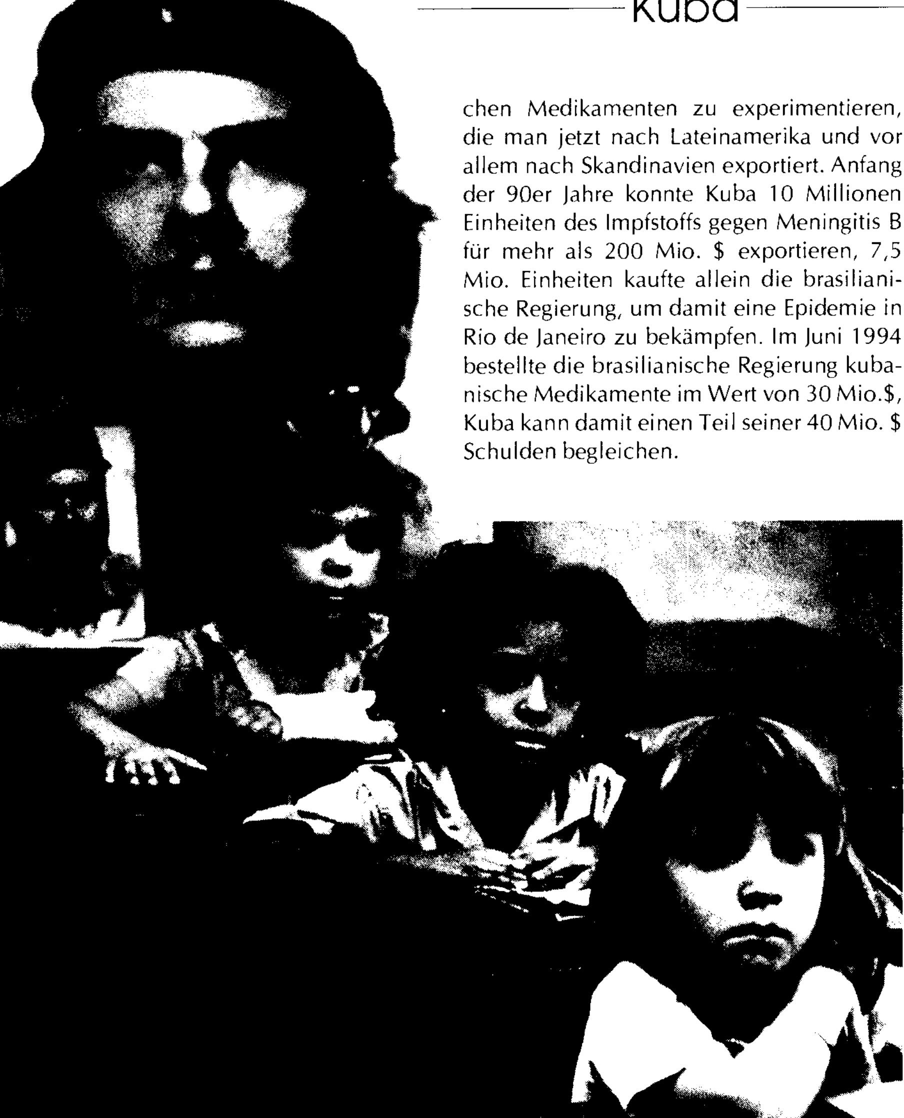
Kuba ist im Hotelsektor unter anderem Joint-ventures mit Sol-Melia, Raytur und Guitart Hotels (Spanien), LTU (Deutschland), Superclub (Jamaica), Delta Hotels (Kanada) und Golden Tulip International (Holland) eingegangen. Diese Firmen haben allein in Varadero Beach 1.200 neue Hotelzimmer geschaffen und wollen innerhalb der nächsten fünf Jahre weitere 7.200 bereitstellen. Kuba will diesen Sektor weiter ausbauen und verläßt sich dabei auf die Schönheit seiner Strände und den Ausbildungsstand seiner Arbeitskräfte: "Von acht erwerbstätigen Erwachsenen ist einer ein versierter Techniker und von 15 hat einer mindestens einen Magistergrad", sagt Regino Boti, Vizepräsident von CIMEX, einer neugegründeten Firma zur Förderung von Handel und Investitionen.

An zweiter Stelle nach dem Tourismus stehen bei den Joint-ventures die Suche nach Bodenschätzen, der Bergbau und die Raffinerien. Zwar ist der Bergbausektor in den letzen Jahren aufgrund des Mangels an Öl, chemischen Inputs, Ersatzteilen und Rohstoffen stark geschrumpft, doch ist Kuba nach wie vor der fünftgrößte Nickelproduzent der Welt. Kanadische Investoren im Nickelbergbau interessieren sich auch für die noch unausgebeuteten Kobaltvorkommen, die größten der Welt.

Die kanadische Sherritt Inc. hat sich für 15 Jahre das Recht gesichert, bei Moa vor der kubanischen Küste Nickel abzubauen. Letztes Jahr hat sie 1,2 Mio $ investiert, um die Schmelzhütte in Moa zu modernisieren und dort eine Schwefelsäure-Fabrik zu bauen. Im Juni 1994 meldete Sherritt einen Vertragsabschluß, der ihr erlaubt, zusammen mit der staatlichen Compañia General de Niquel, Nickel und Kobalt abzubauen, zu raffinieren und weltweit zu vermarkten. Das Joint-venture umfaßt auch die Sherritt- Raffinerie in Fort Saskatchewan, Alberta, wodurch das kubanische Unternehmen Mitbesitzer von einem Stück Kanada wird. Im Bergbausektor sind auch britische, italienische und australische Firmen tätig.

Die kubanische Ölförderung ist 1960-1993 von 120.000 Tonnen auf 1.100.000 Tonnen gestiegen. Im Juni 1994 sind die kanadischen Firmen Sherritt Inc. und Fortuna Petroleum Inc., Partner der staatlichen Ölgesellschaft Kubapetroleo, in der Cárdenas-Bucht, Provinz Matanzas, auf Ölvorkommen gestoßen, etwa 100 km östlich von Havanna. Erste Probebohrungen ergaben eine Förderkapazität von 3.750 Barrel pro Tag. Im selben Monat kündigte die British-Borneo Petroleum Syndicate an, sie werde sich mit einem 50%-Anteil an der Suche nach weiteren Ölvorkommen beteiligen.

Mexpetrol, ein mexikanisches Konsortium aus PEMEX, der Nationalbank für Außenhandel, dem mexikanischen Öl-Institut, der staatlichen Reederei und verschiedenen Privatfirmen, übernahm für 200 Millionen $ die kubanische Cienfuegos-Ölraffinerie. Bezahlen wollen die Mexikaner mit Debt-Equity-Swaps, außerdem wird Kuba einen Teil des raffinierten Öls erhalten.



chen Medikamenten zu experimentieren, die man jetzt nach Lateinamerika und vor allem nach Skandinavien exportiert. Anfang der 90er Jahre konnte Kuba 10 Millionen Einheiten des Impfstoffs gegen Meningitis B für mehr als 200 Mio. $ exportieren, 7,5 Mio. Einheiten kaufte allein die brasilianische Regierung, um damit eine Epidemie in Rio de Janeiro zu bekämpfen. Im Juni 1994 bestellte die brasilianische Regierung kubanische Medikamente im Wert von 30 Mio.$, Kuba kann damit einen Teil seiner 40 Mio. $ Schulden begleichen.

Steht bald das ABC der Marktwirtschaft auf ihrem Lehrplan?

Auch für den Anbau von Zitrusfrüchten konnten die Kubaner ausländische Investoren gewinnen. 1993 wurden drei Joint-ventures mit griechischen und israelischen Obstfirmen abgeschlossen. Die israelische BM Corp. betreibt z.B. eine der beiden Verpackungsanlagen in Jaguey Grande, mit 50.000 ha der größten Zitruspflanzung der Welt. Dank der Einführung israelischer Beregnungstechnologie ist die Produktion dort erheblich gestiegen. 1995 will Kuba 1,6 Millionen Tonnen Zitrusfrüchte produzieren, gegenüber 1993 eine Steigerung um 60%.

Ein vierter Wirtschaftszweig, den man in Kuba für ausbaufähig hält, ist die pharmazeutische und biotechnologische Produktion. Die Kubaner sind in der Lage, rekombinierendes Interferon und die Droge PPG herzustellen, die, wie Castro schmunzelnd einen Besucher wissen ließ, "nicht nur Ihren Cholesterinspiegel senkt, sondern auch Ihren Geschlechtstrieb stimuliert". Im biologisch-medizinischen Bereich haben die Kubaner verschiedene Patente erworben, z.B. auf Impfstoffe gegen Meningitis B und Hepatitis B, und ein Mittel gegen erworbene Pigmentanomalien sowie eine Brandsalbe, die es möglich macht, daß statt Narbengewebe normale Haut über Brandwunden wächst. Der Mangel an chemischen Inputs hat die Kubaner dazu veranlaßt, mit pflanzli-

Mexikanische und neuerdings auch US-amerikanische Firmen haben Verträge mit Kuba geschlossen, um das Telekommunikationsnetz auszubauen. Seine Verbesserung ist notwendig, damit Kuba für ausländische Investoren attraktiv wird. Im Juni '94 unterschrieb das mexikanische Konsortium Grupos Domos einen Vorvertrag zur Übernahme eines 49%-Anteils von Emtel Cuba, der kubanischen Telephongesellschaft, für 740 Mio.$. Mit Hilfe der Abkommen im Telephon- und im Ölsektor kann Kuba seine Schulden gegenüber Mexiko fast gänzlich abtragen. Auf Empfehlung des State Department befürwortete die Federal Communications Commission der USA Vorschläge von Emtel Cuba und einigen US-amerikanischen Telekommunikations-Firmen, direkte Telefonverbindungen zwischen den USA und Kuba zu schaffen. AT&T, das seit 1921 in beschränktem Umfang handvermittelte Gespräche nach Kuba ermöglicht, hat ebenfalls einen Vertrag geschlossen, um das bestehende Angebot auszuweiten.

Kapital und die sozialen Folgen

Die Kubaner brauchen die Dollars und die Technologie, die diese ausländischen Investoren mitbringen, doch im Gepäck des Kapitals kamen große Bedrohungen für die Revolution. Carlos Fernández de Cosio, der Chef der Abteilung USA und Kanada im Außenministerium, sagte uns im Oktober 1994: "Ich glaube, der Umgang mit ausländischen Investitionen ist die größte Herausforderung für die Revolution." Diese Formulierung verharmlost Kubas Dilemma.

Am deutlichsten zeigen sich die negativen sozialen Folgen der neuen Verhältnisse beim Ausbau der Tourismusindustrie. Die Kubaner über 50 können sich noch an das Havanna der 50er Jahre erinnern, einen von Gangstern, Glücksspielern, Zuhältern und Drogenbossen beherrschten Spielplatz für US-Touristen. "Wir sind uns über die Probleme im klaren, die die Tourismusindustrie mit sich bringt", versicherte uns Handelsattaché Amieva," wir haben die Bevölkerung entsprechend aufgeklärt und vorbereitet. Wir tun was wir können, um die Touristen an der Einfuhr von Drogen zu hindern. Wir haben Umweltstudien gemacht, um zu verhindern, daß die neuen Entwicklungen die Umwelt zerstören." Diese paternalistische Rhetorik wird vom kubanischen Alltag widerlegt, wo die Dollars eine Schattenwirtschaft nähren, die den Zusammenhalt der kubanischen Gesellschaft untergräbt. Wer im Tourismusbereich arbeitet, von der Prostituierten bis zum Hotelportier, und wer Dollars von Verwandten aus den USA geschickt bekommt, hat allein aufgrund des Devisenbesitzes Privilegien. Bizarre Ungleichheiten sind die Folge. Wer ein Touristentaxi fährt oder sich prostituiert, kann in einer Woche soviel verdienen wie ein Arzt in einem Jahr. Vor zehn Jahren hätte noch niemand gedacht, daß die Kriminalität zu einem ernsten Problem werden könnte. Im Januar 1994 wurde eine Gruppe von 120 US-Amerikanern, die in Havanna den Jahreswechsel feierten, binnen einer Woche 12 mal überfallen. Das offizielle Kuba versucht inzwischen, den besorgniserregenden Anstieg der Kriminalität herunterzuspielen und besonders die peinlicherweise unübersehbare Prostitution. Brasilianischen Besuchern erklärte Castro 1992: "Unsere Nutten machen es nicht aus Zwang oder Not. Nicht aus diesem Grund gibt es hier Prostitution, sondern weil es ihnen irgendwie gefällt."

Vier Teenager, die mit uns den Disco Club des Comodoro-Hotels besuchen, deuten auf Klassenkameradinnen, die sich an Ausländer heranmachen. Die Comodoro-Bungalows kosten im Winter immerhin 280 $ am Tag und die meisten Touristen in der Disco sind nach Alter und Kleidung gut zu identifizieren. Rogelio zeigt auf ein attraktives junges Mädchen in einem trägerlosen Abendkleid: "Ihr Vater ist Parteimitglied. Er war im Zentralkomitee." Die anderen kichern.

"Sie langweilt sich," sagt Michel. "Ich glaube, sie rebelliert," widerspricht Lisa. Die junge Frau widmet sich einem Italiener mittleren Alters und nimmt keine Notiz von ihren Klassenkameraden, die sich auch

nicht einmischen. Wir befragen zwei Mädchen, die nach Freiern Ausschau halten. Sie sagen zuerst, daß sie der Hunger dazu treibt. Allerdings könnte man für die Kleider, die sie tragen, in einem der neueröffneten palovares (Restaurants in Privathaushalten) zehn gute Mahlzeiten kaufen. Als wir darauf hinweisen, sagt die eine, Umgang mit Ausländern werde inzwischen akzeptiert, die andere sagt, "das Leben hier ist sehr langweilig, es gibt nichts zu kaufen. Auch wenn man bloß Jeans kaufen will, muß man in Dollarläden gehen."

Ob Kubas Prostituierte nun "aus Not" handeln oder nicht, ein informeller Sextourismus nimmt zu. "Not" ist zudem ein sehr subjektiver Begriff. Verglichen mit den meisten anderen Ländern der Dritten Welt hat man in Kuba 30 Jahre lang recht gut gelebt. Der Abstieg von der garantierten Versorgung mit 3.000 Kalorien am Tag zu weniger als 1.700 Kalorien hat nicht nur biologische, sondern auch psychische Folgen.

In Kuba wird die Verschlechterung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen durchaus ernst genommen. Die Akademie der Wissenschaften und die Umweltschutzbehörde CAMARNA müssen Hotelprojekten an ökologisch sensiblen Orten zustimmen. Als man im Meer nahe bei Kubas bekanntestem Badestrand Varadero auf Öl stieß, begann man sofort nach Wegen zu suchen, das Öl zu fördern und dabei Umweltschäden zu vermeiden. Auch die Umweltverschmutzung durch den hohen Schwefelgehalt des kubanischen Öls wird bekämpft.

Obwohl Kuba als attraktives Betätigungsfeld für Investoren erscheint, investiert das Großkapital nur ungern in einer Gegend, wo die USA einen ideologischen Rachefeldzug führen. Nach kubanischen Angaben schreckt die Einschüchterung durch die USA neun von zehn potentiellen Investoren ab.

Wie die USA Investoren abschrecken

In Kuba wird das Embargo (vgl. blätter des iz3w Nr.201, S.3ff) als Blockade bezeichnet, weil sich Washington einmischt, wenn Drittländer Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba aufnehmen wollen. Die UN-Vollversammlung hat 1992 mit 88 zu 4 Stimmen zur Aufhebung des Embargos aufgerufen. Die EU hat es ebenso verurteilt wie der Iberoamerikanische Wirtschaftsgipfel. Auch Kubas führender Dissident, Elizardo Sanchez, sagt, daß die US- Politik den Befürwortern von Reformen "mehr schadet als nützt". Die Weltmeinung spielt aber keine Rolle. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die Restriktionen im Handel mit Kuba noch verschärft. Diese Militanz steht im Gegensatz zur US-Politik der 70er Jahre. Damals waren auf den Druck ausländischer Tochterfirmen von US-Konzernen hin die Restriktionen gelockert worden, in Kuba konnte man Fords, Chevrolets und Dodges aus argentinischer Produktion kaufen. Weitere US-Produkte bezog man von den Niederlassungen ihrer Hersteller in Panama, Kanada und der Karibik.

1992 setzte das "Cuba Democracy"-Gesetz diesen Ausweichmöglichkeiten über Tochterfirmen ein Ende. Ein Schiff, das Kuba angelaufen hat, wird sechs Monate für alle Häfen der USA gesperrt.

Der spanische Staatskonzern Tabacalera kündigte 1989 ein Joint-venture in Kuba an, um eine Touristenenklave auszubauen. Daraufhin wurde die spanische Firma vom Finanzministerium der USA als "kubanisch" eingestuft, was zur Folge hatte, daß sie keine Geschäftsbeziehungen mehr zu Firmen in den USA oder deren ausländischen Tochterfirmen aufnehmen konnte. Die spanische Regierung protestierte und nach einigen Wochen Verhandlungen mit dem State Department und dem Finanzministerium wurde die Entscheidung zurückgenommen. Am Tag darauf erklärte Tabacalera, "aus wirtschaftlichen Gründen" könne das Joint-venture nicht zustandekommen.

"Ein klassischer Fall von Drohung und Einschüchterung", erklärte uns ein spanischer Diplomat. "Die US-Regierung sagte, wenn das Projekt weiterverfolgt würde, würde der Versuch, wieder Geschäftsbeziehungen zu US-Firmen aufzunehmen, auf viele Hindernisse stoßen. Wenn z.B. bei den Erschließungs- und Bauarbeiten ein US-amerikanisches Produkt verwendet würde, wäre das ein Verstoß gegen Gesetze der USA und würde zum Abbruch der Geschäftsbeziehungen führen. Wäre es nicht verrückt, unter solchen Bedingungen weiterzumachen?"

Im April 1991 führte der Präsident einer brasilianischen Holding und Eigentümer der Fluglinie VASP, Wagner Canhedo, persönlich Verhandlungen, um einen 60%-Anteil der kubanischen Fluglinie Kubana zu erwerben. Canhedo wollte 800 Mio. $ investieren. Kuba brauchte Geld und wollte seine überalterten sowjetischen Flugzeuge ersetzen. VASP hätte von Kubas attraktiven Flugverbindungen nach Europa profitiert.

Die USA teilten der brasilianischen Regierung und VASP mit, wenn sie Anteile an Kubana erwürben, würden keine Boeing-Ersatzteile für ihre Zivilflugzeuge mehr zur Verfügung stehen. Das Pentagon werde auch keine brasilianischen Bandeirante-Truppentransportflugzeuge mehr kaufen. Ein Beamter der US-Sicherheitsbehörde, dem wir dies als ein Beispiel für Bedrohung und Einschüchterung vorhielten, lächelte: "Wir haben sie nicht bedroht oder ihnen gesagt, daß sie die Finger davon lassen sollten. Wir haben sie nur auf mögliche Folgen aufmerksam gemacht."

Im September 1993 wurden die diplomatischen Vertretungen der USA ausdrücklich angewiesen, bei der jeweiligen Regierung zu intervenieren, um Verhandlungen mit Kuba und staatliche Investitionen zu verhindern. Den USA würde es "mißfallen", daß ihre Freunde und Bündnispartner mit Kuba Handel trieben, solange dessen Regierung antidemokratisch sei. Im Gegensatz dazu wurden in Kanada und Großbritannien Gesetze erlassen, um die Wirkung des Torricelli (Cuba Democracy)- Gesetzes zu dämpfen. Dort macht sich strafbar, wer mit Rücksicht auf das Cuba-Democracy-Gesetz Geschäftsbeziehungen zu Kuba verweigert.

Geschäftsleute, die dem Druck der US-Regierung widerstehen, müssen sich mit Boykottdrohungen rechter Kubaner und der Cuban American National Foundation (CANF) in den USA auseinandersetzen. Als Benetton ankündigte, Läden in kubanischen Touristenzentren eröffnen zu wollen, drohten die Kubaner in Miami, Benettons Läden in den USA zu boykottieren. Benetton blieb hart.

Eine sozialdemokratische Zukunft?

Trotz des starken Drucks aus den USA integriert sich Kuba in die Weltwirtschaft. Arbeitsgruppen von Wirtschaftsfachleuten haben detaillierte Szenarien für diesen Übergang entworfen, aber die politische Führung weigert sich, zuzugeben, daß Betriebsverfassung, Subventionen und soziale Rechte in naher Zukunft drastischen Veränderungen ausgesetzt sein werden. Auch die strammsten Revolutionäre werden Schwierigkeiten haben, tagsüber mit Managern und IWF-Funktionären über Geschäfte zu reden und sich abends auf Parteiversammlungen als unbeugsame Sozialisten zu gebärden.

"Das beste was Kuba in näherer Zukunft erwarten kann," sagt der Wirtschaftswissenschaftler Julio Carranza, "ist, zu einem sozialdemokratischen Land der Dritten Welt zu werden. Das ist schließlich immer noch deutlich besser als der größte Teil der übrigen Dritten Welt."

Robert Torricelli, der Verfasser des Cuba-Democracy-Gesetzes, möchte Kuba "kurz und klein schlagen", doch die Mehrheit des US- Establishments ist inzwischen gegen das Embargo. Dieser Stimmungsumschwung und die dahinterstehenden Wirtschaftsinteressen werden sich früher oder später als politischer Druck bemerkbar machen und das Embargo wird ausgehöhlt werden. Die größten US-Firmen werden sich mit ihren europäischen Konkurrenten um Anteile am potentiell lukrativen kubanischen Markt streiten.

Saul Landau/
Daina Starratt
(Übersetzung: CN)

Saul Landau und Daina Starratt sind Mitarbeiter des Transnational Institute Amsterdam.

...und Silberstreif

Bringen Reformen ein neues 'kubanisches Modell?'

Das Straßenbild Havannas hat sich in den letzten Monaten lebhaft gewandelt. Die Spuren der heftigen Augustunruhen und der spektakulären Fluchtwelle sind verblaßt. Die zuletzt beobachtete Verzweiflung der Bevölkerung hat einer regen Betriebsamkeit und einem bescheidenen Optimismus Platz gemacht. Schon vergessene Straßenlokale öffneten wieder ihre Pforten. Auf Messen werden von privaten und staatlichen Händlern Haushaltsartikel angeboten, deren Existenz längst bezweifelt wurde. Kleinbetriebe werben mit kunstvoll bemalten Schildern für ihre Dienste.

Besonders die Lebensmittelversorgung, die sich dramatisch verschlechterte und zuletzt unerträglich wurde, hat sich spürbar verbessert. Zu verdanken ist dies der Legalisierung von Bauernmärkten Anfang Oktober letzten Jahres, die erstmals seit acht Jahren wieder den freien Verkauf von Lebensmitteln erlaubt. Das anfänglich beobachtete Mißtrauen von Privatbauern gegenüber diesen regulierten Märkten ist mittlerweile einer großen Akzeptanz gewichen, die sich in einem reichhaltigen Angebot und langsam sinkenden Preisen niederschlägt. Die Bevölkerung, bisher gezwungen, den Großteil ihrer Versorgung über illegale Schwarzmarktkanäle zu sichern, nimmt die neue wirtschaftliche Öffnung der letzten Monate mit deutlicher Erleichterung auf. Denn selbst bei einem gleichbleibenden Warenangebot ist die Beschaffung des Nötigsten einfacher geworden, die Alltagssorgen jedes Einzelnen werden überschaubarer. Es entsteht Raum für neue Initiativen.

Kubas heimliche Leitwährung, der US-Dollar, ist in den Keller gestürzt. Wem im letzten Sommer noch an jeder Ecke für einen Dollar mehr als 100 kubanische Pesos aufgedrängt wurden, mußte zur Jahreswende lange suchen, um einheimisches Geld zu finden. Wenn er dann mehr als 40 Pesos bekam, konnte er sich glücklich schätzen.

Denn die Landeswährung ist rar geworden. Schon jetzt lehnen viele Servicebetriebe Zahlungen in Devisen ab und bestehen auf kubanischen Pesos. Was vor kurzem noch milliardenfach wie Spielgeld zirkulierte, ist durch massive Steuererhöhungen und den freien Verkauf von Genußmitteln größtenteils abgeschöpft worden. Zusätzlich beginnt die restriktive Sparpolitik der Regierung zu greifen. Die Ankündigung des kubanischen Finanzministers J. L. Rodriguez, das aus dem Gleichgewicht geratene Geldsystem der Insel bis Ende dieses Jahres wieder saniert zu haben, entspringt also nicht reinem Wunschdenken. Auch andere Regierungsvertreter äußern mit vorsichtigem Optimismus, daß 1995 eine leichte Erholung der Wirtschaft erreicht werden könnte.

Original und Fälschung

Kubanische Ökonomen sehen diese Entwicklungen berufsbedingt skeptischer: Nach dem schlechten Ergebnis der letzten zafra (Zuckerernte) und der teilweisen Zerstörung der Kaffeeplantagen durch den tropischen Wirbelsturm Gordon Ende November lagen Kubas Exporteinnahmen 1994 kaum höher als im Vorjahr. Und mit einer Verbesserung der Ernteergebnisse ist dieses Jahr kaum zu rechnen. Nur so erklärt es sich, daß die Insel neuerdings in ihrem strategisch wichtigsten Wirtschaftssektor, der Zuckerindustrie, ausländische Investitionen zuläßt. Die Regierung scheint dem einheimischen Produktionspotential nicht mehr zu trauen. Auch im Tourismus konnten die spektakulären Zuwachsraten von jährlich rund 30 % schwerlich aufrechterhalten werden. Die sozialen Unruhen in Havanna August letzten Jahres, die einmal mehr als deutlicher Hinweis auf den bevorstehenden Zusammenbruch des Regimes durch die Weltmedien geisterten, haben nicht wenigen Touristen das Reiseziel Kuba vergällt. Sind auch keine offiziellen Zahlen bekannt, weiß man doch, daß z.B. der deutsche Kubatourismus stark eingebrochen ist.

Kuba wird also auch in diesem Jahr seine knappen Devisen für das bloße Überleben, also für Erdöl und Lebensmittel, ausgeben müssen. Für Entwicklung bleibt da wenig Spielraum. Die Öffnung für ausländische Investoren, von vielen als schleichende Einführung des Kapitalismus kritisiert und von der Regierung als unabdingbare Voraussetzung zum Überleben verteidigt, ändert daran nicht viel. Die bis jetzt angesiedelten Joint-Ventures bringen nicht ausreichend frisches Kapital auf die Insel. Und die Politik der USA erschwert die Eingliederung Kubas in die Weltwirtschaft und in die amerikanische Region zusätzlich.

Als Bill Clinton auf dem letzten panamerikanischen Treffen in Miami eine neue Freihandelszone von „Alaska bis zum Feuerland" beschwor, waren es nicht fehlende Geographiekenntnisse, sondern machtpolitische Interessen, die Kuba ausgrenzten und dem Schlüssel zur Karibik eine der wichtigsten Entwicklungsperspektiven blockierten. Außer Direktinvestitionen sind für die Insel jetzt Kredite die einzige Chance, langfristige Entwicklungsprojekte und eine Modernisierung der Industrie zu sichern. Diese Kapitalquellen versiegten nach Kubas Einstellung aller Schuldenzahlungen 1986 endgültig. Der Schuldenpolitik muß jetzt wieder größere Bedeutung zugemessen werden. Die Solidaritätsbewegung sollte deshalb endlich aufwachen und eine massive Entschuldungskampagne für Kuba einleiten, anstatt die Weltmarktöffnung mißtrauisch zu beäugen. Dabei darf es nicht darum gehen, das Exklusivrecht Kubas auf Entschuldung einzufordern, sondern darum, Entschuldung als Entwicklungsbedingung und Entwicklungsrecht erneut auf die Tagesordnung von Solidarität zu setzen.

Der (Geld-) Schein trügt

Externe Beobachter entwickeln ihre Kriterien fast ausschließlich an der neuen Weltmarktöffnung, die ihnen je nach ideologischer Ausrichtung beweisen soll, wohin die Reise der Insel führt. Doch kurzfristig ist die Zukunft Kubas nur im eigenen Land zu suchen. Dies ist den kubanischen Wissen-



schaftlern schon lange bewußt. Seit dem letzten Jahr geißeln sie die bisherigen Öffnungstendenzen als unzureichend und mahnen gleichzeitige Reformen in der Binnenwirtschaft an. Die Gesundung der Währung wird dabei genauso begrüßt wie der Optimismus des Finanzministers bezweifelt wird. Denn die monetäre Erholung der letzten Monate blieb vorerst ohne Produktionsschub. Bei gleichem Warenangebot ist das Sinken des Dollarkurses deshalb als Ergebnis von Spekulationen, aber nicht als Ausdruck steigender Kaufkraft zu bewerten. Wo das einheimische Geld knapper wird, ist auch der Dollar billiger, ohne allerdings seinen Wert zu verlieren. Eine Gesundung der Währung kann erst dann stattfinden, wenn das Geld aus seiner passiven Rolle als Verrechnungseinheit entlassen wird.

Sowjetische Wissenschaftler wiesen schon in den achtziger Jahren darauf hin, daß Geld und Preise im Realsozialismus nur eine Selbstabrechnungsfunktion in einem vom Angebot gesteuerten Wachstum hatten. In komplexer werdenden Volkswirtschaften muß eine wirtschaftliche Lenkung aber gleichzeitig die Nachfrage berücksichtigen. Und das kann nur durch Einschalten der Preisfunktion erfolgen. Da dazu bisher keine theoretischen wie praktischen Alternativen entwickelt wurden, ist dies nur über Marktmechanismen möglich. Geldpolitik allein kann das nicht leisten.

Solange die monetären Anpassungsprogramme isoliert bleiben, bergen sie große Gefahren. Zwar gelang es so, große Teile der Schattenwirtschaft auszutrocknen und in die Legalität zu zerren. Die erhöhte Nachfrage nach Landeswährung verringerte zusätzlich die Privilegien der dollarbesitzenden Kubaner, soziale Gräben wurden schmäler. Auch sind durch die Einkommensverbesserungen auf den neuen Märkten mittelfristige Produktionsanreize zu erwarten.

Das ist besonders für die neuen Landwirtschaftskooperativen wichtig, die durch die Aufwertung ihrer Arbeit einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Lebensmittelversorgung leisten können.

Aber die neuen Maßnahmen begünstigen nicht alle gleichermaßen. Denn die anfangs versteckte Inflation des Schwarzmarktes wurde jetzt durch die „offene" Inflation der Marktpreise und Steuern ersetzt. Wer sich früher allein mit seinem Einkommen durch staatliche Lebensmittelrationen und durch zusätzliche illegale Einkäufe mehr schlecht als recht ernährte, sieht sich plötzlich einer Flut von Steuern ausgesetzt. Das schmale Gehalt wird drastisch reduziert, während die Marktpreise erst langsam zu sinken beginnen. All diejenigen, die keine Nebeneinkünfte haben, fühlen sich von einer zunehmenden Verarmung bedroht. Für sie wurde die Suche nach dem Essen durch die Jagd auf das Geld ersetzt. Dieser Prozeß hat sich zum Jahreswechsel, als ein neues Paket von Sozialabgaben in Kraft getreten ist, noch einmal verschärft. Kubanische Ökonomen sprechen deshalb schon jetzt von Anpassungsmaßnahmen, die bald mit denen anderer lateinamerikanischer Länder zu vergleichen sind. Besonders betroffen sind davon die Angestellten des staatlichen Gesundheits- und Erziehungssektors, denen Nebenbeschäftigungen rechtlich verboten sind, und die sie aufgrund ihrer beruflichen Einbindung faktisch auch nicht ausüben können. Die Regierung bedroht mit ihrer monetären Sanierungspolitik also gleichzeitig die Errungenschaften, zu deren Verteidigung sie zu Beginn der Krise angetreten ist und die der kubanischen Revolution immer noch das menschliche Antlitz der sozialen Gerechtigkeit verleihen, das andere unterentwickelte Länder niemals erreicht haben.

Neuverteilung oder Ausverkauf?

Die Genesung der Wirtschaft und die Vermeidung neuer sozialer Konflikte ist also nicht mit rein technokratischen Lösungen wie der aktuellen Geldpolitik zu erreichen. Sie müssen verknüpft werden mit einer Strategie, die umfassende Veränderungen innerhalb der staatlichen und produktiven Strukturen einleitet. Unter Berufung auf die Option der „graduellen Transformation" hat sich hier bisher wenig bewegt. Die Freigabe der Bauernmärkte ist mehr eine neue Verteilungsform als ein Ausdruck anderer Produktionsverhältnisse. Der sichtbare Wandel der letzten Monate ist darum auf eine Flexibilisierung der Strukturen zurückzuführen, aber nicht auf ihre Veränderung. Doch die Trägheit und scheinbare Konzeptlosigkeit des binnenwirtschaftlichen Umbruchs weicht endlich neuen Tönen. Aktuelle Veröffentlichungen scheuen sich nicht mehr, eine reforma general, eine grundsätzliche Reform für die Gesamtwirtschaft einzufordern. Mit weniger Dogmatismus, wie er bei uns verbreitet ist, wird dabei Markt nicht automatisch mit Kapitalismus und Privatisierung gleichgesetzt. Verschiedene Eigentumsformen sollen helfen, den Übergang von einer „verstaatlichten" zu einer „regulierten" Wirtschaft zu erleichtern, ohne den Staat zu schwächen und ohne Kubas Errungenschaften aufgeben zu müssen. Soziale Leistungen sollen nicht abgebaut, sondern gerade durch einen grundlegenden Umbau langfristig gesichert werden.

Die gewichtige Monatszeitschrift Bohemia hat dies im Oktober letzten Jahres zu formulieren versucht: „In dem Kraftakt des Überlebens entwickelt sich Kuba immer stärker zu einem dezentralisierten Wirtschaftsmodell, mit einer aktiven Teilnahme verschiedener Eigentumsformen: Staatliches Eigentum, Gemischtes, Privates, Kooperatives, Persönliches. Das Modell einer Mischwirtschaft, wo die Zentralisierung ebenfalls nötig sein wird, um die Errungenschaften des Sozialismus, wie des Gesundheits- und des Bildungssystems, sowie die soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu bewahren und um eine kohärente umfassende Entwicklungsstrategie zu sichern".

Einige Elemente dieses neuen Modells sind schon längst Wirklichkeit: Am meisten diskutiert und bewertet wird das Misch- und Privateigentum des weltmarktorientierten Devisensektors. Weniger bekannt, aber wesentlich wichtiger ist die Kooperativierung der zentralisierten staatlichen Agrar- und Zuckerindustriebetriebe seit dem Herbst 1993. Mit dieser größten Umwandlung von staatlichem Besitz in Gemeinschaftseigentum wurden 80% (!) der landwirtschaftlichen Fläche Kubas an nichtstaatliche, selbstverwaltete und dezentrale Kooperativen übergeben. Obwohl die meisten von ihnen nach der tiefgreifenden Umstrukturierung noch mit roten Zahlen arbeiten, sind schon erste Produktivitätssteigerungen zu registrieren. Diese Kooperativen Kubas werden nicht nur als neue Form basisorientierter Partizipation verstanden, sondern könnten gleichzeitig zum entscheidenden Träger eines wirtschaftlichen Aufschwungs werden. Denn die ausreichende Eigenproduktion von Lebensmitteln würde mehr als ein Viertel der so dringend benötigten Devisen Kubas für andere Investitionen freisetzen. Und die Erfahrungen der postsozialistischen Staaten Osteuropas haben deutlich gezeigt, daß das anfangs dynamischste Entwicklungspotential von Transformationen nicht in einer Weltmarkt-Reintegration, sondern in der Entwicklung und dem Ausbau der eigenen Binnenmärkte liegt.

Die kubanische Politik ist in Bewegung geraten. Jetzt muß entschieden werden, wie die einzelnen Elemente des angestrebten Modells verknüpft werden. Mit Ergebnissen von dieser neu entfachten Diskussion, die sich intensiv auf allen Ebenen der Regierung, der Kommunistischen Partei und der Wissenschaft abspielt, kann schon bald gerechnet werden. Kubas Weg in die Zukunft wird vermutlich noch in diesem Jahr deutlichere Konturen gewinnen.

Hans Jürgen Burchardt

Abgesang auf ein zweifelhaftes Modell

Libyens 'Dritter Weg' 25 Jahre nach der Revolution

Nach der Revolution von 1969 entwickelte sich Libyen von einem der ärmsten Länder der Erde in den 70er Jahren zu einem Staat relativen Wohlstands und sozialer Sicherheit, der zudem mit einem als basisdemokratisch titulierten politischen System aufwarten konnte. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der folgende Beitrag die wirtschaftliche Krise und die Wirklichkeit des politischen Systems.

Vor 25 Jahren, im Sommer 1969, fuhr der libysche König Idris I. auf eine Erholungsreise in die Türkei. 1951, also 18 Jahre zuvor, war Idris nach der Befreiung Libyens vom italienischen Faschismus und vom darauffolgenden britischen und für Teile des Südens geltenden französischen Protektorat von der UN-Vollversammlung als Herrscher über Libyen eingesetzt worden. Seine Macht basierte auf traditionellen Autoritätsstrukturen, d.h. den Stammesführern und der Geistlichkeit. Zu dieser Zeit zählte das Land mit seinen ca. eine Million EinwohnerInnen zu den ärmsten und unterentwickeltsten der Welt. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug 40 US-$ im Jahr und 90% der Bevölkerung waren Analphabeten. Die Exporte Libyens bestanden zu 90% aus Schrott aus dem Zweiten Weltkrieg.

Mit der Entdeckung von Erdöl im Jahr 1955 änderte sich dies. Die Staatseinnahmen aus der Förderung des Erdöls, die ganz in der Hand ausländischer Unternehmen lag, nutzte König Idris jedoch nicht zum Aufbau der Wirtschaft. Vielmehr flossen sie in seinen persönlichen Konsum und den seiner Führungsclique. Außerdem dienten sie dem Ausbau des Repressionsapparates. So stieg das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen bis 1969 zwar auf 1.000 US-$, jedoch teilten 5 % der Bevölkerung 90% der Einkommen aus dem Erdölexport (1,175 Milliarden Dollar) sowie die Pachtgebühren der britischen und US-Militärbasen unter sich auf. Die AnalphabetInnenrate betrug immer noch 78,1%, es gab 300.000 Elendsbehausungen in den Außenbezirken der Städte und die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei 37 Jahren.

Der Putsch der 'Freien Offiziere'

Am 1. September 1969 putschte der 'Bund Freier Offiziere', der 1964 nach dem ägyptischen Vorbild gegründet worden war und sich seitdem im geheimen auf die Machtübernahme vorbereitet hatte. Der Putsch verlief unblutig und erfolgreich - König Idris kehrte von seiner Kur in der Türkei nicht mehr nach Libyen zurück.

Der Start des neuen Libyen war verheißungsvoll: Die Bevölkerung begrüßte die Revolution, die mit der Losung: Freiheit - Sozialismus - Einheit angetreten war. Zügig wurden sozialpolitische Maßnahmen eingeleitet. Dazu zählten die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, eine kostenlose Gesundheitsversorgung, die Anhebung der Löhne und der Wohnungsbau. Gleichzeitig wurden die sich in ausländischen Händen befindenden Fabriken und Schlüsselindustrien zu mindestens 51% verstaatlicht. Ziel dieser Maßnahmen war die wirtschaftliche Autarkie. Die Gewinne des Erdölexports wurden in den Aufbau eigener Raffinerien, einer Tanker- und Transportflotte sowie in die erdölverarbeitende und die Schwerindustrie investiert. In der Landwirtschaft, dem Sorgenkind eines Landes, dessen Boden nur in der Küstenregion nutzbar war, wurde mit Hilfe künstlicher Bewässerung versucht, Teile der Wüste wieder urbar zu machen. Außerdem mußten die USA und Großbritannien endgültig ihre Militärbasen räumen.

Die Resultate dieser Entwicklung sind für ein Land der sogenannten Dritten Welt beeindruckend: Es wurden bis heute fast 300 Fabriken errichtet, über eine Million Hektar Boden neu erschlossen, 300.000 Wohnungen gebaut, die inzwischen knapp fünf Millionen EinwohnerInnen verfügen über ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von 6.000 US-$ und die AnalphabetInnenrate ist auf 36 % gesunken.

Das politische Systems des Landes ist seit der Ausrufung der 'Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Jamahirija' im Jahre 1977 basisdemokratisch organisiert. Dreimal im Jahr kommen die LibyerInnen in den sogenannten Basisvolkskongressen zusammen. Hier werden von der Schulpolitik über die Gesundheitsversorgung bis zur Müllabfuhr die anstehenden Probleme diskutiert. Entscheidungen werden nach dem Konsensprinzip gefällt. Außerdem werden Delegierte mit einem imperativen Mandat gewählt, die die Beschlüsse im nächsthöheren Gremium vertreten sollen. Das oberste Gremium ist der Allgemeine Volkskongreß, der die Entscheidungen der Basisvolkskongresse zusammenfaßt und Gesetze verabschiedet, nachdem diese auf den verschiedenen Gremienebenen bestätigt wurden. Parteien gibt es nicht.

Ideologische Basis auf 120 Seiten: Das 'Grüne Buch'

Ist Libyen angesichts des wirtschaftlichen Erfolgs und eines basisdemokratisch organisierten politischen Systems als ein Musterland der Revolution anzusehen? Wohl kaum. Bei näherer Betrachtung treten deutlich die Mängel und Unwahrheiten zutage.

Seine politischen Vorstellungen hatte Qadhafi im 'Grünen Buch' zusammengefaßt: In dessen erstem Teil ("Die Lösung des Problems der Demokratie: 'Die Volksmacht'. Die politische Basis der Dritten Universaltheorie") werden auf gerade mal 40 Seiten sowohl die repräsentativen Demokratien der westlich- kapitalistischen Welt kritisiert, als auch die sozialistischen Einparteiensysteme verurteilt. Diesen wird als "endgültige Lösung des Problems" das basisdemokratische System gegenübergestellt. Im zweiten Teil ("Die Lösung des ökonomischen Problems: 'Der Sozialismus'. Die ökonomische Basis der Dritten Universaltheorie") entwirft Qadhafi auf 30 Seiten ein Modell, bei dem Einkommen nur aus eigener Arbeit stammen dürfe. Das Fernziel sei, so Qadhafi, die Abschaffung des Geldes.



Sozialistischer Wohnungsbau in der Jamahiria

Beim dritten und letzten Teil ("Die soziale Basis der Dritten Universaltheorie"/52 Seiten) handelt es sich um eine Kombination nationalistischer und biologistischer Gedanken (letzteres v.a. hinsichtlich der Rolle von Frauen in der Gesellschaft), welche die Grundlage für die Beantwortung sozialer Fragen liefern. Mit dieser "Universaltheorie" gibt Qadhafi vor, nunmehr die Menschheitsfrage nach der Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu beantworten - tatsächlich handelt es sich jedoch um nicht mehr als ein Sammelsurium von Theorieversatzstücken, bei dessen Zusammenstellung Qadhafi sich offensichtlich mal hier und mal dort bedient hat: im Marxismus, im Anarchismus, im Naturrecht, im Nationalismus. So konnte dieses "Konzept" sowohl Linke als auch Rechte ansprechen. Das 'Grüne Buch' wird beispielsweise in der BRD vom neofaschistischen Bublis-Verlag vertrieben.

Die wirtschaftliche Talfahrt

Wirtschaftlich befindet sich Libyen inzwischen in einem desolaten Zustand. Eine Ursache für die Talfahrt sind die sinkenden Erdöleinnahmen. Der kontinuierliche Fall der Erdöleinnahmen von 22,6 Milliarden US-$ 1980 auf 5,5 Milliarden US-$ im Jahr 1987 hatte für wichtige Projekte Verzögerungen und für einige sogar ihren Abbruch zur Folge. Zur Effizienzsteigerung der Wirtschaft setzte zu diesem Zeitpunkt eine Liberalisierung ein: die Wiederzulassung privaten Handels und die Aufhebung des staatlichen Importmonopols zeigten den Beginn eines Privatisierungskurses an. Allerdings sind hier vorschnelle Prognosen nicht angebracht: Charakteristisch für den wenig kontinuierlichen und keiner festen Ideologie folgenden Kurs der libyschen Innenpolitik ist etwa die Beurteilung des Kleinhandels. Mehrmals pendelte Qadhafi zwischen der Verurteilung des "ausbeuterischen" Kleinhandels, um denselben kurz darauf als "produktiv" zu feiern.

Neben dem Ölpreisverfall ist die Blockade- und Boykottpolitik des Westens eine weitere Ursache der Misere. Diese Maßnahmen initiierten die USA 1981 mit der Begründung, daß Libyen den von der UdSSR gesteuerten internationalen Terrorismus unterstütze. 1986 wurden die europäischen Verbündeten zur Beteiligung am Boykott aufgefordert. Diese zögerten jedoch und die europäische Gemeinschaft beschränkte sich zunächst auf administrative Sanktionen. In den folgenden Jahren schwankte die Umsetzung wirtschaftlicher Sanktionen auch in den USA. Reagan erlaubte 1989 fünf US-amerikanischen Ölfirmen, ihre Geschäfte mit Libyen wieder aufzunehmen; im gleichen Jahr hob Frankreich sogar das 1983 verhängte Waffenembargo auf. Auf der anderen Seite trat im April 1992 die von der UNO verhängte Luftverkehrsblockade in Kraft und im Dezember 1992 wurden libysche Auslandskonten eingefroren und die Ersatzteillieferung für die Erdölindustrie eingestellt.

In Europa stieß die US-amerikanische Boykottpolitik nicht zuletzt deshalb auf wenig Entgegenkommen, da hier bedeutende wirtschaftliche Interessen berührt sind. So steht Libyen bis heute an der Spitze der Öllieferanten der BRD. Nach Italien ist die BRD Libyens zweitgrößter Handelspartner. Das US-Embargo tat dem keinen Abbruch - im Gegenteil: In Folge der durch das US-Importverbot gesunkenen Nachfrage konnte in Libyen zum einen günstig eingekauft werden und zum anderen exportierte die BRD Fertigwaren, Maschinen, Fabrikationsanlagen und High-Tech nach Libyen. Ohnehin ist für Geld auf dem Markt eigentlich alles und zu jeder Zeit zu haben - trotz Embargo. Das beweisen die High-Tech-Lieferungen nach Rabta, gleich ob diese für eine Chemiewaffen- oder für eine Pharmafabrik verwendet wurden.

Große Projekte - kleine Wirkungen

Die Hauptursache der wirtschaftlichen Dauerkrise Libyens sind jedoch Fehlplanungen und Mißwirtschaft. Als typischer Fall gilt das Eisen- und Stahlwerk in Misuratha. Ausgelegt auf eine Kapazität von 1,3 Mill. Tonnen wäre es in dieser Größenordnung nur im Rahmen der nordafrikanischen Wirtschaftsintegration sinnvoll - aber die kommt nicht voran. So stellt das Werk von Misuratha ein Beispiel für den Versuch dar, ein industriell unterentwickeltes Land durch modernste und groß dimensionierte Technik in die Zukunft und die Unabhängigkeit zu katapultieren. Vernachlässigt wurden dabei die Grundlagen: Es fehlen Grundstoffe für

die Produktion und die Infrastruktur reicht nicht aus, mit der Folge, daß die Fabriken nur zu 50 % ausgelastet sind.

Ähnliche Fälle von überdimensionierten Großprojekten lassen sich in jedem Sektor finden. So sind zwar in der Landwirtschaft gute Ergebnisse erzielt worden - über 1 Million Hektar Boden wurden neu erschlossen und dessen künstliche Bewässerung zum Teil gesichert. Das Ziel der Autarkie in der Lebensmittelversorgung wurde mithin nicht erreicht. Marktwirtschaftlich erwies sich etwa der inzwischen eingestellte ehrgeizige Versuch, die Wüste auch von ihrer Mitte aus landwirtschaftlich nutzbar zu machen, als Flop. Die erforderliche immense Bewässerung führte zu extremer Verteuerung der Produkte. Auch wollten sich nur wenige BäuerInnen in den neu geschaffenen Höfen und kleinen Mustersiedlungen in der Wüste ihr Heim suchen.

Ein anderes fragwürdiges Großprojekt ist der 'Great Man-Made River'. Das Problem der Wasserknappheit soll mit diesem "künstlichen Fluß" gelöst werden. Täglich sollen, so der 1983 gefaßte Plan, 5,68 Millionen Kubikmeter Wasser aus den riesigen unterirdischen Seen der südlichen Sahara über eine 2.000 km lange Pipeline in die Küstenregion gepumpt werden. Eine südkoreanische Baufirma verlegt auf einer eigens geschaffenen Trasse 250.000 Zementrohre von 7,5 Metern Länge und vier Metern Durchmesser. Geplante Kosten: 20 Milliarden US-$. Der erste Bauabschnitt wurde 1989 fertiggestellt und Wasser in die östliche Küstenstadt Benghazi gepumpt. Der zweite Abschnitt soll die Region um Tripolis versorgen. Von ägyptischer Seite wird kritisiert, daß die ökologischen Folgen des Abpumpens der unterirdischen Seen nicht genau genug untersucht seien - befürchtet werden die weitreichenden Folgen eines Absinkens des Grundwasserspiegels der Sahara.

Insgesamt krankt die Wirtschaft noch immer an Unausgewogenheit. Weiterhin ist die Erdölindustrie der wichtigste Sektor, während die übrige Industrie und die Landwirtschaft vergleichsweise marginal erscheinen. Aufgebläht ist dagegen der Dienstleistungsbereich: Eine halbe Million LibyerInnen, das sind 65 % der Erwerbstätigen, sind im Öffentlichen Dienst angestellt und verschlingen drei Viertel des Staatshaushalts.

Die Beschäftigungsstruktur in Libyen weist gleichzeitig rassistische Muster auf. So kommen die meisten Angehörigen der technischen Intelligenz weiterhin aus den westlichen Industrienationen. LibyerInnen sind zumeist in den oberen und mittleren Rängen des privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereichs und der Verwaltung beschäftigt, während die "Drecksarbeiten" von Afrikanern und Arabern aus anderen Staaten verrichtet werden. Bis heute hat Libyen es nicht geschafft, eine eigene technologische, wirtschaftliche, wissenschaftliche Intelligenz auszubilden. Gab es 1969 gerade mal 3.460 Studierende im ganzen Land, war der dann begonnene Aufbauprozeß geprägt durch eine Reihe von Handicaps und geriet so immer wieder ins Stocken: Arabische Fachliteratur war kaum verfügbar, viele englisch- und französischsprachige Bücher wurden nach dem US-Bombenangriff von 1986 verbrannt, aus Angst vor konterrevolutionären Flugblättern sind Schreibmaschinen an den Universitäten größtenteils verboten.

Libyens "revolutionäre sozialistische Errungenschaften" sind also mit denen Kuwaits vergleichbar. Die Erdölmillionen sorgen für eine recht egalitäre Struktur bei der einheimischen Bevölkerung, während die in unteren Rängen arbeitenden und benachteiligten Menschen größtenteils MigrantInnen sind.

Basisdemokratie von oben

Wie im wirtschaftlichen Bereich von einer Abschaffung des Geldes keine Spur zu finden ist, so ist es auch auf der Ebene der politischen Strukturen nicht weit her mit der Umsetzung der im 'Grünen Buch' vollmundig postulierten Ideale. Zwar bestehen basisdemokratische Institutionen, die Volkskongresse fällen tatsächlich Entscheidungen, Qadhafi hat derzeit kein offizielles Regierungsamt mehr inne, und es besteht keine formelle politische Herrschaftsstruktur - informell läuft jedoch alles in der Person Qadhafis zusammen.

Trat er im 'Bund Freier Offiziere' noch als "Gleicher unter Gleichen" auf, so nahm er in den folgenden Jahren die maßgeblichen staatlichen Führungspositionen ein. Als sich 1977 der 'Revolutionäre Kommandorat' auflöste, wurde Qadhafi als Generalsekretär des allgemeinen Volkskongresses quasi zum Staatsoberhaupt. Zur Durchsetzung seiner Herrschaft wurden die sogenannten Revolutionskomitees gegründet. Mit dem offiziellen Auftrag "die Massenbewegung anzuleiten", fungierten sie faktisch als Gesinnungspolizei, die mit immensen Rechten (militärische Bewaffnung, willkürliche Verhaftungen, Abhaltung von Revolutionstribunalen) ausgestattet und mit gesellschaftlichen Privilegien versorgt war.

Ende der 80er Jahre änderte sich diese Form der Herrschaftsausübung. Die Revolutionskomitees wurden weitgehend entmachtet und Qadhafi trat von seinen offiziellen politischen Ämtern zurück. Bereits 1979 hatte er die Trennung von Revolution und Herrschaft proklamiert und war als Generalsekretär zurückgetreten - gleichzeitig ließ er sich jedoch damals zum 'Revolutionsführer' ernennen. Auch jetzt trat er von seinem militärischen Amt als oberster Befehlhaber der Streitkräfte nicht zurück und wurde 1990 zum "Obersten Führer", der, so die Staatspropaganda, die "revolutionäre Legitimität" verkörpere. Auf einer Sitzung im März dieses Jahres legitimierte dann der Allgemeine Volkskongreß per Gesetz den Wechsel von formeller zu charismatisch-informeller Herrschaft: „Die Vorschläge, die vom Führer der Großen Al-Fatih-Revolution, dem Bruder Muammar al-Qadhafi, kommen, sind folglich Befehle, und es ist ein Muß, sie auszuführen".

Quadhafis "Vorschläge" werden also von den Basisvolkskongressen lediglich beschlossen. Qadhafi herrscht in Form von „Volksentschlüssen". Allerdings hängt die Legitimation dieser Struktur von der Bedürf-

nisbefriedigung dieses "Volkes" ab. So korrelierte die Beteiligung an den Basisvolkskongressen mit der wirtschaftlichen Situation. Negativ auf die Beteiligung wirkte sich auch aus, wenn Quadhafi unpopuläre Ziele, wie z.B. den Krieg im Tschad, verfolgte.

Dennoch existiert eine relevante Opposition bis heute nicht. Zwar formierten sich Bewegungen im Exil, in den USA, in Großbritannien und in Ägypten - diese waren jedoch klein und hatten keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Sie waren eher den Bemühungen verschiedenster westlicher Geheimdienste geschuldet. Im Land selbst hat es immer wieder Anschläge auf Institutionen und auch auf Qadhafi selbst gegeben, jedoch gingen diese von Einzelpersonen und kleinen Gruppen aus (z.B. wurde Qadhafi auf einer kulturellen Veranstaltung von einem Tänzer mit dem Schwert angegriffen). Eine ideologische und organisatorische Konsolidierung der Opposition ist nicht in Sicht. Oppositionelle islamistische Bewegungen, die in den anderen nordafrikanischen Staaten Einfluß und Macht gewonnen haben, waren in Libyen seit Beginn der Revolution ins politische Abseits geschoben worden. Die Religion war zur Privatsache erklärt worden und die Imame durften sich in der Freitagspredigt nur zu außerweltlichen Fragen äußern. Die religiösen Stiftungen wurden staatlicher Aufsicht unterstellt. Gleichzeitig berief sich die Volksrepublik auf den Koran und sorgte so in Verbindung mit der "Dritten Universaltheorie" für eine Ersatzideologie. Radikale Islamisten werden verfolgt. Insbesondere in den Jahren 1990/91 agitierte Qadhafi vehement und erfolgreich gegen die, so seine Worte, "islamistische Gefahr". Der Islamismus hat bis heute in Libyen keine Chance.

Mutet schon Qadhafis innenpolitischer Kurs manchmal chaotisch an, so gilt dies erst recht für die Außenpolitik. In der Blockfreienbewegung hatte Qadhafi getreu seiner "Dritten Universaltheorie" vehement für eine eigenständige Politik in Abgrenzung zu Kapitalismus und Kommunismus plädiert. Dann aber suchte er enge Kontakte zur Sowjetunion und zu Kuba. Ein wichtiger Teil libyscher Außenpolitik Qadhafi'scher Machart stellen auch seine mit großem Propagandaaufwand betriebenen Versuche dar, das Postulat der arabischen Einheit mit Leben zu füllen. Insbesondere die Integration des Maghreb hat er sich auf die Fahnen geschrieben. Allerdings scheiterten alle bisherigen Ansätze konstanter Wirtschaftsverbünde und Staatenföderationen mit diversen Staaten der 'arabischen Welt' mehr oder weniger kläglich an Qadhafis Führungsanspruch und ganz einfach an fehlenden Interessenüberschneidungen. Trotzdem opferte Qadhafi andere Komponenten seiner Ideologie für die kurzzeitige, letztlich nur auf dem Papier existierende Verwirklichung von Föderationsprojekten. So wurde die Doktrin der Unterstützung von Befreiungsbewegungen für die Föderation mit Marokko 1984 aufgegeben; Qadhafi stellte damals die Unterstützung der POLISARIO ein.



Das grüne Buch: Sammelsurium von Theorieversatzstücken

Das Ende eines Modells

Für die nahe Zukunft sind keine grundlegenden Änderungen in Libyen zu erwarten. Eine chaotisch anmutende, von diversen Richtungswechseln geprägte Politik, eine kriselnde Wirtschaft, deren sich häufende Versorgungsengpässe schon zu Unmutsäußerungen der Bevölkerung geführt haben, ein charismatischer informeller Herrscher, dem seine Gefolgschaft in den Planungssesseln in vorauseilendem Gehorsam gefallen will, die Unterdrückung jeglicher Opposition - keine Spur jedenfalls von einem emanzipativen Entwicklungsweg.

Als Hoffnungsland der Revolution hat Libyen ohnehin schon lange ausgedient. Dies gilt zum einen für die Metropolenlinke, die sich selten differenziert mit diesem Land auseinandergesetzt hat, sondern sich nur dann solidarisch gab, wenn der böse US-Imperialismus zugeschlagen hatte. Zum anderen gilt dies aber auch für die Bewegung der Blockfreien. Für einige dieser Länder hatte Libyen einmal die Hoffnung symbolisiert, sich als ein "Dritte Welt"-Land aus Abhängigkeiten befreien und einen ansehnlichen Lebensstandard garantieren zu können. Viele kehren Libyen jetzt aufgrund der Unberechenbarkeit der Politik Quadhafis und weil sie keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten den Rücken zu.

Neue "Freunde" könnte Quadhafi dagegen ganz unerwartet finden. Vor dem Hintergrund der in den USA und Europa befürchteten Destabilisierung des nordafrikanischen Raums durch den Islamismus (derzeit v.a. in Algerien und Ägypten) stellt Qadhafi als antiislamistischer Garant das kleinere Übel dar - jedenfalls solange er nicht in Verbund mit anderen OPEC-Ländern wieder Anstrengungen unternimmt, den Ölpreis anzuheben. Solange er aber "zahm" bleibt, wird sein Gewettere über den bösen US-Imperialismus ignoriert und die Sanktionen von europäischer Seite bleiben kosmetisch und dienen vor allem dazu, die USA ruhig zu stellen. Gleichzeitig wird trotzdem auch in Zukunft an dem wohlfeilen Bild vom größenwahnsinnigen Qadhafi festgehalten - bei Bedarf kann jederzeit darauf zurückgegriffen werden.

**Oliver Demny/
Alexander Schudy**



Friede ist machbar ...

In Afghanistan schüren die Nachbarn den Bürgerkrieg

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes unter Nadjibullah marschierten die vom Westen gestützten Mudjahedin im April 1992 in Kabul ein. Schnell zerbrach dann das Zweckbündnis der Mudjahedin-Gruppen, deren Krieg gegen das Regime die traditionelle Ordnung aufgelöst hatte, ohne eine Perspektive für die Zukunft des zerrütteten Landes bieten zu können. In dem mörderischen Machtkampf zwischen den nunmehr verfeindeten Gruppierungen werden zunehmend ethnische und ideologische Loyalitäten instrumentalisiert, die aber jederzeit aus taktischen Gründen wieder abgeworfen werden können. Zusätzlich geschürt wird der Konflikt durch die Rivalität in der Region zwischen Pakistan, dem Iran und Saudi-Arabien.

In den vergangenen Jahren sind die Bemühungen der beteiligten Mudjahedin-Gruppen und internationaler Organisationen wie der UNO und der Islamischen Konferenz, eine Friedensregelung zu finden, gescheitert. Derzeit läßt sich die Vielzahl der innerafghanischen Akteure des Krieges, der sich weiterhin vor allem um die inzwischen völlig zerstörte Hauptstadt Kabul dreht, grob in vier relevante Gruppen aufteilen:

1. Der seit 1992 in Kabul amtierende Staatspräsident Burhanuddin Rabbani (politischer Führer der 'Islamischen Gemeinschaft Afghanistans') und sein Kommandant Ahmad Schah Massoud, 1992 wichtigster Mudjahedinkommandeur und bis zu einem zwischenzeitlichen Friedensabkommen der verfeindeten Parteien im März 1993 offiziell Verteidigungsminister. Sie verfolgen, obwohl sie sich dem Westen moderat zu präsentieren wissen, eine Islamisierung des Landes entsprechend einer islamistischen Interpretation des Islam. Etwa ein Drittel des Landes ist unter ihrer Kontrolle.

2. Die 'Islamische Partei Afghanistans' unter Führung des seit dem Übereinkommen von 1993 als offizieller Ministerpräsident geführten Islamisten Gulbaddin Hekmatyar. Einst besonderer Schützling der CIA verlor er erst die Unterstützung des Westens, als er im Zweiten Golfkrieg Stellung für Saddam Hussein bezog. Er gilt noch aus den Zeiten des Widerstands gegen die SU als völlig skrupellos in seinem Machtbestreben und als Erzfeind Massouds. Seine Hausmacht liegt vor allem in den Grenzregionen zu Pakistan im Südosten des Landes.

3. Die Milizen des usbekischen Generals Abdurraschid Dostum, die zum ersten Mal kriegsentscheidend waren, als er gegen Nadjibullah rebellierte. Militärisch stellt er mit seinen gut ausgebildeten Kämpfern die schlagkräftigste Miliz und beherrscht die Nordprovinzen Afghanistans. Von dort lenkt er auch die Luftangriffe auf Kabul.

4. Ein unter iranischem Druck zustande gekommenes Bündnis von acht schiitischen Parteien ('Partei der islamischen Einheit'). Rivalitäten innerhalb dieser 'Einheit' versuchte im Oktober '94 eine mit Rabbani verbündete andere schiitische Organisation ('Harakat') zu nutzen - es kam zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den schiitischen Gruppen.

Zusätzlich gibt es eine Reihe weiterer Gruppen, die sich - ebenso wie die meisten anderen auch - islamisch legitimieren. Sie paktieren je nach den politischen und militärischen Machtverhältnissen.

In eine neue Phase ist der Bürgerkrieg Anfang Januar 1994 eingetreten. Dies ist das Ergebnis einer neuen Koalition, die die Milizen von Hekmatyar und General Dostum zusammenführt. Dieses Bündnis brachte insofern eine bedeutende Kräfteverschiebung, als Dostum bis Ende '93 noch Verbündeter des Staatspräsidenten Rabbani gewesen war und nun die Seiten gewechselt hat. Obwohl selbst Konkurrenten, gehen Hekmatyar und Dostum nun gemeinsam mit der schiitischen 'Einheit' gegen Rabbani und Massoud im sterbenden Kabul vor. Dort harren von noch 1992 zwei Millionen Menschen nur noch 800.000 aus. Die Stadt der Basare, die den Krieg gegen die SU weitgehend unbeschadet überstanden hatte,

gleicht inzwischen einem einzigen Trümmerhaufen. Allein seit Anfang 1994 sind über 10.000 Menschen umgekommen. Eine Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Wohnraum existiert quasi nicht mehr. Von den 67 Millionen Dollar, die die Vereinten Nationen erbeten hatten, um die Menschen zumindest notdürftig zu versorgen, erhielt das UNHCR nur einen Bruchteil. Unter diesen Umständen werden viele den kalten Winter in Kabul nicht überstehen.

Ethnisierungen im Machtkampf

Es war im Frühjahr 1992, als die Aussicht auf die nahegerückte Machtergreifung die bis dahin bestehenden diffusen Bündnisse der "Gotteskrieger gegen den Kommunismus" erstmals zerbrechen ließ. Des gemeinsamen Feindbilds beraubt, bemühen die Führer der Mudjahedin-Gruppen seitdem vor allem ethnische Differenzen, um sich im Kampf um die Macht voneinander abzugrenzen. Rabbani und Massoud setzen auf die Tadschiken; Dostum erklärt sich als Hüter der Rechte der Usbeken, und Hekmatyar nimmt eine traditionelle Herrschaftsforderung der Paschtunen in Anspruch.

Tatsächlich erscheint zwar angesichts der soziopolitischen Umwälzungen in Afghanistan die Neuregelung der Verhältnisse der Völkerschaften dieses Landes unvermeidbar zu sein - derzeit dienen jedoch die Ethnisierung des Krieges und die wechselnden Allianzen den Warlords nur dazu, ihre Machtpolitik zu legitimieren. Ethnisierung und taktische Allianzen sind kaum als direkter Ausdruck politisch motivierter oder historisch bzw. religiös gründender Feindschaften zu interpretieren, obwohl sie zur Entstehung und Vertiefung solcher Feindschaften beitragen können und beigetragen haben. Ein Blick auf die gegenwärtige Konstellation verdeutlicht dies: Der Islamist und Paschtune Hekmatyar kämpft zusammen mit dem Ex-Kommunisten und Usbeken Dostum und der proiranischen schiitischen Einheitspartei gegen die Koalition der nicht weniger islamistischen Tadschiken Rabbani und Massoud, die ein Bündnis mit einer prosaudischen 'Allianz' und der schiitischen 'Harakat' geschlossen haben. Damit kämpfen also jetzt ehemalige Todfeinde, wie etwa Hekmatyar und Dostum, gemeinsam gegen Rabbani und Massoud um die Macht in Afghanistan - schiitische Gruppen sind dagegen in beiden Lagern zu finden. Noch 1992 hatten innerhalb der Mudjahedin-Koalition Massoud, Dostum, die schiitische Einheitspartei und die saudisch gestützte 'Allianz' zusammen gegen ein Bündnis um Hekmatyar gestanden. Nicht politische, ethnische oder religiöse Überzeugungen und "Identitäten" bestimmen die Konstellationen, sondern temporäre Interessenübereinstimmungen im Kampf um die Macht.

Das Fußvolk in diesem Kampf sind die Milizen. Der Widerstand gegen die Sowjetunion hatte aus Hunderttausenden einfacher Bauern militante Krieger und letztlich Söldner im Dienste der Warlords gemacht. Während des Krieges wuchs eine sozial entwurzelte Generation heran, die außer dem Kriegshandwerk kaum etwas gelernt hat. Hinzu kommt, daß ein Teil der islamistischen Freischärler, die während des Widerstandes aus aller Welt nach Afghanistan gekommen waren, ihren heiligen Kampf im Lande fortsetzen. Der Krieg, der in den Jahren des Widerstands vor allem die Provinzen heimsuchte - insbesondere die flächendeckende Verminung der Felder verhindert bis heute die landwirtschaftliche Nutzung weiter Flächen - zerstört nun in zunehmendem Maße auch die Städte und vertreibt die Menschen aus ihnen.

An Waffen und Geld zur Fortsetzung des Krieges mangelt es nicht. Die Sowjets hinterließen nach ihrem Abzug gewaltige Waffenvorräte, die nach dem Zusammenbruch des Nadjibullah-Regimes in die Hände der Mudjahedin-Gruppen fielen. Die amerikanischen Waffenlieferungen, insbesonderes die an Hekmatyar, dauerten bis vor kurzem an. Eine große Menge im Golfkrieg vom Irak erbeuteter schwerer Waffen wurde später über Pakistan an Hekmatyar geliefert.

Eine wesentliche Quelle, aus der die Kriegsparteien die Beschaffung von Waffen und Kriegsmaterial finanzieren, stellt der Opiumhandel dar. Afghanistan ist heute eine der wichtigsten Drehscheiben für Produktion, Handel und Herstellung von Drogen (zu Opiumanbau und Kriegsfinanzierung s. 'blätter' Nr.200: "Der Bürgerkrieg lebt von der Droge").

Des weiteren sind es vor allem diejenigen Mächte, die um Einfluß und Hegemonie in der Region konkurrieren, welche für die finanzielle, personelle und waffentechnische Versorgung ihrer jeweiligen in Afghanistan um die Macht kämpfenden Schützlinge sorgen. Der Islamist Hekmatyar wird vom Geheimdienst Pakistans unterstützt. Hinter der mit ihm derzeit verbündeten schiitischen 'Einheitspartei' steht weiterhin der Iran. Die ehemaligen Sowjetrepubliken Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan rüsten den letzten der drei Hauptpartner des Paktes aus - die Milizen von General Dostum. Vielleicht sehen sie in ihm einen Puffer gegen den Islamismus, dessen Ausbreitung sie in ihren jungen Staaten fürchten. Auf der anderen Seite bekommen Staatspräsident Rabbani und seine Koalitionspartner von Saudi-Arabien, Indien und sogar Rußland Hilfeleistungen. Allerdings sind diese Zuordnungen mit Vorsicht zu genießen: Viele Akteure des Bürgerkriegs haben bereits während der Zeit des Widerstandes gelernt, zwischen den unterschiedlichen politischen Interessen der Geld- und Waffengeber zu lavieren und diese für ihre eigenen Ziele zu nutzen - sie erhalten abwechselnd oder sogar gleichzeitig Unterstützungen von rivalisierenden Mächten. Andersherum steht etwa Saudi-Arabien nicht nur hinter Rabbani - auch Hekmatyar und Dostum beziehen wohl weiter Unterstützung aus Riad.

Flüchtlinge in Pakistan

Mit der neuen Konstellation (Hekmatyar, schiitische 'Einheit' und Dostum gegen Rabbani und Massoud) erfuhr der zerstörerische Krieg um Afghanistan Anfang 1994 noch einmal internationale Aufmerksamkeit. Nachdem mit dem Zerfall der Sowjetunion der Bürgerkrieg als Exerzierplatz der US-Strategie des low-intensity-warfare ausgedient und der propagandistisch ausgeschlachtete "Freiheitskampf" der Mudjahedin gegen den Kommunismus für die USA und den Westen seine Bedeutung verloren hatte, wird in den Medien ansonsten nurmehr sporadisch berichtet. Dabei wird zum einen die globale Bedeutung der Rivalität der Regionalmächte übersehen und zum anderen die Situation der alten und neuen afghanischen Flüchtlinge, die in den benachbarten Ländern zum Spielball der Machtpolitik werden, völlig vernachlässigt.

Wie viele Millionen Afghanen als Flüchtlinge noch im Ausland leben, ist ungewiß. Nach Angaben der UNO waren im Verlauf des nunmehr 15jährigen Krieges von den 18 Millionen Einwohnern Afghanistans fünf Millionen geflohen. Während ca. 2-3 Millionen ehemaliger afghanischer Flüchtlinge aus Pakistan und dem Iran nach Afghanistan zurückgekehrt sind, fliehen nun gleichzeitig Tausende von Flüchtlingen erneut aus den Kriegsgebieten und suchen Zuflucht entweder innerhalb Afghanistans oder in den Nachbarländern. Von den internationalen humanitären Organisationen weitgehend allein gelassen sind die afghanischen Flüchtlinge dort oft hilflos deren Interessenpolitik überlassen.

Die in Pakistan lebenden neuen und alten Flüchtlinge werden von internationalen Organisationen kaum noch unterstützt. Europäische und amerikanische humanitäre Organisationen, die früher den afghanischen Flüchtlingen Hilfe geleistet hatten, zogen sich aus Pakistan zurück. Die UNO, die auf eine baldige Lösung des Konfliktes hofft, beendet ihren humanitären Einsatz in Pakistan, mit dem Ziel, durch ihre Tätigkeit in Afghanistan dort günstigere Voraussetzungen für eine Rückkehr der Flüchtlinge zu schaffen. (Trotzdem ist in Kabul inzwischen nur noch das Internationale Rote Kreuz aktiv.) Eine destruktive Flüchtlingspolitik betreibt auch die Bundesrepublik Deutschland, die mit der Begründung, daß in Afghanistan zur Zeit ein Bürgerkrieg herrsche, die Asylanträge von Flüchtlinge aus Afghanistan pauschal als "unbegründet" abweist. Zurück bleiben Hunderttausende in Pakistan vegetierende Flüchtlinge. Dort lassen die pakistanischen Behörden entweder keine neuen Flüchtlinge ins Land oder sie vermeiden jegliche Hilfeleistungen.

Die soziale Zusammensetzung der neuen

Flüchtlinge aus Afghanistan, die mehrheitlich aus Angehörigen der Bildungsschicht und der städtischen Bevölkerung bestehen, schafft zusätzliche Probleme, weil diese Menschen - anders als frühere Flüchtlinge - nicht dem pakistanischen Arbeitsmarkt als billige Arbeitskräfte im Bausektor oder als Lastenträger zur Verfügung stehen. Unter den Flüchtlingen verbreiten sich Hunger, Verzweiflung und Kriminalität. Militante Islamisten nutzen diese hoffnungslose Lage aus, um die verhungernden Männer der afghanischen Familien als Söldner für die Sache des Islamismus in Afghanistan und auch in anderen Krisengebieten zu gewinnen. Inzwischen sind - häufig "vermietet" - Afghanen von Kaschmir über Tadschikistan, Aserbaidschan bis Bosnien, an Kriegen beteiligt.

Die Rivalen: Iran und Saudi-Arabien

Mit den Flüchtlingen im Land als Druckmittel kämpft neben Pakistan vor allem auch der Iran um den Ausbau seiner Einflußsphäre in Afghanistan. Dieser Kampf steht im Zeichen der Konkurrenz zwischen dem Iran und Saudi-Arabien um Einfluß nicht nur in Mittelasien - vielmehr ist der gesamte Nahe und Mittlere Osten (Sudan, Algerien, Kaschmir) Schauplatz dieser Rivalität. In Afghanistan steigerte sich diese nach dem Sturz des ehemaligen Regimes in Kabul.

Vorerst können mithin die Bemühungen der iranischen Regierung wohl als gescheitert betrachtet werden. Unbeliebt gemacht hat sich der Iran nämlich aufgrund einer Flüchtlingspolitik, die den zwei Millionen während der Zeit des afghanischen Widerstandes in den Iran Geflohenen keinerlei politische und kulturelle Bewegungsfreiheit gewährte. Dazu traten eine Reihe diskriminierender Maßnahmen. Während die afghanischen Flüchtlinge in Pakistan in dieser Zeit über relative Bewegungsfreiheit verfügten und die internationalen Organisationen ihre humanitären Hilfeleistungen erbringen konnten, dienten afghanische Flüchtlinge im Iran dem Regime als Sündenböcke für die fehlgeschlagene Wirtschaftspolitik. Afghanen wurden als potentielle Kriminelle beschimpft und die Anerkennung ihres Status als Flüchtlinge wurde verweigert. Damit waren sie der Willkür und den Repressionen der Behörden ausgesetzt, und in der iranischen Bevölkerung wurde Stimmung gegen die Flüchtlinge gemacht. Trotz einer in vielen Punkten gemeinsamen Geschichte und Kultur besteht nun ein tiefer Riß, der die Menschen der beiden Länder spaltet.

Ohnehin steht die Politik des Iran in Afghanistan auf schwachen Füßen - ist doch ihr Einfluß weitgehend auf die Hasara-Schiiten (Bergregion westlich von Kabul) und deren 'Einheitspartei' im mehrheitlich von Sunniten bewohnten Afghanistan beschränkt. Auch das Friedensabkommen vom März 1993 wurde von den beteiligten Gruppen in Islamabad (Pakistan) unterzeichnet und in Mekka symbolträchtig besiegelt. Der Iran stand abseits.

Die besseren Karten in dem Kampf um Einfluß in Afghanistan hält offenbar derzeit Saudi-Arabien in der Hand. Besonders in der Süd-West Provinz mit der Hauptstadt Herat engagieren sich die Saudis. Diese Region nimmt aufgrund ihrer langen Grenze zum Iran sowie der Nähe zur Republik Turkmenistan eine besondere Rolle ein; zumal der patriarchal regierende Gouverneur der Region, Ismael Khan, auch im vergangenen Jahr einen relativen Frieden in "seiner" Provinz halten konnte. Er gilt, obwohl im Land die wichtigste Stütze von Präsident Rabbani, als jemand, der die Hoffnung der Menschen auf Frieden verkörpert. Ende Juli des vergangenen Jahres initiierte er eine Friedenskonferenz, zu der eine große Zahl von Exil-Afghanen aus aller Welt nach Herat kam. Auch Vertreter Saudi-Arabiens erschienen zu dem Treffen, das allerdings ohne wirksame Ergebnisse blieb - nicht zuletzt wohl, weil weder Hekmatyar noch Rabbani, noch der aufgrund seiner engen Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Regime Nadjibullahs ohnehin noch immer bei allen diskreditierte Dostum teilnahmen. Allerdings gelang es Rabbani, der am vorletzten Tag der Konferenz doch noch in Herat auftauchte, seine nach dem 93er Abkommen im Juni abgelaufene Amtszeit durch eine Kommission, die vor allem wohl Angst vor einem völligen Machtvakuum hatte, verlängern zu lassen - im übrigen gegen den ausdrücklichen Willen Ismael Khans, der für eine Übergangsregierung plädierte.

Während der Iran anscheinend geschnitten wird - Vertreter aus dem Iran waren nicht geladen - nehmen die Aktivitäten der Saudis insbesondere in der Süd-West-Provinz zu. Sie eröffneten ein Generalkonsulat in Herat und bauen damit offenbar Ismael Khan weiter auf. Überall im verwüsteten Land errichten sie zudem islamische Zentren und versuchen, ihre konservativen Auffassungen des Islams zu verbreiten und ihnen Einfluß zu verschaffen.

Gegen den Einfluß Saudi-Arabiens auf Ismael Khan und Rabbani setzt der Iran die afghanischen Flüchtlinge im Land weiter als Druckmittel ein. Diese des Landes zu verweisen stellt eine ständige Drohung dar, da sie in Afganistan, wo der Krieg unvermindert anhält, wo neue Flüchtlingsströme ausgelöst werden und die Felder millionenfach vermint sind, nirgendwo einen Platz finden können. So war wohl auch die Ausweisung Tausender Afghanen aus dem Iran Ende Juli/Anfang August als eine Reaktion auf die Ignorierung des Iran auf der Friedenskonferenz von Herat zu verstehen.

Perspektiven: UNO oder Jugoslawien?

Die Entwicklungen in der Region deuten auf einen Machtkampf zwischen den regionalen Mächten in Afghanistan hin. Der Zerfall der Sowjetunion und die Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken hat darüber hinaus Interessenkonflikte entstehen lassen, in deren Kontext auch historisch bedingte Differenzen zwischen unterschiedlichen Gruppen freigesetzt wurden. Selbst wenn formal vergleichbare kulturelle und politische Strukturen bestehen, stellt sich vor dem Hintergrund der Ideologisierung die Vielfalt der Ethnien, Religionen und Kulturen in der Region als konfliktreich dar.

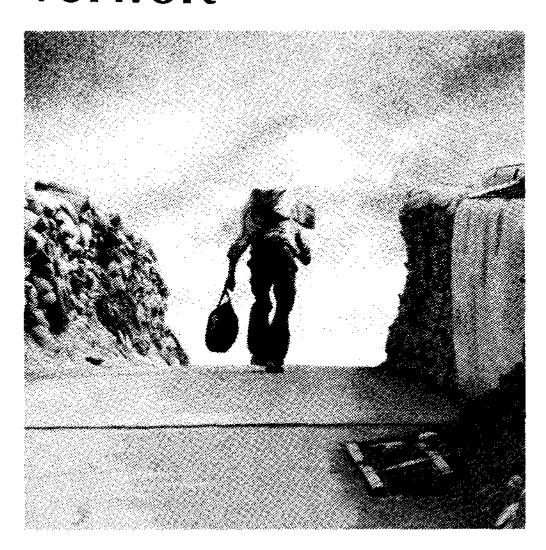
Dies, zumal auch die regionalen Mächte ihre Rivalitäten in den mittelasiatischen Ländern auf rassistische, kulturelle, ideologische bzw. religiöse Fundamente beziehen. Diese Instrumentalisierung als Komponenten einer expansionistischen Politik forciert bereits vorhandene Ressentiments und führt zu offener Konfrontation.

Nach Ende des Kalten Krieges bleibt dessen Vermächtnis somit in Afghanistan auf zweierlei Weise wirksam: Zum einem haben Krieg und Intervention in Afghanistan die alte, historisch entstandene, wie auch immer zu bewertende gesellschaftliche und politische Ordnung des Landes und seiner ethnischen Gruppen zerstört, ohne daß sich ein neuer Konsens herausbilden konnte. Zum anderen sind es die nunmehr aus den Fesseln der Bipolarität entlassenen Regionalmächte, deren Machtkämpfe tagtäglich zur weiteren Zerstörung des Landes durch die afghanischen Warlords beitragen. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, daß in diesem Krieg jeder Versuch, eine der kriegführenden Parteien zu legitimieren, nur zu mehr Leid und Opfern für die Bevölkerung führt und eine Gefährdung der territorialen Integrität des Landes bedeutet.

Trotz dieser düsteren Darstellung glaube ich, daß die Beilegung des Konfliktes möglich ist. Dazu sollten unter der Regie der UNO zunächst die Waffenlieferungen an alle Kriegsparteien in Afghanistan unterbunden und auch der Drogenhandel bekämpft werden. Das Engagement der UNO in Afghanistan konzentriert sich bis jetzt lediglich auf eine Einigung der Warlords, deren einziger Existenzgrund jedoch die Kriegsführung ist. Vielmehr sollte die UNO jedoch ihre Bemühungen auf die Bildung einer unparteiischen Übergangsregierung, bestehend aus der nicht bewaffneten Opposition, Kommandeuren, die für den Frieden eintreten und anderen Persönlichkeiten Afghanistans, konzentrieren. Die in Herat abgehaltene Friedenskonferenz könnte als Modell für einen solchen Weg dienen. Vielleicht lassen sich so noch der Zerfall des Landes und auch ethnische "Säuberungen" nach jugoslawischem Muster verhindern - denn solche sind vor dem Hintergrund der momentan betriebenen aggressiven Ethnisierung zu befürchten.

Rangin Dadfar Spanta

Vorwort



Über die Gründe von Menschen, ihre Familie, Freunde, ihr Haus und die gewohnte Umgebung zu verlassen, wird viel geschrieben und gestritten - vor allem wenn sich die Flüchtlinge die Bundesrepublik als Ziel ausgesucht haben. Hierzulande folgt die Betrachtung und Bewertung dieser Fluchtgründe ganz verschiedenen Interessen - entsprechend groß ist der gesellschaftliche Streit um den Umgang mit Flüchtlingen. Von der Forderung nach offenen Grenzen und dem Ende nationalstaatlicher Ordnung überhaupt bis zur Politik der "Festung Europa" (bzw. Deutschland) und einem offenen Rassismus reicht die Spannbreite der Positionen und Einstellungen.

Staat, Regierung, große Teile der Opposition und wohl die Masse der Deutschen wollen die weitere Zuwanderung von MigrantInnen und Flüchtlingen verhindern. So bestreiten sie die Existenz legitimer Gründe für die Flucht in die Bundesrepublik oder zumindest für die Verpflichtung, diese Menschen aufzunehmen. Die MigrantInnen und Flüchtlinge selbst und die Menschen bzw. Gruppen, die sie unterstützen, betonen dagegen das Recht auf (Zu-)Flucht vor Verfolgung, Krieg und anderen Formen bedrohlicher bzw. unerträglicher Lebensumstände.

In dieser Debatte werden die wichtigsten Hintergründe der weltweiten Flucht- und Migrationsbewegung jedoch bewußt ausgeklammert bzw. verschleiert: Nicht nur die internationale Wirtschaftsordnung, die für Verelendung und die sogenannten "Wirtschaftsflüchtlinge" mitverantwortlich ist, sondern damit der Lebensstil in den Industrieländern stünde nämlich hier zur Debatte.... Aber auch bei vielen Menschen und Gruppen, die Flüchtlinge unterstützen, ist die Beschäftigung mit den Fluchtursachen ein Randthema: Ihre (Haupt-)Sorge gilt der Aufnahme, Behandlung und Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen hierzulande.

Dies motivierte einen Teil der Arbeitsgruppe, die bereits das Themenheft 'Flucht, Migration, Asyl' (blätter Nr.191) erarbeitet hat, das vorliegende Heft zum Thema 'Fluchtursachen' zusammenzustellen.

Im einleitenden Artikel über die Ursachen der weltweiten Flucht-Bewegung werden zunächst im Überblick Zahlen, Begriffe und neueste Entwicklungen vorgestellt. Die folgenden Beiträge über ethnische Konflikte und Umweltflüchtlinge setzen sich mit eher "gebräuchlichen" Kategorien von Fluchtgründen auseinander, während der Artikel über frauenspezifische Fluchtursachen und -probleme einen bisher weniger beachteten Bereich der Flüchtlingsproblematik behandelt. Den Zusammenhängen zwischen Weltwirtschaft und Migrationsproblem geht der Artikel über die Folgen der Verschuldung der Philippinen nach.

Am Beispiel Mittelamerika und El Salvador werden die vielfältigen und miteinander verschränkten Ursachen der Migration innerhalb einer Region untersucht. An diesem Beispiel wird deutlich, daß sich im konkreten Fall verschiedene Fluchtursachen oftmals kaum voneinander trennen lassen.

Der abschließende Beitrag über das nordrhein-westfälische Programm zur Rücksiedlung der Roma nach Makedonien schneidet das Thema der häufig proklamierten "Bekämpfung von Fluchtursachen" an. Dieser Gedanke zur Bekämpfung von Fluchtursachen folgt zwingend daraus, daß wir Flucht und Migration als Notlösung für die Betroffenen betrachten - sie für einen im wesentlichen unfreiwilligen Ausweg aus einer bedrohlichen bzw. unerträglichen Situation halten.

In der Beschäftigung mit Fluchtursachen ergibt sich ein Schnittpunkt der Arbeit von Flüchtlingsgruppen mit derjenigen der Solidaritätsgruppen, die sich mit der Situation in den Herkunftsländern und deren Beziehungen zur BRD beschäftigen. Diese Beziehungen haben - darauf wurde von Flüchtlingsgruppen schon oft hingewiesen - vielfach einen direkten Zusammenhang mit den Fluchtursachen.

In diesem Zusammenhang am häufigsten erwähnt ist die politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung der BRD für Regierungen in Trikont-Ländern, die Kriege gegen Nachbarstaaten führen bzw. Minderheiten und Opposition im eigenen Land blutig unterdrücken. Auch die vielfältigen Formen von Umweltzerstörungen im Trikont, die durch den Energie- und Rohstoffverbrauch der Industriestaaten verursacht werden, machen den Zusammenhang zwischen Fluchtursachen und Wirtschafts- bzw. Lebensweise in der BRD deutlich. So ist es nicht zuletzt die Ordnung der Weltwirtschaft, faßbar in anhaltenden Schuldenzahlungen und im Protektionismus der Industrieländer, die verantwortlich ist für Elend und Emigration.

In den entsprechenden Forderungen nach wirtschaftlichem Boykott von Unrechtsstaaten, nach Entschuldung, besseren Rohstoffpreisen und Zugängen zu den Märkten der Industriestaaten, aber auch nach Veränderung der Konsum- und Lebensgewohnheiten in der Bundesrepublik sollten Flüchtlingsinitiativen, Umwelt- und Solidaritätsgruppen und auch die großen NGOs zusammenfinden können. Nur so kann politisch "Druck gemacht" werden. Deshalb soll die Herstellung von Zusammenhängen zwischen der herrschenden Weltordnung und den Fluchtursachen nicht nur der "Bewußtseinserweiterung" dienen, sondern auch der Vernetzung von Gruppen (angeblich) verschiedener Bereiche.

Diese gegenseitige Ergänzung und Unterstützung kann die politische Durchsetzung der Forderung nach Anerkennung von vielfältigen Fluchtgründen für Flüchtlinge aus Staaten der "Dritten Welt" verbessern. Eine solche Politik wendet sich nicht nur gegen Rassismus, Abschreckung, Ausgrenzung und Abschiebung, sondern beinhaltet das offensive Eintreten für Aufnahme und Asyl, weil eben Menschen dort nicht mehr leben können, wo sie leben und meistens auch leben wollen. Jedoch kann es nicht nur Ziel unserer Arbeit sein, MigrantInnen und Flüchtlinge bei uns aufzunehmen. Eine Politik, die ernsthaft die Ursachen von Flucht und Migration beseitigen hilft, ist gerade in ihrem Interesse. Daher löst der Ruf nach "offenen Grenzen" die Probleme von Flucht und Migration zunächst nicht. Unser Ziel muß die Veränderung derjenigen Situation sein, die Flüchtlinge und MigrantInnen in die Flucht zwingt - und dies ist nur durch kurz- und langfristig zu erzwingende Veränderungen bei uns zu erreichen.

Die Arbeitsgruppe 'Fluchtursachen'

Fluchtursachen weltweit

Was Menschen in die Flucht treibt - ein Überblick

Deutschland hat das Flüchtlingsproblem für sich schon gelöst - mit einem Federstrich. Im Mai 1993 verabschiedete der Bundestag eine Neufassung des Artikels 16 des Grundgesetzes. Der Grundtenor dieses neuen Gesetzartikels lautet: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" - aber nicht bei uns. Einen Überblick über die vielfältigen Gründe, die Menschen zur Flucht zwingen, gibt der folgende Beitrag.

Nach der Neufassung des deutschen Grundgesetzes können asylsuchende Personen sofort abgeschoben werden, wenn sie aus den oder über die EU - oder sog. sichere Drittstaaten kommen. Da Deutschland mittlerweile fast alle angrenzenden Staaten als sichere Drittstaaten eingestuft hat bzw. gegen Geld entsprechende Vereinbarungen (Polen, Tschechische Republik) getroffen hat, hat kaum jemand eine Chance, in Deutschland als Asylsuchender anerkannt zu werden. Es sei denn, die Person ist reich, kommt per Flugzeug, kann gut deutsch sprechen und verstehen und führt amtlich bestätigte Papiere mit sich. So kommt die Ev. Kirche nach einer bundesweiten Befragung zu der Feststellung, daß die neue Praxis nach der Beschränkungsbestimmung vom Sommer 1993 das grundgesetzlich garantierte Recht auf Asyl "angetastet" habe.[1]

Internationale Definitionen

Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 (von der Bundesrepublik 1953 ratifiziert) definiert den Begriff 'Flüchtling' so: "Der Ausdruck 'Flüchtling' findet auf jede Person Anwendung ..., die sich aus der wohl begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will" (Art. 1.2).

Diese Definitionen umfassen zwar mehr als die kleine Gruppe der "politisch Verfolgten", die nach dem alten Art. 16 des GG Asylrecht genießen, sind aber trotzdem nicht mehr ausreichend. Das Europäische Parlament hatte in seiner Entschließung zu den Fragen des Asylrechts vom 12.3.1987 darauf hingewiesen, daß sich die Ursachen für Flucht seit Abschluß der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 verändert hätten ...". Deshalb sollte die Europäische Gemeinschaft die Initiative zur Ausarbeitung eines Vorschlags einer neuen Definition der OAU (Organization for African Union) ergreifen. Nach dieser Definition der OAU-Konvention von 1967 soll der Begriff Flüchtling über die GFK-Konvention hinaus, "auf jede Person Anwendung finden, die wegen Aggression von außen, Besetzung, Fremdherrschaft oder aufgrund von Ereignissen, welche die öffentliche Ordnung in einem Teil des Landes oder dem gesamten Land ernsthaft stören, gezwungen ist, den Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts zu verlassen, um an einem anderen Ort außerhalb ihrer Herkunft oder Staatsangehörigkeit Zuflucht zu suchen". Die Cartagena-Erklärung der zehn lateinamerikanischen Länder von 1984 geht von der OAU-Definition aus, erkennt zusätzlich "schwere Verletzungen der Menschenrechte" als einen Fluchtgrund an.[2]

Nackte Zahlen

Die Schwierigkeiten mit den Zahlenangaben zu weltweiten Flüchtlingsbewegungen beginnen bereits mit der Definition des Begriffs "Flüchtling" - darauf weist der UNHCR ausdrücklich hin. Bis zum Jahre 1992 hatte der UNHCR sich strikt daran gehalten, Flüchtlinge als solche zu zählen, die aufgrund "einer begründeten Furcht vor Verfolgung oder aufgrund einer Gefährdung ihrer Sicherheit infolge schwerwiegender Störungen der öffentlichen Ordnung" ihre Heimat verlassen haben.[3] Also wurden Menschen gezählt, die Landesgrenzen überschritten, nicht aber die Binnenflüchtlinge und nicht Umwelt- oder Armutsflüchtlinge. Im November 1993 veröffentlichte der UNHCR nunmehr beide Zahlen: weltweit wurden danach insgesamt 43,7 Mio. (19,7 Mio. grenzüberschreitend, 24 Mio. Binnen-Flüchtlinge) gezählt.[4]

Hierin sind die Zahlen und die hinter ihnen stehenden Ereignisse von 1994 nicht enthalten: Allein aus Ruanda flüchtete die Hälfte der Bevölkerung (4 Mio.) ins Ausland, nach Zaire, Tansania und Uganda. Die Zahl der Umweltflüchtlinge - in der UNHCR-Statistik nicht enthalten - wird nach einer Schätzung des World Watch Instituts von 10 Mio. 1990 auf 20 Mio. im Jahre 2000 zunehmen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) schätzt ebenfalls eine Verdoppelung der Umweltflüchtlings-Zahl - allerdings von 500 Mio. auf 1.000 Mio..[5]

Alle diese Zahlen sind Schätzungen. Deshalb ist größte Vorsicht im Umgang mit solchen Angaben geboten. Nach Auffassung des UNHCR geben nicht nur Regierungen und Politiker, sondern auch NGOs und Journalisten häufig Zahlen an, "die kaum einer Überprüfung standhalten" ..., "weil sie politisch zuungunsten statistischer Genauigkeit taktieren."[6]

Asylbewerber nach häufigsten Herkunftsländern in Deutschland 1993

Herkunftsland	in Tausend	in %
Rumänien	73.8	23
Bundesrepublik Jugoslawien	73.6	23
Bulgarien	22.6	7
Bosnien-Herzegowina	21.2	7
Türkei	19.1	6
Algerien	11.3	3
Vietnam	11.0	3
Armenien	6.5	2
Afghanistan	5.5	2
Russische Föderation	5.4	2
Andere	72.8	22
Gesamt	322.8	100

Fluchtursachen sind selten allein

Die Ursachen, die Menschen zu einer Flucht zwingen, sind vielfältig, komplex und ineinander verzahnt. Wenn hier aus analytischen Gründen die einzelnen Ursachen getrennt ausgeführt werden, bedeutet dies nicht, daß sie voneinander unabhängig auftreten. In den letzten zwanzig Jahren z.B. hat es wiederholt Völkerwanderungen zwischen Äthiopien und Sudan in beide Richtungen gegeben. Ungeklärte Nationalitätsprobleme, Kriege, Bürgerkriege, eine permanente Unterdrückung des Volkes durch autoritäre Regime (die mit Waffen von der 1. und 2. Welt ausgestattet wurden), Dürre, Verwüstungen (Desertifikationen), Hungersnöte und -tote haben Millionen von Menschen gezwungen, von Äthiopien nach Sudan und umgekehrt Zuflucht zu suchen und wieder zurückzukehren. So ist es auch in diesem Fall schwierig, die Ursachen und Folgen auseinanderzudividieren. Mit dieser Vorbemerkung über Schwierigkeiten der analytischen Trennung von Fluchtursachen, seien hier die folgenden Hauptgründe genannt:

1. Nationale Staatsgrenzen als historisches Erbe des Kolonialismus
2. Autoritäre Regime
3. Zerfall der Staatsgewalt und der ökonomischen Ordnung
4. Kriege und Bürgerkriege
5. Armut
6. Umweltbedingte Fluchtursachen

1. Nationale Staatsgrenzen als historisches Erbe:

Bekanntlich wurde Afrika auf dem Berliner Kongreß 1884 unter den Kolonialherren aufgeteilt - ohne Mitsprache der AfrikanerInnen und ohne Rücksicht auf bestehende ethnische, kulturelle und religiöse Strukturen. Überdies regierten die Kolonialmächte nach dem Prinzip "divide et impera". Zu diesem Zweck pflegten und schürten sie Rivalitäten und Animositäten zwischen den Volksgruppen (Hindus und Moslems in Indien, Hutus und Tutsis in Ruanda, Singhalesen und Tamilen in Sri Lanka usw.). Nach der "Unabhängigkeit" waren häufig Völkerwanderungen eine Folge dieser Politik. Ein Beispiel solcher Teilungen ist die Teilung von Indien und Pakistan im Jahre 1947. Nach einem vorhergehenden Bürgerkrieg erfolgte mit der Unabhängigkeit beider Staaten eine Völkerwanderung von etwa 20 Mio. Menschen in beide Richtungen.

Die willkürlich gezogenen Staatsgrenzen haben einige Bevölkerungsgruppen heimat- und wehrlos gemacht. Sie werden zu einem Spielball derjenigen Staaten, in denen sie notgedrungen leben. Beispiele hierfür sind die seit Jahrzehnten über die ganze Welt verteilt lebenden Palästinenser. Erneut zum Opfer der Politik ihrer Exilstaaten wurden viele von ihnen nach dem Golfkrieg, als fast eine Viertel Mio. Palästinenser Kuwait verlassen mußten - wegen angeblicher Kooperation mit dem Irak. Die Kurden werden von verschiedenen Staaten (Türkei, Irak, Iran) gedemütigt, verfolgt, verjagt und gemordet.

2. Autoritäre Regime:

Das 'Institut für Entwicklung und Frieden' teilt die Welt in fünf Stufen, die vom Staatsterrorismus bis zur Stufe des Rechtsstaates reichen. Demnach lebt 3/5 der Weltbevölkerung heute noch in Staaten, die zu den untersten 3 Stufen gerechnet werden, also dort, wo politische Haft, Folter, Mord vorkommen bzw. Staatsterror herrscht. In der Vergangenheit wurden gewaltige Fluchtbewegungen aufgrund von Menschenrechtsverletzungen und Staatsterrorismus ausgelöst, z.B.

- 5 Mio. Nordkoreaner wanderten in den 50er Jahren nach Südkorea (pro USA, ebenfalls autoritäres Regime) aus.
- Nach dem Sieg der Kommunisten in Indochina wanderten mehrere Mio. Menschen aus Vietnam, Kambodscha und Laos aus.
- Seit 1961 (Kubanische Revolution) sind etwa eine Million Menschen aus Kuba ausgewandert (vornehmlich in die USA).

Alle diese Regime wurden vom Ostblock unterstützt. Der Westen unterstützte rechtsgerichtete autoritäre Regime. Beispiele dafür sind Guatemala, El Salvador, Argentinien, Chile: auch dies Länder, aus denen Hunderttausende fliehen mußten. Die 'drei M's' - Marcos, Mobutu und Moi -, Symbole für Korruption, Unfreiheit und Menschenrechtsverletzungen, waren bekanntlich



"Lieblingspolitiker" des Westens.

3. Zerfall der Staatsgewalt und der ökonomischen Ordnung:

Ein Beispiel hierfür stellt der frühere Ostblock dar. In dem derzeitigen ökonomischen Vakuum geht die Produktion zurück. Die Lage der Mangelwirtschaft verschärft sich täglich. Es entsteht eine Art "Manchester-Kapitalismus", wo jede Person und Gruppe versucht, sich auf Kosten anderer Vorteile zu verschaffen. Die latent vorhandenen Rivalitäten und Animositäten brechen als Kriege und Bürgerkriege, wie in der früheren UdSSR oder in Ex-Jugoslawien, aus. Die Armen und häufig die Minderheiten bleiben auf der Strecke und Fluchtbewegungen sind die Folge. Drei von vier Flüchtlingen, die zur Zeit in Deutschland Zuflucht suchen, kommen aus Ost- und Südosteuropa.

4. Kriege und Bürgerkriege:

Trotz spektakulärer Friedensabschlüsse wie dem zwischen der PLO und Israel nimmt die Zahl der Kriege und Bürgerkriege kontinuierlich zu: Waren es 1945 noch drei, steigerte sich die Zahl der kriegerischen Auseinandersetzungen bis 1993 auf 53 (1955: 15, 1965: 24; 1975: 21, 1985: 33). Kriege finden nicht nur dort statt, wo das Fernsehen zeitweilig berichtet, wie im Golfkrieg, in Bosnien, in Ruanda und Somalia, sondern auch in unverminderter Härte an vielen anderen Orten der Welt. 41 von 53 Kriegen des Jahres 1993 dauerten schon über 10 Jahre, z.B. in Afghanistan, Sudan, Mosambik und Angola. Dort wie anderswo - z.B. in Afghanistan - haben sich die ehemaligen Stellvertreterkriege (Ost-West) verselb-ständigt (s. den Beitrag zu Afghanistan in diesem Heft). Von Kriegen und Fluchtbewegungen der meistbetroffene Kontinent ist Afrika. Über 20 Mio. Menschen sind hier auf der Flucht.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1993, gab es 188 Kriege. Die Schauplätze von 176 Kriegen lagen in der Dritten Welt. Diese sogenannten Regionalkriege haben schätzungsweise 16 - 25 Mio. Tote gefordert, 70 - 90% davon waren Zivilisten (zum Vergleich: im Ersten Weltkrieg waren 5% der Opfer Zivilisten, im Zweiten 50%). Da die meisten Opfer dieser Kriege Zivilisten sind, lösen diese Kriege verständlicherweise eine enorme Fluchtbewegung aus. Allein aus Afghanistan sind ca. 6 Mio. Menschen geflohen (gut die Hälfte davon beherbergt Pakistan).

Zwei von Dreien dieser Kriege fanden innerhalb eines Staates statt, (Anti-Regime-Sezessionskriege u.ä.). Wie bereits erwähnt, ist eine Vielzahl dieser Kriege auf die willkürliche Grenzziehung in den Zeiten des Kolonialismus zurückzuführen. Gekämpft wurde meistens mit Waffen aus den Industriestaaten. Bis zur Auflösung des Ostblocks hatten die USA und UdSSR Anteile am Waffenweltmarkt von je einem Drittel. Mit dem Rest begnügten sich Frankreich, Großbritannien und u.a. die Bundesrepublik. Inzwischen ist zwar der Waffenexport erheblich zurückgegangen, dafür ist aber Deutschland 1992 auf Rang drei unter den größten Waffenexporteuren der Welt aufgestiegen.[8] Manche 3.Welt-Länder gaben mehr Geld für die Rüstung aus als sie als Entwicklungshilfe bekommen - in manchen Ländern machen die Rüstungsausgaben bis zu 60% des Gesamthaushaltes aus.

Ein düsteres Kapitel stellt auch die Medienberichterstattung dar. Medien stellen oft Ereignisse als einmalige Geschehen und vereinfacht dar. So etwa auch den Krieg in Ruanda im Jahr. Seit 1959 gab es in Ruanda und Burundi mindestens fünf bis sechs mal ein riesiges Massaker. Was uns aber als ein Stammeskrieg vorgeführt wurde, war eher ein Aufstand der demokratischen Bewegung gegen eine Diktatur. Gleichwohl ist die Fluchtbewegung das Ergebnis des Kriegs - etwa die Hälfte der Bevölkerung, ca. 4 Mio. Menschen, sind in die Nachbarländer geflohen (Zaire, Tansania, Uganda).

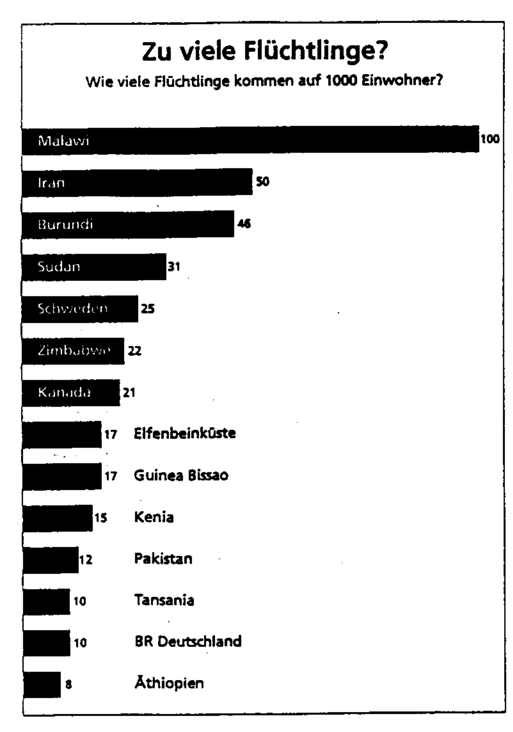
Neben Berichten über solche Massenflucht in einem kurzen Zeitraum gibt es kaum Berichte über alltägliche Flucht aus Kriegsgebieten in erheblicher Zahl. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 12./13.11.94 auf 20 Zeilen, daß weitere 60.000 Menschen aus Südsudan geflohen sind, von denen 50.000 versuchen, Uganda zu erreichen, wo bereits 250.000 sudanesische Flüchtlinge leben.

Die Lage von Binnenflüchtlingen ist häufig schlechter als die der ins Ausland flüchtenden, da sie heimat- und arbeitslos von einem Gebiet zum anderen wandern, nur um Kriegsschauplätzen zu entgehen. Das Verhältnis von Binnen- und Außen-Flüchtlingen ist etwa 1:1 (siehe Weltzahlen für 1993 oben). Beispiel Bosnien: 1,3 Mio. Menschen sind ins Ausland geflohen, 1,3 Mio. Menschen sind Binnenflüchtlinge. Jeder 2. Flüchtling aus Bosnien ist ein Kind.[9]

5. Armut:

Nach Angaben der Weltbank lebt fast jeder 4. Mensch auf dieser Erde in absoluter Armut (1,2 Mrd.). Diese Zahl täuscht ein wenig, da die Reichen in dieser Statistik mit eingeschlossen sind. Bezogen auf die Dritte Welt sehen die regionalen Unterschiede so aus (Prozentsatz derer, die in absoluter Armut leben): in Asien 25%, Afrika der Sub-Sahara: 62%, Nordafrika und mittlerer Osten: 28%, Lateinamerika: 35%.[10] Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst ständig. Laut UNDP hat diese Kluft von 30:1 (1960) auf 59:1 (1989) zugenommen.[11]

Laut dem neuesten Bericht des UNDP sieht die Aufteilung der Weltwirtschaft so aus: Während die reichsten 20% der Weltbevölkerung in den Industriestaaten für sich einen Anteil des BSP von 84,7% beanspruchen (Welthandel 84,2%, inländische Ersparnisse 85,5%, inländische Investitionen 85,0%), belaufen sich die ensprechenden Anteile für die Ärmsten 20% der Weltbevölkerung auf 1,4%, 0,9%, 0,7% und 0,9%.



Aus: „Im Jahrhundert der Flüchtlinge"; Dritte Welt-Haus Bielefeld (Hrsg.), Bielefeld 1994

"Der typische Arme ist kein Subsistenzbauer mehr, sondern ein besitzloser Arbeiter", schreibt Durning, "die Zahl der landlosen ländlichen Haushalte" ist von 167 Mio. 1981 auf 220 Mio. heute gestiegen.[12] Durning ist der Meinung, daß "die Armen der Welt auf lokaler, nationaler und globaler Ebene von Kräften umgeben werden, die zusammenwirken, um eine Falle in drei Schichten zu bilden." Er führt detailliert Gründe, Mechanismus und Beispiele für diese Armutsfalle aus. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, halten wir zwei wesentliche Gründe fest: 1. das Ausbleiben einer Landreform (in Lateinamerika - wo das Verhältnis am unausgewogensten ist - besitzen 1% der Grundeigentümer 40% des bebaubaren Landes) und 2. Vernachlässigung derjenigen Bereiche, die für eine Armutsbekämpfung am dringendsten sind, nämlich ländliche Entwicklung, Bildung und Gesundheit. "Straßen und Bewässerungskanäle werden in blühenden einflußreichen Gebieten gebaut ... Elektrizität und Leitungswasser sind in Stadtgebieten konzentriert. ... Für die landlosen Arbeiter oder Frauen, die am stärksten benachteiligten Gruppen, tun sie nichts." Selbst die Weltbank muß jetzt zugeben, daß ihr Armutsbekämpfungsprogramm die Armen ärmer gemacht und die Umwelt zerstört hat.[13]

Natürlich flüchten die Armen in bitterster Not und in Angst vor dem Hungertod. Sie suchen meistens Zuflucht in den Städten oder in benachbarten Ländern. Jährlich

flüchten 1 - 2 Mio. Bangladeshis illegal in die nächstgelegenen Bundesstaaten Assam, Bihar und vor allem nach Westbengalen in Indien. Diese Menschen tauchen in keiner Flüchtlingsstatistik auf. Die vom Hungertod bedrohten Flüchtlinge kommen selten nach Europa. Sie haben weder die Kraft noch die Mittel dazu. Genaue Zahlen über Landflucht gibt es nicht - allerdings kann etwa die Wucherung der Megastädte in der Dritten Welt als Anhaltspunkt dienen. Während noch vor 30 Jahren sieben der zehn größten Städte der Welt in den Industriestaaten zu finden waren, werden 17 von 20 solcher Städte im Jahre 2.000 in der Dritten Welt angesiedelt sein. Mega-Städte wie Mexiko-City, Sao Paulo, Kairo, Bombay oder Kalkutta erfahren durch die Landflucht einen täglichen Zuwachs zwischen 1.500 und 2.000 Menschen. Noch vor 20 Jahren lebte in den Megastädten "erst" jeder 4. in den Slums, mittlerweile sind es 40 - 50%.

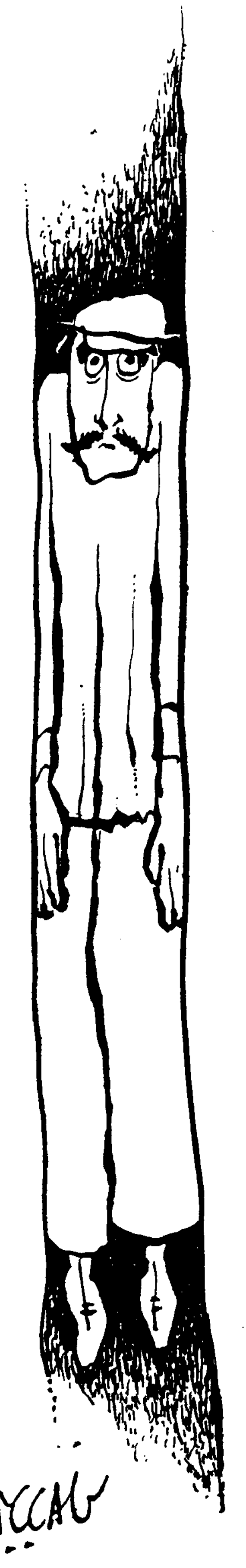
6. Umwelt:

Umweltflüchtlinge sind solche, die laut UNEP gezwungen werden, ihre traditionelle Umgebung vorübergehend oder dauerhaft zu verlassen, da Umweltschäden ihre Existenz in Gefahr bringen und/oder ihre Lebensqualität schwerwiegend beeinträchtigen.

Wie erwähnt, wird die Zahl der Umweltflüchtlinge aufgrund verschiedener Meßkriterien unterschiedlich geschätzt: 10 Mio. (Worldwatch), 100 Mio. (Weltbank) und 500 Mio. (IKRK). Bis zum Jahre 2000 soll sich diese Zahl Schätzungen zufolge noch verdoppeln.

Die UN-Unterorganisation für Weltbevölkerung - UNFPA - hat den Jahresbericht für 1993 ganz dem Thema Migration gewidmet. Darin werden verschiedene Typen von fluchtauslösenden Umweltveränderungen ausgemacht:

- "Natürliche Katastrophen" wie Zyklone, Vulkanausbrüche, Erdbeben, Überschwemmungen usw.: Dabei sind solche (z.B. Überschwemmungen) auch nicht immer natürlich. Wie am Beispiel von Bangladesh zu sehen ist, werden diese durch Klimaveränderungen (Waldrodung, Treibhauseffekt, mehr CO_2-Ausstoß durch Autos und Flugzeuge) häufiger und "gewalttätiger" als früher. Bei der vorletzten Flutkatastrophe starben zwischen 150.000 und 300.000 Menschen, 10 Mio. wurden obdachlos und schätzungsweise über eine Million Menschen mußten fliehen.
- Bodenerosion, Verwüstung (Desertifikation): durch Überkultivierung, Überweidung, übermäßigen Verbrauch von Grundwasser, Bevölkerungswachstum verliert der Boden seine Fruchtbarkeit. Die UN-Umweltorganisation schätzt, daß etwa 35% der Erdoberfläche von der Verwüstung bedroht sind.
- Wasserknappheit: Der UNFPA schätzt, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts bis zu zwei Drittel der afrikanischen Bevölkerung in von Wasserknappheit betroffenen Ländern leben werden.



Şadi Dinççağ/Türkei

Auch die globalen Klimaveränderungen (CO_2-Ausstoß, Waldrodung, Treibhauseffekt) treiben Menschen in die Flucht. Der Meeresspiegel steigt nachweisbar. Der UNFPA schätzt, bei einem Anstieg um 30 cm werden 16% der Ägypter und 10% der Bangladeshis ihren Lebensraum verlieren.

Bereits dieser kurze Überblick über die Ursachen der aktuellen weltweiten Flüchtlingsbewegungen macht deutlich, wie wenig die heutige Politik der Bundesrepublik sowohl bezüglich der Bekämpfung der Fluchtursachen als auch hinsichtlich der Aufnahme und des Umgangs mit Flüchtlingen diesen Problemen gerecht wird.

Asit Datta

Anmerkungen:

1) Vgl. "Die Kirche sieht das Grundrecht auf Asyl in der Praxis angetastet", in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 16.11.93.
2) Zur OAU- und Cartagena-Erklärung siehe UNHCR-Report 1994, S. 187 und 189.
3) Ebenda, S. 161.
4) "Millionen im Exil", in: DER SPIEGEL 19/94, S. 142.
5) SEF (Hg.): Globale Trends 93/94, Frankfurt/M 1993, S. 138.
6) UNHCR-Report 1994, a.a.O., S. 163.
7) SEF (Hg.): Globale Trends, a.a.O., S. 92.
8) Vgl. SIPRI-Report 93, Göttingen 1993, S. 208.
9) Vgl. HAZ vom 19.9.92.
10) Durning, Alan B.: Die Armutsfalle, Schwalbach 1992, S. 21 f.
11) UNDP (Hg.): Human Development Report 92, New York-Oxford 1992, S. 34 f.
12) Durning, a.a.O., S. 29.
13) ebd. S.36

Ein umfangreicherer Anmerkungsapparat mit den genauen Quellenangaben zu den einzelnen Zahlen kann bei uns bestellt werden.

"Im Jahrhundert der Flüchtlinge"

Die Broschüre, die als Zusammenstellung von **Unterrichtsmaterialien** für die Sek.I und Sek.II konzipiert ist, bietet didaktisch aufbereitetes Text-, Zahlen- und (Schau-)Bild-Material für Unterricht und Bildungsarbeit zu den Themenbereichen Fluchtbewegungen/Fluchtursachen und Umgang mit Flüchtlingen in der Bundesrepublik. Die vorgeschlagenen Spiele thematisieren auch Phantasien und Vorurteile der SchülerInnen/TeilnehmerInnen zum Thema Flucht und Asyl. Der dritte Teil des Heftes behandelt vor allem die Frage der Verantwortung von Christen für die Flüchtlinge.

Insbesondere die Grafiken und methodischen Ideen machen die Broschüre zu einer sehr nützlichen Materialsammlung für Seminar und Unterricht (Rezensent spricht aus eigener Erfahrung).

Deutscher Caritas-Verband, Dritte Welt-Haus Bielefeld, Misereor, Pax Christi (Hrg.), Im Jahrhundert der Flüchtlinge, Unterrichtsmaterialien für Sek.I und Sek.II, Bielefeld 1994; Bezug über: Dritte Welt-Haus Bielefeld, August-Bebel-Straße 62, 33602 Bielefeld (DM 10,- +Versandkosten)



Nature strikes back

Weltweite Umweltzerstörung und Migration

Natürliche Umweltkatastrophen hat es immer gegeben. Oft wurden die Menschen durch Erdbeben, Vulkanausbrüche, Flut und Wirbelstürme zur raschen Flucht gezwungen. Was also ist neu an der Umweltflucht? Wenn die Annahme richtig ist, daß Umweltflucht ein junges, vielleicht nur zehn oder zwanzig Jahre altes Phänomen darstellt, dann liegt die Schlußfolgerung nahe, daß sich entweder die Umwelt in letzter Zeit verändert hat und dadurch Menschen zu einem neuartigen Verhalten bewegt oder aber, daß sich die Mensch-Umwelt-Beziehungen gewandelt haben und damit die Menschen zum Verlassen der Heimat zwingen.

Beides ist richtig und läßt sich schwerlich voneinander trennen. Durch menschliche Tätigkeiten wurde die Umwelt seit jeher verändert, wobei die veränderte Umwelt immer auch gleichzeitig Ursache und Folge eines Wandels im humanökologischen Beziehungsnetz war. Dieses Netz, das durch zahllose Stoffwechselkreisläufe zwischen Mensch und Natur entsteht, hat sich über die Jahrhunderte in seiner raumzeitlichen Struktur verändert.

Die anthropogene Transformation betrifft heute in erster Linie die erneuerbaren Umweltmedien Boden/Vegetation, Wasser und Luft. Sie ist struktureller Ausdruck und Folge der wissenschaftlich-technischen Zivilisation. Sie hängt nicht nur generell von der Wirtschaftsweise und der Qualität der Umweltmedien ab, die je nach Klimazone unterschiedlich sein können, sondern vom spezifischen Zusammenwirken von ökonomischen, technologischen, politischen, demographischen und zeitlichen Faktoren in den Industrie- und Agrargesellschaften.

Naturkatastrophen und Umweltflucht

Gleichzeitig stellt sich das analytische Problem, daß sich natürliche und anthropogene Umweltkatastrophen zunehmend weniger voneinander trennen lassen. Aufgrund des immer dichter und globaler werdenden humanökologischen Beziehungsnetzes sind die menschlichen Natureinwirkungen selbst wiederum mit Naturkatastrophen rückgekoppelt. Dies äußert sich in der zahlenmäßigen Zunahme von Naturereignissen, die mit katastrophalen Folgen für immer mehr Menschen verbunden sind.

Wenn ein Vulkan in einem unbewohnten Gebiet ausbricht oder das Wasser in nicht besiedelten Regionen über die Ufer tritt, wird kaum jemand von einer Naturkatastrophe berichten. Erst wenn Menschen und ihre Siedlungsräume stark betroffen sind, macht der Begriff der Katastrophen einen Sinn. Wo immer größere Bevölkerungsteile in einem Land dazu gezwungen sind, an hochwassergefährdeten Flußtälern oder Küsten, in Barackensiedlungen in erdbebengefährdeten Gebieten, in Wellblechhütten an steilen, erosionsgefährdeten Hängen am Rande großer Metropolen, in von Erosion betroffenen Hochländern oder in Gegenden mit klimatischen Turbulenzen ihr Auskommen zu finden, ist mit einer Zunahme von katastrophalen Naturereignissen zu rechnen. Die regionalen Auswirkungen globalen Klimawandels, wie etwa veränderte Niederschlagsmengen, die Verschiebung von Niederschlagszonen oder andere Windverhältnisse können die Lage lokal und regional zusätzlich verschärfen.

Die meisten Katastrophen sind daher ungelöste Probleme der Entwicklung bzw. "soziale und politische Ereignisse, die verhindert werden können und es in vielen Fällen auch werden".[1] Dies läßt sich statistisch ermitteln. Während in den Industrieländern zwischen 1965 und 1985 durchschnittlich 500 Menschen je Katastrophe ums Leben kamen, waren es in der Dritten Welt im gleichen Zeitraum jeweils 3.000 Menschen. In Japan fanden in diesen zwanzig Jahren ins-

gesamt 2.700 Menschen in 43 Naturkatastrophen den Tod, in Peru in der gleichen Zeit 91.000 Menschen in 31 Ereignissen. Aufgrund von Vulkanausbrüchen, Erdbeben und Hochwasser waren in den sechziger Jahren 28 Millionen Menschen vor allem in den Entwicklungsländern von Naturereignissen betroffen, in den achtziger Jahren waren es bereits 64 Millionen Menschen. Die Flutkatastrophe in Bangladesch von 1988 zog mindestens 48 Millionen Menschen in Mitleidenschaft.

Umweltflucht läßt sich somit als Flucht vor den Auswirkungen anthropogener Veränderungen der Umwelt, insbesondere der erneuerbaren Umweltmedien Wasser, Luft und Boden/Vegetation definieren. Die Veränderungen lassen sich wiederum in drei Kategorien unterteilen:

1. Stetige Veränderungsprozesse, die als Nebeneffekte landwirtschaftlicher und industrieller Produktionsweise auftreten und 2. plötzliche Veränderungen aufgrund von Industriekatastrophen, wie in Bhopal in Indien 1984 oder in Tschernobyl in der früheren UdSSR am 26. April 1986; letztere führte zur Evakuierung von 135.000 Menschen. Umweltflucht ist ferner bestimmt durch 3. die Gefährdung einer wachsenden Zahl von Menschen, die gezwungen sind, aufgrund sozioökonomischer und demographischer Faktoren auf marginalen Böden oder in gefährdeten Regionen zu siedeln und dadurch Opfer von Naturkatastrophen werden.

Gemäß einer Definition des UN-Umweltprogrammes (UNEP), das sich 1985 in einem Bericht mit dem Zusammenhang zwischen Umwelt und Flucht befaßte, sind Umweltflüchtlinge Menschen, die "gezwungen wurden, ihre traditionelle Umgebung vorübergehend oder dauerhaft zu verlassen, da Umweltschäden (seien diese natürlicher Art oder durch den Menschen ausgelöst) ihre Existenz in Gefahr brachten und/oder ihre Lebensqualität schwerwiegend beeinträchtigten."

Umweltflucht: ein Problem der (Unter-)Entwicklung

Betrachten wir die geographische Seite des Problems Umweltflucht, so zeigt es sich, daß insbesondere Regionen der Dritten Welt davon betroffen sind. Daher drängt sich die Vermutung geradezu auf, daß das globale Entwicklungsdilemma die Quelle des Phänomens Umweltflucht sein könnte.

Es gibt unterschiedliche zivilisatorische Wege, die Umwelt zu transformieren, wobei das zerstörerische Nebeneinander Ausdruck der Ungleichzeitigkeit von Entwicklung ist. Neben der Globalisierung, die quantitativ und qualitativ im wesentlichen auf industriestaatliche Aktivitäten und fehlende, unzureichende oder nicht befolgte Verregelungen zurückzuführen ist, gibt es die armuts- und demographisch bedingte Transformation der Umwelt. Zu den direkten Folgen der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung gehören die humanökologische Bevorteilung der industriellen Zentren einerseits und die "ökologische Marginalisierung der Armut" andererseits. Während erstere tendenziell zur Homogenisierung und Vermehrung von politischer und wirtschaftlicher Macht in den bisherigen Industrieregionen beiträgt, dürften die marginalisierten Regionen künftig noch mehr als bisher durch Fraktionierungen geprägt werden.

Die strukturelle Heterogenität kennzeichnet jedoch nicht nur die Nord-Süd- und die Süd-Süd-Beziehungen, sondern drückt jeder sich modernisierenden Gesellschaft den Stempel der Spaltung auf. Nachholende Entwicklung wird vor dem Hintergrund der ökologisch/sozioökonomischen Krise zu einem letztlich unerreichbaren Konzept. Nachkömmlinge, die auf degradierte Ressourcen in transformierten Ökoregionen angewiesen sind, treffen auf eine prinzipiell schlechtere - volkswirtschaftlich notwendige - natürliche Faktorenausstattung als ihre Vorläufer.

Die ökologische Marginalisierung der Armut

Die Gründe, die einen Menschen letztendlich dazu zwingen, seine Heimatregion zu verlassen, sind vielfältig. Meist handelt es sich um viele Faktoren, die durch wechselseitige Verstärkungen die Entscheidung zur Flucht beschleunigen bzw. auslösen, aber auch behindern können. Selten beruht Flucht auf einer schnellen Entscheidung. In der Regel versuchen die Menschen so lange als möglich in ihrer Heimat auszuharren. Sie sind oft bereit, große gesundheitliche und psychische Strapazen auf sich zu nehmen, um bleiben zu können. Auch stellen sich den zur Flucht Entschlossenen meist viele Hindernisse in den Weg, wobei der Frage nach dem Wohin die größte Bedeutung zukommt.

Die heute unmittelbar sichtbaren Ursachen für die "ökologische Marginalisierung der Armut", die Umweltflucht bewirken können, sind im wesentlichen auf drei humanökologische Faktoren zurückzuführen:

1. Die traditionelle Landwirtschaft und das Bevölkerungswachstum

Die traditionell kultivierte Umwelt gerät durch das rapide Bevölkerungswachstum zunehmend unter Streß. Das Vordringen auf marginale Böden beschleunigt zusätzlich das Auslaugen von Nährstoffen und die Degeneration des Ackerbodens. Die rapide Bodenerosion aufgrund dauerhaften Anbaus, starker Regenfälle, verlängerter Trockenperioden oder Flut, die Versalzung der Böden durch schlechte Bewässerungsmethoden, der rasche Verlust großer Waldflächen durch Rodung sowie durch Überweidung von Savannen durch immer größere Viehherden tragen dazu bei, daß es zur Auflösung traditioneller Lebensordnungen kommt und Menschen ab einem bestimmten Punkt zur Aufgabe der Heimat gezwungen sein können.

2. Die Mechanisierung/Modernisierung der Landwirtschaft und ungleiche Landverteilung.

Die Mechanisierung der Landwirtschaft bewirkte die Freisetzung zahlloser Kleinbauern und Landarbeiter. Sie mußten sich auf marginale Böden zurückziehen oder in die Städte abwandern. Während diese erzwungenen Bewegungen als eine Form der Landflucht oder Vertreibung durch wirtschaftliche und politische Gewalt betrachtet werden können, führen die diversen Nebeneffekte der Mechanisierung wie der Einsatz von Dünger, Pestiziden und Herbiziden sowie die weiträumige Versalzung der Böden aufgrund fehlerhafter Bewässerung zu eigentlicher Umweltflucht.

3. Die Wasserversorgung

Umweltprobleme, die mit der Wasserversorgung bzw. dem Wassermanagement zu tun haben und zu Umweltflucht und "displacement" führen, sind oft mit Staudamm- und Bewässerungsprojekten sowie den daraus entstehenden Nebeneffekten verbunden. Der Verlust von fruchtbarem Land, von Fischbeständen und Artenvielfalt, die Versalzung sowie auch die Ausbreitung von Krankheiten können zu großen Umsiedlungs-, Vertreibungs- und Fluchtaktivitäten führen.

Heute sind bereits 78% der Weide- und Trockenwaldarreale, 28% der geschlossenen tropischen Wälder, 49% der künstlich bewässerten und 52% der regenbewässerten Anbauflächen in den Entwicklungsländern ernsthaft gefährdet. Weltweit gesehen hat sich die Nahrungsmittelproduktion in den letzten dreißig Jahren etwa verdoppelt, die gesamte landwirtschaftliche Anbaufläche (ohne Weideland und Wald) ist dabei aber nur von 676 Millionen Hektar in den Jahren 1961 bis 1965 auf 721 Millionen Hektar im Jahr 1986 angestiegen. Dies bedeutet, daß die Böden intensiver genutzt, teilweise auch übernutzt werden. Eine der Folgen dieser intensivierten Bodennutzung ist eine verstärkte, die natürliche Neubildung von Humus übersteigende Bodenerosion, die zur Wüstenbildung führt. Neueren Angaben von UNEP zufolge sind rund 3,6 Milliarden Hektar Land, d.h. rund ein Viertel der gesamten Landoberfläche der Erde von Desertifikationserscheinungen betroffen.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung in Entwicklungsländern siedelt in ländlichen Gebieten. Die bäuerlichen oder dörflichen Gemeinschaften leiden meist unter Gesundheits-, Nahrungs- und Wasserversorgungsproblemen. Die ungenügende Infrastruktur sowie das mangelnde bäuerliche Kreditwesen tragen zum Erhalt von landwirtschaftlichen Strukturen niedriger Produktivität und

demzufolge auch niedriger Einkommen bei. Das Bevölkerungswachstum einerseits und ungleiche Besitzverhältnisse andererseits erhöhen den sozioökologischen Druck auf die ländlich-bäuerlichen Verhältnisse, was die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zusätzlich beschleunigt.

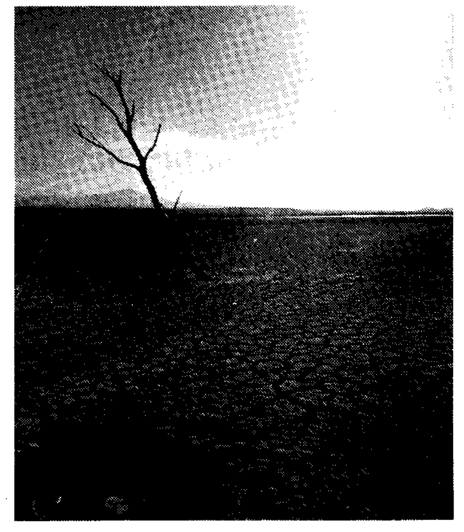
Einige Analytiker sehen auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltflucht. Sie gehen davon aus, daß die Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara auf das Fünffache ihres heutigen Umfanges anwachsen wird, bevor eine demographische Stabilisierung eintritt. Entsprechend werde in Afrika die Zahl der Umweltflüchtlinge um den Faktor Fünf anwachsen. In diesem Ansatz wird davon ausgegangen, daß das Bevölkerungswachstum per se ein wichtiger umweltschädigender Faktor ist und damit auch eine der Hauptursachen für die Entstehung von Umweltflüchtlingen.

Unseres Erachtens läßt sich eine lineare Kausalität zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltflucht nicht aufrechterhalten. Zum einen läßt sich das Phänomen der Umweltflucht in sehr dünn besiedelten Regionen und Ländern beobachten (Sudan), während in dichtbesiedelten Staaten relativ wenige Flüchtlinge zu verzeichnen sind (Nigeria oder Bangladesch). Weiter ist es für die Betroffenen von Umweltkatastrophen nicht unwesentlich, ob es sich dabei um eine andauernde Verschlechterung der Umweltbedingungen handelt, die zu einem völligen Verlust der Lebensgrundlage führt, oder ob es sich um kurzfristige bzw. katastrophale Ereignisse handelt, die reversibel sind. Beides wirkt sich unterschiedlich auf das Fluchtverhalten aus.

Dies läßt sich exemplarisch in der Sahelzone studieren. Der Anteil der Gesamtbevölkerung von rund 45 Millionen Einwohnern, die in der sensiblen Sahelzone siedeln, beträgt in fünf Staaten über 50% (Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Sudan), in vier der fünf Länder über 60% (ohne Mauretanien), in zweien sogar über 70% (Niger und Senegal), wobei es im Niger 97,6% der Bevölkerung sind. Menschen in der Sahelzone mußten in Dürreperioden immer wieder vor dem Hunger in andere Gebiete weiter im Süden ausweichen, wobei sie anschließend wieder in ihre angestammten Siedlungsräume zurückkehrten. Eine zeitlich begrenzte Flucht in dieser variablen Klimazone war damit die Regel. Dies hat sich geändert. Flucht wurde für viele zu einer dauerhaften Erscheinung. Die Verdopplung der Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren und der Preisverfall der cash-crops zwang - bei gleichbleibender flächenextensiver Subsistenzwirtschaft - zu einer Ausweitung sowohl der Anbauflächen für den Nahrungsmittelbedarf als auch für Exportprodukte in ökologisch ungünstigere Regionen. Gleichzeitig kamen die Nomaden unter Druck, die mit ihren größeren Herden und aufgrund der Ausdehnung der Ackerfläche auf immer engeres Weideareal abgedrängt wurden, das sie intensiver nutzten und degradierten. Diese Prozesse werden als Desertifikation beschrieben, die sich in einer längerfristigen oder gänzlich irreversiblen Reduktion des ökologischen Potentials als Folge unangepaßter Nutzung durch den Menschen äußert. Charakterisiert wird dieser Prozeß durch eine schleichende Ausbreitung wüstenähnlicher ökologischer Bedingungen in den wechselfeuchten Gebieten der Sahelzonen.

Flucht aufgrund von Umwelttransformation ist Teil eines vielschichtigen sozioökonomischen und sozio- bzw. kulturökologischen Komplexes von traditionellen und sich modernisierenden Gesellschaften. Dementsprechend verzweigen sich die Fluchtwege, wobei die Zielregionen in unmittelbarer Nähe, etwa in der nächstgrößeren Stadt, oder sehr weit entfernt, etwa in Südeuropa, liegen können.

So konnte gezeigt werden, daß das überproportionale Städtewachstum in den Ländern der Sahelzone in den achtziger Jahren eindeutig eine direkte Folge der Umweltflucht der Viehzüchter war, die aufgrund der Dürre den Verlust großer Teile der Herden zu beklagen hatten und damit der Produktionsmittel beraubt wurden. Die von der UNO genannten Zahlen der "displaced persons" in den Ländern Burkina Faso (222.000), Tschad (500.000), Mali (200.000), Mauretanien (190.000) und Niger



Dürre kann die Folge von Klimaveränderungen sein

(1.000.000) schlugen sich jedoch nicht - wie zu erwarten wäre - unmittelbar nach 1985 auf das Wachstum der Städte in den jeweiligen Ländern nieder. Das deutet darauf hin, daß ein Teil der Flüchtlinge in marginale Gebiete gezogen, ins Ausland ausgewandert oder zu einem kleinen Teil wieder in die Heimat zurückgekehrt ist.

Umweltflüchtlinge als Konfliktpotential

Es zeigt sich aber auch anhand der Sahelzone, daß Dürre nicht gleich Hungersnot und Umweltflucht ist. Die Dürre von 1983/84 war zwar in allen Staaten der Region zu spüren. Das Problem war jedoch auf einzelne Regionen innerhalb der Länder begrenzt. Zudem war es in denjenigen Ländern am schlimmsten, in denen die Katastrophe erst durch Bürgerkriege heraufbeschworen wurde. Mit anderen Worten: Vielerorts ist Umweltflucht und Hunger nicht einfach aufgrund naturbedingter Degradation zu sehen, sondern im Zusammenhang mit gewaltsamen Konflikten, Vertreibungen, Repression und wirtschaftlicher Marginalisierung von Minoritäten oder auch "ethnisch" unterdrückten Mehrheiten.

Umweltflucht hat auch Konflikte verschiedenster Art und Intensität zur Folge. Diese hängen von verschiedenen Faktoren ab. So ist es entscheidend, ob es sich um eine Form der Landflucht, der Flucht in fruchtbare, aber bereits besiedelte Gebiete, in marginale dünnbesiedelte Regionen oder in andere Länder handelt. Je nach Anzahl der Flüchtlinge, Fluchtweg und Zielregion sind unterschiedliche Akteure betroffen, die zu Konfliktparteien werden können. Es lassen sich mindestens sechs Konflikttypen voneinander unterscheiden.

1. Soziale Konflikte

In Afrika beispielsweise ist Umweltflucht in erster Linie Landflucht, was nicht heißt, daß Landflucht notgedrungen Umweltflucht ist. Land- und Umweltflucht beschleunigen in vielen Entwicklungsländern die Urbani-

sierung. Das schnelle Wachstum geht oft einher mit sozialen Verelendungsprozessen der "displaced persons", die in den Städten ein soziales und politisches Unruhepotential darstellen. Behörden und Regierungen reagieren oft mit polizeilicher oder militärischer Gewalt, die zur Marginalisierung der Betroffenen oder zur Vertreibung führen können. Als Beispiele lassen sich die geplanten Umsiedlungsaktionen der Regierung in Khartoum, der Hauptstadt des Sudan, oder die Gewalt gegen die Straßenkinder in lateinamerikanischen Großstädten anführen.

2. Innerstaatliche Auseinandersetzungen

Umweltflüchtlinge verschärfen Konfliktsituationen, in welchen ökonomischer Niedergang, politische Instabilität oder traditionelle Konflikte bereits vorhanden sind und/oder durch Bevölkerungsdruck zusätzlich Nahrung erhalten. Oft brechen vorkoloniale Konfliktformationen zwischen kleinen Gruppen oder größeren Sozialverbänden (Dorfgemeinschaften, Stämmen und Ethnien) wieder auf. Umweltbedingte Konflikte tragen jedoch eine Reihe von Merkmalen des 'primitiven' Krieges, der eigentlich in punkto Organisationsgrad, Größe und Opferzahl weder Krieg noch primitiv ist, sondern in bezug auf die Tragweite weit hinter dem 'zivilisierten' Krieg zwischen Staaten zurückbleibt. So ist sein Zweck weder die Eroberung, Expansion oder Aneignung fremder Territorien noch die Machtsteigerung eines Potentaten, wie es für den 'zivilisierten' Krieg kennzeichnend ist. Vielmehr geht es um die reine Selbsterhaltung des eigenen Verbandes, um Überlebensstrategien, die zum Verzweiflungsakt der Gewalt führen. Auch sind nicht zwischenstaatliche, sondern innerstaatliche Konflikte zwischen Gruppen (Siedlern und Nomaden) und Ethnien vorherrschend. Der Konflikt zwischen Hirtennomaden und Fur-Bauern im Jebbel Marra-Gebiet im Westsudan oder die inner- und interethnischen Konflikte im Süden des Sudan sind hier typisch.

3. Kriegsfolgenbedingte Konflikte

Ein lang andauernder Krieg oder Bürgerkrieg kann den ansässigen Menschen in den vom Krieg versehrten Regionen den Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen verwehren. Die betroffenen Gruppen werden entweder gezwungen, ihr Land zu verlassen oder dadurch in den Krieg hineingezogen, daß sie Partei für die Seite ergreifen, von der sie sich eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erwarten. Diese Konstellation ergab sich in den achtziger Jahren am Horn von Afrika, wo Hunger und Vertreibung von Mengistu als Waffe zur Kontrolle der Bevölkerung im Kampf gegen die Sezessionsbewegungen eingesetzt wurde.

4. Internationale Konflikte

In Regionen, in denen Umweltflucht eine grenzüberschreitende Dimension annimmt - wie etwa zwischen Bangladesch und Indien - kann es zu zwischenstaatlichen Spannungen, Grenzkonflikten und bewaffneten Übergriffen kommen. Arabischstämmige viehzüchtende Nomaden aus Mauretanien drängten wegen der sich ausbreitenden Wüste in das traditionell schwarzafrikanische Siedlungsgebiet am Senegal-Fluß, das im Grenzland zu Senegal liegt. Ende April 1989 kam es aufgrund eines Streits um Landeigentumsrechte in diesem Gebiet zu einem blutigen Massaker an den in Mauretanien lebenden Senegalesen, worauf in Senegal Hunderte der dort lebenden Mauretanier von der Bevölkerung getötet wurden. Der berühmte 'Fußballkrieg' zwischen El Salvador und Honduras von 1969, dessen Hintergrund der Grenzübertritt von Umweltflüchtlingen aus El Salvador bildete, wäre ebenfalls ein typisches Beispiel dieser Kategorie.

5. Nord-Süd-Konflikt

Im Zentrum der Flüchtlingsdiskussion im allgemeinen steht der Nord-Süd-Konflikt. Dabei handelt es sich nicht um einen manifesten Gewaltkonflikt. Vielmehr gibt es zahlreiche politische und wirtschaftliche Konflikte zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern, die in der Summe den Nord-Süd-Konflikt ausmachen. Ein Konfliktgegenstand bildet die internationale Migration aus den südlichen in die nördlichen Kontinente. In der Tat gibt es weltweit drei große Regionen demographischen und wirtschaftlichen Ungleichgewichts. Der Rio Grande trennt die USA/Kanada von Mexiko und Lateinamerika; der Pazifik trennt Japan von China/Indien und das Mittelmeer trennt Europa von Afrika, wobei das Mittelmeer bei weitem das größte Ungleichgewicht aufweist. An diesen Bruchstellen wird der politische Migrationskonflikt insofern akzentuiert, als daß Industrieländer mit baulichen (durch den Bau von Zäunen), grenzpolizeilichen und militärischen Maßnahmen eine Politik der Einwanderungskontrolle bzw. des -stopps sowie der Rückführung von illegal Eingereisten durchzusetzen versuchen. Umweltflüchtlinge sind vor diesem Hintergrund ein Faktor im globalen Verteilungskonflikt, der zu einer ökologischen Bevorteilung der Industrieländer und zu einer ökologischen Marginalisierung der Armut in den Entwicklungsländern geführt hat.

6. Konflikte in den Zielländern des Nordens

Eng mit dem globalen Verteilungskonflikt zwischen Nord und Süd verbunden sind die sozialen Konflikte und nationalistisch-chauvinistisch bzw. rassistisch motivierten Konfliktpotentiale in den Industrieländern selbst. Vor dem Hintergrund struktureller und konjunktureller Krisen in den Industriegesellschaften, die mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit verbunden sind, und den Problemen, die sich aus der Überwindung des Ost-West-Konflikts vor allem für Länder wie die Bundesrepublik Deutschland ergeben, ist ein wachsender Unmut gegen die 'Flüchtlingsströme' aus dem Süden festzustellen. Dieser äußert sich in einer diffusen Fremdenfeindlichkeit ebenso wie in einer Zunahme der Gewalttaten gegen Asylsuchende und Ausländergruppen generell.

Konflikte unterschiedlicher Tragweite, Vertreibungen, Repression und wirtschaftliche Marginalisierung von Minoritäten oder auch politisch unterdrückter ethnischer Mehrheiten stehen meist am Anfang und am Ende von Flucht und Migration. Gewalt spielt auch hier einmal mehr die Rolle des Beschleunigers sozialen Wandels.

Ausblick

Eine sinnvolle Strategie zur Bewältigung internationaler Migrationsströme muß bei den aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Problemen der Entwicklungsländer sowie bei jenen politischen Systemen ansetzen, in deren Rahmen grundlegende Menschenrechte verletzt werden. Ganz konkret sollten Migrationskonflikte vor Ort behandelt werden, indem die strukturellen Ursachen für die Umweltflucht behoben werden. Ein Therapieren der Symptome greift - wie immer - zu kurz. Das bedeutet nicht, daß nicht gleichzeitig die internationale Katastrophenhilfe der UNO und einzelner Staaten so ausgestattet werden, daß sie auf unmittelbare Anlässe, die zur Flucht führen können, präventiv einwirken oder diese zumindest im Frühstadium erkennen und Gegenstrategien entwickeln können. Die Linderung der Not der Opfer und die Organisierung der Rückkehr war und ist weiterhin in erster Linie eine humanitäre Aufgabe.

Obwohl die Flüchtlingsproblematik - also auch die Umweltflucht - immer auch humanitäres Handeln zur Voraussetzung haben wird, und zwar unabhängig davon, ob man einen weiten oder engen Flüchtlingsbegriff wählt, so sind gerade bei der Umweltflucht mittel- und langfristige politische und soziale Lösungen gefragt. Aufgrund der Tatsache, daß Flucht und Migration zu einer chronischen Erscheinung geworden sind, sind nationale und internationale Simultanstrategien notwendig, die die Asylaußenpolitik, die internationale Migrationspolitik und die nachhaltige Entwicklungs- und Friedenspolitik umfassen müssen.

Günther Bächler/
Catherine Schiemann Rittri

Überarbeiteter und gekürzter Einleitungsbeitrag aus: Günther Bächler (Hrsg.): Umweltflüchtlinge - Das Konfliktpotential von morgen? agenda Verlag Münster 1994.

Anmerkung:

1) Anders Wijkmann/Lloyd Timberlake: Die Rache der Schöpfung; Naturkatastrophen - Verhängnis oder Menschenwerk? München/Zürich 1986, S.9.

Das Konstrukt als Kriegsgrund

Von der ethnischen Identität zur ethnischen Säuberung

Die Begriffe "ethnische Gruppe" und "ethnischer Konflikt" sind Verlegenheitsbegriffe. Sie versuchen, sich einer weit verbreiteten Form der Vergesellschaftung und einer derzeit wachsend bedrohlichen Konfliktvariante anzunähern. Der folgende Beitrag stellt der Konjunktur der "ethnischen" Begrifflichkeit, die auch im Rahmen der Flüchtlingsproblematik immer wieder herangezogen wird, eine Analyse gegenüber, die historische, soziale und politische Hintergründe aktueller "ethnischer" Konflikte einbezieht.

Provisorisch lassen sich die Begriffe wie folgt umschreiben: Ethnische Gruppen sind Gruppen, die sich aufgrund nachweisbarer oder vorgestellter Gemeinsamkeiten der Abstammung, der Religion, der Sprache, der Kultur, des Territoriums oder der Geschichte als eigenständige Gemeinschaften definieren.

Ethnische Konflikte sind Konflikte, die zwischen solchen Gruppen oder zwischen einer oder mehreren Gruppen und dem jeweiligen Staat ausbrechen, und die nach Auffassung zumindest der Führer dieser ethnischen Gruppen ihre Identität, ihre Würde und im Grenzfalle ihr kulturelles und physisches Überleben bedrohen. Ethnische Konflikte gehen also einher mit einem sozialen und kulturellen Konzentrationsprozeß: Individuen messen einem wachsend einheitlichen und verpflichtenden ethnischen Identitätsmuster eine vorrangige Bedeutung bei.

In dieser Allgemeinheit mag es ethnische Gruppen und Konflikte seit jeher gegeben haben. Wie ein Blick auf die postkoloniale und die gegenwärtige Welt zeigt, scheinen aber ethnische Gruppen sich auf eine neue Weise organisieren zu können und ethnische Konflikte haben eine neue Intensität erreicht, die in manchen Fällen die Legitimität und die Funktionsfähigkeit des jeweiligen Staates bedroht.

Zu diesem Wachstum und dieser Verschärfung ethnischer Konflikte tragen vier neue Rahmenbedingungen oder Herausforderungen bei:

- Ethnische Konflikte finden innerhalb und oft gegenüber einem modernen, einem bürokratisch organisierten und zentralisierenden Territorialstaat statt.
- Ethnische Gruppen konstituieren sich auf der Grundlage einer mit neuen, kulturwissenschaftlichen Mitteln reflektierten und rekonstruierten Identität.
- Ethnische Konflikte werden ausgelöst von einem sich beschleunigenden umfassenden und oft sozial wie regional ungleichen Modernisierungsprozeß, einem Modernisierungsprozeß, der - entgegen den Annahmen der Theoretiker der Modernisierung - ethnische Identitätsmuster bislang nicht geschwächt, sondern oft verstärkt hat.
- Nicht immer, aber oft brechen ethnische Konflikte im Rahmen eines Demokratisierungsprozesses aus, der ethnische Mehrheiten oder Minderheiten mit neuen Chancen und Herausforderungen konfrontiert.

Ethnische Konflikte entstehen damit in der postkolonialen Welt im Rahmen von Institutionen und unter der Herausforderung von Prozessen, die zuerst seit dem 19. Jh. in Europa entstanden sind (s.o.), die aber in wachsendem Maße weltweit, also auch in der postkolonialen Welt wirksam geworden sind. Ich nähere mich im folgenden der Frage nach der Entstehung ethnischer Gruppen und ethnischer Konflikte in der kolonialen und postkolonialen Welt in vier Schritten:

1. Ich charakterisiere kurz einige Konstruktionsbedingungen ethnischer Identität und skizziere
2. die Veränderungen ethnischer "Gemengelagen" während der Kolonialzeit. Anschließend wird
3. die Entstehung ethnischer Konflikte nach der Unabhängigkeit der betreffenden Staaten geschildert und
4. ausführlicher die Politisierung bereits angelaufener, bislang von kulturellen Ressentiments, sozialen Ängsten oder wirtschaftlicher Konkurrenz vorangetriebener, ethnischer Konflikte beschrieben.

Im Gegensatz zu einer im Wortsinne ethnographischen Auffassung läßt sich ethnische Identität nicht nur als vorfindbare und scheinbar unwandelbare Struktur, sondern auch als ein sozialer Prozeß beschreiben.

Ethnische Identität

Drei Merkmale charakterisieren diesen Prozeß der sozialen Selbstdefinition, der ethnischen Ein- und Abgrenzung:

Selektion: Bewußt oder unbewußt werden einzelne Kriterien aus einer prinzipiell endlosen Reihe von Merkmalen, unter denen sich soziale Gruppen konstituieren und abgrenzen können, selektiert: Abstammung, Sprache, Religion oder Geschichte gelten als konstitutiv für die jeweilige ethnische Gruppe.

Kultivierung: Bewußt oder unbewußt unterliegen die selektierten Merkmale, über die sich eine Gruppe konstituiert und abgrenzt, einem Prozeß der Aufwertung und Steigerung und sie erhalten auf Dauer einen neuen Verpflichtungscharakter: Diese Kultivierung leitet über zu einer neuen Interpretation.

Interpretation: Die selektierten und kultivierten Gruppenmerkmale gelten schließlich als aus einer primären, ursprünglichen Gruppenordnung entstanden: sie gelten als "primordial". Die Merkmale gelten als unverzichtbar, als unwandelbar und als nicht verhandlungsfähig.

Auf der Grundlage dieses dreifachen Prozesses mögen sich ethnische Gruppen seit jeher konstituiert, aber auch im Schatten offizieller Selbstdarstellung umgewandelt und angepaßt haben. Unter den Bedingungen einer politischen und kulturellen Modernisierung tritt dieser Prozeß der sozialen, der ethnischen Selbstdefinition und -abgrenzung aber in ein radikal neues Stadium: Auf politischer Ebene wird im Rahmen moderner Territorialstaaten zum erstenmal ein Leben ohne ethnische Gruppen und außerhalb der ethnischen Gruppen, aber nicht mehr außerhalb eines Staates und ohne einen Staat denkbar. Damit wird erstmals ein bislang selbstverständliches und zugleich fast unsichtbares Konstruktions-

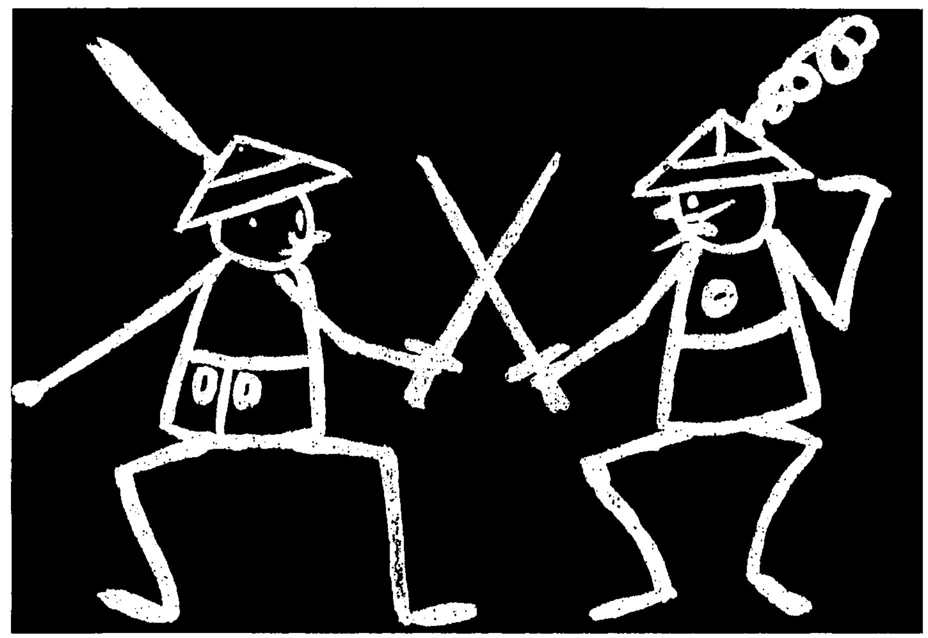
prinzip von Gesellschaft, die ethnische Gruppe, sichtbar, prekär und reflektierbar. Auf kultureller Ebene können ethnische Identität und ethnische Gruppen mit den neuen Methoden der Kulturwissenschaften einerseits kritisch durchleuchtet und relativiert, andererseits systematisiert, rekonstruiert und idealisiert werden.

Ethnische Gruppenzugehörigkeit erscheint jetzt als eine sowohl überwindbare, als auch gefährdete Existenzform. Erste Konsequenzen einer solchen politischen und kulturellen Modernisierung zeigten sich bereits während der Kolonialzeit.

Koloniale Grundlegungen der Konflikte

Die in die überseeischen Gebiete eindringenden Kolonialmächte finden nur selten festgefügte Herrschaftsstrukturen vor. Sie treffen entweder auf weitgehend eigenständige ethnische Gruppen oder auf Herrschaftssysteme, in denen ethnische Gruppen auf lose Weise durch den Markt oder die Staatsverwaltung integriert sind. Wirtschaftssysteme interethnischer Arbeitsteilung stehen neben Herrschaftsformen, in denen traditionell bestimmte ethnische Gruppen verschiedene Ränge des Herrschaftssystems besetzen und bestimmte Funktionen wahrnehmen. Die Kolonialmächte haben zumeist weder den Willen, noch anfänglich die Machtressourcen, um diese lose inkorporierten, ethnisch vielfältigen Wirtschafts- und Herrschaftssysteme zu zerstören oder einzuebnen. Die Zwänge der zunehmenden Durchsetzung der Verwaltung, der militärischen Kontrolle und der wirtschaftlichen Nutzbarmachung der Kolonialgebiete führen aber auf Dauer zu einer starken Veränderung des Gleichgewichts zwischen den ethnischen Gruppen.

Vorfindliche ethnische Gruppierungen werden in einen engeren Kontakt und in ein wachsend ungleicheres Wechselverhältnis mit anderen ethnischen Gruppen gebracht. Neue ethnische Gruppen wandern in die Kolonialgebiete ein. Eine von der Kolonialmacht ausgelöste, oft erste Urbanisierung läßt mit den kolonialen Verwaltungs- und Wirtschaftszentren neue ethnische Mikrokosmen entstehen. In vielen ihrer afrikanischen Kolonialgebiete setzt die britische Kolonialmacht beispielsweise fremde indische Fachbeamte ein. Ihnen folgen rasch indische Händler und Geldverleiher. Die Kolonialarmee rekrutiert ihre Soldaten aus den als "kriegerisch" eingeschätzten Stämmen und stationiert sie außerhalb ihrer Siedlungsgebiete. In Britisch Indien entstehen mit der kolonialen Gründung von Kalkutta, Madras und Bombay ethnisch vielfältige, scheinbar kosmopolitische Städte, in denen weniger die Bauernbevölkerung des Hinterlandes, als Schreiber- und Händlerkasten, Armenier, Juden, indische und arabische



Der Modernisierungsprozeß kann zur Rekonstruktion ethnischer Identitätsmerkmale beitragen

Muslime und goanesische und indische Christen dominieren. Neben diese neue Verflechtung, Verdichtung und Vervielfältigung eines multiethnischen Gruppengefüges tritt die neue Gestalt des ethnischen oder protonationalistischen Ideologen.

Nicht nur die Macht, sondern auch die Kultur der Kolonialherren erscheint den einheimischen Eliten als überwältigend. Die Kolonialmacht ist sehr bald im Maßstab der Bürokratisierung ihrer Herrschaft darauf angewiesen, nicht nur mit einheimischen Eliten zu kooperieren, sondern auch einheimische Fachbeamte zu rekrutieren. Diese Kooperation und Partizipation setzen voraus, daß einheimische Beamte und Allianzpartner sich an den Werten und Idealen der Kolonialmacht orientieren, eine westliche Bildung übernehmen und von Christen geführte Schulen besuchen.

Das soziale Resultat dieser dreifachen Abwendung von einer einheimischen Tradition und Zuwendung zu einer fremden, kolonialen Kultur, ist aber in vielen Fällen der "marginalisierte Mensch", der "marginal man": Mitglieder einer neuen Intelligentsia treten auf, die die Verbindung zu einer einheimischen Kultur verloren haben, die aber sehr bald erkennen, daß ihrer Mitarbeit in der kolonialen Wirtschaft und ihrer Aufnahme in der Kolonialgesellschaft enge wirtschaftliche, soziale und politische Grenzen gesetzt sind. Es sind zumeist diese "marginal men", diese Grenzgänger zwischen zwei Kulturen - die den Zugang zu ihrer ursprünglichen verloren und eine Aufnahme bei der kolonialen nicht gefunden haben -, die nun mit der Wiederentdeckung und der Idealisierung einer einheimischen Kultur beginnen und die dieses kulturelle Konstrukt der übermächtigen kolonialen Kultur gegenüberstellen. In Kenia ist es der Sohn einer mit den Briten zusammenarbeitenden Häuptlingsfamilie, Jomo Kenyatta, der zuerst als in London ausgebildeter Ethnologe ein Gesamtbild der Kikuyu-Gesellschaft entwirft und der später als Führer der Mau-Mau-Bewegung aus diesem Entwurf die Rituale, Symbole und Organisationsformen des Unabhängigkeitskampfes gewinnt. In Ceylon ist es der Sohn einer lediglich mittelständischen singhalesischen Unternehmerfamilie, Don David Hewawitarne, der sich aus Erbitterung aufgrund seiner Missionsschulerfahrungen und aus Verachtung einer christianisierten und servilen Oberschicht, dem Buddhismus zuwendet und als "Anagarika Dharmapala", als "Hausloser Hüter des Glaubens", einen gegen Christen, Hindus und Muslime gewendeten singhalesischen, also ethnischen Nationalismus, begründet. In Indien ist es der Sohn einer hochrangigen pro-britischen Brahmanenfamilie, Bal Gangadhar Tilak, der den Hinduismus nationalistisch umformt und anschließend versucht, die neuen Schlagworte und Rituale gegenüber Briten und Muslimen einzusetzen.

Die Kolonialepoche schafft damit in vielen Fällen eine neue ethnische Gemengelage. Sie fördert zugleich das Auftreten eines neuen ethnischen Ideologen, der künftig ethnische Identitätsmuster aufwerten und sie im Rahmen des Unabhängigkeitskampfes politisch, nationalistisch instrumentalisieren kann. Weit verbreitete ethnische Konflikte, Konflikte, die von kulturellen Ressentiments, sozialen Ängsten und wirtschaftlichen Interessen ausgelöst werden, entstehen aber zumeist erst mit der Unabhängigkeit des jeweiligen Kolonialgebiets.

Die Entstehung ethnischer Konflikte

Erst nach dem Abzug einer zumeist ethnisch neutralen und militärisch effizienten Kontrollmacht und proportional zur Auflö-

sung und Schwächung einer über den ethnischen Gruppierungen stehenden nationalen Befreiungsbewegung entwickeln sich nun weit gespannte ethnische Konflikte. Diese Konflikte beruhen zunächst auf wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Interessengegensätzen, und sie werden ausgelöst von einem nun beschleunigt einsetzenden, nachholenden und zumeist sozial und regional ungleichen Modernisierungsprozeß. Im Rahmen dieser ethnischen Konflikte gewinnt ethnische Gruppenzugehörigkeit einen neuen sozialen und wirtschaftlichen Nutzen, einen neuen kulturellen und psychologischen Wert und schließlich eine unvorhergesehene, intellektuelle und normative Erklärungsfunktion.

Nach der Unabhängigkeit verschärfen sich die Auseinandersetzungen um einen Zugang zu neuen zentralisierenden Märkten, zu neuen, für den sozialen Aufstieg unverzichtbaren Bildungsinstitutionen, zu dem für den Machterhalt entscheidenden Staats- und Militärapparat. Ethnische Gruppen und vor allem ihre jeweiligen ökonomischen oder politischen Eliten versuchen, mit Hilfe einer verstärkten Organisation ihrer ethnischen Gruppengefolgschaft nun entweder ihre privilegierte Stellung zu verteidigen oder einen verbesserten Zugang zu diesen neuen, strategischen Institutionen durchzusetzen. Ethnische Gruppenzugehörigkeit wird im sozialen und wirtschaftlichen Konkurrenzkampf instrumentalisiert. Eine vergleichbare Entwicklung zeigt sich im Rahmen einer unkontrollierten und rapiden Urbanisierung. Beim Kampf um knappe Güter, also um Siedlungsplätze, Arbeitsstellen, städtische Versorgungsleistungen und kommunalpolitischen Einfluß, beginnen die städtischen Zuwanderer in ethnisch homogenen Gebieten zu siedeln und lokale ethnische Führer zu unterstützen, um sich auf der Grundlage ihrer ethnischen Gruppengefolgschaft im innerstädtischen Konkurrenzkampf besser behaupten zu können. Die Urbanisierung, die Umwandlung rapide wachsender Städte in ethnische Mikrokosmen trägt zugleich dazu bei, daß ethnische Gruppenzugehörigkeit nicht nur als nützlich, sondern auch als sinnvoll erscheint.

Entgegen den langfristigen Hoffnungen der Modernisierungstheoretiker kann zumindest kurzfristig ein anlaufender, ungenügender und zumeist regional und sozial höchst ungleicher Modernisierungsprozeß ethnische Identitätsmuster zwar schwächen, aber nicht durch neue funktionale Identitätsmuster ersetzen. Vor allem in den unkontrolliert und chaotisch wachsenden Städten der Dritten Welt erscheint ein funktionales - und individualistisches - Identitätsmuster, das auf erworbenen Merkmalen, also auf individuell erworbenen Bildungsabschlüssen, Berufspositionen, Parteizugehörigkeiten und Organisationsmitgliedschaften beruht, und nicht auf zugeschriebenen Merkmalen der Religion, der Herkunft, der Sprache und der Kultur zunächst als wenig sinnvoll. Ein Modernisierungsprozeß, der die primordialen, zugeschriebenen, ethnischen Identitätsmuster schwächt, aber keine moderne, funktionale Alternative bereithält, trägt indirekt zu einer Idealisierung, Rekonstruktion und Verteidigung der prekär gewordenen ethnischen Identitätsmerkmale bei: Die ethnische Gruppe erscheint nun oft als die einzige Instanz, die dem Leben eines Einzelnen, trotz seines eventuellen individuellen und sozialen Versagens einen Wert und einen Sinn beimißt. Die ethnische Gruppe hält ein Identitätsmuster bereit, welches verstanden werden und welches nie verspielt werden kann. Die ethnische Gruppe, die ethnische Identität, analogisiert sich dem Bild einer Heimat oder einer Familie "where if you come, they have to take you in" (Robert Frost). Die kulturellen und psychischen Erschütterungen, die durch einen unvollkommenen und ungleichen Modernisierungsprozeß ausgelöst werden, tragen damit zu einer Idealisierung ethnischer Identität bei, und sie geben den Apologeten ethnischer Identität zugleich die modernen wissenschaftlichen und technischen Mechanismen zur Hand, diese scheinbar gefährdete und prekäre Lebensform propagandistisch zu verteidigen und kulturell zu organisieren. Im Rahmen neuer ethnischer Konflikte gewinnt ethnische Gruppenzugehörigkeit aber nicht nur einen neuen sozialen Nutzen und kulturellen Wert; sie gibt ein intellektuelles und normatives Orientierungsschema zur Hand.

Spätestens seit der Unabhängigkeit liegen der jeweilige Staat, seine Grenzen und sein Territorium, seine Märkte und seine Verwaltung nicht mehr jenseits des Wahrnehmungshorizonts seiner Untertanen, also der Mitglieder der verschiedenen ethnischen Gruppen. Der Staat bildet nun die entscheidende soziale, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingung, also jene vorrangige Wirklichkeit, die der Einzelne von dem Fixpunkt seiner ethnischen Gruppenzugehörigkeit der Beobachtung und Beurteilung unterzieht. Die unabhängigen postkolonialen Staaten haben zudem in ihrer Mehrzahl Verfassungen verabschiedet, die den Einzelnen vor einer Diskriminierung aufgrund seiner Herkunft, Religion oder Sprache schützen. Diese Verfassungen schützen mit anderen Worten ethnische Gruppen vor Diskriminierung - da sich ethnische Gruppen überwiegend über die genannten Merkmale konstituieren.

Beides, die neue Staatspräsenz und dieses neue Verfassungsversprechen begründen - im Maßstab wachsender Identifizierung mit der eigenen ethnischen Gruppe - jetzt ein Wahrnehmungs- und Beurteilungsmuster, bei dem mit dem Anspruch auf eine ideale ethnische Verteilungsgerechtigkeit - von Macht, Einkommen und Prestige - der Stellenwert aller und vor allem der eigenen ethnischen Gruppe in dem Staatswesen einer genauen und mißtrauischen Beurteilung unterzogen wird. Die jeweiligen ethnischen Gemengelagen und die jeweilige Kolonialgeschichte machen es aber höchst unwahrscheinlich, daß die ethnischen Gruppen im postkolonialen Staat nach dem Maßstab einer idealen Verteilungsgerechtigkeit über gleich viel Macht, Einkommen oder Prestige verfügen. Damit ist mit der Unabhängigkeit und im Schatten wachsender und unbefriedigter Hoffnungen auf "nationale" Entwicklung, eine neue Beurteilungsperspektive geschaffen, die dazu beiträgt, daß ethnische Gruppen zu Recht oder zu Unrecht ständig neue Beweise ihrer wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Benachteiligung finden können.

Ausgelöst durch einen verstärkten Modernisierungsprozeß gewinnt die ethnische Gruppenzugehörigkeit damit einen unvorhergesehenen Nutzen, Wert und Orientierungscharakter. Dieser Nutzen, Wert und Orientierungscharakter wird in wachsendem Maße nicht nur den Eliten, sondern der Mehrheit der Mitglieder ethnischer Gruppen verfügbar. Im Maßstab dieser Breitenwirkung wächst zugleich die Gefahr, daß ethnische Konflikte, die aus ökonomischem Wettbewerb, kulturellen Ansprüchen oder sozialen Forderungen resultieren, sich nun in politische Auseinandersetzungen verwandeln.

Politisierung ethnischer Konflikte

Drei Merkmale des postkolonialen Staates: sein Anspruch zur Modernisierung der Gesellschaft beizutragen, sein Anspruch, eine Nation zu repräsentieren - oder künftig ausbilden zu können - und sein Anspruch, demokratisch verfaßt zu sein, tragen in oft unvorhergesehener Weise zur Politisierung ethnischer Konflikte, also zu Ihrer Übertragung ethnischer Konflikte in den Einflußbereich des Staates und in die politische Arena bei.

Der postkoloniale Staat versteht sich und rechtfertigt sich als Instanz einer beschleunigten und nachholenden Modernisierung und Industrialisierung. Unter dem Imperativ nachholender Modernisierung weitet er eine staatlich kontrollierte Wirtschaft in entfernte Regionen und in neue Sektoren der Gesellschaft aus. Dieser Ausdehnung staatlicher Intervention und Patronagemacht entspricht die Tendenz ethnischer Gruppen, bei Konflikten zwischen einzelnen Gruppen den Staat als Schiedsrichter oder Schutzherrn anzurufen. Besteht zu Beginn noch die Annahme einer ethnischen Neutralität des Staates, so weicht diese Auffassung bald der Annahme, der Staat sei ethnisch nicht neutral. Der Staat gilt als eine Beute, die man sich sichern muß, der Staatsapparat bildet eine Waffe, die nicht in die Hände einer gegnerischen Gruppe fallen darf. So sehen ethnische Minderheiten den Staatsapparat

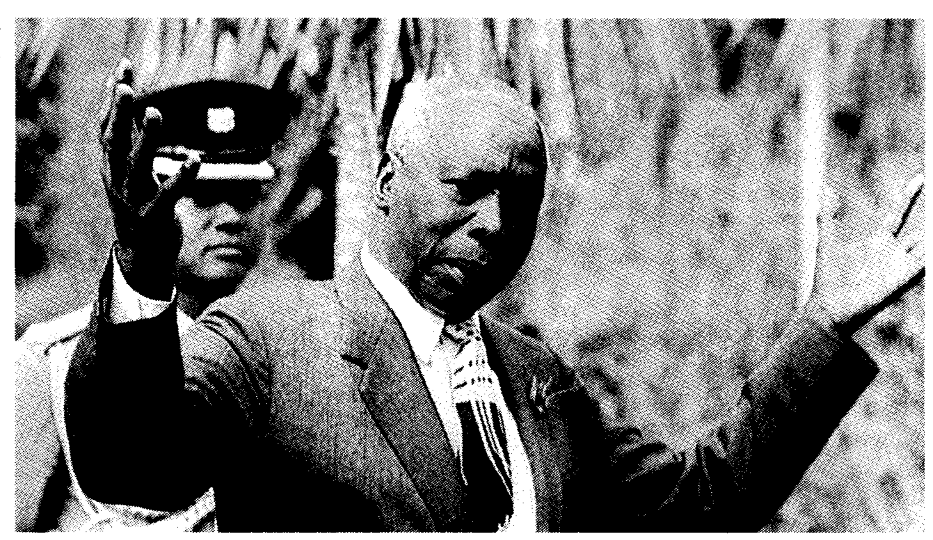
Kenias - während der Herrschaft Kenyattas - als ein von den Kikuyus usurpiertes Patronagefeld. In Sri Lanka glaubt die singhalesische, buddhistische Mehrheit nach 1948 gegen eine Vorherrschaft von singhalesischen Christen und tamilischen Hindus in der Regierung und in der Staatsverwaltung vorgehen zu müssen. In Pakistan sehen Balutschen, Sindhis und Paschtunen den Staat unter der Kontrolle einer Panjabi-Elite und der nach 1947 zugewanderten Minderheit der Muhajir.

Ein staatlich ausgelöster und verstärkter Modernisierungsprozeß bringt damit die Staatsmacht rasch in das Spannungsfeld ethnischer Interessengegensätze und Konflikte, die zu Beginn nur zwischen einzelnen Gruppen bestanden. Der wachsende Distanzverlust zwischen Staatsapparat und ethnischen Gruppen, Regionen und gesellschaftlichen Subsystemen trägt zur "Verstaatlichung", zur Politisierung ethnischer Konfliktlagen bei. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch den Anspruch eines jeweiligen Staates auf eine "nationale" Identität.

Postkoloniale Staaten wollen sich nicht als das Zufallsergebnis kolonialer Intervention und Grenzziehung sehen. Sofern es mißlingt, eine ethnisch-synkretistische oder vollständig künstliche, neue nationale Identität zu entwerfen und sofern ein anhaltender Unabhängigkeitskampf keine eigenständigen, übergreifenden nationalen Erfahrungen, Zeichen und Identitätsmerkmale geschaffen hat, neigen in multiethnischen Staaten die dominanten ethnischen Gruppen oft dazu, ihre Kultur und Geschichte zur nationalen zu erklären. Damit werden schwächere ethnische Gruppen entweder ausgegrenzt oder unter einen neuen Assimilationsdruck gestellt. Dem Programm des "nation-building" seitens einer dominanten ethnischen Gruppe oder einer politischen Elite steht bald der Versuch unterlegener ethnischer Gruppen gegenüber, sich selbst zu Nationen aufzuwerten, um auf dieser Grundlage einen eigenen Staat zu fordern. In Kenia wird der Versuch unternommen, eine auf vielfältige Traditionen zurückgreifende, synkretistische Staatsideologie und -symbolik zu errichten. In Sri Lanka setzte die singhalesische Mehrheit ihre buddhistische Geschichte und Kultur mit derjenigen Sri Lankas gleich und beginnt, die Geschichte und Kultur der Tamilen auszugrenzen. In Pakistan sucht der Staat eine nationale Identität aus dem Islam und aus der Sprache und der Literatur des Urdu zu gewinnen. Beides trägt zur Ausgrenzung und schließlich zur Rebellion der Bengalen Ostpakistans bei.

Postkoloniale Staaten sehen sich aber nicht nur als Auslöser einer nachholenden Modernisierung und als Repräsentanten einer Nation, sie sehen sich auch als demokratisch verfaßt. Auch dieser Anspruch kann zur Politisierung ethnischer Konflikte beitragen.

Demokratisierungsprozesse werden in den postkolonialen Staaten in Gesellschaften eingeleitet, die überwiegend weder über eine ausgebildete Struktur der Gewaltenteilung, noch über eine Tradition allgemeiner, häufiger und geheimer Wahlen, noch über ein offenes und differenziertes Mehrparteiensystem verfügen. Damit besteht von Anfang an die Gefahr, daß ethnische Gruppen sich in ethnische Stimmenblöcke und in ethnische Parteien umwandeln. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß ein solcher Eintritt in eine ethnische Interessen- und Parteienpolitik keineswegs zwangsläufig ist. Zwei Merkmale des demokratischen Prozesses: zum einen das Ideal demokratischen Meinungsstreits und zum anderen der Zwang demokratischer Stimmen- und damit Machtmaximierung setzen einer offenen ethnischen Parteipolitik zunächst eine Grenze.



Aus dem ethnisierten Wahlkampf 1992 in Kenia ging D. arap Moi als überraschender Sieger hervor

Das Ideal demokratischer Machtausübung verlangt Parteien und Wahlkämpfe, in denen Politiker mit Programmen und Themen eines zumindest potentiell gesamtgesellschaftlichen Interesses sich an die Gesamtheit der Wähler richten. Ethnische Parteien, die sich unter eingegrenzten, ethnischen Interessen und Forderungen nur an ein unveränderbares Segment der Wählerschaft wenden, verletzen dieses Ideal demokratischen Meinungsstreits. Haben sich im Rahmen des Unabhängigkeitskampfes eine einheitliche nationale Bewegung und ein rudimentäres Parteiensystem ausgebildet, so stoßen diese Versuche zunächst auf die erbitterte Ablehnung der politischen Klasse. Aber auch der Zwang der Stimmen- und Machtmaximierung steht einer offenen ethnischen Parteipolitik oft entgegen. Anführer ethnischer Minderheiten können unter dem Appell an die Gruppenzugehörigkeit Stimmen nur bis zu einer eng gezogenen Grenze maximieren, Anführer ethnischer Mehrheiten glauben dies nur im Falle der Herrschaft einer ethnischen Minderheit versuchen zu müssen. Es bedarf deshalb zumeist außerordentlicher neuer Rahmenbedingungen, damit eine ethnische Parteibildung sich erfolgreich durchsetzt. Gelingt es aber eine erfolgreiche ethnische Partei zu gründen, so können von dieser Parteibildung politische Folgen ausgehen, die auf Dauer das gesamte demokratische System in den Mahlstrom ethnischer Segmentierung und Konfrontation zwingen.

Bereits eine erfolgreiche ethnische Parteibildung kann den Markt, auf dem die übrigen, nicht ethnisch orientierten, Parteien ihre Wähler suchen, so stark begrenzen, daß auf Dauer die etablierten Parteien der Versuchung nicht widerstehen, sich offen oder verdeckt ebenfalls eine Wählerklientel bei anderen ethnischen Gruppen zu suchen. Setzt sich eine mehrfache Parteibildung durch, so beginnt sich die Wählerschaft ethnisch zu segmentieren. Die Wahlkämpfe werden vor getrennten Zuhörerschaften durchgeführt, die Wahlkämpfe selbst ähneln einem rassischen Zensus. Nicht mehr gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen, sondern ethnische Massenumzüge und Folklore bestimmen den Stil und den Inhalt der Wahlkämpfe. Steht eine ethnische Mehrheit gegen eine Minderheit, so wird das Wahlergebnis nicht nur vorhersehbar, sondern auf der Seite der Minderheit schwindet auch das Interesse an demokratischen Wahlen und das Vertrauen in das demokratische System.

Führer ethnischer Minderheiten suchen in dieser Situation ihre numerische Schwäche, ihre politische Ohnmacht, durch eine Radikalisierung ihrer Forderungen zu kompensieren. Tritt die politische Elite oder die dominante Mehrheit diesen Forderungen nicht mit einem Verhandlungsangebot, sondern mit Unterdrückungsmaßnahmen entgegen, so kann dies zu Autonomiebestrebungen und am Ende zum ethnischen Bürgerkrieg führen. Stehen sich andererseits ethnisch gleichgewichtige Gruppen gegenüber, so kann auf Dauer Herrschaft nur noch im Rahmen von interethnischen Parteiallianzen und Koalitionen ausgeübt werden.

Diese interethnischen Koalitionen sind aber im Vergleich zu nicht-ethnischen Koalitionsbündnissen inhärent instabil, denn über sachliche, über ideologische oder ökonomische Interessengegensätze läßt sich zumeist leichter ein Ausgleich erzielen, als

über ethnische Antagonismen, in denen sich in zunehmendem Maße die Überlebensangst und der unverzichtbare Stolz ethnischer Volksgruppen kristallisieren. Führen die instabil gewordenen Mehrheits- und Minderheitssituationen zur Möglichkeit der Sezession und des bewaffneten Bürgerkriegs, so drohen die instabil gewordenen multiethnischen Koalitionsregierungen aus ihrer inneren Schwäche heraus zu zerbrechen und sie provozieren oft die Intervention eines Militärapparates.

In Sri Lanka fordert die über Jahrzehnte von der singhalesischen Mehrheit sozial, ökonomisch und politisch ausgegrenzte tamilische Minderheit seit Mitte der siebziger Jahre nicht mehr nur eine begrenzte Autonomie, sondern einen eigenen Staat. In Pakistan erkämpft sich eine Mehrheit der Bevölkerung, die Bewohner Ostpakistans, die von der politischen Elite Westpakistans über Jahrzehnte dominiert und an der Nutzung ihrer Wahlstimmen-Überlegenheit gehindert wurde, 1971 den eigenen Staat. In Kenia führen wachsend instabile ethnische Koalitionsregierungen zu einer politischen Lähmung und zu einem Niedergang des Staates.

Eine ungehinderte "Ethnisierung" demokratischer Politik, das Auftreten ethnischer Ideologen und Parteien, kann damit zur Auflösung des demokratischen Systems und zur Entstehung unkontrollierbarer Gewaltkreisläufe und am Ende zum Ausbruch ethnischer Bürgerkriege beitragen.

Resultat: "Ethnische Säuberungen" und Flucht

Nicht auf die Form dieser Bürgerkriege aber auf deren entscheidendes Resultat, ethnische Vertreibung und Flüchtlingsbewegungen soll an dieser Stelle kurz eingegangen werden. Ob die sich bekämpfenden ethnischen Gruppen getrennt oder vermischt siedeln, in fast allen Fällen löst ein ethnischer Bürgerkrieg massive Vertreibungen aus - durch Veränderungen der Siedlungsgrenzen oder durch "ethnische Säuberungen".

Der bei weitem größte ethnische Konflikt Südasiens, der unkontrollierbar gewordene Gewaltkreislauf zwischen den Hindus und den Muslimen Britisch Indiens, führt 1947 mit der Unabhängigkeit zur Teilung Indiens. Mehr als 14 Mio. Menschen werden vertrieben, vermutlich 1 Mio. Menschen finden den Tod. Der seit 1983 zum Bürgerkrieg eskalierte Konflikt zwischen Singhalesen und Sri Lanka-Tamilen führt zu lokalen - in der Ostprovinz ablaufenden -, regionalen - nach Südindien zielenden - und internationalen - auf den Westen ausgerichteten - Flüchtlingsbewegungen der Tamilen. Weit mehr als eine Million Flüchtlinge sind das Resultat dieser Kämpfe und Vertreibungen. Die der Sezession Ostpakistans vorausgehenden Massaker lösen die Flucht von mehr als 10 Mio. Bengalen in den indischen Bundesstaat Westbengalen aus. In Kenia folgt den von dem Moi-Regime initiierten ethnischen Pogromen eine Massenflucht innerhalb des Landes.

Parallel zur Steigerung des Bürgerkriegs rücken nun die Vertreibungen und das "Schaffen" von Flüchtlingen in das mörderische Kalkül beider Bürgerkriegsparteien. Die Vertreibung der Gegner sichert neuen Siedlungsraum, Arbeitsplätze, Machtpositionen und politische Mehrheiten und Einfluß. Aber auch die eigenen Flüchtlinge sind für die politischen und militärischen Führer der ethnischen Gruppen von propagandistischem, finanziellem oder strategischem Nutzen. Die Präsenz dieser Flüchtlinge unterstreicht die Grausamkeit des Gegners, sie festigt die Solidarität der Gruppe und erleichtert ihre bedingungslose Unterstützung der Kriegsziele und der Führung der Gruppe. In den oft von ihr kontrollierten Flüchtlingslagern kann die militärische Führung ihre Kämpfer, Milizen oder Terrorkommandos rekrutieren oder gar ausbilden. Löst der Bürgerkrieg nicht nur lokale, sondern auch regionale, grenzüberschreitende Flüchtlingsbewegungen aus, so kann der Konflikt weithin sichtbar gemacht und die offene oder verdeckte, die militärische, politische oder finanzielle Unterstützung der Nachbarstaaten gewonnen werden.

Löst der Konflikt schließlich internationale, auf den Westen ausgerichtete Flüchtlingsbewegungen aus, so entsteht im fernen Ausland eine neue Diaspora von Vertriebenen, die der politischen und militärischen Führung für vielerlei Zwecke dient. Die Diaspora kann zur finanziellen Unterstützung des Bürgerkriegs überredet oder erpreßt werden, sie dient bei der Beschaffung von Waffen, anderen Gütern und Informationen. Flucht und Vertreibung bilden damit das fast unvermeidbare und zumeist von beiden Seiten angestrebte Resultat ethnischer Bürgerkriege.

Ethnische Konflikte sind also ein mögliches aber keineswegs ein notwendiges Resultat einer als unwandelbar und unverzichtbar verstandenen "primordialen" ethnischen Gruppenidentität. Sie sind ebensowenig das zwangsläufige Resultat der zwischen solchen Gruppen oder einem Staat bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessengegensätze. Weit mehr als zwei Drittel der Staaten der Dritten Welt sind, gemessen an dem Kriterium der Abstammungs-, Sprach- oder Religionsvielfalt und nach der Selbstauffassung aller oder einiger dieser Gruppen, multiethnische Staaten. Es sind damit in erster Linie die staatlichen Rahmenbedingungen, die Verfassung, die Entwicklungsplanung und die Herrschaftsstrukturen dieser Staaten, die entweder zur Entstehung und Steigerung, oder zur Prävention und Eindämmung ethnischer Konflikte beitragen.

Jakob Rösel

Register für die Hefte 195-202
Jahrgang 1994

Länderregister

SACHREGISTER

Menschenrechte

Migration

Nichtregierungsorganisationen

Ökologie

Rassismus

Rezensionen

Rüstung

Solidaritätsbewegung/ Internationalismus

Weltbank/IWF

Weltinformationsordnung

Weltwirtschaft/Welthandel

Fluchtgrund: Weiblich

Frauenspezifische Verfolgung und Fluchtmuster

Frauen und Mädchen bilden die Mehrheit der weltweit gegenwärtig auf mindestens 20 Millionen Menschen geschätzten Flüchtlinge. Gleiches gilt für ihren Anteil an der noch weitaus höheren Zahl von Binnenflüchtlingen, das heißt Personen, die innerhalb des eigenen Landes Zuflucht suchen. Dieser Situation wird jedoch in der Literatur, die in den letzten Jahren zur Weltflüchtlingsproblematik veröffentlicht wurde, nur unzureichend Rechnung getragen. Zumeist stehen dort männliche Flüchtlinge im Blickfeld, und Frauen werden lediglich als deren passive Anhängsel oder 'Mitbetroffene' wahrgenommen. Häufig wird zudem der Eindruck vermittelt, daß es sich bei Verfolgung und Flucht um geschlechtsneutrale Phänomene handelt.

Dementsprechend wird von den meisten für Flüchtlinge zuständigen nationalen und internationalen Institutionen auch kein nach Geschlecht differenziertes demographisches Material erhoben. Obgleich solche Informationen als Voraussetzung für effektive und an spezifischen Bedürfnissen von Frauen orientierte Planungen von Expertinnen eindringlich gefordert werden, liegen nach wie vor nur grobe Schätzungen über Zahl und regionale Verteilung weiblicher Flüchtlinge vor.[1] Diesen Schätzungen zufolge ist der Anteil von Frauen und deren Kindern, die innerhalb Afrikas und Asiens geflüchtet sind, besonders hoch; in einigen Zufluchtsländern (beispielsweise in Malawi) bilden sie über 80 % der in Lagern lebenden Flüchtlingsbevölkerung. Im Gegensatz dazu liegt der Frauenanteil bei der verhältnismäßig kleinen Gruppe von Flüchtlingen aus Asien, Afrika und Lateinamerika, die in westlichen Industriestaaten Schutz suchen, zumeist beträchtlich unter dem der Männer. Es wird davon ausgegangen, daß insgesamt etwa 20 bis 30 % der aus diesen Kontinenten nach Westeuropa kommenden Flüchtlinge Frauen sind; dabei gibt es allerdings starke nationalitätenspezifische Unterschiede. In bezug auf die Zusammensetzung der neueren, vor allem von Südosteuropa ausgehenden innereuropäischen Fluchtbewegungen ergibt sich dagegen der Eindruck, daß der Anteil von Frauen relativ hoch ist.[2]

Die erste wissenschaftliche Untersuchung zum Thema geschlechtsgerichteter Verfolgung wurde 1984 in den Niederlanden unter dem Titel 'Sexual Violence against Women Refugees' publiziert. Ziel der beiden im 'Vluchtslingenwerk' tätigen Autorinnen war, Fakten über sexuelle Gewalt gegen Frauen als Verfolgungsform zusammenzutragen und ihre Bedeutung und Folgen in verschiedenen Gesellschaften aufzuzeigen.[3] Ihr Ansatz wurde in den Studien der deutschen Amnesty-International-Mitarbeiterinnen Margit Gottstein und Stefanie Gebauer aufgegriffen und erweitert. Zu den Schwerpunkten der Untersuchungen von Gottstein und Gebauer gehörte der Versuch, anhand von Länderstudien den Begriff "frauenspezifische Verfolgung" zu konkretisieren und seine konstitutiven Elemente zu definieren. Diese Arbeiten bilden auch heute noch eine wichtige Basis für die Auseinandersetzungen mit der Thematik und dienen als Grundlage der folgenden Ausführungen.[4] In ihren Studien entwickelten sie vier Kategorien frauenspezifischer Verfolgung und zeigten auf, daß diese weder an ein bestimmtes politisches System noch an eine spezifische Kultur oder Religion gebunden sind. Frauen werden demnach Opfer von Verfolgung

(1) wegen eigener politischer Aktivitäten;
(2) aufgrund der Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit;
(3) aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen zu Oppositionellen und
(4) aufgrund der Übertretung speziell für Frauen geltender Normen und Gesetze.

Während das frauenspezifische Moment in der letzten Kategorie offensichtlich ist, handelt es sich bei den anderen drei Verfolgungstatbeständen scheinbar um Phänomene, die Frauen und Männer in gleicher Weise betreffen. Eine frauenspezifische Verfolgungssituation tritt immer dann ein, wenn die Form der Verfolgung von Frauen in der Anwendung sexueller Gewalt besteht. Diese zielt in allen Fällen darauf ab, die Opfer auch in ihrem Frausein, also in ihrer persönlichen Integrität als Frauen und der mit ihrem Geschlecht verbundenen gesellschaftlichen Rolle zu treffen. Gottstein und Gebauer sprechen daher von einer doppelten Verfolgung. Dies impliziert, daß sexuelle Gewalt kein beliebiges Mittel der Verfolgung ist, sondern gezielt als Taktik eingesetzt wird.

Politische Aktivitäten

Aus zahlreichen Folterstaaten ist bekannt, daß Frauen, die wegen ihrer oppositionellen politischen Aktivitäten in Parteien, Frauenorganisationen oder Gewerkschaften verfolgt und inhaftiert werden, in den Verhörzentren und Gefängnissen neben geschlechtsunspezifischen Foltermethoden auch Vergewaltigungen und anderen Formen sexueller Mißhandlung ausgesetzt sind. Solche Sanktionen richten sich nicht nur auf die vermeintliche oder tatsächliche Gegnerinnenschaft zum herrschenden System, sondern auch auf die politische Aktivität von Frauen: Als Oppositionelle sind Frauen zum einen von der erlaubten politischen Meinung abgewichen, zum anderen haben sie durch ihr Engagement - unabhängig davon, ob sie ausdrücklich für die Rechte von Frauen eintreten oder nicht - automatisch den ihnen zugeschriebenen privaten, häuslichen Handlungsraum verlassen und mit der traditionellen Frauenrolle gebrochen. Als stärkster Ausdruck und als Demonstration des Machtverhältnisses zwischen den Geschlechtern zielt sexuelle Gewalt immer auch darauf ab, Frauen für dieses 'unfrauliche Handeln' - für ihr Vordringen in die männliche Sphäre der Politik - zu bestrafen und sie auf ihre untergeordnete gesellschaftliche Stellung zurückzuweisen. Diese doppelte Verfolgungsabsicht kann durch zahlreiche Aussagen von sexuell gefolterten



Verfolgung und sexueller Gewalt sind Frauen weltweit ausgesetzt

Frauen in allen Teilen der Welt aufgezeigt werden.[5] So berichteten beispielsweise auch Exilchileninnen in Zusammenhang mit der politischen Verfolgung von Frauen nach dem Militärputsch gegen die sozialistische Allende-Regierung, daß gerade weibliche Gefangene einer sehr grausamen Mißhandlung ausgesetzt gewesen seien. Sie argumentierten, daß Frauen, die mit 'subversiven' Parteien sympathisiert hätten, von der Militärjunta als Verräterinnen an der traditionellen, systemstabilisierend wirkenden Frauenrolle betrachtet worden wären. Sexuelle Folter als Form der Verfolgung von Frauen habe darauf abgezielt, sie für diesen 'Verrat' zu bestrafen.[6]

Zugehörigkeit zu einer Minderheit

Auch bei Frauen, die einer verfolgten ethnischen oder religiösen Minderheit angehören, schließt die Verfolgungsform oft die Anwendung sexueller Gewalt ein. Dieser spezifischen Art der Verfolgung liegt ebenfalls eine doppelte Intention zugrunde: Die Frauen sollen einmal als Angehörige der Minderheit getroffen werden, und zum anderen soll durch die Ausnutzung ihrer sozialen Position darüber hinaus auch die Gruppe als Ganze angegriffen werden. So wurde von Übergriffen singhalesischer Sicherheitskräfte auf tamilische Frauen bekannt, daß sexuelle Mißhandlungen teilweise bewußt in Anwesenheit anderer männlicher Mitglieder der verfolgten Gruppe durchgeführt wurden, um ihnen damit zu demonstrieren, daß sie nicht in der Lage waren, 'ihre' Frauen zu schützen.[7]

Gerade in Konfliktsituationen entwickeln verfolgte Minderheiten unter Rekurs auf eine gemeinsame Herkunft, Sprache, Religion, Kultur und Geschichte häufig eine starke Gruppenidentität. Bei diesem Prozeß ethnischer Grenzziehung spielen Frauen eine entscheidende Rolle, da ihnen oft die Funktion der 'Kulturträgerinnen' zugeschrieben wird und sie aufgrund ihrer Reproduktionsfähigkeit für den Erhalt ihrer Gruppe in besonderer Weise verantwortlich gemacht werden. Die Aneignung ihrer Gebärfähigkeit durch die Verfolger ermöglicht es deshalb, die Gruppe insgesamt zu treffen. Eine Vergewaltigung zielt daher häufig darauf ab, ein Kind zu zeugen, dessen Vater zur gegnerischen (Mehrheits-)Gruppe gehört, wie es beispielsweise aus Eritrea zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges berichtet wurde. Die verfolgte Minderheit soll damit in ihrem Bestand und ihrer Identität geschwächt werden. Sexuelle Übergriffe durch die Gruppe der Verfolger ziehen in vielen Fällen zudem die Verfolgung der Frauen durch die eigene ethnische oder religiöse Gruppe nach sich, da nicht nur die Frauen selbst, sondern durch sie auch die Gruppe 'entehrt' worden ist. Am Beispiel tamilischer und palästinensischer Frauen läßt sich belegen, daß solche Sanktionen von den Verfolgern bewußt kalkuliert werden.[2]

Durch die erschreckenden Berichte aus dem Krieg in Bosnien-Herzegowina wurde bekannt, daß sexuelle Folter an Frauen und Mädchen von allen Konfliktparteien ausgeübt, in besonders massiver Form aber im Rahmen der 'ethnischen Säuberungsaktionen' serbischer Milizen eingesetzt wurde. Schätzungen internationaler Organisationen gehen von bis zu 60.000 Frauen und Mädchen aus, die Opfer solcher Mißhandlung wurden. Sexuelle Gewalt gegen Frauen wurde systematisch zur Vertreibung und Erniedrigung der muslimischen Bevölkerung benutzt. Frauen und Mädchen wurden oftmals in Anwesenheit von Familienmitgliedern mißhandelt; zu den Mitteln des Terrors gehörten Massenvergewaltigungen auf öffentlichen Plätzen und die Verschleppung von Frauen und Mädchen in die berüchtigten Bordellager. Die Beziehung zwischen der den Frauen zugewiesenen Rolle und der Form der Verfolgung wird hier besonders deutlich: Über die Mißhandlung der Frauen der gegnerischen Kriegspartei wurde die Macht des männlichen Siegers über den männlichen Besiegten demonstriert.[8] Berichten zufolge zielten die Übergriffe teilweise auch darauf ab, 'serbische Kinder' zu zeugen, um dadurch die muslimische Bevölkerungsgruppe zu schwächen. Die infolge von Vergewaltigung schwangeren Frauen seien daher in vielen Fällen so lange in Lagern festgehalten worden, bis eine Abtreibung unmöglich gewesen wäre. Gleichzeitig seien Serbinnen, die mit Männern anderer ethnischer Gruppen verheiratet waren, von den eigenen Landsleuten als 'Verräterinnen' verfolgt worden: Nach Augenzeugenberichten wurden zahlreiche serbische Ehefrauen kroatischer oder bosnisch-muslimischer Männer auf grausame Art mißhandelt; zum Teil wurden sie und auch ihre Kinder getötet.[9]

Häufig wird der Eindruck vermittelt, die Massenvergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina seien ohne Beispiel in der jüngeren Geschichte. Diese Greueltaten sollen durch nichts relativiert werden; Tatsache ist aber dennoch, daß die Verfolgung von Frauen ethnischer oder religiöser Minderheiten mittels sexueller Gewalt ein weltweit verbreitetes Phänomen ist, dem bisher nur wenig Beachtung zuteil wurde. So sind die Berichte über die Massenvergewaltigungen während des Krieges in Zusammenhang mit der Staatsgründung Bangladeschs, die damals die Weltöffentlichkeit erregten, längst vergessen. Auch frauenspezifische Verfolgungen in Indien und Myanmar - Beispiele aus der jüngsten Zeit - finden kaum die entsprechende Aufmerksamkeit. Erst durch die Ereignisse in Bosnien wurde die Bedeutung geschlechtsgerichteter Verfolgung erstmals in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert.

Verwandt mit Oppositionellen

Ein weiterer Kontext, in dessen Rahmen Frauen weltweit von sexueller Gewaltanwendung bedroht sind, bildet die Sippen- und Geiselhaft. Die Verfolgung der Frauen resultiert dabei allein aus ihrer verwandtschaftlichen Beziehung zu politisch Opposi-

tionellen. Die Inhaftierung und Mißhandlung der Frauen zielt darauf ab, entweder Informationen über die Gesuchten zu erpressen, derer die Verfolger selbst nicht habhaft werden können, oder auf bereits inhaftierte Familienmitglieder Druck auszuüben und sie zu den gewünschten Geständnissen zu zwingen. In Gesellschaften, in denen das System von Ehre und Ehrverlust einen wichtigen Aspekt der sozialen Beziehungen darstellt, ist es den Verfolgern mittels sexueller Gewaltanwendung möglich, männliche politische Gegner in ihrer Rolle als Schutz- und Kontrollinstanz der Sexualität weiblicher Familienangehöriger zu treffen und sie dadurch selbst in ihrer Ehre zu verletzen. Der Übergriff, dem die betroffenen Frauen ausgesetzt sind, gilt nicht primär ihnen selbst, sondern den männlichen Verwandten. Mißhandlungen von Frauen im Rahmen von Sippen- und Geiselhaft wurden aus so unterschiedlichen Ländern wie dem Sudan, der Türkei, Syrien, Guatemala, den Philippinen oder Kuwait berichtet.[5]

In Ländern, in denen die Politik stark durch Verwandtschaftsbeziehungen geprägt ist, kann durch den sexuellen Angriff auf ein weibliches Mitglied einer prominenten Politikerfamilie stellvertretend die gesamte politische Organisation bzw. Partei getroffen werden. So wurde in Pakistan im Jahr 1991 von einem führenden Mitglied der oppositionellen Pakistan People's Party (PPP) die Vergewaltigung seiner Tochter, einer Freundin der jetzigen Ministerpräsidentin Benazir Bhutto, öffentlich angeklagt. Er interpretierte und verurteilte das Verbrechen als 'political rape', das auf offizielle Veranlassung stattgefunden habe und durch das der gesamte Bhutto-Klan und die mit ihm verbundene Opposition getroffen werden sollten. Schon vor diesem Vorfall hatten verschiedene Frauenverbände die Zunahme solcher politisch motivierter Mißhandlungen weiblicher Angehöriger von Oppositionspolitikern besklagt, was darauf hindeutet, daß dieser Gewaltakt kein Einzelfall war.

Das Verhalten des Vaters ist als relativ ungewöhnlich einzuschätzen: Da in vielen Gesellschaften allein die Tatsache des Normbruchs zählt, ohne dessen Gründe zu hinterfragen, müssen Frauen, die Opfer sexueller Gewalt wurden, in zahlreichen Fällen damit rechnen, daß sie von ihrer eigenen Familie geächtet, verstoßen und im Extremfall getötet werden, da durch ihre 'Entehrung' auch die Familienehre als verletzt gilt. Wie aus Berichten von Amnesty International hervorgeht, fanden während der irakischen Besetzung Kuwaits Massenvergewaltigungen statt; zudem wurden systematisch Tausende von Frauen in Gegenwart ihrer dem Widerstand zugerechneten inhaftierten männlichen Verwandten sexuell mißhandelt. Viele Frauen wurden aufgrund dieser 'Entehrung' von ihren Familien verachtet und teilweise auch verstoßen. Obwohl ihnen eine Abtreibung aus religiösen Gründen verboten war, wurden Frauen, die infolge der Übergriffe schwanger waren, als 'Mütter von Bastarden' denunziert.[10] Von Tamilinnen ist bekannt, daß Frauen, die Opfer sexueller Mißhandlung durch singhalesische Soldaten wurden, von ihrer Familie bzw. ihren Ehemännern zum Selbstmord gedrängt wurden.

Die Furcht vor möglichen Übergriffen in Verhör- und Haftsituationen, die damit verbundene 'Schande' für die Familie und die gesellschaftlichen Folgen bringen viele Eltern dazu, den politischen Aktivismus ihrer Töchter zu unterbinden, oder halten die Frauen selbst davon ab, sich politisch stärker zu engagieren. So berichteten beispielsweise Palästinenserinnen, daß schon allein das Gerücht, ein weibliches Familienmitglied sei ins Gefängnis gekommen, Familien in Verruf bringen würde.



Besonderes Risiko für politisch aktive Frauen

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, daß sexuelle Gewalt als spezifisch gegen Frauen gerichtete Verfolgungsform immer mehr impliziert als den körperlichen Angriff allein. Durch die Aneignung der Sexualität und Gebärfähigkeit von Frauen gegen ihren Willen werden Herrschaftsverhältnisse zwischen Frauen und Männern demonstriert und manifestiert. In der Taktik der Verfolger wird sexuelle Gewalt zudem gezielt eingesetzt, um Frauen zugeschriebene Normen und Werte wie eheliche Treue und Jungfräulichkeit zu brechen. Damit können zwei Wirkungen erzielt werden: Zum einen haben Frauen über den eigentlichen Gewaltakt hinaus mit schweren gesellschaftlichen Folgen zu rechnen, zum anderen können über die sexuellen Mißhandlungen von Frauen die männlichen Familienangehörigen bzw. die ethnische oder religiöse Gruppe getroffen werden.

Übertretung frauenspezifischer Normen

Diese Kategorie frauenspezifischer Verfolgung resultiert ausschließlich aus der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht und ist allein darin begründet, daß Frauen - unwillentlich oder absichtlich - gegen religiös, kulturell oder rechtlich verankerte Regeln verstoßen, die nur für sie gelten. Die Verfolgung kann direkt vom Staat ausgehen, aber, wie erwähnt, auch von Mitgliedern der eigenen Familie oder - seltener - der ethnischen oder religiösen Gruppe. Die islamische Republik Iran ist das nach wie vor bekannteste Beispiel für einen Staat, der extreme Formen frauenspezifischer Unterdrückung auch gesetzlich festgeschrieben hat. Die rigide Durchsetzung der islamischen Kleider- und Verhaltensvorschriften zielt darauf ab, die Unterordnung von Frauen aufrechtzuerhalten und die Geschlechtersegregation als zentrales Strukturelement der Gesellschaft zu etablieren. Der Verstoß gegen die Gesetze wird durch Auspeitschungen, Verhaftungen und Hinrichtungen brutal sanktioniert. Der seit der Institutionalisierung der Islamischen Republik betriebene Terror gegen Frauen richtet sich gegen jegliche Äußerung selbstbestimmter Weiblichkeit. So legalisieren Gesetze beispielsweise die Verfolgung von Frauen, die allein mit Männern angetroffen werden, mit denen sie nicht verheiratet oder eng verwandt sind; auch Frauen, deren äußeres Erscheinungsbild nicht genau den Vorschriften entspricht - etwa aufgrund des Tragens hellerer Stoffe als der erlaubten, oder wegen der Benutzung von Parfum oder Lippenstift - laufen Gefahr, von der eigens dafür eingerichteten Moralpolizei kontrolliert und für ihr Vergehen entsprechend bestraft zu werden.

In Afghanistan zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab: Zu den ersten Maßnahmen der aus Führern traditionalistischer und fundamentalistischer Widerstandsgruppen gebildeten neuen Regierung gehörten beispielsweise die erneute Einführung der Verschleierungspflicht für Frauen, die Installierung der Scharia als verbindliches staatliches Rechtssystem sowie die Schließung der koedukativen Universität von Kabul.[11] Allein die Existenz solcher Gesetze und Normvorstellungen und die mit einer Übertretung verbundene drohende Bestrafung machen Frauen in den entsprechenden Staaten zu potentiell Verfolgten.

Darüber hinaus kann in Ländern, in denen das islamische Strafrecht angewandt wird, sogar eine erlittene Vergewaltigung weitere staatliche Sanktionen gegenüber dem Opfer nach sich ziehen, da die Scharia jede Form von nichtehelichem Geschlechtsverkehr unter Strafe stellt: Der Beweis für den erzwungenen Charakter des Geschlechtsverkehrs kann nur durch ein Geständnis der Täter oder durch die Zeugenaussage von vier muslimischen Männern erbracht werden. Daher besteht bei Bekanntwerden einer sexuellen Mißhandlung für Frauen die Gefahr, daß sie selbst zu Täterinnen gemacht und wegen 'Unzucht' verurteilt werden, wie es beispielsweise in den letzten Jahren wiederholt aus Pakistan berichtet wurde.[12]

Es kann somit hier zusammenfassend festgehalten werden: Die aufgezeigten Ver-

folgungstatbestände verdeutlichen, daß die Kategorie 'Geschlecht' eine zentrale Determinante im Kontext von Verfolgung darstellt. In allen aufgezeigten Kategorien ist ein frauenspezifisches Moment enthalten, das sich aus der gesellschaftlichen Stellung von Frauen herleitet. Das Charakteristische an der Verfolgung von Frauen ist auf zwei Ebenen feststellbar: zum einen in der Verfolgung durch sexuelle Gewalt und zum anderen in der Verfolgung von Frauen aufgrund Übertretung spezifisch für Frauen geltender Normen und Gesetze. Besonderheit und Wirkung frauenspezifischer Verfolgung hängen ursächlich mit dem Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern zusammen.

Frauenspezifische Verfolgung erfüllt damit den Tatbestand der Verfolgung wegen der "Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe" im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention: Sowohl die Verfolgung aufgrund von Normübertretungen als auch Verfolgung mittels sexueller Gewaltanwendung in Zusammenhang mit anderen Verfolgungsgründen zielen auf den untergeordneten sozialen Status von Frauen.

Fluchtmotive von Frauen

Das Spezifische an der Flucht von Frauen tritt dann deutlich zutage, wenn sie vor dem Hintergrund der Position von Frauen in ihrer jeweiligen Gesellschaft betrachtet wird: So haben sie häufig keine Möglichkeit, eine eigenständige Fluchtentscheidung zu treffen, sondern müssen sich den Plänen männlicher Familienangehöriger unterordnen. Patriarchale Autoritätsstrukturen innerhalb der Familie zeigen sich zudem in der weitgehenden finanziellen Abhängigkeit von Frauen bzw. in ihrer fehlenden Verfügungsgewalt über ökonomische Ressourcen, was nicht nur die Entwicklung autonomer Fluchtentscheidungen verhindert, sondern auch mögliche unabhängige Überlebensstrategien erschwert. Hinzu kommt, daß es für Frauen in einigen Ländern fast unmöglich ist, allein ohne männlichen Schutz zu leben, und sie sich deshalb nach der Flucht ihrer Ehemänner oder männlichen Familienangehörigen gezwungen fühlen, ihnen zu folgen. Für andere Frauen bildet die Zerstörung existentieller Lebensgrundlagen durch Bürgerkriege, Dürre oder Hungerkatastrophen, die eine ausreichende Versorgung ihrer Kinder erschweren, für die sie die Hauptverantwortung tragen, das zentrale Fluchtmotiv.

Ein weiterer frauenspezifischer Fluchtgrund ist die Angst vor sexuellen Übergriffen bzw. bereits erlittene sexuelle Gewalt im Rahmen willkürlicher Hausdurchsuchungen und wahlloser Verhaftungsaktionen sowie die in einigen Gesellschaften damit verbundenen bedrohlichen Folgen für die Opfer. Um sie diesen Gefahren zu entziehen, drängen häufig die Eltern ihre Töchter zum Verlassen des Landes und organisieren ihre Flucht. Bei Frauen, die unter islamisch-fundamentalistischen Herrschaftsverhältnissen leben, spielt demgegenüber der Wunsch, dem frauenfeindlichen alltäglichen 'Moralterror' zu entkommen, oft eine wichtige fluchtentscheidende Rolle.[11]

Am Schluß sei noch die Gruppe von Frauen erwähnt, die allein aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit gar keine Chance haben, Gewalt- und Verfolgungssituationen zu entfliehen. Damit sind Frauen gemeint, die in rigiden geschlechtssegregierten Gesellschaften und stark patriarchalen, autoritären Familienstrukturen leben, die ihren Handlungsspielraum ausschließlich auf den privaten häuslichen Bereich beschränken und ihnen ein Verlassen dieser Sphäre und damit auch eine eigenständige Fluchtentscheidung unmöglich machen, ohne daß dies noch weitere Verfolgungen nach sich ziehen würde.

Es bleibt festzuhalten, daß seit Mitte der achtziger Jahre eine wachsende Sensibilisierung für die besonderen Probleme geflüchteter Frauen stattgefunden hat und zunehmend auch versucht wird, an ihren spezifischen Bedürfnissen orientierte praktische Maßnahmen zu entwickeln. Diese Projekte sollten forciert ausgebaut werden.

Eine Diskrepanz besteht demgegenüber zur rechtlichen Ebene, auf der keine grundlegenden Veränderungen der Anerkennungspraxis zu beobachten sind. Es wird deshalb weiterhin wichtig sein, daß sich politische Initiativen um eine breite Öffentlichkeit für das Problem bemühen und asylrechtlichen Schutz für die betroffenen Frauen fordern.

Die Mehrheit der weiblichen Flüchtlinge würde jedoch auch bei einer liberaleren Anerkennungspraxis nicht unter die entsprechenden Konventionen fallen und könnte nicht das Recht auf internationalen Schutz oder Hilfe einfordern. Von einer weiter gefaßten Flüchtlingsdefinition kann nicht die Lösung der weltweiten Fluchtkrisen erwartet werden. Hier müssen andere Wege gefunden werden, die sich nicht an juristischen Kriterien orientieren können.

Martina Schöttes

Die Autorin ist Mitarbeiterin im Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung. Der gekürzte Beitrag ist entnommen aus: Erdmann Gormsen und Andrea Thimm (Hrsg.) 1993: Migration in der Dritten Welt, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

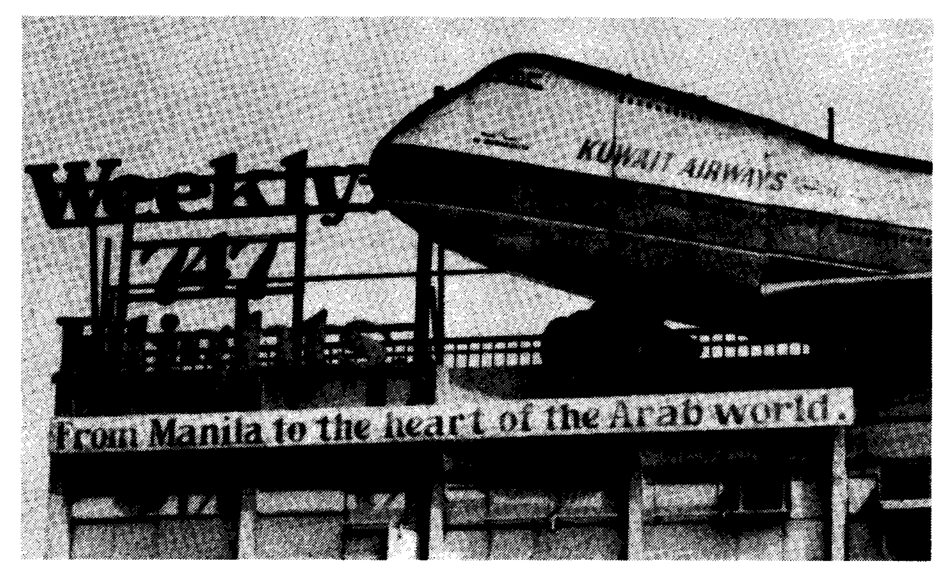
Anmerkungen:

1) KEELY, C.B. 1992: The Resettlement of Women and Children Refugees, in: Migrationworld, 4, S. 14-18.
2) SCHÖTTES, M./SCHUCKAR, M. 1994: Politische Verfolgung von Frauen, in: dieselben (Hrsg.): Frauen auf der Flucht. Band I: Leben unter politischen Gewaltverhältnissen - Chile, Eritrea, Iran, Libanon, Sri Lanka. Berlin.
3) NEEF, C. de/RUITER, J. de 1984: Sexual Violence against Refugee Women. Report on the Nature and Consequences of Sexual Violence Suffered Elsewhere, Amsterdam.
4) GEBAUER, S. 1987: Soziokulturelle Konflikte von Asylbewerberinnen in der BRD. ZDWF-Schriftenreihe, 21, Bonn. GOTTSTEIN, M. 1986: Die rechtliche und soziale Situation von Flüchtlingsfrauen in der BRD vor dem Hintergrund frauenspezifischer Flucht- und Verfolgungssituationen. ZDWF- Schriftenreihe, 18, Bonn.
5) AMNESTY INTERNATIONAL 1991: Frauen im Blickpunkt. Zwischen Auflehnung und politischer Verfolgung, Bonn. VLUCHTSLINGEN WERK (Hrsg.) 1988: Sexual Violence: „You Have Hardly and Future Left". Female Refugees and Sexual Violence: Outlines and Guidelines for Assistance, Amsterdam.
6) KOMITEE FÜR DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN FRAUEN IN CHILE 1977: Frauensolidarität. Möglichkeiten und Probleme emanzipatorischer Politik. Erfahrungen am Beispiel Chile. Berlin.
7) HOFMANN, T. 1986: Zur Lage tamilischer Frauen in Sri Lanka. Gutachterliche Stellungnahme für das Verwaltungsgericht Neustadt a.d.W.. ZDWF-Schriftenreihe, 12, Bonn.
8) STIGLMAYER, A. (Hrsg.) 1993: Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen, Freiburg/Breisgau.
9) TAZ, 6.8.1992, Spiegel Nr. 50/92, Stern Nr. 49/92
10) Die Zeit, 2.1.1992
11) FR, 3.8.1992
12) KHAN, A. 1992: Pakistani Women Speak Out, in: The Middle East, April, S. 10.
13) SCHÖTTES, M./SCHUCKAR, M. 1993: Frauenspezifische Fluchtgründe und Aufnahmebedingungen von weiblichen Flüchtlingen in der BRD, in: Berliner Institut für Vergl. Sozialforschung/Medico international, Weltflüchtlingsbericht, Kapitel 2.1.4.1.2.

Der Fluch der Schulden

Auf den Philippinen zwingt die Verschuldung zur Arbeitsmigration

Norma, eine philippinische High-School-Lehrerin für Englisch und Literatur, die jetzt als Hausangestellte illegal in Italien arbeitet, ist ein Beispiel für das Schicksal philippinischer Emigranten, die in 137 Ländern über die ganze Welt verstreut sind. Diese Diaspora ist eine unmittelbare Folge der sich verschärfenden Wirtschaftskrise auf den Philippinen, die wiederum das Ergebnis einer Weltwirtschaftsordnung ist, die vom Leid und von der Armut von Millionen Menschen profitiert. Um die Beweggründe der Migranten zu verstehen, müssen wir die Geschichte der letzten dreißig oder vierzig Jahre und die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf den Philippinen während dieser Epoche analysieren.



Die Überweisungen philippinischer Arbeiter in den Golfstaaten bessern die Zahlungsbilanz des Staates auf

Vom 16.Jahrhundert an waren die Philippinen mehr als dreihundert Jahre eine spanische Kolonie, 1898 übernahmen die USA die Macht, das Land wurde zu einer Kolonie der USA und zu einem Absatzmarkt für deren Überproduktion. Die USA bezogen von den Philippinen Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte. Während ihrer Kolonialherrschaft erließen die USA verschiedene Gesetze auf den Philippinen, die ihre wirtschaftliche Hegemonie in diesem Land sichern sollten, auch für die Zeit nach 1946, als die Philippinen nominell unabhängig wurden. Die Unabhängigkeit wurde allerdings nur unter der Bedingung gewährt, daß die Vertreter der Philippinen den sogenannten "Vertrag über allgemeine Beziehungen zwischen den USA und den Philippinen" unterschrieben, der sicherstellte, daß der Besitz der USA und ihre Militärbasen nicht angetastet würden, und daß die philippinische Außenpolitik sich immer den Zielen der US-Außenpolitik unterordnen würde.

Auch in der Folgezeit wurde den Philippinen eine Reihe von ungleichen Verträgen und Abkommen aufgezwungen, die die Kontrolle der USA über das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben des Landes sicherstellen sollten. Die aufgezwungenen ungleichen Austauschbeziehungen insbesondere mit den USA, die damals der größte Handelspartner der Philippinen waren, führten zu einem chronischen, anwachsenden Handelsbilanzdefizit, denn die Preise für philippinische Rohstoffe, landwirtschaftliche und sonstige Exportprodukte waren der Willkür des von ausländischen Mächten beherrschten Weltmarkts ausgesetzt. Andererseits wurden Importwaren auf den Philippinen zu vergleichsweise hohen Preisen verkauft, was zu hohen Profiten für die ausländischen Konzerne beitrug. Diese ungleichen Wirtschaftsbeziehungen drückten sich nicht nur in chronischen Handelsbilanzdefiziten, sondern auch in hohen Gewinntransfers aus, die durch ständig höhere Anleihen finanziert werden mußten, um das philippinische Handels-/Zahlungsbilanzdefizit auszugleichen. Private ausländische Banken und multilaterale Kreditinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank spielten mit ihrer rücksichtslosen Kreditpolitik in den siebziger Jahren eine wichtige Rolle bei der Erzeugung der extremen Schuldenkrise des Landes. Außerdem ließen sie die Abwicklung betrügerischer Kreditgeschäfte durch Günstlinge des Marcos-Regimes und korrupte Regierungsbeamte zu.

1965 betrugen die Schulden der Philippinen 599 Millionen US-Dollar. 1975, drei Jahre nachdem Marcos das Kriegsrecht verhängt hatte, waren die Schulden auf 3,8 Milliarden US-Dollar gestiegen. Als 1986 Aquino an die Macht kam, beliefen sich die Schulden auf 26,3 Milliarden US-Dollar und 1993 hatten sie die schwindelerregende Höhe von 34,4 Milliarden US-Dollar erreicht.

Die Auswirkungen der IWF- und Weltbankpolitik

1944 trafen sich Regierungsbeamte der USA, Großbritanniens, Frankreichs und anderer europäischer Länder, um den IWF und die Weltbank zu gründen. Aufgabe des IWF sollte es sein, mittels Krediten an Länder mit Zahlungsbilanzdefiziten den Welthandel zu fördern. Die Weltbank (die früher

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hieß) sollte den durch den Krieg zerstörten Ländern Europas mit Krediten helfen. Die meisten Weltbank-Kredite dienten zur Finanzierung des Baus von Straßen, Kraftwerken, Eisenbahnen, Häfen und sonstiger Infrastruktur. Im Lauf der Jahre nahm der Einfluß des IWF zu, da er größere Summen an mehr Länder mit wachsenden Zahlungsbilanzdefiziten auslieh, besonders zum Zeitpunkt der Ölkrise in den Siebzigern.

Im gleichen Zeitraum stiegen die Lohnkosten in den wohlhabenden Industrieländern. Als Reaktion darauf verlegten die reichen Länder arbeitsintensive Industrien in die Dritte Welt. In perfekter zeitlicher Abstimmung schlugen IWF und Weltbank eine neue Entwicklungsstrategie für die Länder der Dritten Welt vor, indem sie ihnen arbeitsintensive, 'exportorientierte' Industrialisierung nahelegten, um das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Im Rahmen dieser exportorientierten Entwicklung der Region sollte auch der Tourismus zu einer strategischen Industrie werden, dafür wurden von IWF und Weltbank Investitionskredite bereitgestellt. Die Tourismusförderung führte dazu, daß auch eine entsprechende Unterhaltungsindustrie aufblühte: Discos, Bars, Nachtclubs, Massagesalons, Bordelle und Hotels. Der Tourismus förderte und intensivierte in Ländern wie den Philippinen die Sexindustrie.

1972 rief Marcos die nationale Behörde für Wirtschaftsentwicklung ins Leben, um "die Wirtschaft umzuorientieren und weiterzuentwickeln, im Sinne einer arbeitsintensiven und exportorientierten Industrialisierung". Die reichhaltigen philippinischen Reserven an billigen Arbeitskräften waren der größte Anreiz für ausländische Konzerne, Teile ihrer Produktion in der Region anzusiedeln und auf diese Weise ihren Profit zu steigern. Zwischen 1973 und 1981 lieh allein die Weltbank 2,6 Milliarden US-Dollar, um die Infrastruktur im Sinne der Strategie einer exportorientierten Wirtschaftsentwicklung auszubauen, für Staudämme, Freihandelszonen und Pazifizierungsprojekte auf dem Land und in den Städten. Die wirtschaftspolitische Gesetzgebung der Marcos- Regierung hielt sich strikt an die Diktate des IWF und der Weltbank, aber das Zahlungsbilanzdefizit wuchs dennoch von 54 Millionen US-Dollar 1978 auf 570 Millionen US-Dollar 1979.[1] Dies wiederum führte zu Inflation, einer hohen Arbeitslosenrate, dem Bankrott kleiner philippinischer Unternehmen, wachsender Armut und weiter steigenden Auslandsschulden. Als Reaktion auf die ständig sinkende Wachstumsrate des Landes schlug die Weltbank ein erstes strukturelles Anpassungsprogramm vor, um die Wirtschaft zu stabilisieren und die Regierung in dem Bestreben zu unterstützen, ihre Einkünfte zu erhöhen und ihr Defizit abzubauen. Der besondere Anreiz zur Umsetzung dieses Programms war ein Strukturanpassungskredit von 200 Millionen US-Dollar. Marcos und seine Berater waren knapp bei Kasse und stürzten sich auf das Angebot der Weltbank. 1980 ging die Weltbank dazu über, ihre Strukturanpassungsprogramme weltweit anzugleichen.

1986 hinterließen Marcos und seine Spießgesellen verschuldete Firmen und eine Auslandsschuld von 26 Milliarden US-Dollar. Als Präsidentin Aquino die USA besuchte, wurde die sogenannte 'Politik des ehrlichen Schuldners' verkündet. Aquino versprach, alle Schulden der Philippinen zu bezahlen. Doch nach einem kurzen Boom verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage erneut. Das wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm, das nun angewandt wurde, wurde zum Herzstück des 21. Strukturanpassungsprogramms, das folgende Ergebnisse hatte:
- Senkung der Staatsausgaben
- weniger Infrastrukturprojekte,
- keine Ausschreibung neuer Beamtenstellen, Entlassungen usw.
- kleinere Etats für Regierungsagenturen,
- Abschaffung von Subventionen für Reis und Elektrizität, wodurch die Strompreise um 12 Prozent anstiegen.

Ein weiteres Ergebnis der Strukturanpassung war, daß die Zahl der Familien, die unterhalb der Armutsgrenze lebten, von weniger als 50% 1971 auf 70% 1986 stieg. Eine hohe Arbeitslosenrate, eine hohe Rate versteckter Arbeitslosigkeit und niedrige Arbeiterlöhne (einer der Anreize für ausländische Investoren multinationaler Konzerne, im Lande tätig zu werden), haben Tausende von Filipinos gezwungen ihren Lebensunterhalt im Ausland zu verdienen, oftmals unter ungünstigen und lebensgefährlichen Bedingungen. In einem Land, wo im Durchschnitt 51% des Haushaltseinkommens für Essen ausgegeben wird, hat die Abschaffung der Subventionen und Preiskontrollen für Reis dramatische Auswirkungen auf die Ernährungslage. Die indirekten Steuern auf Güter und Dienstleistungen und die Erhöhung der staatlichen Gebühren für Wasser, Elektrizität, Benzin usw. haben die Lebenshaltungskosten erhöht. 80% des Landes gehören den oberen 20% der Bevölkerung[2]. Seit 1991 stagniert die Wirtschaft, und die Wachstumsrate liegt fast bei Null.

Die Flucht aus der Armut

Entsprechend der Umorientierung der philippinischen Wirtschaftsstruktur in Richtung arbeitsintensiver und exportorientierter Aktivitäten, führte Marcos 1974 eine neue Arbeitsgesetzgebung ein. Das Ministerium für Arbeit und Beschäftigung (MOLE) rief drei Regierungsagenturen ins Leben, deren Aufgabe es war, ein umfassendes Programm zur Förderung der Beschäftigung von Filipinos im Ausland auszuarbeiten, zu propagieren und umzusetzen. Die Behörde zur Förderung der Beschäftigung im Ausland (OEDB) war die staatliche Vermittlungsagentur für Beschäftigte in anderen Ländern, die nationale Behörde für Seeleute (NSB) war für die Beschäftigten auf Schiffen zuständig. Das Büro für Arbeitsvermittlung (BES) war verantwortlich für die Regulierung und Überwachung privater Vermittlungsagenturen. 1976 versicherte Präsident Marcos, daß das Programm zur Beschäftigung im Ausland *"... Arbeitsplätze für unsere Leute nicht nur in neuen und expandierenden Industrien geschaffen hat, sondern auch auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft. Philippinische Talente und Fähigkeiten sind in vielen Ländern der Welt allerorten zu finden. Zurückkehrende philippinische Arbeiter haben dazu beigetragen, daß unser Ausbildungsstand und unsere technologischen Fähigkeiten sich erhöht haben."*

1982 betonte er erneut: *"Für uns ist die Beschäftigung im Ausland die Lösung für zwei große Probleme: die Arbeitslosigkeit und die Zahlungsbilanz. Wenn diese Probleme durch Kontraktarbeiter im Ausland beseitigt oder zumindest teilweise behoben werden können, erwarten wir auch einen Anstieg der Sparquote und der Investitionsrate auf den Philippinen. Auf lange Sicht gehen wir davon aus, daß die Beschäftigung im Ausland dazu beiträgt, daß wir uns Fähigkeiten aneignen, die entscheidend sind für die Entwicklung der industriellen Basis unseres Landes."*[1]

Während dieser Zeit verschärfte sich die Wirtschaftskrise des Landes weiter, die Arbeitslosigkeit blieb hoch, die Inflationsrate schnellte nach oben, die sozialen Dienste verschlechterten sich und die Lebenshaltungskosten stiegen ständig. Die bloße Befriedigung der Grundbedürfnisse wurde für die Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich. Immer größere Teile des Volkseinkommens dienten zur Bezahlung des Schuldendienstes für die wachsende Auslandsschuld. Zugleich verschwanden große Summen in den Taschen korrupter Politiker und Regierungsbeamter. All dies trug zu einer schweren Beeinträchtigung der Lebensqualität bei. Für Hunderttausende von Filipinos blieb so die Beschäftigung im Ausland die einzige Möglichkeit, das Überleben ihrer Familien zu sichern. Die entschlossene Förderung der Beschäftigung im Ausland seitens der Regierung war eine wichtige Triebfeder für den Entschluß vieler Filipinos, ihr Land zu verlassen.

Dementsprechend ist es auch nicht erstaunlich, daß die größte Auswanderungswelle in die zweite Hälfte der siebziger Jahre fiel, in die gleiche Periode, die vom kritischen Anstieg der Auslandsschulden geprägt war, von der Gewährung der 'Extended Fund Facility' (Anleihe) 1976 und von einem wachsenden Bedarf, die Devisenreserven des Landes zu erhöhen. Zwischen 1975 und 1992 vermittelte die POEA insgesamt 6.359.471 Arbeiter ins Ausland. Im Jahr 1975 wurden nur 36.035 Arbeiter ins Aus-

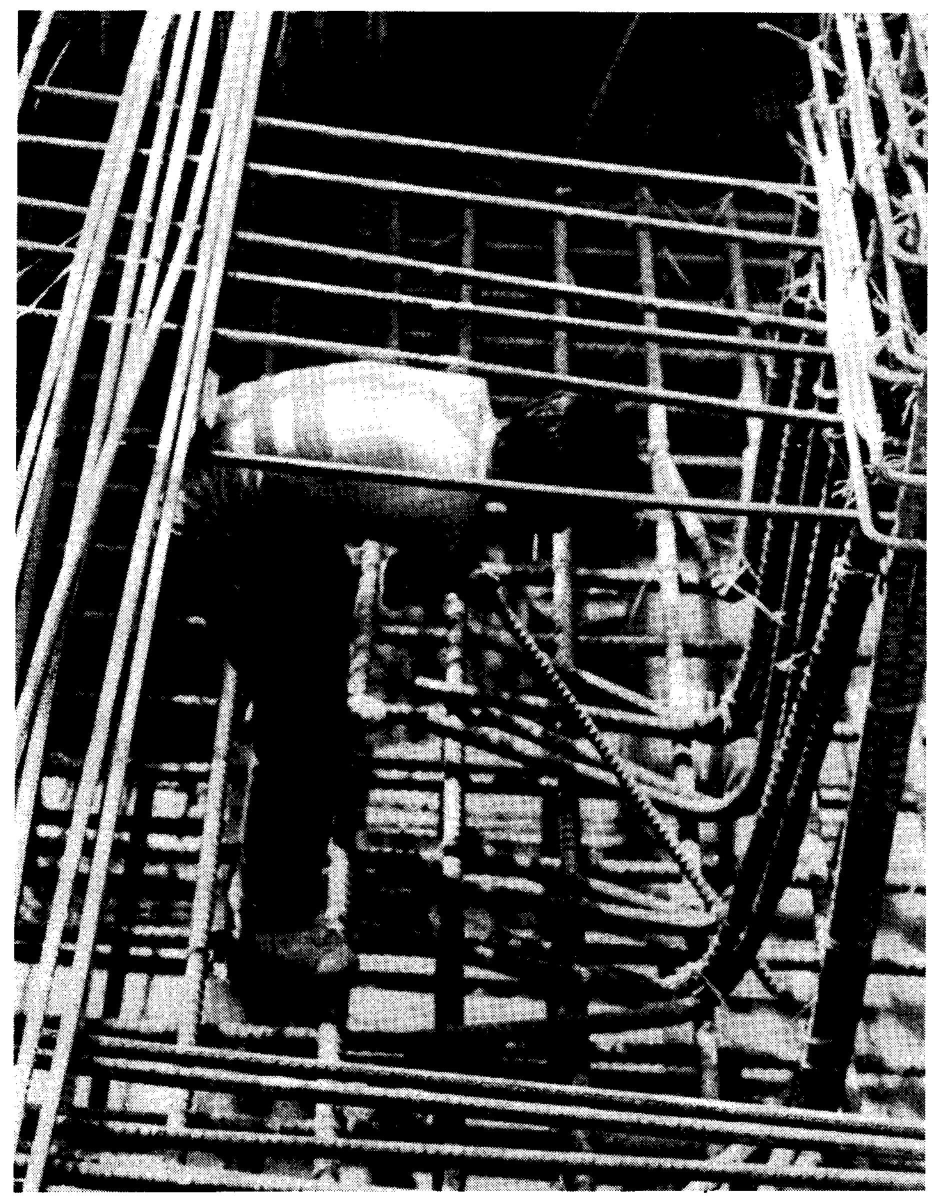
land vermittelt, Seeleute eingeschlossen, 1992 waren es bereits 723.449. In den ersten drei Monaten des Jahres 1994 sind bereits 624.931 Arbeiter ins Ausland vermittelt worden. Nichtregierungsorganisationen, die Dienstleistungen für Migranten anbieten, schätzen, daß zur Zeit etwa sieben Millionen Filipinos in mehr als 135 Staaten der Welt arbeiten. In dieser Zahl sind die illegalen Arbeiter und Immigranten in den USA, Kanada, Europa usw. eingeschlossen.

Arbeitsmigranten: Die 'Unbesungenen Helden des Landes'

Im Rahmen ihrer Politik, aus den im Ausland arbeitenden Filipinos möglichst viele Devisen herauszuquetschen, hat sich die philippinische Regierung verschiedene Methoden einfallen lassen, dies durch eine entsprechende Gesetzgebung sicherzustellen. Zum einen werden die Filipinos gezwungen, an die philippinische Regierung Steuern zu bezahlen, dabei spielt es keine Rolle, ob sie bereits im Aufnahmeland Steuern bezahlen. Die Regierung stellt kategorisch fest: "Es ist die Pflicht aller philippinischen Bürger, die im Ausland wohnen und die zur Zeit ihr Einkommen im Ausland verdienen, ihr Einkommen anzugeben und entsprechende Steuern an die philippinische Regierung zu bezahlen."[4]

Wer keine Steuern zahlt, muß mit Bußgeldern rechnen und mit dem Entzug konsularischer Dienstleistungen wie zum Beispiel der Verlängerung des Passes oder der Ausstellung anderer benötigter Dokumente. Es kommt noch erschwerend hinzu, daß etliche philippinische Botschaften und Konsulate überhöhte Einkommensteuern verlangen. Diese Praxis der Doppelbesteuerung hat zu heftiger Kritik und zu organisiertem Protest seitens philippinischer Organisationen im Ausland und von einzelnen Arbeitsmigranten geführt. Die Regierung wendet noch andere Methoden an, wie zum Beispiel eine obligatorische Abgabe für Versicherung und Rückführung, erhöhte Gebühren für die Vermittlung ins Ausland, die Besteuerung von Geldsendungen von Migranten nach Hause und die sogenannte Reisesteuer. Dies alles dient nur dem Zweck, das Leid und die Ausbeutung der Arbeitsmigranten zu verschärfen, die ohnehin schon unter scharfem wirtschaftlichem Druck stehen.

Mit den Jahren hat sich gezeigt, daß die überschuldete, devisenabhängige und exportorientierte Wirtschaft der Philippinen nicht auf die Arbeitsmigranten verzichten kann. Angaben der Zentralbank der Philippinen zufolge haben 1993 die Filipinos im Ausland mehr als 2,3 Milliarden Dollar über das Banksystem nach Hause geschickt. Dieser Betrag entspricht 22% der gesamten Einnahmen des Landes aus dem Ausland und mehr als der Hälfte des Schuldendienstes im gleichen Jahr, der sich auf 4,57 Millionen US-Dollar belief.



10.000 miles from home

Nicht-offizielle Schätzungen von Organisationen philippinischer Migranten und NGOs, die für die Migranten tätig sind, schätzen die Geldsendungen der Migranten auf zwischen fünf und acht Milliarden US-Dollar, wobei sie zusammenrechnen, was über formelle und informelle Kanäle geschickt wird. Zwischen 1986 und 1988 wurden diese Überweisungen zur wichtigsten Devisenquelle des Landes, sie erbrachten mehr als traditionelle Exportgüter wie Zucker, Kopra (Kokospalmenprodukt) und Abaka (Manilahanf). Diese Überweisungen kommen etwa 3,2 Millionen Filipinos zugute, Familien, die von Wanderarbeitern ernährt werden.[5]

Durch diese Deviseneinnahmen tragen die philippinischen Arbeitsemigranten nicht nur zur Bezahlung der Auslandsschuld bei, sie finanzieren auch Infrastrukturprojekte der Regierung und die Infrastruktur des Bankwesens. Der stellvertretende Staatssekretär im Arbeitsministerium, José S. Brillantes, bestätigte, daß die Regierung eine Dankesschuld gegenüber den Arbeitern im Ausland habe: "Die wirtschaftlichen Vorteile, die wir aus der Beschäftigung im Ausland ziehen, sind wohl bekannt (...), allein in den ersten neun Monaten des vorigen Jahres (1991) haben die Geldüberweisungen aus dem Ausland - von den Kontraktarbeitern im Ausland - dazu geführt, daß das Bruttosozialprodukt eine positive Entwicklung verzeichnet."[6]

Es sind allerdings nicht nur der IWF und die Weltbank und deren repressive Wirtschaftspolitik, wie zum Beispiel Strukturanpassungsprogramme, die weiterhin immer mehr Filipinos dazu bewegen, ihr Land zu verlassen, um nach Überlebensmöglichkeiten im Ausland zu suchen. Heute bereitet sich der Senat der Philippinen darauf vor, das Welthandelsabkommen GATT zu ratifizieren, einschließlich des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstlei-

stungen (GATS). Die Regierung Ramos hat die Bevölkerung gewarnt, daß eine Nichtratifizierung zu weltweiter Isolation und wirtschaftlichem Schaden für das Land führen würde.

Paradoxerweise gibt sogar die Regierung zu, daß das GATT die Entlassung von mehr als einer halben Million Arbeitskräften in nicht konkurrenzfähigen Industrien zur Folge haben wird, zum Beispiel Textil und Bekleidung, zur Zeit noch die größte Exportindustrie des Landes. Hinzu kommen Entlassungen in anderen Industriezweigen. Das GATT wird auch fast eine Millionen Bauern und Landarbeiter wirtschaftlich überflüssig machen, die Reis, Getreide, Gemüse und Zucker und verschiedene andere Lebensmittel und Exportprodukte anbauen, denn die Philippinen sollen für billigere Agrarimporte geöffnet werden und sie werden auch ihre Exportmärkte verlieren.

Der sogenannte mittelfristige Entwicklungsplan der Ramos-Regierung für die Philippinen (MTPDP), der rasche Industrialisierung verspricht und verheißt, daß im Jahr 2000 die Philippinen den Status eines nachholend industrialisierten Landes wie Taiwan oder Südkorea erreicht haben werden, ist nicht mehr als ein böser Traum. Wie schon bei früheren erfolglosen Wirtschaftsplänen der Regierungen Marcos und Aquino sind die Schlüsselelemente dieser neuen Entwicklungsstrategie der Regierung ausländische Anleihen, neue Steuern, inländische Anleihen und ausländische Investitionen in exportorientierten Industrien. Damit sollen angeblich Arbeitsplätze für die acht Millionen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten Filipinos geschaffen werden. Das Pro-Kopf-Einkommen soll sich auf 1.000 US-Dollar erhöhen und ausreichend sein, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Kurz gesagt ist es also nichts weiter als eine Werbekampagne für ausländische Anleihen und Investitionen. Dieselbe Formel ist in der Vergangenheit unter dem Diktat des IWF und der Weltbank buchstabengetreu umgesetzt worden und dadurch ist die Wirtschaft in den gegenwärtigen Zustand eines chronischen Bankrotts und der Stagnation geraten.

Während also die Wirtschaft der Philippinen weiter schrumpft und unfähig ist, ihr Überangebot an Arbeitskräften zu absorbieren, steigt der Druck auf das Land, die überschüssige Arbeitskraft zu beschäftigen und Devisenquellen zu erschließen, um die krisengeschüttelte und überschuldete Wirtschaft zu sanieren. Die Statistik zeigt, daß die Zahl der Filipinos, die ihr Land verlassen, entweder um auf Zeit im Ausland zu arbeiten oder für immer zu emigrieren, weiter steigt. Die sogenannten sozialen Wetterstationen, ein unabhängiges Meinungsforschungsinstitut auf den Philippinen, geben an, daß 2,5 Millionen Menschen oder acht Prozent der Erwerbstätigen sich aktiv darum bemühen, einen Arbeitsplatz im Ausland zu finden. Im Jahr 1992 wurden allein etwa 700.000 Kontraktarbeiter vermittelt, was einem Industrieeinkommen von 100 - 400 Millionen US-Dollar entsprach.

Über das Jahr 2000 hinaus

Die Zukunft der Beschäftigung im Ausland wurde von dem damaligen Arbeitsminister Ruben Torres folgendermaßen charakterisiert: *"Wenn wir uns daran machen, die Politik der Beschäftigung im Ausland zu reformieren, werden wir uns mit der entscheidenden Frage auseinandersetzen müssen, ob die Arbeit im Ausland langfristig eine Zukunft hat. Ich wage zu behaupten, daß sie eine hat. Der Arbeitsmarkt im Ausland ist nicht nur eine Zwischenlösung; es ist höchste Zeit, daß wir uns von der Theorie verabschieden, es handele sich um eine Übergangsmaßnahme ..."* Welche Aussichten hat also die nächste Geneneration der Filipinos? Noch mehr von ihnen werden das Land verlassen und sich im Ausland nach angemessen bezahlter Arbeit umsehen. Die philippinische Regierung wird sie weiterhin systematisch exportieren, um sicherzustellen, daß ihre Überweisungen weiterhin eine Stütze der Wirtschaft bleiben und daß sie damit ihre wachsenden ausländischen und inländischen Schulden bezahlen kann. Die Rechte und das Wohlergehen der philippinischen Arbeitsmigranten werden auf der Strecke bleiben, weil die Regierung in erster Linie an einer unkomplizierten Arbeitsvermittlung interessiert ist. Bisher haben von den 137 Ländern, die philippinische Arbeitsmigranten aufnehmen, nur drei bilaterale Abkommen mit den Philippinen abgeschlossen. Obwohl die Philippinen einer der ersten Signatarstaaten der neuen UN- Konvention zum Schutz der Rechte aller Arbeitsmigranten und ihrer Familienmitglieder waren, hat nicht eines der Aufnahmeländer im industrialisierten Norden diese Konvention unterschrieben. Da es nicht genügend Unterzeichnerstaaten gibt, kann sie nicht einmal in Kraft treten.

Es steht außer Zweifel, daß der Norden die Bürde der Verantwortung für die Wanderarbeiter aus dem Süden akzeptieren und mittragen muß. In seinem gierigen Streben nach einem luxuriösen, extravaganten und verschwenderischen Lebensstil hat der Norden nicht nur die menschlichen Ressourcen und die Naturressourcen des Südens, sondern der ganzen Welt ausgebeutet, um seine ungezügelte Habsucht zu stillen. Ebenso müssen die Regierungen, ihre verschiedenen politischen Instanzen und die Politiker, die in ihrem Auftrag tätig werden, dafür verantwortlich gemacht werden, daß sie der zügellosen Profitgier internationaler Finanzinstitutionen wie des IWF und der Weltbank und privater Banken und Handelsbanken nicht Einhalt geboten haben, wodurch das Elend und das Leid von Millionen Menschen weiter verschärft wird. Auch heute besteht ihre Aufgabe darin, eine Entwicklungspolitik zu entwerfen und umzusetzen, die in der Lage ist, die Ungleichheit zwischen Norden und Süden, Männern und Frauen und zwischen Schwarzen, Farbigen, Migranten und Weißen zu bekämpfen. Der industrialisierte Norden muß gezwungen werden, eine Entwicklungsstrategie zu verfolgen, die die sogenannte Dritte Welt in die Lage versetzt, selbständig zu werden und sich zu industrialisieren. Nicht abgesicherte Anleihen müssen verpönt werden und den Ländern, deren Wirtschaft von Wucherkrediten verwüstet worden ist, muß ein Moratorium für Zinszahlungen gewährt werden. Die sogenannten Strukturanpassungsprogramme müssen beendet und die Politik des IWF und der Weltbank muß entscheidend verändert werden. Ziel einer solchen Politik müßte ein Wiederaufbauprogramm und ein Hilfsfonds für Länder sein, deren Wirtschaft von den Strukturanpassungsprogrammen zerstört worden ist. Das GATT darf nicht ratifiziert werden. Es muß überarbeitet werden. Die Politik, die verkündet und umgesetzt wird, muß darüber hinaus die grundlegenden Menschenrechte der Arbeitsmigranten und ihrer Familien anerkennen. Sie muß ihren Status verbessern, besonders den der Frauen - sowohl der Legalen als auch der Illegalen -, sie müssen den Einheimischen in den Aufnahmeländern gleichgestellt werden. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihre Rechte als Arbeitsmigranten und als philippinische Staatsbürger im Ausland, als Frauen, als Menschen uneingeschränkt wahrzunehmen. Der Beitrag der Arbeitsmigranten zur Entwicklung sowohl der Herkunftsländer als auch der Aufnahmeländer muß angemessen gewürdigt und entschädigt werden.

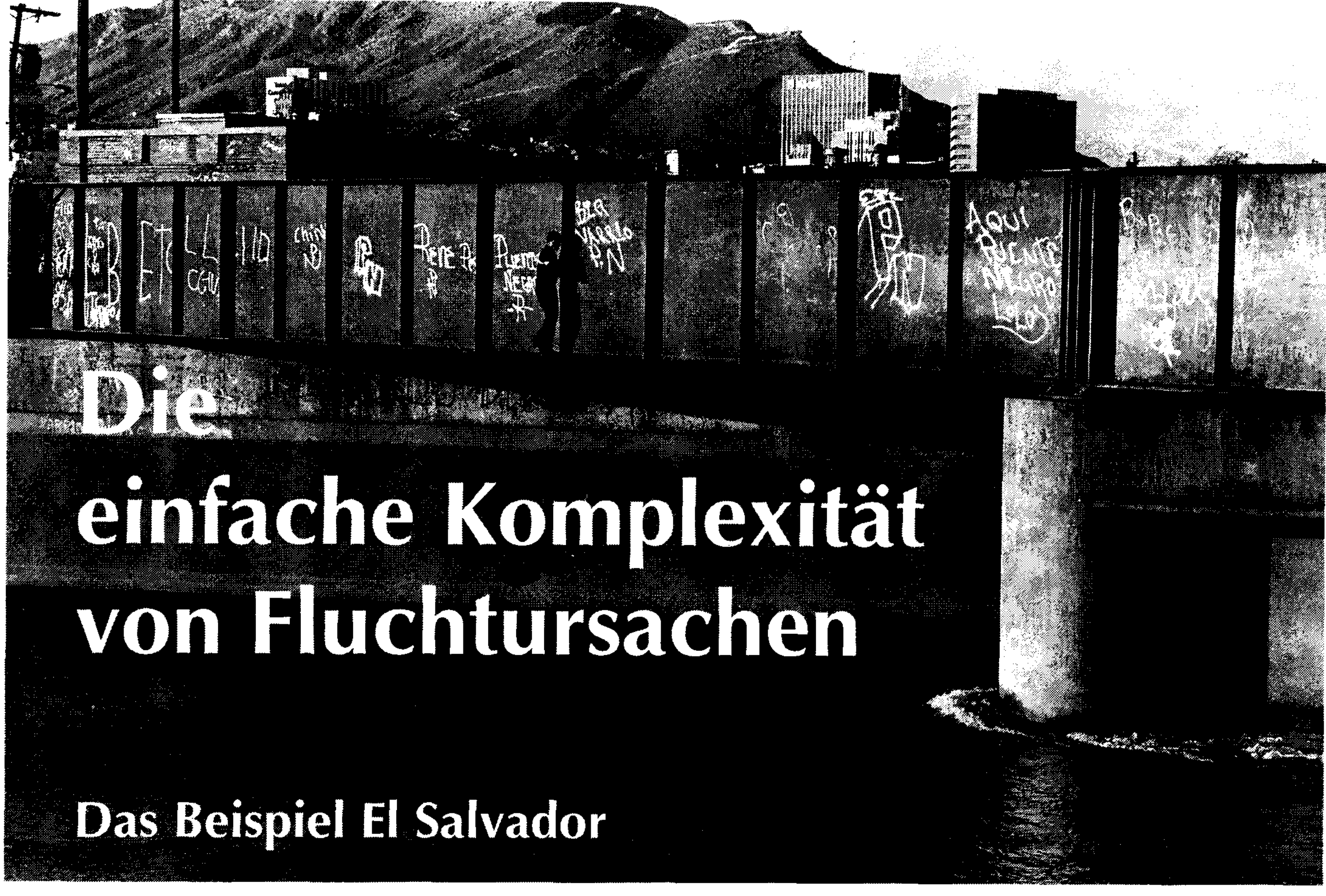
Auf lange Sicht sind diese Maßnahmen die einzige Garantie, daß soziale, wirtschaftliche und politische Bedingungen geschaffen werden, die Stabilität und wirkliche Entwicklung bringen können. Nur dann kann die freie Wahl, ob man im eigenen Land leben will, für alle Menschen eine Realität werden.

Maitet Ledesma

Direktorin der Kommission für philippinische Wanderarbeiter u. Gründungsmitglied des 'International Migrants Rights Watch Committee'.

Anmerkungen:

1) Freedom from Debt Coalition, „A Primer on Structural Adjustment", S.11
2)a.a.O., S.95
3) Rede von Präsident Ferdinand E. Marcos auf dem ersten nationalen Kongreß über Beschäftigung im Ausland, 20.7.82, PICC, Manila
4) Handbook for Filipinos Overseas, Commission on Filipinos Overseas, Außenministerium, Manila, Sept. 1993
5) Family Income and Expenditures Survey of the Philippine National Census and Statistics Office, zit. in: „Philippine Migration Review, 4(3), 4. Quartal 1990
6) Leitartikel, The Manila Times, 27.7.1993
7) Far Eastern Economic Review, „Toilers of the East", 2.4.1992, S.22



Die einfache Komplexität von Fluchtursachen

Das Beispiel El Salvador

Illegaler Grenzübertritt Mexiko-USA: Die Brücke zwischen Ciudad Juárez und El Paso

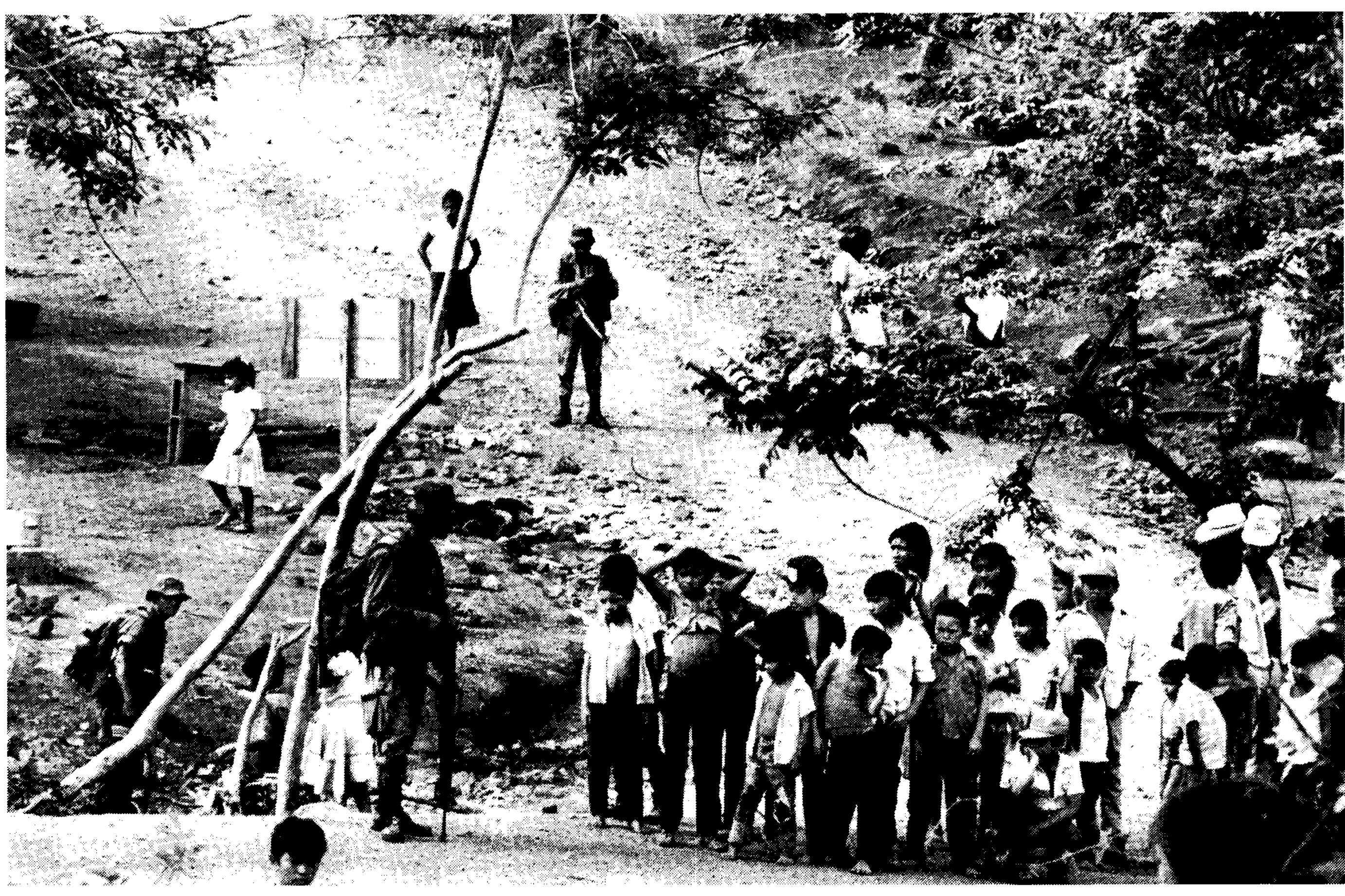
Heutzutage leben mindestens anderthalb Millionen SalvadorianerInnen im Ausland (ca. 5,5 Millionen im Inland), nur ganz wenige davon in der Bundesrepublik. Das zeigt zum einen, daß von den über 20 Millionen Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und den ca. 150 Millionen Menschen, die weltweit 'unterwegs' sind, beileibe nicht alle in das gesegnete Deutschland 'strömen' wollen. Zum anderen läßt die hohe Zahl von im Ausland lebenden SalvadorianerInnen vermuten, daß jenes kleine Land (ungefähr so groß wie Sachsen-Anhalt) vollgepackt ist mit sogenannten Fluchtursachen.

Rein beschreibend und am UNHCR-Report 1994 orientiert, lassen sich nennen: politische Ursachen, Menschenrechtsverletzungen, wirtschaftliche Ursachen, Umweltzerstörung und - betrachtet mensch nicht nur die vom Aufstandsbekämpfungskrieg geprägten 80er Jahre - wenn nicht ethnisch bedingte, so doch nationalistisch geschürte Spannungen.

Die Geschichte der 'Fluchtmigration' in dem Flecken Land, der heute El Salvador heißt, begann mit den spanischen Eroberern (1524), deren bevorzugte Instrumente Mord und Vertreibung waren. Der für die Eroberer vergleichsweise unbedeutende Landstrich im Generalkapitanat Guatemala wurde aber nicht durchkolonialisiert, so daß zunächst noch Platz blieb, Land für die indianischen Dorfgemeinschaften und die entstehenden Mestizendörfer. Bald nach der Unabhängigkeit von Spanien (1821) wurde Honduras in eine Bananen- und El Salvador in eine Kaffeerepublik verwandelt - aus Gründen, die zwar mit dem Klima und den Böden in diesen Ländern zu tun hatten, mehr noch aber mit der Nachfrage in den entstehenden Industriemetropolen. Die Folgen waren - im Kontext dieser beiden Länder - Vertreibung vom Land, Arbeitsmigration aus El Salvador und Einwanderung ins dünner besiedelte Honduras - ein Prozeß, der nach 1969 mit Gewalt rückgängig gemacht wurde.

Aus El Salvador wird schon lange 'fluchtmigriert'

Die massenhafte Verwandlung von Bäuerinnen/Bauern in GelegenheitsarbeiterInnen öffnete in dem kleinen Land El Salvador, in dessen Grenzen es schon damals kaum mehr neu zu kolonisierendes Land gab, das Ventil der Arbeitsmigration. "Das Land zu verlassen war sehr einfach. Die Bauernfamilie konnte ihre wenige Habe in einen Sack packen und das einzige Werkzeug, das der Mann brauchte, war die Machete. Was die Grenze betrifft, die war weder definiert noch war sie bewacht. Es gab viele Pfade, auf denen eine kleine Gruppe zu Fuß leicht von einem Land ins andere gelangen konnte. Einmal in Honduras, hätten die Eingewanderten leicht als Einheimische durchgehen können, aber im allgemeinen wollten sie es nicht. Sie waren so stolz, gebürtige SalvadorianerInnen zu sein, daß sie keinerlei Grund sahen, sich zu verstecken in einem Land, in dem sie willkommen waren" (Thomas Anderson, La Guerra de los Desposeidos). An der hondurenischen Nordküste boten die Bananenkompanien ab ca. 1895 auf der Suche nach Arbeitskräften vergleichsweise attraktive Löhne an. Ebenso die Bergwerke der Butler und der Rosario Mining Company in Zentralhonduras. Und die hondurenischen Regierungen waren damals so interessiert an den als arbeitsam geltenden SalvadorianerInnen, daß sie 1906 denen steuerfrei Land anboten, die sich in abgelegenen Teilen des Landes niederließen. Bis zu den Vertreibungen von 1969 lebten ca. 300.000 SalvadorianerInnen vor allem als PlantagenarbeiterInnen und in bäuerlichen Siedlerfamilien in Honduras. Jene, die zu Hause blieben, fristeten in der überwiegenden Mehrheit ein elendes Dasein als Minifundisten in den kärglichen Nordprovinzen El Salvadors, wohin sie der expandierende Kaffeeanbau vertrieben hatte, zogen Jahr für Jahr zwischen November



Soldaten bedrohen Kinder in der Flüchtlings-Rücksiedlung Ciudad Segundo Montes (1990). Foto: Almut Wilms-Schröder

und Januar zur Ernte auf die Kaffeeplantagen oder wanderten definitiv in die Städte ab. Die Profiteure des Kaffeebooms, ein paar Handvoll Alt- und Neureiche, hielten die 'herumvagabundierenden' Enteignungsopfer mit einer neu geschaffenen Nationalgarde und später mit der Armee in Schach, stritten untereinander und sorgten im übrigen dafür, daß der Anteil des Kaffees am Gesamtexport des Landes Anfang unseres Jahrhunderts auf 95 % kletterte.

Weltmarkt, Aufruhr und Flucht

Entsprechend erschütterte die Weltwirtschaftskrise nicht nur die Bankkonten der reichen Kaffee-Exporteure, sondern drückte vor allem auf die Hungerlöhne der Armen. Es kam zum Aufstand von 1932 - so betrachtet ein Vorläufer der IWF-inspirierten Strukturanpassungs-Riots -, bei dessen Niederschlagung 10 - 30.000 Menschen ermordet wurden. Miguel Marmol, damals und bis zu seinem Tod im vergangenen Jahr Aktivist der Kommunistischen Partei[1], nennt in seiner Aufzählung der verheerenden Auswirkungen des Massakers von 1932 auch die Flucht: "Und wie ich sagte, mußten auch die Überlebenden einen enormen Preis zahlen: Verletzte, Gefolterte, Verprügelte, Gefangene, vergewaltigte Frauen, Waisenkinder, Familien, die von damals an ihr Leben verbrachten auf der Flucht vor dem Tod und der Verfolgung ... um nicht von den Tausenden und Abertausenden von Landsleuten zu sprechen, die lediglich mit den Kleidern am Leib in andere Länder wie Guatemala, Honduras, Nicaragua fliehen mußten. Man muß sagen, daß die größte Massenflucht von SalvadorianerInnen nach Honduras im Jahre 1932 stattfand."

Für etliche Jahrzehnte verschwand El Salvador dann wieder aus den Schlagzeilen. Zur Friedhofsruhe, die nach dem Aufstand unter verschiedenen, von Wahlfarcen und Staatsstreichen unterbrochenen Diktaturen herrschte, gehörte immer auch die stetige Flucht aus dem Elend und vor dem Terror des bewaffneten Armes der Kaffeebarone. Als der Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Korea-Krieg den großflächigen Baumwollanbau nach El Salvador brachte, kam es erneut zu massiven Vertreibungen vom Land. "Wir waren von den Reichen beherrscht. Wir konnten die Pacht nicht zahlen, die sie für das Land forderten. Manchmal verpachteten uns die Reichen das Land und nahmen dafür einen Teil der Ernte. Jetzt verpachten sie nur an die Baumwollpflanzer, nicht an die Armen." So beschrieb ein salvadorianischer Bauer, der in den 50er Jahren das Land verließ, weshalb er mit seiner Familie nach Honduras gekommen war (Anderson).

Ende der 60er Jahre geriet der mittlerweile entstandene 'Mittelamerikanische Gemeinsame Markt' (MCC), der die leichtindustrialisierten Länder Guatemala und El Salvador begünstigte und die fast reinen Agrarländer Honduras und Nicaragua benachteiligte, ins Trudeln und in El Salvador und Honduras brauten sich innenpolitische Krisen zusammen. Eine wesentliche Ursache für den Krieg zwischen El Salvador und Honduras 1969 (bekannt als 'Fußball-Krieg') war dann, daß die damalige hondurenische Regierung den immer lauter werdenden Ruf der Bauernschaft nach Land auf die salvadorianischen MigrantInnen ablenkte. Es kam zu Pogromen: "GUANACO (Schimpfwort für SalvadorianerInnen): wenn du dich für anständig hältst, dann hab' den Anstand und verlasse Honduras. Wenn du wie die Mehrzahl von euch ein Tagedieb, ein Saufkopf, ein Hurenbock und ein Zuhälter bist, bleib' nicht in Honduras. Geh', oder du wirst bestraft werden." Ca. 130.000 SalvadorianerInnen wurden während oder nach dem Krieg vertrieben. Das war keine ethnische Säuberung, denn TäterInnen und Opfer hatten und haben dieselbe Sprache, dieselbe Religion, dasselbe Hundeleben. Und in einer Nation, zu deren territorialer Inbesitznahme Leute aus einem anderen Land gerufen werden mußten und wo bis heute nicht zusammenwächst, was nur in der Verwertungslogik zusammengehört, ist die Beschreibung 'nationale Minderheit' nicht genau. Die SalvadorianerInnen wurden damals aus Honduras vertrieben, um von einer Herrschaftskrise abzulenken und den Zorn der Landlosen von den VerursacherIn-

nen des Landraubes auf eine andere Gruppe seiner Opfer zu leiten.

Zurück in der 'Heimat', bekamen sie kein Begrüßungsgeld und wurden in keiner Fernsehsendung als HeldInnen gefeiert. Mehr oder weniger lang blieben sie in Übergangslagern, aus denen sie in ihren mittelamerikanischen Alltag zurückkehrten, der für die meisten aus einem Leben von der Hand in den Mund bestand. Die Älteren hatten dies schon früher in El Salvador gelernt, die Jüngeren eben in Honduras.

Die Weltöffentlichkeit vergaß den Krieg schnell, der da 1969 im äußersten Windschatten der (StudentInnen-)Revolten der Plaza Tlatelolco, von Paris und Prag stattgefunden hatte - und daß es da einen 'Flüchtlingsstrom' gegeben hatte, wurde überhaupt nicht wahrgenommen. Eben, weil sie in den 'Bananenrepubliken' ja eh nur 'Fußballkriege' zustande bringen.

Gegen das Elend zu rebellieren ist genauso lebensgefährlich wie es zu ertragen

Erst als in Managua, Nicaragua, 1979 revolutionäre Kolonnen unter der Fahne des Wanderarbeiters Augusto César Sandino einmarschierten und sich im benachbarten El Salvador ähnliche 'Haufen' - sie beriefen sich auf einen unbekannten Grundbesitzersprößling namens Agustín Farabundo Martí alias 'El Negro'- anschickten, ein Gleiches zu tun, kam die ganze Gegend für ein Jahrzehnt lang ins Gerede. Die Geschichte ist bekannt. Sie war auch eine Blütezeit der Statistiker, die die Toten, Verschwundenen, Flüchtlinge und internen Kriegsvertriebenen zählten, der DemagogInnen, die den Leuten in den Metropolen weismachen wollten, in Mittelamerika seien die Russen am Werk (sie waren es auch, aber den US-Interventionisten so hoffnungslos unterlegen, daß von Stellvertreterkrieg kaum gesprochen werden kann), und der DiplomatInnen, deren Konflikt'lösungen' wir heute in Mittelamerika bestaunen können: neoliberale Wirtschaftswunder mit verschärften sozialen Krisen, Friedensprozesse, die auch nach Meinung der UNO noch am 'Scheideweg' sind und ein ganzer Komplex von Fluchtgründen. Die Zusammensetzung dieses Komplexes hat sich wohl geändert, nicht aber die tieferen Ursachen der einzelen Fluchtfaktoren.

Die Kriege in Nicaragua, El Salvador und Guatemala waren und sind Ausprägungen ein und derselben Aufstandsbekämpfung - nur daß im einen Fall der Aufstand zunächst Erfolg hatte, während er in den beiden anderen Fällen bis auf weiteres erfolgreich verhindert worden ist. Sogenannte moderne Kriege, auch wenn sie aus der Sicht ihrer Betreiber 'small wars', 'low intensity warfare' sind, zerstören die gesamte natürliche, wirtschaftliche und soziale Umwelt der davon Betroffenen und zwingen sie zur Flucht - zuerst in die nähere Umgebung, dann aus den Konfliktgebieten hinaus, in andere Teile des jeweiligen Landes oder ins Ausland. Im salvadorianischen Fall hat die oberste Flüchtlingsbehörde der Welt, der UNHCR (Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen), 35.000 Flüchtlinge gezählt. Erfolg für den UNHCR: die meisten davon sind inzwischen nach El Salvador zurückgekehrt. Dies war und ist die Gruppe der 'unterstützten Flüchtlinge.' In ganz Mittelamerika (neben salvadorianischen vor allem nicaraguanische und guatemaltekische Flüchtlinge) umfaßte diese Gruppe in den 80er Jahren insgesamt knapp 130.000 Menschen. Dank ihrer vergleichsweise niedrigen Zahl und dank des starken Interesses der Regierungen der USA, der lateinamerikanischen Regionalmächte, der westeuropäischen Regierungen und der UNO werden sie noch heute im Rahmen des CIREFCA-Programmes[2] unterstützt. Neben den 'unterstützten Flüchtlingen' waren und sind da aber noch die Flüchtlinge ohne Flüchtlingsstatus und die IDP ('internally displaced people', Fachjargon für interne Kriegsvertriebene) - und die illegalen ArbeitsmigrantInnen, die es schon immer - während der Kriege erst recht - vor allem nach Norden, in die USA zog. Für die Zeit von 1979 bis 1987, als die RücksiedlerInnen-Bewegung in und nach El Salvador begann, wurde die Zahl der internen Kriegsvertriebenen auf eine halbe Million und die der Auslandsflüchtlinge auf eine dreiviertel Million geschätzt (darunter ca. eine halbe Million nach USA).

Die vielen Gesichter der 'FluchtmigrantInnen'

In solchen Schätzungen werden die Kategorien politische, Kriegs- und 'Wirtschaftsflüchtlinge' nicht getrennt - aus dem schlichten und einfachen Grunde, weil sie nicht zu trennen sind. Der UNHCR räumt heutzutage ein, daß die Kategorien der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und ihres Protokolles von 1967[3] nicht mehr ausreichen, um einem der 'neuen Weltordnung' entsprechenden internationalen Flüchtlingsschutz gerecht zu werden. Die 'Flüchtlingserklärung von Cartagena' (1984), die unter dem Eindruck der Massenfluchtbewegungen im Gefolge der Aufstandsbekämpfungskriege in Mittelamerika entstand, setzte bereits breiter an: danach schließt die Flüchtlingsdefinition auch Personen ein, "die zusätzlich zu den in der Konvention von 1951 und im Protokoll von 1967 aufgeführten Kriterien aus ihrem Land geflohen sind, weil ihr Leben, ihre Sicherheit, ihre Freiheit durch allgemeine Gewalt, Fremdaggression, innerstaatliche Konflikte, massive Menschenrechtsverletzungen oder andere schwerwiegende Störungen der öffentlichen Ordnung gefährdet waren." Ganz der neuen Unübersichtlichkeit verpflichtet, formuliert der UNHCR-Report von 1994 schließlich im Zusammenhang mit einem Beispiel aus Äthiopien: „Um eine solche komplexe Krise zu bewältigen, sollte man jegliche Versuche einstellen, Menschen nach ihren Fluchtgründen in Kategorien einzuteilen."

In der komplexen Flucht- und Migrationswelt El Salvadors spielt die heutzutage als Fluchtursache erkannte Umweltzerstörung auf den ersten Blick aus der Ferne keine Rolle. Ein erster Blick aus der Nähe offenbart aber BesucherInnen dieses Landes sogleich ein anderes Bild: die Kaffeeplantagen sind der einzige in El Salvador verbliebene Wald; in der Trockenzeit sind weite Teile Nord-, Zentral- und Ost-El-Salvadors verdorrt; in der Regenzeit sieht mensch den noch verbliebenen Oberboden aus den abgeholzten Gebieten Jahr für Jahr davonschwimmen. Auch wenn es über Umweltflüchtlinge aus El Salvador genauso wenig Statistiken gibt wie über illegale SalvadorianerInnen, die zum Beispiel beim Versuch, nach Kalifornien zu kommen, in mexikanischen Gefängnissen oder sonstwo hängen bleiben, ist der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Vertreibung/Abwanderung offensichtlich: Führt sie zu vom Menschen gemachten Naturkatastrophen, ist er direkt, führt sie über Landraub und Landflucht, ist er indirekt. Der Minifundismus, das obligatorische Gegenstück zum

Großgrundbesitz, zerstört die Böden unweigerlich und führt zur Abwanderung in die Ballungsgebiete. Wird es dort im Zuge der Strukturanpassungen immer unmöglicher, sich mittelfristig eine 'Gelegenheitsarbeiterlnnen-Existenz aufzubauen', geht die Suche nach dem Überleben weiter.

Anhaltende Menschenrechtsverletzungen, genauer gesagt Staatsterror, Terror der von den hartleibigen Reichen gedungenen Banden, Straffreiheit und ein korruptes Rechtswesen zerstören das prekäre Gleichgewicht des Massenelends genauso wie offener Aufstandsbekämpfungskrieg und Umweltzerstörung. Unterschiede mag es darin geben, daß manche dieser Prozesse reversibel sind (Kriegsflüchtlinge z.B. können zurückgeführt, im Zufluchtsland integriert oder in einem Drittland wiederangesiedelt werden) und andere, wie ein Gutteil der Umweltzerstörungen, nicht oder nur unter Bedingungen weltweiter struktureller Veränderungen.

Ob die Menschen in den jeweiligen Situationen fliehen, abwandern, abhauen, sich 'on the move' begeben, migrieren usw. oder ausharren, hängt von einer "komplizierten Mischung aus Ängsten, Hoffnungen, Erwartungen und Zwängen" (UNHCR-Report 1994) oder von einer "kritischen Toleranzschwelle" ab, "unterhalb derer Leute für sich und ihre Familien dort wo sie sind keine mögliche Zukunft des Überlebens mehr sehen" (Weltkirchenrat).

Antonia hat zum Beispiel 1980 ein Bündel und ihre sechs Monate alte Tochter Elba auf den Rücken gepackt, ihren sechsjährigen Sohn Walter ins Schlepptau genommen, sich von ihrem damaligen Lebensgefährten Leonardo, der in aller Eile aus dem nahegelegenen Guerillalager vorbeikam, verabschiedet und ist mit Hunderten anderer Frauen und Kinder aus dem Norden El Salvadors nach Honduras geflohen. Die Leute flohen, weil die ständigen Ein- und Überfälle der Armee und der Paramilitärs ihr armes Leben, zu dem aber allemal ein Dach über dem Kopf, ein paar Bananenstauden, ein halbes Dutzend Hühner, ein Schwein und ein gartengroßes Stück Maisfeld gehörten, immer wieder zerstörten. Der unmittelbare Anlaß für die Flucht war eine herannahende Großoffensive der Regierungsarmee, verbunden mit Bombardierungen und 'verbrannter Erde'. Walter hat sich sieben Jahre später, als er gerade mal 14 Jahre alt war, der Guerilla angeschlossen. 1992 wurde er demobilisiert. Das war erheblich weniger spektakulär als die feierliche Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen salvadorianischer Regierung und FMLN-Guerilla im mexikanischen Schloß von Chapultepec. Einen Satz Plastikgeschirr gab es. 1993, nach vergeblichen Versuchen, in der Gegend, aus der er ursprünglich kam, Fuß zu fassen und nach zwei in Mexiko gescheiterten Einwanderungsanläufen nach USA, ist Walter durch- und bei einer Schwester in Texas untergekommen.

Ob es Walter einmal besser gehen wird als seiner zurückgekehrten Mutter Antonia, die ohne Arbeit in einer Hütte in der 'Heimat' lebt, mehr schlecht als recht mitversorgt von Kindern auf der ständigen Suche nach einem kleinen Verdienst; oder besser, als es seinem Vater Leonardo ging, der vor dem Krieg zwischen seinem Maisfeld, diversen Baustellen und den Kaffeeplantagen hin- und herwanderte und der im Krieg gefallen ist, ist noch nicht entschieden. Der stellvertretende Direktor des 'Interamerikanischen Menschenrechtsinstitutes' in San José, Costa Rica, Roberto Cuéllar, jedenfalls meinte bei der dritten CIREFCA-Nachfolgekonferenz im vergangenen Juni: "Die Zunahme der Migration kann nicht länger auf die bewaffneten Konflikte zurückgeführt werden, die mit der anstehenden Unterzeichnung von Friedensverträgen in Guatemala ihrem Ende entgegenzugehen scheinen. Vielmehr hält die Migration an wegen des Hungers und des Elends, in dem die MittelamerikanerInnen leben." Und Walter hat derzeit eine 'komplizierte Mischung' von Gefühlen und seine Situation ist 'komplex'.



Kochen im Elendsviertel Zacamil, San Salvador. Foto: Almut Wilms-Schröder

Gibt es jenseits der Aneinanderreihung von Flucht- und Migrationsgründen, die ineinandergreifen und den Flüchtlings- und EinwanderungsfunktionärInnen allenthalben Kopfzerbrechen bereiten, ein gemeinsames Muster, das wir in den Abermillionen MigrantInnenschicksalen wiedererkennen können? Wenn auch in reichlich verklausulierter Form, gibt der UNHCR (Report 1994) einen Hinweis auf eine mögliche Antwort, wenn er außer auf die Verantwortung der Herkunftsländer auch auf jene von "externen Kräften, Staaten und Institutionen" hinweist, die einen "noch stärkeren Anteil haben (...) an den tieferen Ursachen von Vertreibung wie wirtschaftlicher Ungleichheit und Verarmung, Militarisierung und innerstaatlicher Aufsplitterung." Übersetzen wir das mal: transnationale Konzerne, Metropolenregierungen und Institutionen wie IWF und Weltbank haben einen noch stärkeren Anteil an Vertreibungen aller Art als die sogenannten einheimischen Eliten und ihre Regierungen, nämlich an deren tieferen Ursachen, "der Umweltzerstörung und dem Scheitern von 'Entwicklungs'modellen und Wirtschaftssystemen, die weder für Beschäftigung sorgen noch die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse befriedigen" (Weltkirchenrat). Haben wir es also bei der komplexen Mischung von Fluchtursachen gar mit einem neokolonialen Komplex zu tun?

Ulf Baumgärtner

Anmerkungen:

1) Die Kommunistische Partei El Salvadors spielte bei dem Aufstand eine Rolle, obwohl sie nicht die von Moskau ferngesteuerte Drahtzieherin war, wie die ewigen Kalten Krieger der salvadorianischen Kaffeeoligarchie bis heute glauben machen wollen.

2) Internationale Konferenz über mittelamerikanische Flüchtlinge; fand 1989 in Guatemala statt; der damals entwickelte 'Konzertierte Aktionsplan' wurde mittlerweile bis einschließlich 1994 verlängert.

3) Hiernach ist ein Flüchtling eine „Person, die sich außerhalb ihres Landes aufhält wegen begründeter Furcht vor Verfolgung aufgrund ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung und nicht in der Lage oder nicht willens ist, sich unter den Schutz des Herkunftslandes zu stellen oder dorthin zurückzukehren, weil sie Verfolgung fürchtet".

Rückkehr oder Rausschmiß?

Das Reintegrationsprogramm für Roma ist gescheitert

Als Pionier einer 'Neuen Flüchtlingspolitik' möchte die nordrhein-westfälische Staatskanzlei gerne gesehen werden, wenn es um das 'Reintegrationsprogramm Skopje' geht - ein Programm für 1.400 Roma, die mit ihren Familien mehrere Jahre in Nordrhein-Westfalen lebten. Der Ort ihrer geplanten 'Reintegration' ist Skopje, die Hauptstadt Makedoniens. Die ist weit weg und aus diesem Grund wird hierzulande den Programmachern oft abgenommen, es ginge um effektive Maßnahmen zur Beseitigung von Fluchtursachen. Für die betroffenen Roma bedeutet das Programm allerdings Endstation Ghetto.

Schätzungen zufolge immigrierten in den vergangenen zehn Jahren etwa 250.000 Roma in die Bundesrepublik, ungefähr die Hälfte davon aus Rumänien, knapp 100.000 aus dem ehemaligen Jugoslawien. Statt sich ihrer besonderen Verantwortung gegenüber dieser im Nationalsozialismus grausam verfolgten Gruppe (eine halbe Million Opfer) zu stellen und Regelungen zur Einwanderung anzugehen, reagierte die Bundesrepublik seit Ende der 80er Jahre mit einer zunehmenden Aushöhlung des Asylrechtes und letztlich mit dessen Abschaffung im Mai 1993. Gleichzeitig antizipierten das 'Reintegrationsprogramm' mit Makedonien aus dem Jahre 1991 und das sogenannte Rückübernahmeabkommen mit Rumänien vom November 1992 eine neue Strategie zur Flüchtlingsbekämpfung. Bilaterale Verträge zur 'Rücknahme' von Flüchtlingen mit Ländern, aus denen hohe Roma-Flüchtlingszahlen registriert wurden (Polen, Bulgarien oder die Tschechische Republik), sind mittlerweile integraler Bestandteil bundesrepublikanischer Politik.

Allein das Asylverfahren bot für Roma in den letzten Jahren die Möglichkeit eines zumindest zeitweise gesicherten Aufenthaltes in der Bundesrepublik. Folgerichtig galt den Roma-UnterstützerInnengruppen die Durchsetzung eines Abschiebestopps für Roma aus Rumänien und Jugoslawien Ende 1989 als wichtiges Etappenziel.

Als der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor mit einer Verfügung zur Verlängerung des Stopps am 12. Dezember 1989 an seinem eigenen Kabinett scheiterte, reagierten Roma-Organisationen mit bis dahin ungewöhnlichen und massiven Protestaktionen. Über tausend Roma besetzten im Januar 1990 den Kölner Dom und brachen im Anschluß daran zu einem wochenlangen 'Bettelmarsch' auf, der erst durch Nordrhein-Westfalen und dann in die angrenzenden Bundesländer führte. Unerwartet sah sich die Landesregierung mit einer breiten Solidaritätsbewegung kirchlicher und humanitärer Verbände konfrontiert und versuchte, den Konflikt zu entschärfen.

Am 6. Februar 1990 verkündete Innenminister Schnoor ein Bleiberecht für diejenigen Roma, die sich bereits vor dem 12.01.90 in Nordrhein-Westfalen aufgehalten hatten und ihre De-facto-Staatenlosigkeit glaubhaft machen konnten. Dies betraf rund 3.500 Roma, die in den folgenden Monaten ihre persönlichen Unterlagen zu sogenannten Einzelfallprüfungen an die AusländerInnenämter weitergaben.

Das Roma-Raus-Programm

Damit hatte die Staatskanzlei erst einmal Zeit gewonnen, um andere Lösungen zu finden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung befürchtete, daß eine auf ein Bundesland begrenzte Bleiberechtsregelung die Migration von Roma dorthin um ein Vielfaches erhöhen würde. Ihr Vorstoß, im Rahmen der Konferenz der Landesinnenminister ein einheitliches Verfahren bezüglich der Romaflüchtlinge zu vereinbaren, war gescheitert. Im Sommer 1990 wurde Hans-Jürgen Wischnewski beauftragt, Gespräche mit der Regierung in Belgrad über 'Rückkehrmöglichkeiten' der Roma zu führen. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden die von den Roma-Flüchtlingen eingereichten Unterlagen der Bleiberecht-Anträge zur konkreten Planung des 'Reintegrationsprogramms Skopje' benutzt.


Kanalisation im Roma-Ghetto (Topana, Skopje)

Am 4. Dezember 1990 zog Innenminister Schnoor seinen Erlaß auf Prüfung der Bleiberechtsanträge zurück und präsentierte das 'Reintegrationsprogramm': Im Landesetat werden 30 Millionen DM für die Organisierung der 'Rückführung' bereitgestellt. Ein Teil des Geldes soll den 1.400 Roma aus Skopje (die Planzahl nach den oben erwähnten Bleiberechtsanträgen) für Überbrückungshilfen, Wohnungen und Arbeitsplätze (ABM) zugute kommen. Ein Vertrag mit der neuen makedonischen Regierung, unterzeichnet im Juni 1991, regelte die Einzelheiten: Das Land Nordrhein-Westfalen kommt für sämtliche Kosten auf (Transport, Bau von 114 Fertigbauhäusern, sechsmona-

tige Überbrückungszahlungen, Arbeitsplatzbeschaffung). Der makedonische Vertragspartner wird Eigentümer der Häuser und erhält Zusagen über Finanzierung und Bau eines Lagers für bosnische Flüchtlinge und später über den Ausbau einer Grenzstation.

Ein Projekt zur Integration von Menschen gerade in dem Land, aus dem sie geflüchtet sind: das kann nur dann gelingen, wenn Konsens zwischen allen Beteiligten besteht und diesem Ziel alle anderen Interessen untergeordnet werden. Beim 'Reintegrationsprogramm Skopje' treffen jedoch vier Akteure aufeinander, von denen jeder ganz Unterschiedliches erwartet - nur um Integration von Roma geht es eigentlich keinem.

Die Staatskanzlei Düsseldorf tut viel, damit die Maßnahme nicht als das erscheint, was sie ist, nämlich eine Massenabschiebung. Sie konzentriert sich auf die Mittelvergabe für den Wohnungsbau und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nach deutschem Vorbild. Beispielsweise vergaben ihre Mitarbeiter 1993 sogenannte Existenzgründungsdarlehen über 345.000 DM an insgesamt 46 'Integrations-Roma' in Skopje. Ein hilfloser Versuch, Dauerarbeitsplätze zu schaffen, denn Makedoniens Wirtschaft steht vor dem Kollaps, die Roma können nicht zurückzahlen. Schmerzlich für die Landesregierung - das Geld ist futsch!

Schon mal vor Ort, widmet sich die nordrhein-westfälische Staatskanzlei lieber anderen Maßnahmen deutscher Wirtschaftshilfe, z.B. dem Projekt Parkplatz, dem Ausbau der Grenzstation Kriva Palanka zu Bulgarien.

Die soziale Betreuung der Programmteilnehmer obliegt der Caritas Essen. Diese war im Sommer 1991 aus dem breiten Spektrum der Gegner des Programms ausgeschert, und ohne sie wäre das Programm längst aufgegeben. Für ihr Engagement erhielt sie aus den Projektmitteln die Finanzierung zur Gründung der Caritas Skopje/Makedonien (Büro, Wagenpark, Satellitentelex) und hatte leichtes Spiel bei der Akquisition weiterer Projekte aus der Kasse der Staatskanzlei.

Sowohl die Versorgung ihrer Klientel als auch die Zusammenarbeit mit den makedonischen Behörden ist gescheitert. Im August 1994 stellte die Caritas die Lebensmittelverteilung in den Ghettos ein. Nicht einmal die Hälfte der Hilfsmittel kam bei besonders bedürftigen Familien an. Die Lebensmittel verschwanden bei Mitarbeitern, darunter auch Roma. Rund 200.000 DM liegen seit Jahren bei der Caritas bereit für die Sanierung des Roma-Ghettos Topana. Dort strömen bei Regenfällen die Fäkalien durch die Behausungen. Doch die Anträge vergammeln bei den makedonischen Behörden, die das Ghetto am liebsten abreißen und ihre Bewohner vertreiben würden. Auf die städtebaulichen Vorhaben der Verwaltung Skopje (Ministerium für Urbanistik) haben die Deutschen keinen Einfluß.

Auf makedonischer Seite ist das Ministerium für Urbanistik für das Programm zuständig. Dessen Chef wurde vor einem Jahr wegen Korruptionsverdacht suspendiert und betreibt nun eine Fluggesellschaft. Das ist der makedonischen Regierung peinlich, denn sie legt großen Wert auf gute Beziehungen zu Deutschland. Als vor zwei Jahren die nordrhein-westfälische Staatskanzlei die aktive Mithilfe bei der Arbeitsplatzbeschaffung für die 'Re-Roma' einklagte, wurden kurzerhand Arbeiter aus der staatlichen Firma Tresca entlassen, damit die Plätze für Roma frei wurden.

Obwohl die schätzungsweise 200.000 Roma (ca. 10 % der Bevölkerung) zu den Allerärmsten der makedonischen Gesellschaft zählen und verstärkt in die Ghettos gedrängt werden, wird das hieraus erwachsende Konfliktpotential nicht sozialpolitisch, sondern allein mit Maßnahmen der polizeilichen Kontrolle und Repression angegangen.

Letzte im Boot sind die Roma: Sie wollen sich gar nicht 'reintegrieren lassen'! Mit der Drohung der Abschiebung wurden sie von den deutschen AusländerInnenämtern zur Teilnahme am Programm genötigt. Was kann eine deutlichere Sprache sprechen als die Tatsache, daß viele Familien, die den 'Reintegrations-Vertrag' unterschrieben und vor zwei Jahren nach Skopje ausgeflogen wurden, jetzt wieder in Deutschland sind, diesmal illegal!

Reintegration ins Ghetto

Arrogant, aber ehrlich formulierte die nordrhein-westfälische Staatskanzlei für den Düsseldorfer Landtag im Zwischenbericht vom Juni 1992 ihr Hauptziel im Programm: "Die Familien sollten durch wirksame humanitäre Hilfe zur freiwilligen Ausreise motiviert werden". Im nächsten Bericht vom Dezember 1993 heißt es: "Es wäre vermessen anzunehmen, daß ein solches Ergebnis (gemeint ist die freiwillige Ausreise; der Verf.) bei allen Projektteilnehmern erreichbar wäre." Makedonien ist ein Land, in dem es für Roma "keine Chancengleichheit gibt" (Seite 45-46).

Von den geplanten 1.400 'Rückführungen' des Programms konnten tatsächlich nur 552 (39 %) vorgenommen werden, knapp 40% der Betroffenen waren Kinder. Die anderen Familien verweigerten die 'freiwillige Teilnahme' am Programm und wurden abgeschoben oder leben jetzt illegal in der Bundesrepublik.

Bei den 90 Arbeitsplätzen, die für die 335 im Rahmen des Programms 'rückgeführten' Erwachsenen geschaffen wurden, werden sämtliche Lohnkosten aus der Kasse der Staatskanzlei gezahlt (deshalb ABM). Dies wäre auch längerfristig nötig - doch das Programm läuft 1995 aus.

Zu den Planungsfehlern des 'Reintegrationsprogramms' zählt, daß die Unterkünfte (schöne Häuschen, aber voll mit Asbest) mitten ins größte Roma-Ghetto Shutka', mit 40.000 Einwohnern vor der Stadt gelegen, gebaut wurden. (Skopje zählt ca. eine halbe Million Einwohner.) Überdies ließ die Staatskanzlei ihre 'Re-Roma' über ein Jahr im Glauben, die Häuser gehörten ihnen.

Aber in welche Gesellschaft sollen die Teilnehmer des Programms eigentlich integriert werden?

Der Begriff Ghetto steht nicht nur synonym für materielles und soziales Elend, er ist zugleich ein Stigma, das auch minimale persönliche soziale Verbesserungen verhindert. Nur ein umsichtig(!) durchgeführter Maßnahmenkatalog, dessen Ziel die räumliche, soziale und kulturelle Durchmischung verschiedener Bevölkerungsgruppen in einem Stadtteil wäre, könnte die sozialen Konflikte entschärfen.

Die Häuser, die Überbrückungshilfen, die Finanzierung der Löhne und die medizinische Versorgung, all diese Maßnahmen sind sicherlich wichtig, denn es gibt in Makedonien kein 'soziales Netz' wie in Deutschland. Doch sie helfen - wenn überhaupt - nur dem kleinen Kreis der Auserwählten und verursachen ein krasses soziales Gefälle im Ghetto, schaffen neues Konfliktpotential. Voller Neid und Mißgunst werden die Programmteilnehmer von anderen Ghetto-Bewohnern als 'die Asylanten' bezeichnet.

Konnte die Staatskanzlei diese Probleme nicht früher erkennen? Am 20. Februar 1993 kam es zu einer gewaltsamen Demonstration gegen das andere Projekt der nordrhein-westfälischen Landesregierung, das neuerbaute Dorf für bosnische Flüchtlinge. Gruppen der makedonischen Mehrheitsbevölkerung warfen Steine und brannten die NRW-Baustelle nieder. Sie befürchteten eine weitere Ansiedlung von Roma-Flüchtlingen. Mit weiteren Mitteln der nordrhein-westfälischen Landesregierung wurde das Dorf danach an anderer Stelle, außerhalb der Stadt bei Radusha, neu aufgebaut.

Ein- und Ansichten der Staatskanzlei

Von Beginn an kritisierten nicht nur UnterstützerInnengruppen, sondern auch breite Kreise der Öffentlichkeit das Programm: "Auf jeden Fall sollte die Landesregierung veranlaßt werden, die schon in Kürze vorgesehene Rückführung von weiteren 'zig Familien zunächst zurückzustellen und die Erfahrungen der ersten Phasen auszuwerten" (Peter Reuschenbach, MdB-SPD, 24.06.92).

Zu dieser Einsicht kam auch die Staatskanzlei, allerdings erst, als fast alle (möglichen) Abschiebungen durchgeführt worden waren. Seit Anfang 1994 wird das Programm mit einer auf den ersten Blick vollkommen neuen Zielsetzung präsentiert: im Mittelpunkt sollen jetzt 'soziale Umfeldmaßnah-

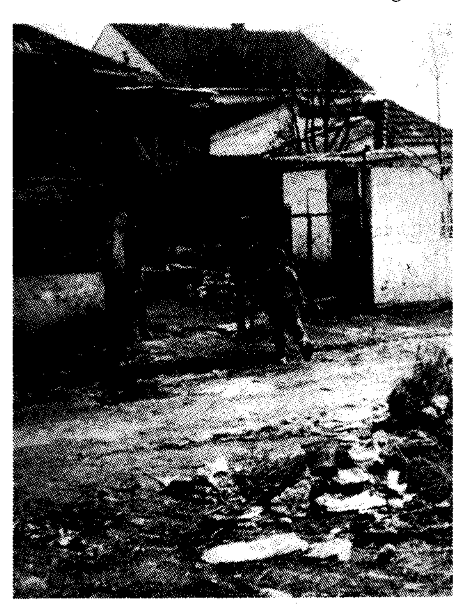
men' stehen, durchgeführt von der Caritas und zum Wohle aller BewohnerInnen des Ghettos.

Trotzdem riefen MitarbeiterInnen der Staatskanzlei und Caritas die Polizei, um die Häuser des letzten Bauabschnitts im 'Re-Programm' räumen zu lassen. Obdachlose Ghetto-BewohnerInnen hatten sie besetzt, nachdem diese über drei Monate leerstanden.

Es ist zwar begrüßenswert, daß die Staatskanzlei wesentliche Argumente ihrer Kritiker aus dem Jahre 1990 und 1991 aufgenommen hat, doch angesichts des Berichts vom Dezember 1993 drängt sich der Verdacht auf, daß hier vom Scheitern des 'Reintegrationsprogramms' abgelenkt und die Höhe der Ausgaben von 15 Mio. DM für knapp über 100 abgeschobene Familien nachträglich mit fortschrittlich klingenden Formeln legitimiert werden soll.

Statt den Spiegel in die Hand zu nehmen und die vielschichtigen Schwierigkeiten im Projekt 'Reintegration' zu analysieren, kommt der letzte Bericht der Landesregierung zu ganz 'einfachen' Ursachen für die Schwierigkeiten des Programms. Im wesentlichen stört die Düsseldorfer Landesregierung die "starke Alimentationshaltung" der betroffenen Roma (S. 18, 46, 52, u.s.w.).

An den strukturellen Ursachen, die die Schwierigkeiten der "beruflichen Integration" der Roma in Makedonien bedingen, kommt die Staatskanzlei nicht vorbei: das sind die Arbeitslosenquote von 50 Prozent im makedonischen Landesdurchschnitt und die Tradition der Diskriminierung der Roma. Bemerkenswerterweise stoßen die Düsseldorfer ProgrammacherInnen aber auf einen ganz anderen angeblich ursächlichen Zusammenhang, der ihre Negativbilanz rechtfertigen soll. In weiten Passagen des letzten Berichtes geht es um die Charakterstruktur der 'Zigeuner': "Die individuelle Integrationsfähigkeit, die persönliche Leistungsfähigkeit und die eigene Fähigkeit, Chancen zu erkennen und wahrzunehmen" (Bericht, S. 46) entscheiden über Erfolg oder





Der Begriff 'Ghetto' steht nicht nur für Elend, er ist zugleich ein Stigma (Häuser in Topana, Skopje)

Mißerfolg. Oder einfacher ausgedrückt, ob es gelingt, endlich "das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen" (Bericht, S. 34).

Die gewachsenen sozialen Strukturen einer Gesellschaft, etwa die Familienorganisation von Roma, gehören zu ihrer kulturellen Identität und hatten und haben wichtige Schutzfunktionen im Kampf ums Überleben. Das kann man nicht wegintegrieren!

Im offenen Widerspruch zu wissenschaftlichen Arbeiten präferiert die Staatskanzlei Maßnahmen, mit deren Hilfe "...ihnen [den Roma] möglichst früh und intensiv Alternativen zur Lebensweise ihrer Eltern vermittelt werden können..." (Bericht, S. 47).

Schließlich präsentiert der Bericht auch noch das bekannte rassistische Bild bettelnder oder sozialhilfekassierender Roma. Es gehe darum, so der Wortlaut, "...einer Gruppe mit einer starken Alimentationshaltung die Erkenntnis zu vermitteln, daß jeder selbst in der Lage ist, seine Zukunft und die seiner Kinder zu gestalten..." (Bericht, S. 46).

Die Verantwortung für das bislang nicht zufriedenstellende Ergebnis des Programms ist im Verhalten der Klientel selbst zu suchen, die Schuldigen sind ausgemacht. "... weil die Hilfesuchenden keine nachhaltigen Bemühungen erkennen lassen, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen oder - ganz schlicht - darauf vertrauen, daß andere für sie tätig werden, um ihre Schwierigkeiten zu beseitigen"(Bericht, S. 36ff).

'Neue Flüchtlingspolitik'?

Letztlich geht es der Staatskanzlei bei ihrer 'Neuen Flüchtlingspolitik' um "die globale Sicherung der Umwelt und den Ausgleich des Wohlstandsgefälles zwischen armen und reichen Nationen" (Bericht S. 48).

Doch wer eine 'Neue Flüchtlingspolitik' zur Minderung der Fluchtgründe in den Herkunftsländern betreiben möchte, sollte zuallererst die Voraussetzungen einer Kooperation mit der betreffenden Gruppe klären. Hierzu gehört eine gemeinsam erarbeitete Analyse: Bestandsaufnahme der Diskriminierung der Roma, ihre historischen Gründe, ihre wirtschaftliche und sozialpolitische Ausprägung. Es geht um die systematische Ausgrenzung der Romakinder im Schulalltag, die Anwendung von Gewalt gegen Roma auf den Polizeistationen und vieles mehr. Fast zwangsläufig ergeben sich hieraus sehr konkrete Maßnahmen, beispielsweise der Aufbau einer Rechtsberatung. Der Projekterfolg hängt dabei wesentlich vom Grad der Beteiligung, letztlich von der Selbstorganisation der Roma ab. Ein Mißerfolg ist garantiert, wenn der Projektträger die Akzeptanz nur dadurch erreicht, daß Einzelne einen individuellen Vorteil erhaschen wollen.

Keinesfalls darf es Ziel der 'Neuen Flüchtlinspolitik' sein, Abschiebungen aus der BRD in größerem Umfang einfacher vornehmen zu können. Die Entwicklung des 'Reintegrationsprogramms' ist das beste Beispiel dafür, wie sich Zielperspektiven widersprechen und einander ausschließen. Im günstigsten Fall hätte das Programm eine äußerst fragwürdige Maßnahme der Privilegierung einer kleinen Gruppe sein können, doch auch das ist gescheitert.

Günther Glocksin

Anmerkung:

1) Während der faschistischen Besetzung im 2. Weltkrieg beabsichtigten die bulgarischen Faschisten mit deutscher Unterstützung auf dem bis dahin noch freien Areal der Shutka ein Arbeitslager für Juden und Roma zu errichten. - Auch ein Kapitel deutscher Geschichte!

Der Irrealismus der Realpolitik

Das warenproduzierende Weltsystem schreit nach Aufhebung

Ohne Strukturanpassung im Norden keine Zukunft für den Süden und keine Perspektive für den Globus. Das war der Tenor einer Reihe von Debattenbeiträgen, die wir in der Juliausgabe der blätter *starteten. Aber worin soll eine solche Strukturanpassung bestehen? Genügt eine ökologische Zähmung des Kapitalismus oder muß das warenproduzierende System zerschlagen werden? Der bislang letzte der Debattenbeiträge bezog Stellung gegen die seiner Meinung nach naive Forderung einer Umwälzung kapitalistischer Verhältnisse und plädierte für eine realistische Politik der kleinen Schritte. Schlichthirnig seien die Vertreter der großen Vision wie Norbert Trenkle. Der Angegriffene bezieht in diesem Heft noch einmal Stellung: Der Glaube an die Reformierbarkeit des Kapitalismus sei weltfremder als der an seine Überwindbarkeit.*

Eine Antwort auf Manfred Busch und Karl-Ludwig Schibel

"Seid realistisch, fordert das Unmögliche", diesem Sponti-Spruch der 68er-Zeit scheint heutige "Realpolitik" auf paradoxe und gar nicht mehr systemkritische Weise nachzueifern. So auch Manfred Busch und Karl-Ludwig Schibel, wenn sie meinen, ('blätter' Nr. 200/201) das warenproduzierende Weltsystem alias Marktwirtschaft mit Hilfe kleiner "politikfähiger" (Busch) Schritte davon abhalten zu können, die Welt in den ökologischen und sich selbst in den ökonomischen und sozialen Kollaps zu stürzen. Nichts wirkt heute irrealer und gespenstischer als solch hemdsärmeliger Pragmatismus; und Schibel scheint dies zu ahnen, denn sonst hätte er es wohl kaum nötig, jeden Versuch, über die Warenproduktion hinauszudenken, hysterisch abzuwehren.

Realpolitik von der Sorte, wie sie Busch und Schibel vertreten, verdrängt gleich zweierlei. Zum einen verschließt sie die Augen vor den immanenten "Sachzwängen" des modernen warenproduzierenden Systems, die den "naturverträglichen Umbau der Industriegesellschaft" (Schibel) oder die Durchsetzung eines "neuen Wohlstandsmodells" (Busch) schlechterdings verhindern. Nicht nur ist dieses System seiner eigenen inneren Logik nach auf beständiges quantitatives Wachstum angewiesen (denn seine innere Triebfeder ist die Vermehrung des eingesetzten Kapitals) und damit grundsätzlich inkompatibel mit der natürlichen Begrenztheit der Welt. Obendrein tendieren die immer schon höchst beschränkten Möglichkeiten, politisch steuernd in den blinden Prozeß der Verwertungsproduktion einzugreifen, mittlerweile gegen Null. Dies schon deshalb, weil durch die Globalisierung der Waren-, Kapital- und Finanzmärkte in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten diese sich der nationalstaatlichen Einflußnahme weitgehend entzogen haben. Weit davon entfernt, die übergreifenden ökonomischen Prozesse regulieren zu können, müssen sich Staaten und Staatenverbünde bedingungslos der allgemeinen Konkurrenzlogik unterwerfen und sich "schlank" machen für den Markt (und das heißt eben auf Rücksichtsnahmen gegenüber Mensch und Natur zu verzichten). Dies ist der Kern der ganzen Debatte um den "Standort Deutschland".

Zum zweiten ist die vorgebliche "Realpolitik" aber auch deshalb völlig realitätsblind, weil sie gar nicht bemerken will, daß die tiefgreifende Weltmarktkrise, deren Heraufziehen sie so vehement abstreitet, längst schon da ist. Wenn die Massenarbeitslosigkeit allein in den Ländern der OECD seit 1990 von rund 25 Millionen auf mittlerweile mindestens 35 Millionen angestiegen ist, kann ja wohl kaum allen Ernstes davon gesprochen werden, die "Verwertungsbedingungen des Produktionsfaktors Arbeit" hätten sich "nachhaltig stabilisiert" (Schibel). Im Weltmaßstab betrachtet (und das warenproduzierende System ist heute ein weltweites) stellt sich die Situation bekanntlich noch viel dramatischer dar.

Ganze Sub-Kontinente (wie Afrika südlich der Sahara), komplette Länder und Regionen (der größte Teil des früheren Ostblocks etwa) sind de facto vom Weltmarkt abgekoppelt, weil für die vielen Millionen Menschen dort kein Platz mehr in der globalen Verwertungsmaschinerie ist. Damit wurden aber nicht nur diese Menschen in unsagbares Elend gestürzt. Zugleich zeigt sich darin, daß die Fundamente des Ware-Geld-Systems erschüttert sind, weil dieses immer weniger dazu in der Lage ist, seinem einzigen "Beruf" nachzukommen: der ständig wachsenden Vernutzung lebendiger Arbeitskraft im Produktionsprozeß.

Daß die Gewalt dieser Krise derzeit in den westlichen Industrienationen noch immer verdrängt werden kann, liegt zum einen an der scheinbaren Alternativlosigkeit der Marktwirtschaft (insbesondere nach dem Zusammenbruch ihrer schlechten "realsozialistischen" Kopie), zum anderen aber auch wesentlich daran, daß die Weltmarktkrise kein punktförmiges Ereignis ist, sondern ein sich über mehrere Jahrzehnte hinziehender Prozeß. Die Krise schlägt nicht überall gleichzeitig mit voller Wucht zu. Sie erfaßt zuerst die schwächeren Kettenglieder (Regionen und soziale Segmente) und wird erst allmählich auch in den Zentren des Weltmarkts deutlich spürbar.

Jeder ernsthafte Versuch fundamentaler gesellschaftlicher Transformation wird von diesen Bedingungen ausgehen müssen. Und dies heißt notwendigerweise auch, sich perspektivisch auf die Aufhebung der Warenproduktion hin zu orientieren. Angesichts der allgemeinen Ernüchterung gegenüber "Großkonzepten" mag dies ein wenig nach Verbalradikalismus und Hochstapelei klingen. Sind da Buschs und Schi-



Eine Strategie der „positiven Entmonetarisierung" gegen das Marktsystem

bels bescheidene Vorschläge zu kleinen Reformen innerhalb der Marktwirtschaft nicht viel "realistischer"? Tatsächlich aber handelt es sich dabei um oberflächliche, von Ökonomiekritik völlig unbeleckte Selbstberuhigungsversuche. Sie suggerieren Handlungsoptionen, die es längst nicht mehr gibt, und sie sind im übrigen vor dem Hintergrund der realen Krisenentwicklung den vielen Verliererregionen gegenüber, die sich schon mitten im Zusammenbruch befinden, geradezu zynisch.

Pointiert gesagt: wir können uns gar nicht entscheiden, ob wir "die Systemfrage" (Busch) stellen wollen oder nicht: Das System stellt diese Frage selbst - allerdings in katastrophischer, (selbst-)zerstörerischer Form. Die Gegenwehr gegen diesen ökologischen, sozialen und ökonomischen Destruktionsprozeß kann dabei konsequenterweise nicht auf die Herstellung einer "gebändigten" Variante kapitalistischer Vergesellschaftung zielen (die aufs Weltganze gesehen ohnehin nie existiert hat). Vielmehr muß der fortschreitenden "negativen Entmonetarisierung" durch die Krise, also der massenhaften Vernichtung von Lebensmöglichkeiten innerhalb des Marktsystems, eine Strategie der "positiven Entmonetarisierung" entgegengesetzt werden.

Wie eine solche Stratetgie aussehen könnte, läßt sich im einzelnen natürlich nicht theoretisch vorwegnehmen, sondern nur in groben Umrissen bestimmen. Ihre Konkretisierung wird vor allem eine Frage gesellschaftlich-oppositioneller Praxis und der fortwährend kritischen (Selbst-)Reflexion dieser Praxis sein müssen. Im Kern wird sie aber wohl darin bestehen, die wichtigsten Produktions- und Lebens-Mittel (angefangen bei Grund und Boden, Wohnraum, Nahrungsmitteln und Energie) von den Zwängen der Warenproduktion schrittweise zu entkoppeln und sie in Formen bedürfnisorientierter und selbstorganisierter Nutzung zu überführen. Erste denkbare Schritte in diese Richtung mögen für sich genommen noch "harmlos" und nicht unbedingt "systemtranszendierend" wirken. So etwa, wenn in Krisenregionen (um nur zwei Beispiele zu geben) Mietstreiks durchgeführt und Wohnungen instandbesetzt oder "stillgelegte" landwirtschaftliche Flächen für kommunale und/oder regionale Nahrungsmittelproduktion genutzt würden. Solche und ähnliche erste Schritte hätten nicht nur ganz unmittelbar praktische Bedeutung für die Betroffenen, sie brächen auch das marktwirtschaftliche Tabu, daß nur genutzt werden darf, was auch "finanzierbar" und/oder "verwertbar" ist. Es geht also keinesfalls darum, "kleine Schritte" abstrakt gegen "die Systemfrage" auszuspielen, wie es Busch und Schibel tun. Jedoch ist es durchaus von Relevanz, in welche Richtung diese Schritte führen können bzw. sollen.

Freilich ist nicht damit zu rechnen, daß eine solche Strategie der direkt stofflich-bedürfnisorientierten Aneignung und Nutzung von Ressourcen ohne breite gesellschaftliche Konfrontationen abgehen wird. Denn selbst dort, wo nach Kriterien betriebswirtschaftlicher Verwertung längst nichts mehr zu holen ist, werden immer noch lieber die Ackerflächen degradiert, die Fabriken verschrottet und die Gebäude verfallen gelassen, als sie denjenigen zu übergeben, die sie bedarfsgerecht, jenseits des Marktes nutzen könnten. Insofern wird eine antimonetäre Krisengegenwehr im Kern eine gesellschaftliche Konfliktstrategie sein müssen. Und sie wird sich wahrscheinlich hauptsächlich in Frontstellung zu den Konzepten neoliberaler und autoritärer Notstands- und Armutsverwaltung zu definieren haben, die darauf hinauslaufen, die Kosten der Krise auf die Verlierer und "unnützen Esser" abzuwälzen, um wenigstens in den Kernsegmenten der Verwertung den Schein des Normalbetriebes aufrechterhalten zu können. Zu einer solchen Konfliktstrategie müßte des weiteren auch gehören, in den (noch) reicheren Weltgegenden Druck auf staatliche Stellen auszuüben, kostenlos notwendige Ressourcen in Krisenregionen zu schaffen. Dies nicht als "Entwicklungshilfe", die immer Marktfähigkeit voraussetzt, sondern als Bereitstellung dort nicht verfügbarer technischer Mittel (z.B. Bauteile für Solaranlagen) für den Aufbau selbstorganisierter Reproduktion auf annehmbarem Niveau. Schließlich hätte eine anti-monetäre Krisengegenwehr selbstverständlich auch die Aufgabe, die schlimmsten Auswüchse der marktwirtschaftlichen Destruktion zu verhindern, wo und wie immer möglich. Insofern ist es keinesfalls inkonsequent (was Schibel mir vorwirft), für drastische Energiesteuern zu plädieren. Im Gegenteil ist es illusorisch zu glauben, deren konsequente Durchsetzung (etwa ein Benzinpreis von 5 DM) würde nicht zu gewaltigen Einbrüchen in der Verwertungsproduktion führen.

Eine Strategie der anti-monetären Krisengegenwehr hätte also nur wenig zu tun mit den vagen Vorstellungen über den allmählichen (und marktwirtschaftlich flankierten) Aufbau einer "Gegengesellschaft" in der Alternativbewegung. Sie würde ihre Überzeugungskraft vielmehr daraus gewinnen, in der Krise des globalen Systems von Ware und Geld die einzige Alternative zur fortschreitenden Zerstörung der Lebensgrundlagen zu sein und zugleich über dieses System hinauszuweisen.

Norbert Trenkle

"Gegenmacht von unten"

Staatsschutz erfindet neuen Sympathisantensumpf

Linke Politansätze kommen und gehen - nur der Staatsschutz bleibt bestehen. So oder ähnlich ließe sich der Umstand beschreiben, daß der sogenannte Verfassungsschutz ungeachtet des Zerbröckelns linksradikaler Politzusammenhänge nicht müde wird, eben diese zu durchforsten und bei Bedarf die Repressionsschrauben anzuziehen. Wiesbaden, Göttingen und Saarbrücken (es sind überall die selben...) waren in den letzten Wochen und Monaten die Schauplätze, an denen der leider nicht wirklich existierenden linken Gefahr mit Spitzel, Durchsuchungen und "Anti-Terror"-Gesetz zu Leibe gerückt wurde.

Anfang November wurde Ursel Quack aus Saarbrücken wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§129a) festgenommen. Nach zwei Wochen Haft wurde sie vorläufig wieder freigelassen, da laut Ermittlungsbehörden keine Fluchtgefahr bestehe. Das Ermittlungsverfahren und den Haftbefehl hält der Bundesgerichtshof (BGH) weiter aufrecht. Ursel Quack wird vorgeworfen, mit einer nicht näher bezeichneten "Kommandoebene der Rote Armee Fraktion (RAF)" Kontakt aufgenommen zu haben. Soweit klingt der Vorgang fast schon "normal".

Zum ersten Mal im Zusammenhang mit politischen Verfahren verwendet der BGH in seiner Argumentation jedoch die Konstruktion vom Aufbau einer "Gegenmacht von unten". Ursel Quack soll demzufolge im Auftrag der RAF in der Region Saarbrücken deren neues Konzept, eine "Gegenmacht von unten" aufzubauen, umgesetzt haben. Mit diesem Ziel hätte sie in verschiedenen linken Organisationen wie dem "Antifaschistischen, Antirassistischen Notruftelefon", der "Aktion Gelber Punkt"[1] und der Stadtteilzeitung "Stoffwechsel" mitgearbeitet, sich außerdem an einer Menschenrechtsdelegation in den türkischen Teil Kurdistans beteiligt und eine Demonstration gegen das PKK-Verbot organisiert.



Vorsicht Falle: Die Staatsschützer werden immer lästiger

Was ist "Gegenmacht von unten"?

Ein wesentliches Merkmal der "Gegenmacht von unten" ist laut Haftbefehl die Beschäftigung mit den lokalen Problemen der Bevölkerung. Auf diese Weise wolle die RAF ihre personelle wie thematische Basis verbreitern.[2] Nicht mehr abstrakte ideologische Diskussionen stünden im Mittelpunkt, sondern im Rahmen der Bildung einer "Gegenmacht von unten" sollten insbesondere Personen auf ihre Zuverlässigkeit für eine Zusammenarbeit mit der RAF überprüft werden.

Der Haftbefehl - übrigens von dem gleichen Richter ausgestellt, der auch für PKK-Verfahren zuständig ist - listet detailliert das Engagement von Ursel Quack in den vergangenen Jahren auf. Als offizieller Ausgangspunkt für die Ermittlungen wird ein Brief angegeben, der im Rucksack Birgit Hogefelds nach den Vorfällen in Bad Kleinen gefunden worden ist. Der BGH ordnet den Brief, der keine Absenderangabe enthält, Ursel Quack zu. Die im Haftbefehl aufgelisteten politischen Aktivitäten begannen allerdings bereits lange bevor der Brief in die Hände des Staatsschutzes fiel. Mit anderen Worten: Ursel Quack ist jahrelang observiert worden. Die dabei zusammengetragene Menge an Einzelinformationen wird jetzt neu geordnet, mit der RAF in Beziehung gesetzt und ist Grundlage des Versuchs, eine neue juristische Konstruktion zu schaffen: Aufbau einer "Gegenmacht von unten".

Der Haftbefehl gegen Ursel Quack ist streckenweise sehr vage formuliert, konkrete Straftaten werden ihr nicht zur Last gelegt. Aus diesem Grunde bemühen die staatlichen Organe den Gesinnungsparagraphen 129a. Dies läßt die Befürchtung aufkommen, daß die staatliche Repression gegen links ausgedehnt wird. Der Begriff "Gegenmacht von unten" ist juristisch so ungenau, daß damit jeder politische Mensch auf die Anklagebank gesetzt werden könnte. Er muß nur irgendwie in Beziehung zur RAF gebracht werden. Die Betonung liegt auf "irgendwie". Konkret benannt werden im Fall Ursel Quack die Themen Antirassismus und Kurdistan-Solidarität.

Erwähnt wird in dem Haftbefehl auch der Spitzel des Verfassungsschutzes, Klaus Steinmetz, der sich vor allem im Raum Wiesbaden zehn Jahre in linken Zusammenhängen bewegt hat. Dieser könnte als "Tür-und-Tor-Öffner" für weitere Verfahren dienen, wobei sich die Behörden über dessen Arbeit natürlich bedeckt halten. Ursel Quack, die Klaus Steinmetz kannte, hatte bereits im Sommer diesen Jahres vergeblich Auskunft von der Bundesanwaltschaft verlangt, ob ein Ermittlungsverfahren gegen sie laufe.[3]

Roland Röder
(Mitarbeiter der Aktion 3.Welt Saar)

Anmerkungen:

1) An der Aktion Gelber Punkt beteiligen sich zahlreiche Geschäfte, Kneipen und öffentliche Einrichtungen. Dabei wird ein großer gelber Aufkleber mit der Aufschrift "Wir schützen AusländerInnen vor rassistischen Übergriffen" ins Schaufenster gehängt.

2) Vor allem das große Presse-Hallo auf den Fund von mütterlichen Marmeladenrezepten bei Birgit Hogefeld bereitete dem Staatschutz schlaflose Nächte.

3) Weitere Informationen gibt's bei: basis, Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken; 5-, DM für Porto und Kopien beilegen.

Addio Afrika

Peter Kriegs persönliche Vergangenheitsbewältigung

Von einem flimmernden Bildschirm herab verkündet Helmut Schmidt seine banale Botschaft: "Dort draußen geht es um Leben oder Tod, hier geht es um Einkommen und Auskommen". Dann folgen Ausschnitte aus Fernsehbeiträgen zu Afrika, die gängigen Klischeebilder: Hunger und immer wieder Hunger, protzige Staatschefs und schließlich die weißen Helfer. Wäre ohne sie die Lage der Menschen nicht noch verzweifelter? Peter Krieg zieht das in Zweifel. 'Afrika ist so arm wegen dieser Hilfe', so die These seines neuesten Filmes **'Addio Afrika'**.

Der Einstieg weckt falsche Erwartungen. Addio Afrika, als kritische Abrechnung mit der Entwicklungshilfe verkauft, entpuppt sich als eine ganz persönliche Abrechnung des 'reifen' Peter Krieg mit dem kritischen Dokumentarfilmer der 70er und frühen 80er Jahre ('Septemberweizen'), dessen Verstand, so suggeriert das erwachsene Ich, von jugendlichen Träumen von Sozialismus und einer besseren Welt vernebelt war. Auf einer imaginären Couch arbeitet Krieg seine Vergangenheit durch und macht den Zuschauer zum unfreiwilligen Voyeur.

Ein Ausschnitt aus einem frühen Dokumentarfilm Kriegs zu Tansania. Menschen werden in ein Gemeinschaftsdorf umgesiedelt. Krieg, damals noch blauäugig, läßt sich von ihnen sagen, wie glücklich sie mit der neuen Lebensform sind. Heute weiß er, 'daß sie ihm nur gesagt haben, was 'wir' damals hören wollten': 'Wir', die wir unsere Hoffnungen damals auf genossenschaftliche Ansätze wie in Tansania und Mosambik richteten, weil 'wir' jemanden brauchten, der unsere Träume verwirklichte.

Soweit, so gut. Dann aber gerät im Film einiges durcheinander. Die 70er Jahre. Die sieht der Krieg der 90er als "die Zeit der linken Regierungen von Jimmy Carter und Willi Brandt", da tritt die Soliszene auf den Plan, aber schon ist sie bei Krieg ununterscheidbar zusammengeflossen mit den Funktionären der Entwicklungshilfe, die just zu der Zeit das Grundbedürfniskonzept entwickeln und Abschied nehmen von den bis dahin gängigen Modernisierungskonzepten (Entwicklung durch forcierte Industrialisierung). 'Small is beautiful' wird fortan propagiert und die ländliche Subsistenzwirtschaft rückt ins Zentrum. Mit dieser Weichenstellung, resümiert der Regisseur, wurde in der Folge jede wirkliche Entwicklung, was bei ihm nichts anderes heißt als Industrialisierung, verhindert.



Afrika aus der Perspektive der Entwicklungshilfe

Aber wer verhinderte was? War die Soliszene jemals so einflußreich, daß sie darüber befinden konnte, welche Gelder in welches Projekt fließen sollten und an welche südlichen Gestade Europa seine Nahrungsmittelüberschüsse kippte? Unbeirrbar hält Krieg an seinem merkwürdigen 'Wir' fest, unter das alle fallen, die wissen, daß man das 'D' bei Dritte Welt groß schreibt: Entwicklungshelfer, Funktionäre der Hilfsorganisationen und Menschen aus der Soliszene. Daraus erklärt sich, daß Krieg einen Film über sich und die Internationalismusszene, der er einst angehörte, mit einem Film über Entwicklungshilfe verwechseln kann.

Aber der Film ist noch nicht zu Ende. In unzähligen Variationen führt der Filmemacher uns seine Läuterung zum Pragmatiker, zum nüchternen Befürworter der freien Marktwirtschaft vor. Mag ja sein, daß Marktwirtschaft dem einen oder anderen afrikanischen Land mehr 'Entwicklung' beschert als frühere sogenannte sozialistische Modelle. Aber das hätte Krieg an Beispielen vorführen müssen. Stattdessen traktiert er uns immer wieder mit seinem ganz persönlichen 'Reifungsprozeß'. Und mit seinem neuen Freund Paul Alexander.

Paul Alexander, Volkswirt und Agrarökonom, ist seit 25 Jahren im Geschäft der Entwicklungshilfe. Krieg macht ihn sozusagen zu seinem Zeugen. Erstens dafür, daß Entwicklungshilfe nur Schaden anrichtet, und zweitens für seine (Kriegs) eigene Läuterung. "Mit Leuten wie Paul Alexander hätte ich vor 20 Jahren vielleicht nicht einmal geredet, vor 10 Jahren hätte ich sie nicht ernstgenommen." Heute ist Krieg mit ihm einer Meinung. Dennoch ist nicht ganz einzusehen, warum er "den schwäbischen Pragmatiker mit der preußischen Strenge und Unbestechlichkeit" wie er ihn tituliert, sich auf alle Felder ausbreiten läßt, warum von den 44 Filmminuten mehr als 20 von Paul Alexander gefüllt werden. Alexander hat als alter Hase der Entwicklungshilfe zum Scheitern von Entwicklungsprojekten sicherlich Interessantes zu sagen. Aber kein einziges Projekt wird während Alexanders Auftritten in 'Addio Afrika' genau unter die Lupe genommen. Stattdessen darf sich der Schwabe zum Theoretiker aufblasen, uns sagen, was Entwicklung ist (Entwicklung erfolgt immer aus der 'Not der Eliten' heraus), über freie Marktwirtschaft und Sozialismus schwadronieren, uns über den wahren Grund der Umweltzerstörung in der Dritten Welt aufklären. "Die Dritte Welt hat nie Gelegenheit gehabt zu lernen, daß Umwelt ein knappes Gut ist. Diese Schmerzgrenze muß erreicht werden".

Erst aus der Katastrophe werden Menschen schlau, nur die Not gebiert neue Verhältnisse? Da muß wohl auch den Krieg ein leichtes Unbehagen beschlichen haben, denn er nimmt die Zuschauerkritik vorweg: "Man wird mir und Paul Alexander vorwerfen, wir seien brutale Sozialdarwinisten. Aber es geht um das Ende einer Hilfe, die immer katastrophalere Schäden anrichtet...." Hier, wo 'Addio Afrika' aufhört, müßte ein Film über Entwicklungshilfe einsetzen und an konkreten Beispielen zeigen, welche Hilfe warum so große Schäden anrichtet. Für einen neuen Film ist es nie zu spät.

isar

Addio Afrika? Vom Elend der Entwicklungshilfe, Peter Krieg, BRD 1993, 44 min.
Verleih und Vertrieb: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 79100 Freiburg, Tel. 0761/709757

Am "rechten Rand des Internationalismus" ortete Klaus Mayer in seinem Beitrag zum Themenschwerpunkt 'Internationalismus' ('blätter' Nr. 201) die Politik und Ideologie der 'Gesellschaft für bedrohte Völker' (GfbV). Kritisiert wurde die Ideologie der GfbV, die auf der Existenz quasi-natürlicher "Ethnien" und "Völker" beruht. Mayer erläuterte an Beispielen, wie diese Ideologie bei der GfbV in Rassismus umschlägt. Die daraufhin in der Redaktion der 'blätter' eingegangenen wütenden Proteste, insbesondere von Tilman Zülch, dem Patriarchen der GfbV, zeichneten sich nun leider vor allem dadurch aus, daß sie mit der geäußerten Kritik nichts anzufangen wußten. Im folgenden drucken wir eine Replik auf Klaus Mayer, die uns von einem GfbV-Aktivisten aus Bozen (Italien) erreichte.

Wie völkisch ist der

Zur Diskussion um die Gesellschaft für

Miesmachen statt auseinandersetzen

Aha, verkappte Nazis sind wir also. Weil die GfbV sich für bedrohte Völker einsetzt, ist das ethnopolitisches Denken, entsprungen dem modernen Rassismus der Neuen Rechten?!

Ich wußte gar nicht, daß die Neue Rechte sich für Sinti und Roma engagiert, für die bedrohten Yanomani, Kurden, Osttimoresen, multinationalen Bosnier. Mir ist auch neu, daß die Neue Rechte irgendetwas mit Menschenrechten zu schaffen hat. Kein Exponent der Neuen Rechten macht sich für Minderheiten stark.

Denn Minderheitenrechte sind Menschenrechte. Klaus Mayer kann da in verschiedenen UN-Dokumenten nachlesen oder in der ai-Schrift "Menschenrechte vor der Jahrtausendwende". Minderheitenrechte formuliert auch die Internationale Arbeitsorganisation ILO in ihrer 169er Konvention zum Schutz indigener Völker, der Europarat mit seiner Charta der Minderheiten- und Regionalsprachen. UNO, ai, ILO und Europarat gar auch am kurzen Band der Neuen Rechten?

Gottseidank wimmelt es nicht nur im verquasten GfbV-Weltbild von Völkern, Ethnien und Kulturen. Nein, sondern auf Erden. Stört das Klaus Mayer? Zu seinem Trost, es sind weltweit genügend Schlächter unterwegs, die aufräumen mit Völkern, Ethnien und Kulturen. Die ethnischen Flurbereiniger sorgen schon dafür, daß es auf Erden nicht mehr so wimmelt von Völkern, Ethnien und Kulturen. Hat das mit Rassismus zu tun, wenn die GfbV sich für das Multikulturelle und Multinationale engagiert? Der GfbV geht es um das Recht, sein zu dürfen, was man ist. Die kleine Gruppe der Walser hat nun mal Probleme mit der Zuwanderung. Wie die Yanomani auch. Was soll da die Frotzelei von "klarer Fall von Menschenrechtsverletzung". Das stand nicht im zitierten pogrom-Artikel.

Und der andere, ganz bewußt geführte Schlag unter die Gürtellinie: "Auch die Reinrassigkeit der Sorben ist stark bedroht". Im pogrom-Artikel steht nix von Rassen, es geht um Sprachen. Klaus Mayer - im Dritten Reich haben sich die Nazis die Sorben vorgenommen. Die slawischen Sorben, Untermenschen im Reich ihrer Vorfahren, standen auch auf der Abschußliste. Im SED-Staat wurde dann unter den Ärschen der Sorben der Boden weggebaggert. Die Menschen wurden umgesiedelt. Die sorbische Minderheit wurde ganz bewußt zerstreut. Von einst 164.000 Sorben (1884) gibt es noch gerade 50.000. Und der Trend geht weiter nach unten. Das hat mit dem ganz normalen Gang der Dinge aber nichts zu tun. Statistisch gesehen werden die Sorben verschwinden. Damit steht die BRD in der Kontinuität einer Politik, die auf die Vernichtung der Minderheiten ausgerichtet ist. Der NS war nur die konsequenteste Form des Wütens. Die Stoßrichtung der Diskriminierung ist dieselbe geblieben - sie zielt auf jene Menschen, die auch zwischen 1933 und 1945 zu leiden hatten. Das demografische Verschwinden der Sorben wäre ein später Triumph des NS. Die faktische Diskriminierung der nicht deutsch sprechenden bundesdeutschen Bürger existiert weiterhin. Auch deshalb, weil der CDU/CSU-dominierte Verfassungsausschuß den Minderheitenschutz in der Verfassung nicht verankerte. Die GfbV hat dies kritisiert: "Es ist makaber genug, daß ausgerechnet ein deutsches Parlament den Minderheitenschutz scheitern ließ, in einem Land, in dem zwei Minderheiten, die jüdische und die der Sinti und Roma kollektiv vernichtet wurden" (pogrom 179/Okt-Nov. 94/Tilman Zülch).

Für Bosnien hat der humanitär-menschenrechtliche Klaus Mayer gar nur Spott übrig. Auch wenn er es nicht wahrhaben will, Marek Edelmann, Kommandant des Warschauer Ghetto-Aufstandes, nennt den serbischen Aggressionskrieg in Bosnien einen posthumen Sieg Hitlers. Auch deshalb die Demo im KZ Buchenwald. Alain Finkielkraut:"Denn Buchenwald ist in der Tat nicht nur eine Erinnerung, sondern auch ein Verbrechen".

Gerade die NS-Grauen haben eine Gruppe von Menschenrechtlern um Tilman Zülch zu GfbV-Gründern gemacht: "In diesem Sinne sollten wir alles daran setzen, den Schrecken, den die erste und zweite in der Dritten und Vierten Welt verbreiten, ohne Kompromisse zu bekämpfen und vor allem für jene unter uns Bedrohten eintreten, für die Sinti und Roma, die 'Ausländer', die politischen Flüchtlinge," sagte Zülch bei der Gedenkfeier "Völkermord 40 Jahre nach Auschwitz" (28./29. Juni 1985 in Hamburg).

Noch ein Zitat, von Joschka Fischer: "Der Antiimperialismus der Neuen Linken war niemals Ausdruck einer selbstlosen Empörung über die Ungerechtigkeit in der Welt, sondern war immer von höchst eigennützigen Motiven her bestimmt. Erlittenes Unrecht, Ausbeutung und Knechtung, ja nicht einmal Völkermord waren für sich allein ein Grund, um die westdeutsche Linke für den Kampf eines unterdrückten, fernen Volkes zu mobilisieren. Wen kümmerte in der Neuen Linken schon Biafra, wen die Ausrottung der südamerikanischen Indianer oder gar der jahrzehntelange Kampf der Kurden im Irak? Wer fragte nach dem Schicksal der nichtrussischen Völker im asiatischen Teil der Sowjetunion, wer nach den Vorgängen in Tibet? Wohl kaum einer. Statt dessen solidarisierte man sich eher mit jenen antiimperialistischen Kämpfen, wo man selbst etwas davon hatte. Und 'Haben' hieß hier immer, daß der jeweilige antiimperialistische Kampf in unser linkes Weltbild passen mußte." Joschka Fischer, ein Neurechter?

Zu Kroatien: Das von Kroatien beanspruchte UNO-Recht auf Selbstbestimmung ist eine Sache. Der kroatische Aggressionskrieg in Bosnien eine zweite Sache. Es ist im Selbstverständnis der GfbV, hier massiv mit Kritik anzusetzen: Wegen der Menschenrechtsverletzungen, wegen der kroatischen Kriegsverbrechen. Die GfbV agiert nun mal anders als Teile der Friedensbewegung. Diese unterstützte beispielsweise die kommunistischen Roten Khmer. Als deren Greuel bekannt wurden, stellten sich Friedensbewegte vor das "befreite" Kambodscha. Nicht immer bewegt halt das Menschenrecht den Friedensbewegten. Noch einmal kurz zurück zu Kroatien: Große Teile des Landes sind von serbischen Truppen besetzt. Vielleicht sagt Klaus Mayer dazu "befreit" - und "befreit" wird in der Analyse von Klaus Mayer dann wohl auch Kosovo sein.

'olksbegriff?

edrohte Völker

Klaus Mayer bemüht sich gewaltsam um den Beweis der Rechtslastigkeit der GfbV. Als weiteres Beweismaterial bringt er die FUEV (Föderation Union Europäischer Volksgruppen) ins Spiel, als Scharnier zur Neuen Rechten. Gegenrede zur üblen Nachrede: Die FUEV plädiert für den Dialog zwischen nationaler Mehrheit und nationaler Minderheit. Der Dialog ist aber nur möglich bei Gleichberechtigung, so die FUEV und das sagt auch Konfliktforscher Dieter Senghaas. Alles wahnsinnig neurechts. Klaus Mayer wirft der GfbV deutschnationale Minderheitenpolitik vor. Warum soll dieses delikate Thema - die deutschen Minderheiten - den Rechten überlassen werden? Wenn rechte Kreise sich über den Einsatz der GfbV für deutsche Minderheiten freuen, ist das deren Freude, nicht unsere.

Ethnisieren, Neue Rechte und moderner Rassismus? Wir als GfbV-Südtirol haben bisher nicht die Erfahrung gemacht, bei rechten Kreisen besonders beliebt zu sein. Dennoch ist die GfbV weit davon entfernt, eine linke Organisation zu sein, schreibt Klaus Mayer. Und weiter: Die GfbV ist alles andere als eine stramm neurechte Organisation. Klaus Mayer tut sich schwer, das richtige Eck zu finden.

Schlußpunkt in Sachen Minderheiten: In der italienischen Verfassung sieht Artikel 6 den Schutz der Minderheiten vor. Damit soll die Identität der 13 nichtitalienischen Nationalitäten der Republik geschützt werden. Diese italienische Verfassung wurde von Antifaschisten erkämpft und niedergeschrieben.

Wolfgang Mayr
(GfbV-Südtirol)



Durch die Replik von Wolfgang Mayr in seiner Kritik nur bestätigt sieht sich unser Autor Klaus Mayer, den wir noch einmal zu Wort kommen lassen:

Mayrs Welt

Am Weltbild der GfbV wurde kritisiert, "Ethnien" und Kulturen nicht als soziale Konstruktionen, sondern vielmehr als etwas Naturhaftes zu begreifen, und darüberhinaus mit der vehementen Verteidigung solcher kollektiven Identitäten Ab- und Ausgrenzungen und letztlich Rassismus zu produzieren.

Keines der zum Beleg dieser Kritik verwendeten Zitate ficht Mayr in seiner Replik an, statt dessen fragt er sich, wie man der GfbV das Ziel "Reinrassigkeit" andichten kann, wo doch nur von "Mischehen" die Rede gewesen war.

Vielmehr bestätigt Mayr die Richtigkeit der grundsätzlichen Kritik an der GfbV: Ohne zu klären, wie man wird, was man ist, begeistert er sich für den Kampf um "das Recht, sein zu dürfen, was man ist". Und prompt im nächsten Satz führt uns Mayr auch den zweiten Schritt - die von dieser Produktion ethnischer Identitäten herrührende rassistische Ausgrenzung - vor: "Die kleine Gruppe der Walser hat nun mal Probleme mit der Zuwanderung. Wie die Yanomani auch." Dieser "Probleme" nimmt sich also die GfbV an, statt das Empfinden der Walser, deren Situation Mayr mit der der Yanomani vergleicht, als problematisch zu begreifen.

Es ist zweifelhaft, ob es eine Grundlage für eine Auseinandersetzung mit Leuten gibt, die das Verteidigen "ethnisch" homogener Gruppen derart kaltschnäuzig betreiben, die anscheinend die Kritikwürdigkeit dieser Vorstufe zu "ethnischen Säuberungen" nicht sehen. Obwohl Mayr hier selbst demonstriert, wie aus der Konstruktion ethnischer Gruppen Ausgrenzung erwächst, will er im Falle Kroatiens nichts von diesem Zusammenhang wissen. Die GfbV wäscht hier ihre Hände in Unschuld: Nur das unverdächtige Recht auf Selbstbestimmung habe man verteidigt, mit den kroatischen Kriegsverbrechen, die auf exakt der gleichen ideologischen Grundlage eines völkischen Nationalismus vonstatten gehen, hingegen nichts zu tun.

Mayr laviert also zwischen knallharter "Rassen"trennung und Multikultur, die nach seinem Dafürhalten unverdächtig ist. Daß beide auf den selben Prämissen fußen, der Existenz kulturell oder ethnisch konstruierter Identitäten nämlich, blendet er aus. "Ethnie" und Kultur, wie sie im Konzept der Multikultur auftaucht, weisen bedenkliche Nähe zum Rassebegriff auf: Sie sind vorpolitisch und damit unhintergehbar. Man muß daher eben sein "was man ist"(Mayr). Den Mitgliedern einer (National-)Kultur sind demnach bestimmte Merkmale eingeschrieben - sie stecken ihnen nach der Multikulti-Logik geradezu in den Knochen bzw. Genen. Während Multikulti das Soziale kulturalisiert und ein friedliches, tolerantes Zusammenleben der ach so andersartigen Kulturen einfordert, kann aus derselben Konstruktion eben auch deren Unvereinbarkeit gefolgert werden. Beide Formen dieses Rassismus ohne Rassen betrachten Menschen nicht als soziale Wesen, die ständiger Veränderung ausgesetzt sind, sondern primär als Angehörige eines statischen, quasi-natürlichen Kollektivs.

Im Unvermögen, diese ideologischen Grundlagen der GfbV-Politik zu reflektieren, präsentiert Mayr stattdessen stolz Gleichgesinnte und ergeht sich in Zitathuberei. Seine Argumente heißen UNO, Joschka Fischer, Marek Edelmann und vor allem Tilman Zülch. Im Rausch der Zitate hat er es allerdings versäumt nachzuweisen, daß die GfbV-Zitate, die ich in meiner Kritik verwendet habe, gefälscht wären oder zu erläutern, warum die aus ihnen gezogenen Schlüsse irrig sind - nachzuweisen also, daß wer vom "Eindringen fremder Kulturelemente", von "undefinierbarer Substanz" als Resultat des Zusammenlebens von Russen und Rußlanddeutschen, von "Mischehen" usw. redet, doch kein Rassist ist.

Bliebe noch abschließend zu klären, ob es der Wunsch nach Denunziation oder intellektuelles Unvermögen ist, wodurch sich in Mayrs Weltbild die Kritik an der Politik der Ethnisierung in ein mir unterstelltes Verlangen nach Massenmord verwandelt.

Nachbemerkung:

Geradezu realsatirisch erscheint nun Tilman Zülchs Aufforderung, für die Ausländer einzutreten. Derzeit nämlich dient die GfbV bundesdeutschen Ausländerbehörden als ideologischer Zulieferbetrieb beim Abschieben armenischer Flüchtlinge. Die Redaktion der Zeitschrift "Graswurzelrevolution" machte auf diesen Fall aufmerksam, in dem die christliche Flüchtlingsinitiative Conow/Lüchow von der GfbV massiv eingeschüchtert wird. In der Hoffnung auf Unterstützung schickte die Flüchtlingsinitiative eine Dokumentation an die GfbV, in der armenische Flüchtlinge von Zwangsrekrutierungen durch die armenische Armee berichten.

Doch man hatte sich arg verschätzt: In Armenien, so der GfbV-Experte Koutcharian, gebe es keinerlei Zwangsrekrutierungen, die Aussagen der Flüchtlinge seien sowieso "merkwürdig unsubstantiiert, widersprüchlich". (Man weiß ja ohnehin in deutschen Landen, daß Flüchtlinge sich meistens nur Horrormärchen ausdenken.) In dem zitierten Brief an die Flüchtlingsinitiative schrieb Koutcharian weiter: "Daher erwarte ich von ihnen, daß Sie diese `Dokumentation` zurückziehen. Andernfalls werde ich sie vervielfältigen und mit diesem Kommentar

allen armenischen Gemeinden in der Bundesrepublik sowie der armenischen Presse zuleiten... Ich werde darüberhinaus die Regierung und Medien der Republik Armenien informieren. Die juristischen Konsequenzen haben Sie zu tragen". Seinen Brief schickte Koutcharian auch an das Auswärtige Amt, von wo aus er ans Verwaltungsgericht Schwerin weitergeleitet wurde und dort die Situation in Armenien natürlich unbedenklich, sprich abschiebekompatibel, erscheinen ließ.

Die Parteinahme der GfbV im armenisch-aserbeidschanischen Konflikt blockiert offensichtlich jede Kritik an der armenischen Regierung, der man nicht das Weglaufen ihres Staatsvolkes zumuten will: "Nun ist sicher nicht zu bestreiten, daß es nicht Ziel einer sinnvollen Asylpolitik sein kann, eine Auswanderungswelle, die im Falle Armeniens einem regelrechten personellen `Ausbluten` des Landes nahekommt, zu fördern" (GfbV). Das nennt man dann "unideologische Menschenrechtsarbeit".

Klaus Mayer



Ethische Geldanlagen - die Zukunft der Mittelamerika-Solidarität?

[...]Wen - wenn er/sie internationalistisch bewegt ist - beschäftigt nicht die Frage, was denn nun der Internationalismus noch oder wieder sein kann und was die Solidaritätsbewegung dazu tun kann. Erfreut war ich also, als ich in der Nr. 201 der *blätter* das Interview mit dem Freiburger Mittelamerikakomitee fand. Um so mehr überrascht hat mich allerdings, was die FreiburgerInnen als Königsweg aus der Krise vorschlagen. Zwar konnte man so seltsam bewegte Tendenzen schon zuvor in der Bewegung beobachten. Die Freiburger Vorschläge brachten mich aber doch zunächst zum Staunen - und dann ins Grübeln. [...]

Schon vor einiger Zeit habe ich einen "Aufruf zu einer gemeinsamen Kampagne" des Freiburger Komitees gesehen. Die dort geäußerte Idee ist leicht erklärt und wird ja auch im '*blätter*'- Interview vorgetragen: Gründung eines Kreditfonds für Genossenschaften in El Salvador. [...] Ich habe das damals schon nicht verstanden und verstehe das nach dem '*blätter*'-Interview keineswegs mehr. Ein Kreditfonds, "der sich aus Einlagen speist, die verzinst sind (aber niedriger als bei normalen Banken - wie nett!) und zurückgezahlt werden" - wie gut! -, soll die Zukunft der Mittelamerika-Solidarität sein?

Aber hören wir uns zunächst die Argumente der Freiburger an, die sie zur Stützung ihrer Idee vorbringen: Spenden haben "negative Begleiterscheinungen", sie beruhigen nur das Gewissen, fördern Paternalismus, sind ineffizient [...]. Kredite hingegen, so die FreiburgerInnen, haben eine Vielzahl von Vorteilen: Mit ihnen läßt sich viel mehr Geld mobilisieren, die Leute werden "durch die Einlage in den Fonds ganz anders einbezogen", die Gruppen, die das organisieren, "werden mit ganz anderen Mechanismen konfrontiert", ein Kredit sei "wenigstens für beide Seiten kalkulierbar, deshalb vielleicht auch ehrlicher"; damit durch die Kredite die innerorganisatorische Demokratie der Genossenschaftsverbände gefördert werde, muß die Einlage nach "genau festgelegten Vergabekriterien" zur Verfügung gestellt werden.

Falsch also die paternalistische Spendenmentalität unserer Altgenossen, die naiv Millionen den Vietcong in den Rachen warfen, ohne vorher genaue Vergabekriterien ausgehandelt zu haben. Falsch die Spenden aufs Konto "Waffen für El Salvador", die nur das Gewissen Tausender beruhigten, doppelt zu Unrecht, denn die FMLN setzte die kleinvolumigen Spendenbeträge auch noch ineffizient ein. Falsch die Spenden für den Parteiaufbau der FMLN, für SICAFE, für die LandarbeiterInnengewerkschaft ANTA, weil das nicht kalkulierbar bleibt, man nicht dem offenen, transparenten Mechanismus von Schuldnern und Gläubigern, Laufzeiten, Zinstilgungsraten etc. folgt. Richtig, sich vom Vietcong-Bespender zum Stadt-Kämmerer zu läutern, wie uns das etwa ein Tom Koenigs in Frankfurt vormacht.

Genug der Polemik, ich weiß, daß ich den FreiburgerInnen (vielleicht) Unrecht tue, daß sie vieles vielleicht ganz anders meinen. Aber wer sich so weit vorwagt und am Kreditwesen die kranke Solidaritätsbewegung genesen lassen will, der muß sich schon von unkalkulierbaren SpenderInnen auf seine politische Kreditwürdigkeit hin überprüfen lassen. Ich glaube jedenfalls ganz und gar nicht, daß der vorgeschlagene Weg die Lösung sein kann - aber schon, daß der Freiburger Vorschlag und wie er vorgetragen wird, Aufschluß gibt über den - miserablen - Stand der sozialen Bewegung. Sprache ist verräterisch. Wer nämlich "kalkulierbare Verhältnisse" in seiner politischen Arbeit will, will eben das Statische, das Berechenbare, die (relative) Kalkulierbarkeit des kapitalistischen Warenmarktes und nicht - kann man das so platt sagen? - die Revolution. Wer genau festgelegte Vergabekriterien will, wie kann der dem Spender Paternalismus vorwerfen, trennt er sich doch nicht wie der Spender - bedingungslos, edelmütig, freigiebig - von seinem Geld, sondern will es nicht nur ordentlich verzinst, sondern auch richtig eingesetzt wissen. Wer Effizienz einklagt, kann nur ökonomische meinen und sitzt damit dem Fehlglauben auf, wenn alles liebe Geld schön effizient eingesetzt würde, ginge es den Menschen im Trikont auch gleich besser - und das nach all der berechtigten Kritik an der ach so effizienten Entwicklungshilfe und an der Modernisierungstheorie. Oder ist die Solibewegung jetzt auch bereits bei der Unvermeidbarkeit einer "kritischen Modernisierung" angekommen? Verräterisch auch die Begründung, durch einen Fonds sei man als einzelner doch "ganz anders einbezogen, mit ganz anderen Mechanismen konfrontiert". Wohl wahr, nämlich mit den Mechanismen des nationalen und internationalen Finanz- und Warenmarktes. Daß die nichts Gutes für sich und schon gar nicht für die KreditnehmerInnen in Mittelamerika haben, wissen wir auch, ohne daß wir daran partizipieren. Wer so beginnt, der ist nicht mehr weit entfernt von Überlegungen, ob (stille) Teilhaberschaften nicht auch angebracht seien. Warum nicht stille/r Teilhaber/in an einer Kooperative werden? Ihr wird dadurch geholfen, uns auch, und wir bekommen dann auch noch Renditen. Da wir aber solidarisch und keine bösen Kapitalisten sind, ist alles bestens. Solche Gedanken, die keine Spielereien sind, gibt es in der Alternativhandelsszene nun ja schon länger - alternative joint-ventures. Ich fürchte, wenn solches Denken und Sprechen von der Solibewegung übernommen wird, daß das den Schritt von der Politik in die Ethik, vom sozialen Engagement zum besseren Menschen (nicht neuen!), von der sozialen Bewegung zur NGO, also von der revolutionären Perspektive zum Reformismus bedeutet. Nichts für ungut, liebe FreiburgerInnen, aber: Die Einrichtung eines Kreditfonds für salvadorenische Genossenschaften ist *eine* (gute) Sache. Die Propagierung dieser Tat als Perspektive für die Bewegung eine andere. Da halte ich mich doch lieber an die "Wir-müssen-einen-langen-Atem-haben-Parolen" eines Karl Rössel (vgl. *blätter des iz3w*, Nr. 200), der zurecht einfordert, entlang grundsätzlichen Fragestellungen zu arbeiten - auch wenn ich seinen antirassistischen Schwenk Mode finde. Da stimme ich wieder euch zu. Es ist halt alles nicht so einfach.

Aber so leicht komme ich nicht davon. Die Entpolitisierung der Solibewegung anprangern und sich dann auf "grundsätzliche Fragestellungen" zurückziehen. Welche das sein sollen? Die Frage nach der Zukunft der sozialen Bewegungen in El Salvador, durchaus auch die nach der Zukunft der FMLN, nach Bewegungen, die sich in ganz Lateinamerika gegen die neoliberalen Konzepte formieren, nach Parteien (PT, Frente Amplio, Zapatisten) und ihrer Bedeutung und mögliche Vorbildfunktion für El Salvador.[...] Die Frage nach unseren Solidaritätsmechanismen, die uns ja jetzt oft genug die FMLN, den Friedensprozeß verdammen lassen - warum? Fragen, gerade an uns selbst, gibt es genug.

Tom Beier

Aufbruch in den Westen

Freiwillige und unfreiwillige Migration ins Sexgeschäft

Die deutsche Ausländerpolizei treibe die abgeschobenen Frauen aus Ost- und Südosteuropa direkt in die Arme der Mafia, klagten Streetworkerinnen auf der ersten Ost-West-Konferenz gegen Sexarbeit, Sextourismus und Frauenhandel, zu der die Heinrich Böll Stiftung nach Prag eingeladen hatte.

Ende 1994 tauschten 50 Vertreterinnen von den unterschiedlichsten Frauengruppen aus Polen, der tschechischen Republik, der Slowakei, aus Jugoslawien, Holland, Italien, Deutschland und der Schweiz ihre Erfahrungen über das Sexgeschäft mit Frauen und Mädchen aus und suchten nach Wegen einer effektiven Zusammenarbeit.

In den letzten Jahren haben sich die Strukturen und die Wege des Frauen- und Mädchenhandels geändert. Inzwischen ist der Handel so gut organisiert, daß es es keine Leerfahrten mehr gibt: Sobald die Frauen im Westen abgesetzt sind, wird die Rückfahrt mit gestohlenen Nobelkarossen angetreten.

Osteuropäische Frauen arbeiten nicht nur im Westen. In Südostasien tauchen immer öfter Russinnen in den Bordells auf. Nur noch 15 % der 1.500 Hotelprostituierten in Warschau seien noch Polinnen, erklärt Barbara Limanowska von der 'Polnischen Feministischen Vereinigung'. In erster Linie hätten Russinnen, aber auch Frauen aus der Ukraine und aus Südostasien deren Plätze eingenommen. Sogar Afrikanerinnen werben für ihre Dienste in den polnischen Zeitungen. Polnische Prostituierte, aus den Hotels verdrängt, reisen in den Westen. Den unzähligen weiblichen Transit-Flüchtlingen in Polen wiederum bleibt während des Wartens auf den Weitertransport nach Deutschland nur die Prostitution als Einnahmenquelle.

Frauenhandel

80 % der Prostituierten aus den ehemals sozialistischen Ländern, die die Streetworkerin Hanka Mongard in Holland gesprochen hat, sind Opfer des Frauenhandels. Allein in der tschechischen Republik, ergänzt Hana Malinova, Mitarbeiterin eines Safer Sex-Projektes in Prag, seien Anfang 1994 schon 8.000 Mädchen als verschwunden gemeldet gewesen. Die Frauen und Mädchen werden nicht nur in die Prostitution gehandelt, sondern sie sind der Gewalt in vielfältiger Weise ausgesetzt und werden als billige und rechtlose Arbeitskräfte verkauft. In Prag werben über 100 Agenturen und Reisebüros für Au pair-Aufenthalte.

Nicht selten würden sehr fragwürdige Arbeitsverträge mit den Mädchen abgeschlossen, klagt Jirina Kozderova, Generalsekretärin des tschechischen YWCA (Christlicher Verein junger Frauen): "Sie kassieren extrem hohe Vermittlungsgebühren und interessieren sich überhaupt nicht, in welchen Familien die Mädchen arbeiten werden." Viele Mädchen sehen sich die Verträge nicht genau an, denn zu groß ist die Hoffnung, damit endlich ins Ausland reisen zu können.

Hoffnung auf das schnelle Geld

Vermittler und Zuhälter nutzen den Wunsch vieler Frauen aus, ins Ausland zu reisen und dort zu arbeiten. Bezeichnenderweise arbeiten viele der ehemaligen Geldwechsler heute als Vermittler, Zuhälter oder Schlepper, da ihr vorher einträgliches Geschäft mit den Devisen nach der Wende zusammengebrochen war. Angeworben werden die Frauen und Mädchen unter falschen Versprechungen. Auf dem Land arbeiten die Werber besonders erfolgreich, da die Mädchen und Frauen in keinster Weise über deren kriminelle Methoden informiert sind. Es werden falsche Heiratsangebote gemacht, Ausweispapiere gefälscht, politisches Asyl versprochen, Stipendien vorgetäuscht. Doch statt am Ziel ihrer Träume anzugelangen, werden viele Frauen zur Prostitution gezwungen.

Einige Frauen haben sich auch bewußt für die Prostitution im Ausland entschieden - mit dem Ziel, sich im Heimatland eine Existenz aufzubauen.

In der Slowakei gäbe es einen derart großen Zulauf von jungen migrierwilligen Frauen, daß Zwangsmaßnahmen durch Zuhälter oder Vermittler überflüssig seien, berichtet Dr. Gabriel Bianko. Es gäbe zwar keine Hungersnot in seinem Land, trotzdem hätten die Frauen keine Perspektiven. Die Flitter- und Glitzerwelt des Sexgeschäftes sowie die Hoffnung auf das schnelle Geld sind laut Bianko Sinnbild des Paradieses auf Erden. Über die Risiken, z.B. die meist illegale Situation im Ausland, werde dagegen kaum gesprochen. Aufgrund der großen Nachfrage durch slowakische Frauen können die Schlepper die Preise sehr drücken und unvorstellbare Arbeitsbedingungen durchsetzen.

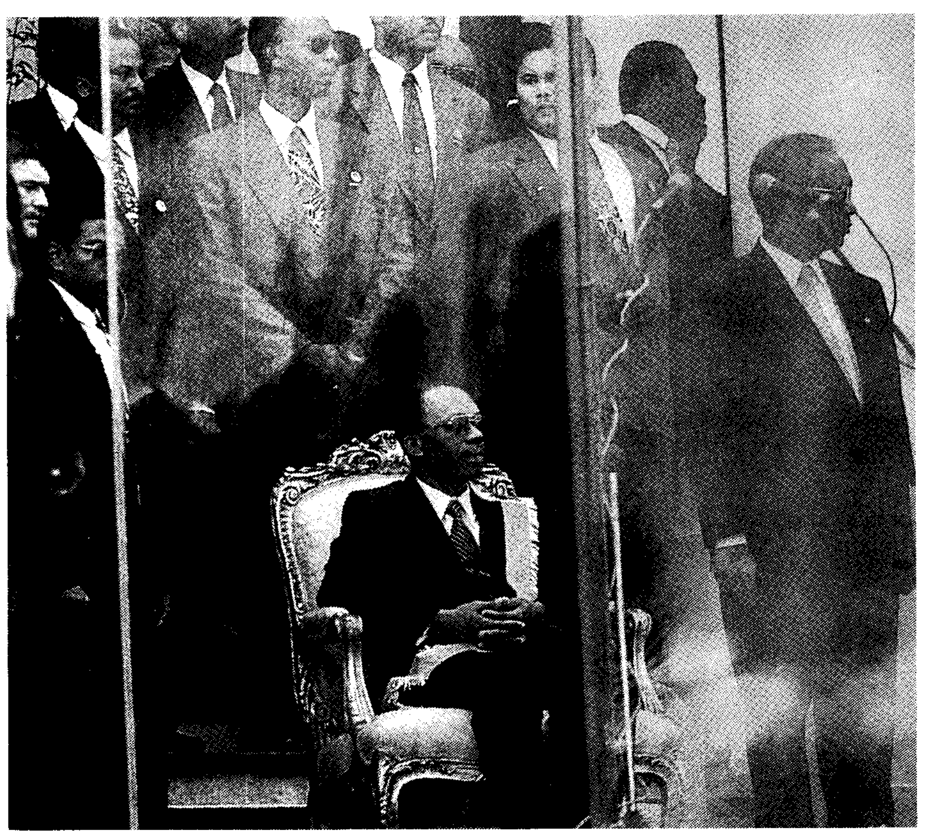
Manche der Frauen bleiben Monate im Westen, andere wiederum gehen nur für ein bis zwei Wochenenden anschaffen. Hanna Cieszinski, Mitarbeiterin von 'agisra', einer Beratungsstelle in Köln, erzählt von osteuropäischen Frauen, die sich kurze Zeit prostituieren, um ihren Kindern Weihnachtsgeschenke kaufen zu können. Doch auch wenn sich eine Frau selbst entscheide, werde sie nur selten ohne die Hilfe eines Vermittlers ins Ausland gelangen. Dabei verlieren laut Cieszinski viele Frauen ihre Freiheit. Den Frauen in Osteuropa sei meist nicht bekannt, daß es für sie kaum legale Arbeitsmöglichkeiten im europäischen Ausland gibt. Die Staaten der Europäischen Union, aber auch die Schweiz und Österreich haben sich hermetisch gegen die Einwanderung abgeschottet.

Damit beginnt für die Frauen ein Teufelskreis: Einmal als Illegale in Westeuropa, meist ohne Paß, können sie sich kaum mehr aus den Fängen der Schlepper und Zuhälter befreien. Versuchen sie es doch und wenden sich an die Polizei, befinden sie sich schnell in Abschiebehaft und werden ausgewiesen. In der Hauptstadt ihres Heimatlandes werden sie ohne Geld auf die Straße gesetzt. Es gibt weder Frauenhäuser oder Notruftelefone, an die sich diese Frauen wenden können. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die zurückgeschafften Frauen wenige Tage später wieder als illegale Prostituierte einreisen, entweder "freiwillig", angesichts mangelnder Alternativen oder gezwungen durch Schlepper und Zuhälter. Verschärft habe sich diese Situation, da in einigen Bundesländern den Frauen das letzte Hab und Gut abgenommen werde, um die Kosten der Abschiebung zu bezahlen, beklagt Danuta Osiecki, eine polnisch sprechende Streetworkerin aus Hannover. Keine der Frauen sei kürzer als eine Woche in Abschiebehaft, viele sogar schon Monate. Die ersten Initiativen zum Schutz der Prostituierten sind meist Projekte im Rahmen der HIV-Prävention, finanziert aus dem Ausland. Diese Maßnahmen verbessern zwar die gesundheitliche Situation der Frauen, doch an den Ursachen der Migration in das Sexgewerbe setzen sie nicht an.

Mechtild Maurer

Dancing for money

"Ich wollte, daß alle mich lieben, deshalb spielte ich die Rollen, die von mir erwartet wurden; es war einfach zu Beginn, aber es wurde ernst, sehr ernst." Ernst wurde es spätestens, als Paula mit einem Vertrag zwischen den Brüsten an der deutsch-schweizerischen Grenze kontrolliert und aufgehalten wurde, weil der Grenzbeamte ahnte, daß die junge, schwarze Britin zusammen mit ihrer Freundin Bony auf dem Weg in einen dieser einschlägigen Nachtclubs in Grenznähe war. Der Clubbesitzer von "Pussy Cat" brachte Paula jedoch mühelos über die Grenze. Paula ist schockiert, als sie den Club betritt und die Pornovideos an der Wand flimmern sieht. Der einzige Grund, warum sie und Bony aus London wegwollten, war, einmal groß herauszukommen und Reisen und Luxus genießen zu können. Sie hatten sich auf eine Anzeige, in der Hostessen in Deutschland gesucht wurden, bei einem Agenten gemeldet. Dieser hatte ihnen versprochen, bis zu tausend Pfund im Monat zu verdienen, wenn sie mit Geschäftsleuten Champagner trinken und Kaviar essen würden. Doch es sollte alles anders kommen...



Aristide als Vorlage für einen Politthriller?

Paula Charles schreibt in **"Go, Josephine, go"** ihr Leben nieder. Eine der Stärken der Autobiographie ist, daß die Autorin schonungslos mit sich umgeht: "Ich beschloß, dieses Buch zu schreiben und mich dabei nackt auszuziehen. Ich fürchtete mich vor der Begegnung mit diesem Teil von mir. Beim Schreiben aber wurden Josephine und Paula eins." Das Buch öffnet die dunkle Welt der Frauenschinder, der Zuhälter und Ausbeuter, sie führt aber auch in den Alltag der Tänzerinnen, die untereinander konkurrieren, sich gegenseitig helfen, die die Welt des Tanzens und der Lichter genießen, die Spaß am Ausgehen haben, die von den anderen Frauen nicht verstanden werden, einsam und auf der Suche nach Sex und Liebe sind.

Paula lebt in den folgenden Jahren als Gogo-Tänzerin in der Schweiz. Ihre Naivität wird übel ausgenutzt. Ihr erster Arbeitgeber verlangt eine weit überhöhte Miete, bezahlt ihr nur ein Drittel des Einkommens anderer Tänzerinnen, zwingt sie zu Pornoaufnahmen und versucht, sie unwissend zu halten. Sie kämpft am Rande des Abgrundes für ihre Zukunft, bleibt dabei aber ehrlich und solidarisch. Sie sieht ausländische Frauen, die an den ausbeuterischen Bedingungen des Gewerbes zerbrechen. Das Leben hatte für Paula nicht nur Schattenseiten, denn als gute Tänzerin war sie bei den Männern angesehen und sie war jemand. Die unmenschlichen Lebensbedingungen der Gogo-Tänzerinnen in der Schweiz werden durch den besonderen Aufenthaltsstatus geradezu zementiert: Sie bekommen für maximal neun Monate pro Jahr eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung, die nur für diese Tätigkeit gilt. Dann müssen sie wieder ausreisen und können erst nach drei Monaten wieder zurückkehren. Sie sind dadurch auch weitgehend auf die Gunst der Salonbesitzer angewiesen.

Paula Charles' Kindheit macht deutlich, weshalb die jungen Frauen voller Hoffnung leichtfertig solche Arbeitsverträge unterzeichnen. Ihre Eltern, kurz vor ihrer Geburt aus der Karibik nach London eingewandert, schaffen es nicht, genug Geld für den Unterhalt der Familie zu verdienen. Deshalb werden die Kinder auf die Heimatinsel St. Lucia zur Großmutter zurückgebracht. Bei Tochter Paula scheint sich ein ähnliches Schicksal zu wiederholen. Die Flucht in das unbekannte Leben der Tänzerin war zumindest zeitweilig ein Ausweg.

Mechtild Maurer

Paula Charles: "Go, Josephine, go", Limmat-Verlag, Zürich 1993, 239 Seiten.

Exotischer Polit-Thriller



Jean-Marie Doumergue, ein schwarzer Landzahnarzt, wird zum Präsidenten der Karibikinsel Ganae gewählt und macht sich sogleich daran, die Privilegien der Mulatten-Oberschicht zu beschneiden. Er neutralisiert die Armee und bildet eine private Terrorgruppe, die "Bleus", schwingt sich zum blutrünstigen Diktator auf und residiert bis zu seinem Tod im strahlend weißen Präsidentenpalast von Port Riche.

Ein Priester, der mit überwältigender Mehrheit die ersten freien Wahlen des Landes gewinnt, setzt alles daran, die elenden Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit zu verbessern. Vertreter der Mulatten-Oberschicht, des Klerus und des Militärs bereiten eine Verschwörung vor und beenden nach wenigen Monaten das Experiment eines friedlichen Wandels durch einen blutigen Militärputsch. "Nur" die verelendeten Massen stehen noch hinter ihrem gewählten Präsidenten, den sie liebevoll "père Jeannot" nennen.

Der 1921 in Belfast geborene und heute in Kalifornien lebende Autor Brian Moore hat einen spannenden Polit-Thriller mit exotischem Ambiente geschrieben und dabei die jüngsten **Ereignisse in Haiti als Vorlage** genommen. Das haben vor ihm schon ganz andere getan. Haiti scheint als immer wiederkehrendes Thema der Weltliteratur einen ganz besonderen Romanstoff abzugeben: Victor Hugo hat in "Bug-Jargal" dem Befreier Toussaint Louverture ein literarisches Denkmal gesetzt, Alejo Carpentier in "El reino de este mundo" dem schwarzen König Henri Christophe und Graham Greene in "The comedians" dem Diktator Papa Doc, um nur drei Beispiele zu nennen. Literarisch mag dies auch legitim sein. Vom politischen Standpunkt aus betrachtet ist es oftmals problematisch, wie Brian Moores Roman **"Es gibt kein anderes Leben"** zeigt.

Ob der Autor dem mittlerweile wieder eingesetzten Präsidenten Haitis, Jean-Bertrand Aristide, ein literarisches Denkmal setzen wollte? Wohl kaum. Schließlich betont er im Vorspann: "Diese Geschichte ist frei erfunden. Irgendwelche Ähnlichkeiten mit

tatsächlichen Personen, seien sie lebend oder tot, sind rein zufällig." Dennoch waren es die Schlagzeilen der letzten Jahre, die ihn reizten, das Thema Haiti aufzugreifen. Bis ins Detail läßt sich dies nachvollziehen. Er scheut auch nicht davor zurück, Pressemeldungen in seinem Thriller zu verarbeiten, die auf eine Kampagne der Putschisten in Port-au-Prince zurückgehen. Da hilft auch die übliche Versicherung "frei erfunden und rein zufällig" nichts.

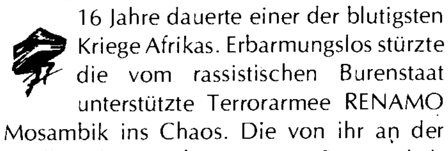
Immer wieder kreist der Roman um die Themen Gewalt und Widerstand. Dürfen ungerechte soziale und politische Verhältnisse mit Gewalt besiegt werden? Brian Moore läßt seinen Armenpriester Jeannot diese Frage bejahen. In seiner "Macheten-Rede" ruft er seine Anhänger auf, blutige Rache an den "Bleus" und allen Unterdrückern zu nehmen.

Aristide schließlich hat die Gewalt als politisches Mittel immer abgelehnt, und dennoch wurde er weltweit als Armenpriester verteufelt, der den gewaltsamen Umsturz propagiere, der ein "zweites Kuba" wolle, der seine Wähler angeblich dazu aufrief, den 'tontons macoutes' brennende Autoreifen um den Hals zu legen. Und gerade dies diente jahrelang als Vorwand dazu, eine Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Haiti zu verhindern.

Klaus Jetz

Brian Moore, Es gibt kein anderes Leben, Zürich (Diogenes) 1994, 272 S., 36 DM.

Mosambikanische Bürgerkriegsliteratur



16 Jahre dauerte einer der blutigsten Kriege Afrikas. Erbarmungslos stürzte die vom rassistischen Burenstaat unterstützte Terrorarmee RENAMO Mosambik ins Chaos. Die von ihr an der Zivilbevölkerung begangenen Grausamkeiten waren so unvorstellbar, daß man über den Friedensprozeß und die Integration der RENAMO ins politische Leben Mosambiks eigentlich nur staunen kann. Dieser Umstand läßt sich wohl nur mit der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung erklären.

Der Frankfurter Dipa-sVerlag veröffentlicht seit einigen Jahren Autoren aus Ländern, die in Deutschland zumindest in literarischer Hinsicht Neuland darstellen: sei es nun Estland, Jamaika, die Dominikanische Republik oder eben Mosambik. Dipa hat mit Mia Couto nicht nur den bekanntesten Autor der ehemals portugiesischen Kolonie im Programm, sondern auch einen der profiliertesten Erzähler der jüngeren Generation Afrikas. **"Das schlafwandelnde Land"**, so der Romantitel, ist Coutos Metapher für seine in einer Orgie der Gewalt versunkene Heimat.

Wie Schlafwandler, ziellos und sinnlos, irren der junge Muidinga und der alte Tuahir durch eine verwüstete Landschaft. Verzweifelt versuchen sie, dem Krieg zu entfliehen, träumen von der Vergangenheit und einer besseren Zukunft, aber wo sie auch hinkommen, immer wieder werden sie von der grausamen Wirklichkeit eingeholt. Auf einer Überlandstraße gelangen sie an einen ausgebrannten Bus voller verkohlter Leichen, und sie beschließen, sich dort niederzulassen. Muidinga findet einen unversehrten Koffer mit den Tagebuchaufzeichnungen eines Toten am Straßenrand. Der Junge hat im Gegensatz zum alten Tuahir lesen gelernt. Nachts liest er diesem aus den Heften vor.

Mia Couto, 1955 als Sohn eines Dichters in Beira geboren, ist auch in der Anthologie **"Die Liebe aller Tage"** mit zwei Erzählungen vertreten. Dieser Band offenbart vielleicht noch eher als Coutos Roman die thematische Vielfalt einer Bürgerkriegsliteratur. Die 13 Autoren, fast alle in den 50er und 60er Jahren geboren, thematisieren in 21 Erzählungen die Grausamkeit des Krieges und die durch ihn bedingte Anormalität des Landes. Immer wieder erfährt der Leser von Exekutionen, Minenfeldern, Lebensmittelrationierungen, Zwangsrekrutierungen von Kindern. Die Autorin Calane da Silva beschreibt in ihrer Erzählung "Ist der Teufel etwa ein Kind?" einen von Kindern in Uniform begangenen Überfall auf einen Überlandbus. Allein die Protagonistin überlebt den Hinterhalt. Fassungslos wird sie Zeugin, wie ein kleiner Junge das Maschinengewehrfeuer auf sie und ihre Mitreisenden eröffnet.

Pedro Chissano, derzeit Sekretär der mosambikanischen Schriftstellervereinigung AEMO, läßt in der Erzählung "Die Verurteilten" die Dorfbevölkerung einer Hinrichtung beiwohnen. Langsam nähern sich drei Lastwagen dem Marktplatz des Ortes. Der erste transportiert die sechs zum Tode Verurteilten, der zweite die Särge und der dritte das Erschießungskommando. Nüchtern, fast stichwortartig beschreibt Chissano auf knapp drei Seiten, wie die Todeskandidaten vom Lastwagen geholt und an die Pfähle gebunden werden, wie der Befehl an das Erschießungskommando ergeht und wie die Erschossenen in sich zusammensacken, um dann, nachdem der Kommandeur die Gnadenschüsse erteilt hat, in die Särge gelegt zu werden. Dann ziehen die Lastwagen wieder ab, und die Menschen zerstreuen sich nachdenklich in alle Richtungen.

Die Werke beinhalten auch positive Themen und berichten vom Überlebenswillen der Menschen. Die Narben und psychischen Folgen, die dieser Krieg bei ihnen hinterlassen hat, sind unabsehbar. Entwurzelt hat er sie jedoch nicht. Die Menschen haben ihre kulturellen Traditionen und Mythen bewahrt. Die literarische Aufarbeitung der jüngsten Geschichte hat in Mosambik gerade erst begonnen. Den Herausgeberinnen und Übersetzerinnen gebührt Dank dafür, daß sie uns einen literarisch anspruchsvollen Einblick in die Realität des südostafrikanischen Landes ermöglicht haben.

Klaus Jetz

- Mia Couto, Das schlafwandelnde Land. Roman. Dipa 1994.

- Elisa Fuchs/Elsa Fuchs-De Melo (Hrsg.), Die Liebe aller Tage. Erzählungen aus Mosambik, Dipa 1992.

Welten-Allerlei



So richtig weiß man zunächst nicht, was das Coverbild aussagen soll, das Afrikaner in ihren Booten, allesamt mit Außenbordmotor, zeigt. "Überfremdung"? Unterschiedliche (Entwicklungs-)Geschwindigkeiten? Verdammnis Modernisierung? Vielleicht soll das Bild aber auch - mehr oder weniger gelungen - den nicht sehr aussagekräftigen Titel des Sammelbandes **"Die Welt im Umbruch"** visuell untermauern. Schlägt man das Inhaltsverzeichnis auf, so findet man eine Vielzahl recht unterschiedlicher Beiträge, sowohl was die Thematik als auch was den Umfang angeht: Von soziologischen Erklärungen "Fremder Wirklichkeiten" über sprachtheoretische Betrachtungen und Beiträge zum sozialen Wandel und zur Indianergesetzgebung in Lateinamerika bis zu diversen kurzen Aufsätzen zu Kuba, Ruanda, Indien, Südafrika, zum Rio-Gipfel und zur österreichischen Entwicklungs- und Asylpolitik. Die Antwort auf die schnell aufkommende Frage nach dem Rahmen dieser bunten Mischung findet sich im Vorspann, in dem der Sammelband als Reader ausgewiesen ist, der Referate der 1992 und 1993 durchgeführten entwicklungspolitischen Wochen der Universität Linz enthält.

Der Eingangsbeitrag von Andreas J. Obrecht, "Soziologische Ansätze zur Erklärung fremder Wirklichkeiten", bringt einen soliden Überblick über die diversen historisch aufeinanderfolgenden Deutungsmuster der Fremde. Verfahrensweisen der modernen Soziologie werden erläutert, bewertet und hinterfragt, was in der Forderung nach einem universalistischen Ansatz mündet. Der zweite Beitrag befaßt sich mit der "Sprache als Medium der Kultur" und beinhaltet "ethnologische Reflexionen zur Sprache, insbesondere zum Sprachrelativismus und zur interkulturellen Kommunikation". So wichtig der Anspruch von Helmut Lukas ist, Sprache in den Mittelpunkt einer Betrachtung interkultureller Kommunikation zu rücken, so umfassend auch seine Darstellung der Saphir-Whorf-Hypothese von der sprachlichen Relativität - er bleibt hinter dem heutigen Stand der Erkenntnis zurück. Einmal sprachtheoretisch, weil er die von der sowjetischen Linguistik an der Hypothese geleistete Kritik und das daraus entwickelte, am Praxis- und Arbeitsbegriff orientierte Sprachmodell nicht erwähnt. Zum anderen birgt die Gleichsetzung von Sprache mit interkultureller Kommunikation die Gefahr in sich, die diversen anderen Formen der

Kommunikation aus dem Blickfeld zu verlieren.

Von den länderspezifischen Beiträgen sei hier der über Kuba erwähnt, weil er prägnant, offen und nicht tendenziös die Lage des Landes beleuchtet. Er kritisiert den Revolutionstourismus ebenso wie er die US-Blockadepolitik angreift und den Dissidenten Jesús Dias zu Wort kommen läßt. Eine erfreulich realistische Betrachtung unter all den Castro-Verteuflern und -Apologeten. Positiv hervorzuheben ist auch der Beitrag von Heinz Holley über das Scheitern der Entwicklungskonzepte. Auf nur zwölf Seiten entwickelt er einen treffenden Überblick über die diversen "Entwicklungsstrategien" der letzen 30 Jahre. Problematisch allerdings ist die Parteinahme des Autors für eine aus der Bewährung(?) der Modernisierungs- und despendencia-Theorie entstandenen Forderung nach "kritischer Modernisierung" - das klingt zu sehr nach reformerischer Versöhnung. Notwendigerweise trocken, aber informativ sind die Beiträge zum österreichischen Asyl- und Fremdenrecht, in denen die Gesetzesänderungen dokumentiert und bewertet werden. Allerdings entsteht bei diesen Beiträgen der Eindruck, sie seien Fremdkörper im Kontext des Buches, ohne rechten Zusammenhang zu den anderen Beiträgen.

Auch bei der abschließenden Gesamtbetrachtung bleibt eher der Eindruck eines Steinbruchs zurück denn der der Beschreibung eines Weltumbruchs. Sicherlich, der Band enthält einige solide Teile, aber das Konzept läßt zu wünschen übrig und eröffnet keine neuen theoretischen Perspektiven.

Tom Beier

Klaus Zapotoczky / Hildegard Griebl (Hrsg.), Die Welt im Umbruch - Fremde Wirklichkeiten als gesellschaftliche Herausforderung, Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt 1994, 272 Seiten, DM 29,80.

Betr.: Artikel zur grünen Vision eines "neuen BMZ"
blätter des iz3w, Nr. 200

Mich selbst als "ethisch und ökologisch sensibilisiert" bezeichnend, frage ich mich nach der Lektüre von Thomas Fues' Artikel "Ein neues BMZ?", ob dat nu eine Parodie auf mir nicht bekannte grüne Strategiepapiere, der Wuschtraum vom Autor oder eben einfach der Ausdruck der Orientierungslosigkeit der entwicklungspolitischen Szene ist (...). Der Aufsatz bzw. die Vision wirft wahrlich mehr Fragen als Antworten auf; die wenigen Antworten jedoch werden vom Autor selbst - und das spricht für ihn - in weiser Einsicht umwendend als "Höhenflüge" bezeichnet. (...).

Es bleibt offen, von welchen "Umbrüchen in den Nord-Süd-Beziehungen" die Rede ist, auf die engagierte Gruppen reagieren sollen. Es verwirrt, wenn einerseits Nachhaltigkeit gefordert wird, andererseits unklar bleibt, wie die entwicklungspolitische Szene "Verantwortung für einen Kurswechsel in der staatlichen Politik wahrnehmen" könnte. Denn wenn es mit der Nachhaltigkeit ernstgemeint ist, dann geht es doch eindeutig darum, an den Strukturen (und Verantwortlichen) zu nagen, die den ökonomistischen Wachtumswahn auf Kosten von Sozialität und Ökologie bis hin zur Perversion des 'nachhaltigen Wachstums' (Brundtland) aufrechterhalten. Es kann nur darum gehen, dem Getriebe Sand einzufüllen, und zwar so viel wie möglich; und darum, Alternativen zu stricken.

Natürlich brauchen wir eine Strategie, wenn wir Veränderungen im Norden bewirken wollen, die auch noch global sozial- und ökoverträglich sein sollen. Aber gerade das ist leider Gottes auch eine nationale Angelegenheit. Der Kampf wird auf unterster Ebene geführt, in den Gemeinden: Schon mal was von MVA oder Fernstraßengesetz gehört? Es sind die gleichen Unternehmen - RWE, KfW usw. - die im Bündnis mit dem BMZ dort und im Zweifelsfall mit dem BMU hier für die tagtäglichen Schweinereien verantwortlich sind.

Deshalb wird die "dürftige ... innenpolitische Einflußnahme ..." der Hilfswerke solange dürftig bleiben, wie sie nicht ganz entschieden gegen Straßenbau-, Atom- und Genmafia, DSD und RWE und Konsorten innenpolitisch Einfluß nehmen. Genau das wäre die logische Konsequenz aus Rio. Nur aus der Verknüpfung der persönlichen Betroffenheit mit der politischen Auseinandersetzung - nicht "auf die innenpolitische Debatte zu Nord-Süd-Themen beschränkt", wie Herr Fues selbst meint - ist Veränderung hier machbar. (...).

Richtig besorgt bin ich erst darüber, daß Herr Fues neben der nachhaltigen Entwicklung sogar auf Armutsbekämpfung setzt - ich dachte, der Stand der entwicklungspolitischen Diskussion war schon mal darüber hinausgekommen. Schwach erinnere ich mich an den Slogan 'Bekämpfung des Reichtums' (...).

Erfreulich, daß Herr Fues immerhin zu dem Schluß gelangt, daß es für Veränderungen einer breiten Mobilisierung bedarf; zwar nicht für ökologisch-solidarischen Kurswechsel allgemein, aber doch wenigstens für solchen in der Nord-Süd-Politik. Problematisch daran ist nur, daß die entwicklungspolitisch engagierte Öffentlichkeit nicht die breite Öffentlichkeit ist; andererseits die bestehende Nord-Süd-Politik - wenn auch vielleicht die profitabelste Branche - am Ende nur die Spitze der zerstörerischen Strukturen darstellt, die übrigens nicht nur "meine Enkel" bedrohen, sondern die Enkel dieser Welt.

Es ist ein Allgemeinplatz, zumindest für entwicklungspolitisch Engagierte, daß Nord-Süd-Beziehungen sich nach den Anforderungen des Nordens strukturieren. Es ist kein Zufall, daß in Zeiten der Überproduktions- und Kapitalverwertungskrise inzwischen jede popelige Industrie- und Handelskammer auf weltwirtschaftliche Expansion setzt. Die Ursachen liegen nicht im BMZ oder Auswärtigen Amt; sie sind Funktionsträger im Interesse der Lobby der Wirtschaft, und die ist nun mal leider momentan immer noch stärker als die uneigennützigste, humane und religiös motivierte Lobby, die Herr Fues mobilisieren möchte. (...)

Meines Erachtens kann das Ding nicht 'von oben' aufgerollt werden. Breite Mobilisierung - ja, aber WOFÜR? Doch nicht, um wieder in altruistischer Manier Hilfe zur Armutsbekämpfung von ganz oben zu verteilen. Nein! Es muß an die Wirtschaft gehen, denn ökologisch-sozialer Umbau ist nur möglich über wirtschaftlichen Umbau und nicht durch "Erhalt der ökonomischen Substanz" (M. Vesper). Deshalb wird es darum gehen, ein breites Bündnis auf die Beine zu stellen, zwischen kulturellen, sozialen, ökologischen und und und, und natürlich den entwicklungspolitischen Gruppen. Die Rolle letzterer wird darin bestehen, aufzuzeigen, daß es die gleichen Ursachen sind, die hier wie dort zu Unsolidarität, ökologischer Zerstörung und Militarismus führen. Es wird darum gehen, dazu ersteinmal die vorhandenen Kräfte in der Entwicklungspolitik zu bündeln (...).

Holger Kleen

KURDISTAN

Für Wiederzulassung der PKK

Anläßlich des ersten Jahrestags des Verbots der PKK durch das Bundesinnenministerium sprachen sich im November letzten Jahres die AKTION 3.WELT Saar und der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen für die Wiederzulassung der kurdischen Arbeiterpartei aus. Die beiden Organisationen forderten die Bundesregierung weiterhin auf, sich endlich für eine politische Lösung des Kurdistankonflikts am Verhandlungstisch einzusetzen.

Mit der Kriminalisierung der PKK und der kurdischen Kulturvereine einerseits und den fortgesetzten Waffenlieferungen an die Türkei andererseits betreibt die Bundesregierung jedoch bisher weiterhin die offene Unterstützung der Politik der türkischen Regierung in Kurdistan - einer Vernichtungspolitik, die bislang 20.000 Tote, 2 Millionen Flüchtlinge, mehr als 1.500 zerstörte Dörfer und zehntausende Hektar verbrannter Wälder und Felder zur Folge hatte.

Solidaritätsfonds

Aktuell sitzen über 200 KurdInnen in bundesdeutschen Knästen - oft, weil sie an Aktivitäten kurdischer Vereine gegen den Genozid in Kurdistan und die Beteiligung der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft hieran teilgenommen haben. Neben der sprachlichen Isolierung (viele von ihnen sprechen nur wenig oder gar nicht deutsch) sind einzelne zudem einem strengen Isolationsprogramm unterworfen. Viele von ihnen erhalten darüberhinaus kaum Besuche, da ihre kurdischen FreundInnen Angst vor Repression haben.

Ebenfalls im November vergangenen Jahres riefen deshalb politische und Menschenrechtsorganisationen, politische Basisinitiativen und Gruppen der Kurdistan-Solidarität zur Gründung eines bundesweiten Rechtshilfefonds auf, um - auch angesichts der aktiven Rolle, die die BRD an der Seite des türkischen Regimes spielt - kriminalisierte KurdInnen hier praktisch unterstützen zu können. Mit dem für den Rechtshilfefonds gespendeten Geld sollen RechtsanwältInnen und Prozeßkosten, DolmetscherInnen, türkische/kurdische Zeitungen und Literatur zumindest zu einem Teil mitbezahlt werden.

Zentrales Konto:
BfG-Bank AG Köln,Kto.Nr.100 718 0300, BLZ 370 101 11 Inh. RA H.Krause
Stichwort: Rechtshilfefonds
Kontakt für weitere Informationen:
Informationsstelle Kurdistan e.V.
Wolfstr.10/Hinterhaus
53111 Bonn
Tel./Fax: 0228/659513

Newroz 1995

Zur Anmeldung und Teilnahme von interessierten Personen und Organisationen an der Beobachtung des kurdischen Newroz-Festes im März 1995 ruft medico international auf. Wie schon in den letzten Jahren sollen die Delegationen zum Schutz der verfolgten kurdischen Bevölkerung während ihres Neujahrsfestes beitragen, und weiter an der Sammlung und wissenschaftlichen Aufbereitung von Fakten, die zum weiteren Beweis der fortwährenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit in diesem Krieg dienen, arbeiten. Um die Ergebnisse veröffentlichen, den Rechtsweg vor der Europäischen Menschenrechtskommission beschreiten und die Recherchen den relevanten internationalen Organisationen übergeben zu können, bittet medico um die besondere Beteiligung qualifizierter DelegationsteilnehmerInnen, u.a.: JournalistInnen und MenschenrechtsvertreterInnen, KennerInnen des internationalen Rechts und der türkischen Sondergesetze, SpezialistInnen für forensische Arbeit und chemische Kriegsführung sowie VertreterInnen von Organisationen, die über ihre Verbände Zugang zur internationalen Öffentlichkeit herstellen können.

Interessierte wenden sich an das:
Newrozbüro 1995
Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt
Tel: 069/436612
Fax: 069/436002

Brasilien: Solidarität zwischen CUT und DGB

In keinem anderen Staat außerhalb Europas - mit Ausnahme der USA - ist soviel deutsches Kapital investiert wie in Brasilien. Etwa 15% des industriellen Bruttoinlandprodukts werden dort von deutschen Firmentöchtern erwirtschaftet. Neben den großen Konzernen wie VW, Mercedes, Bayer oder Hoechst, die mit eigenen Werken oder Kapitalbeteiligungen vertreten sind, haben inzwischen auch zahlreiche mittelständische Betriebe Niederlassungen in dem südamerikanischen Land aufgebaut. Demgegenüber entwickelt sich erst seit den achtziger Jahren eine zunehmend engere Kooperation bundesdeutscher und brasilianischer Gewerkschaften. Nach fast zwei Jahrzehnten der Unterdrückung unabhängiger ArbeiterInnenzusammenschlüsse durch die Militärdiktatur hatte sich erst Ende der siebziger Jahre aus einer Welle von Streiks gegen die schlechten Arbeitsbedingungen bei nationalen und multinationalen Konzernen eine freie Gewerkschaftsbewegung bilden können. Der 1983 gegründete, der PT nahestehende nationale Dachverband "Central Unica dos Trabalhadores" (CUT) ist heute mit 1.700 Mitgliedsgewerkschaften und ca. vier Millionen organisierten ArbeiterInnen der größte und aktivste Gewerkschaftsverbund Brasiliens.

Um die gewerkschaftliche Bildungs- und internationale Zusammenarbeit zu verbessern, wurde Anfang der neunziger Jahre mit Unterstützung des DGB und der italienischen CGIL das internationale Solidaritätsprojektprojekt "Escola Sul" ins Leben gerufen. "Escola Sul" hat sich zum Ziel gesetzt, ein regionales Bildungs- und internationales Begegnungszentrum in Südbrasilien aufzubauen. Als mobile Schule mit einem kleinen Büro und einem Team von Lehrkräften existiert die "Südschule" bereits seit 1991. Im Herbst 1994 konnte schließlich der Grundstein für das Bildungszentrum in Florianopolis im äußersten Süden Brasiliens gelegt werden. Die CUT hofft, ab 1996 in den neuen Räumlichkeiten arbeiten zu können. Bisher sichern die zur Verfügung stehenden Gelder jedoch lediglich die Fertigstellung des Bauvorhabens, allerdings nicht dessen Einrichtung: Das DGB- Bildungswerk ruft deshalb zu weiteren Soli-Spenden auf.

Spendenkonto Stichwort: Escola Sul
BfG-Bank AG Düsseldorf
Kto.Nr.101 600 9300, BLZ 300 101 11
Informationen und Formulare für eine Fördermitgliedschaft bei der CUT:
DGB-Bildungswerk Nord-Süd-Netz
Postfach 10 10 26, 40001 Düsseldorf

30 Jahre "der überblick"

Zum Ende des letzten Jahres konnte die vom Verlag "Dienste in Übersee" herausgegebene Zeitschrift mit der Nummer 4/1994 ihr nunmehr dreißigjähriges Bestehen feiern.

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift verstand sich zunächst lediglich als evangelisches Fachblatt mit der Absicht, den Erfahrungsaustausch zwischen Fachkräften in Übersee und MitarbeiterInnen entwicklungsbezogener Dienste und Hilfswerke hier zu fördern. Dieses Konzept wurde ab Heft 1/1976 erheblich erweitert, aus der Einsicht heraus, daß Entwicklungsarbeit nicht auf den Trikont beschränkt bleiben kann, sondern auch rückbezogen auf die eigene Gesellschaft ansetzen muß. Seitdem erscheint "der überblick" als Quartalsschrift der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst.

Inzwischen erreicht die Zeitschrift eine Auflage von 16.000 Exemplaren und ist weit über kirchliche Kreise hinaus bekannt. Die Forderungen nach entwicklungspolitischem Vorrang der Grundbedürfnisse der Armen, nach dem Verständnis von Entwicklung als internationaler sozialer Frage, nach bevorzugter Frauenförderung und nach der Überwindung kolonialer und postkolonialer Herrschaftsstrukturen haben für den "überblick" dabei weiterhin Geltung.

Probehefte bei:
Redaktion "der überblick"
Postfach 30 55 90, 20317 Hamburg

EU in Essen: Der Gipfel der Repression

Ein Signal für die Zukunft Europas sollte laut Kohl und Kinkel vom Gipfel Anfang Dezember in der Ruhrmetropole ausgehen - zumindest hinsichtlich der Einschränkung der Meinungs- und Diskussionsfreiheit wurde es für die EU-GegnerInnen vor Ort (und nicht nur für sie) zu einem unmißverständlichen Signal.

Die bei derlei Großveranstaltungen mittlerweile üblich gewordene Sicherheitsstaats-Inszenierung ging diesmal noch einen Schritt weiter. Wie beim Weltwirtschaftsgipfel in München 1992 hatten "Sicherheits"-Kräfte die Stadt Essen schon Tage vor dem Treffen des EU-Ministerrats in eine Festung verwandelt, Scharfschützen postiert, Gullideckel zugeschweißt, Mülleimer abmontiert etc.. Anreisende potentielle GipfelgegnerInnen wurden an Einfahrtsstraßen sowie an anderen Kontrollpunkten ausführlichst durchsucht. Während vor zwei Jahren im CSU- regierten Bayern immerhin noch eine Großdemonstration zugelassen wurde, sollte diesmal im sozialdemokratischen NRW jedwede kritisch-oppositionelle Äußerung auf der Straße nachhaltig verhindert werden. Die Demonstration gegen den EU-Gipfel am 10.Dezember, zu der u.a. PDS, Grüne und autonome Gruppen aufgerufen hatten, wurde vom Polizeipräsidium Essen verboten und blieb es auch, trotz eines Eilantrags der OrganisatorInnen an das Bundesverfassungsgericht, der - aus Zeitgründen und aufgrund von mehr als fragwürdigen Geheimdiensterkenntnissen über drohende Aktionen militanter Gruppen - abschlägig beschieden wurde.

Das Demonstrationsverbot wurde alsdann mit aller Staatsgewalt und beispielloser Konsequenz durchgesetzt. 8.000 StaatsdienerInnen, darunter vermummte SEK-Einheiten, waren im Einsatz, um nicht nur all jene, die es geschafft hatten, sich in der Innenstadt zu spontanen Demonstrationszügen zu formieren für diesen Tag präventiv "in Gewahrsam" zu nehmen, sondern ohne Ausnahme alle Personen, die in irgendeiner Weise als mögliche "StörerInnen" wahrgenommen wurden, etwa, wenn diese eine der citynahen U-Bahnstationen verlassen wollten. Die Festnahme von nach Angaben des Ermittlungsausschusses über 1.000 Menschen ist ein Novum in der Geschichte bundesdeutscher Polizeieinsätze. Sollte sich das Essener Demonstrationsverbot und seine Durchsetzung als Variante der Sicherstellung von "Ruhe" und "Ordnung" zu einem neuen Modellfall des politischen und polizeilichen Umgangs mit kritischer Opposition entwickeln, kann zukünftig jede relevante Mobilisierung einer linken Opposition in der BRD kriminalisiert werden.

Das 'Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel' wird deshalb nun im Rahmen einer Verfassungsklage versuchen, eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtswidrigkeit des Demonstrationsverbotes herbeizuführen.

Die Allgegenwart der Repression und die notwendige Auseinandersetzung damit ließ schließlich leider den neben der Demonstration wichtigsten integralen Bestandteil der Aktionstage in den Hintergrund treten - den Gegenkongreß, von dem in den Medien so gut wie nichts zu erfahren war. In vier thematischen Foren waren dort Analysen zur Formierung der Europäischen Union sowie den Möglichkeiten des Widerstands dagegen diskutiert worden. Das erste Forum befaßte sich mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der Überwindung der Entwicklungsunterschiede zum Trikont. Im zweiten Forum ging es um die wirtschaftlichen Grundlagen der Neuformierung Europas. Das dritte Forum beschäftigte sich mit Eurorassismus, Flüchtlingspolitik und der Mobilisierung der Rechten. Das vierte Forum thematisierte Ökoimperialismus, Ökofaschismus und Naturzerstörung. Es bleibt zu hoffen, daß die hier gelaufenen Vorträge und Debatten in absehbarer Zukunft wenigstens teilweise veröffentlicht werden - damit noch etwas anderes von diesem Wochenende in Essen bleibt, als die massenhaft eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Um gegen diese gemeinsam etwas unternehmen zu können, werden alle Festgenommenen darum gebeten, sich möglichst mit ausführlichen Gedächtnisprotokollen und Angaben zur Person beim Ermittlungsausschuß zu melden. **ff**

EA-Gruppe Essen
Postfach 102745
45027 Essen



Staatsschutzfiktionen in Göttingen

Mächtig gegen "gegen-mächtig" legten sich die Hüter der Ordnung auch in Göttingen ins Zeug (vgl. Beitrag zur "Gegenmacht von unten" in diesem Heft). Dort erhielt der 'Buchladen Rote Straße' Anfang Juli Besuch vom Staatsschutz. Mitte November ging dem Ge-schäftsführer und der Geschäftsführerin schließlich eine Anklageschrift zu, in der ihnen vorgeworfen wird, durch das Anbieten von Schriften für eine terroristische Vereinigung geworben zu haben. Es handelt sich bei dem einen der inkriminierten Texte um die Erklärung der RAF vom 6.3.94, in der diese ihre Gegenmacht-Strategie bei Aufgabe des bewaffneten Kampfes ankündigt und die in mehreren großen Zeitungen auszugsweise veröffentlicht wurde. Der andere Text, der - wie eine stolze linke Phrase behauptet - den "Herrschenden ein Dorn im Auge ist", ist eine Broschüre ("Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte"), die bereits seit sieben Jahren im Handel ist und von der bisher mehr als 10.000 Exemplare verkauft wurden. "Dies allein zeigt schon die Beliebigkeit, mit der hier eine Anklage konstruiert wurde", stellt das Buchladen-Kollektiv fest und rät, doch einmal nachzuschauen, ob das gefährliche Produkt nicht auch daheim im Bücherschrank steht...

Ob Ursula Quack ahnungslose Kurden und Kneipiers zur RAF verführt (s. Beitrag in diesem Heft), während diese sich heimlich in den Räumen des 'Buchladens Rote Straße' trifft, um darüber zu diskutieren, wie aus Gegenöffentlichkeit Gegenmacht wird, weiß allein der Verfassungsschutz. Daß letzterer aber nicht zu bestimmen hat, wer mit wem eine politische Diskussion führt (bzw. nicht führt) und daß die Ermittlungen in Saarbrücken und Göttingen letztendlich darauf zielen, kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, also eine bestimmte Gesinnung, zu kriminalisieren, ist einmal mehr Anlaß, die Streichung des Paragraphen 129a zu fordern.

js

Das Kollektiv benötigt für die Verfahren Geld; Spendenkonto-Nr.: 101130169 (D. Vogelskamp), Sparkasse Göttingen, BLZ 26050001.

Klimagipfel

In Berlin findet vom 28.3.-7.4.'95 die Klimakonferenz statt. Sie wird die erste UNO-Konferenz in Deutschland sein und ist eine Nachfolgekonferenz von Rio 1992. Für einige Zeit wird das Klima ein zentrales Thema in den Medien sein. Viele NGOs bereiten Veranstaltungen im Vorfeld und während der Konferenz vor.

Mehr Informationen zur Klimakonferenz in Berlin gibt das 'Netzwerk Klimagipfel'. Das 'Netzwerk' ist ein offenes Bündnis für alle Organisationen und Initiativen, die sich für eine aktive Mitarbeit zur Klimakonferenz interessieren. Insbesondere werden auch entwicklungspolitische Gruppen aufgefordert, beim 'Netzwerk Klimagipfel' mitzuarbeiten und sich an den Veranstaltungen zu beteiligen.

Netzwerk Klimagipfel
Postfach 65
D-10001 Berlin
Tel.+49/30/20220368
FAX +49/30/20220362

der überblick 4/94
Thematischer Schwerpunkt des Dezember-Heftes ist die Debatte um das Bevölkerungswachstum auf der Erde bzw. die kritische Hinterfragung der vorherrschenden Bevölkerungspolitik. Neben Studien zur Bevölkerungspolitik des Iran und dem starken Bevölkerungsrückgang in Osteuropa sind Berichte von der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo und Reportagen aus drei Kontinenten zu diesem Thema zu finden. Weitere Themen in diesem Heft: Aktuelle Analysen zur Rebellion der Kasten in Indien * Negative Auswirkungen der Veränderungen in Osteuropa auf die Frauen * Demokratisierungsbemühungen in Tansania * Die Verwüstung Angolas durch den Bürgerkrieg * Die 'Wahrheitskommission' in Südafrika. 7,-DM + Versandkosten. **Bezug: der überblick, Redaktion, Postfach 305590,20317 Hamburg.**

ila 181/Dezember 94
In Lateinamerika herrscht offensichtlich Aufbruchsstimmung. Die Losungen dazu heißen "Kooperation und Integration". Das Dezember-Heft der Informationsstelle Lateinamerika gibt einen Überblick über derzeitige Kooperationsverträge auf dem Kontinent, von NAFTA bis MERCOSUR, geht aber auch, wenn nötig, auf die Geschichte ein. Sichtbar werden sollen die negativen Folgen dieser Wirtschaftspolitik für breite Teile der Bevölkerung, nicht zuletzt auch durch die ökologischen Konsequenzen. Die Rolle der USA mit ihren Großmachtinteressen und Vereinnahmungstendenzen wird natürlich ebenfalls thematisiert. Die Hintergrundberichte werfen den Blick auf Chiapas/Mexiko (Interview mit EZLN-Vertretern Tacho und Moises), die knappe Wahlniederlage der Linken in Uruguay und auf Haiti, genauer die Tätigkeit der US-Entwicklungsbehörde AID. Das Auseinanderfallen der salvadorianischen FMLN und die Situation in der argentinischen Linken sind weitere Themen im Hauptteil. Ein Interview mit der chilenischen Autorin Pía Barros und Nachrichten zu einzelnen Ländern vervollständigen das Heft. 7,- DM. **Bezug: ila, Heerstr. 205, 53111 Bonn.**

Lateinamerika-Nachrichten Januar 95
Die LA-Nachrichten berichten in ihrer neusten Ausgabe ebenfalls über Chiapas/Mexiko. Zur Situation dort wird ein Vertreter von VCONPAZ interviewt. Die Entwicklung der Linken in Uruguay scheint positiver gesehen zu werden als bei der ila, der Titel "Linke im Aufwind - Wahlen knacken Zweidrittelmehrheit" verrät dies. Auch Haiti ist Thema, hier aber mehr die Rolle des Präsidenten in der Wirtschaftspolitik. Weitere Themen: Nicaragua: Nein zur Gewalt gegen Frauen * Brasilien: Armee-Razzien in Favelas - neue Form militarisierter Innenpolitik * Ecuador: Zwischen Privatisierung und Korruption * Argentinien: Die Ästhetik der Herrschaft Menems; Vergangenheitsbewältigung: Menem bedankt sich beim Militär * Kolumbien: Interview mit Jaime Prieto von "Menschenrechte-Jetzt" * Ökologie: UN-Klimagipfel 1995. Neben Kurznachrichten zu einzelnen Ländern wird im Kulturteil u.a. nach dem Verbleib der Intellektuellen Lateinamerikas angesichts der Massenmedien gefragt. Porträts zu Kultur stehen am Schluß des Hefts. 6,- DM. **Bezug: Lateinamerika-Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin.**

epd 9 bis 15/94
Dem Flugverkehr und seiner Schlüsselrolle im internationalen Transport und damit im Welthandel widmet sich der evangelische Pressedienst in seiner Nr. 9/10/94. Am Beispiel Rhein-Main-Flughafen Frankfurt wird der Weg einzelner Produkte beispielhaft vorgeführt und die Tendenz zu immer mehr Flügen beklagt. Die ökologischen Folgen des steigenden Flugaufkommens bleiben immer noch außerhalb der wirtschaftlichen Bilanzen, eine Trendwende ist nicht in Sicht. Was mit den Altkleiderspenden bei karitativen Organisationen passiert, wo sie landen und, man höre und staune: wie sie der Textilindustrie in den beschickten Ländern schaden, analysiert Heft 13/94. Die darauffolgende Nummer beschäftigt sich mit der mehr und mehr verdrängten Krankheit AIDS, die auch meist die Krankheit der Armen ist. Es wird aber nicht nur lamentiert, sondern auch Strategien gegen die Ausbreitung der Seuche werden aufgezeigt. epd Nr. 15/94 erinnert daran, daß sich die Tendenz "Wachstum ohne Beschäftigung" in der Weltwirtschaft immer mehr durchsetzt. Aufschwung wird weltweit in Abkoppelung von sozialen Problemen und Gesichtspunkten betrieben. Angesichts des im März stattfindenden Weltsozialgipfels in Kopenhagen soll gezeigt werden, daß Aussichten auf eine menschliche Entwicklung, die Armut, Ausgrenzung und soziale Mißstände behebt, weiter entfernt sind denn je.
Bezug: epd Entwicklungspolitik, Postfach 500550, 60394 Frankfurt/M., Tel. 069/58098-0.

Bolivia 107
Themen in der Oktober/Dezember-Nummer: Die Nullösung - die neue Drogenlogik * Militärs im Drogenreigen * Das Koka in die legale Wirtschaft eingliedern * Die Wine Enforcements Agency setzt die Nullösung durch * Participatión Popular - die Verteilung der Ressourcen * Boliviens Auslandsschulden * Regionale Entwicklungskörperschaften und ihre Einkommen * Rezensionen * Index Nr. 3. 3,- DM.
Bezug: Bolivia, Kottbuser Damm 101, 10967 Berlin.

Kolumbien Rundbrief Nr. 34
Der Schwerpunkt des November-Heftes ist die Lage der Menschenrechte in Kolumbien. Das Heft geht sehr detailliert auf die ganze Breite der Thematik ein. Zu Beginn steht ein Interview mit dem Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation CREDHOS. Daran anschließend werden die Phänomene der (politischen) Gewalt analysiert: Todesdrohungen, politischer Mord, Paramilitarismus, Kriminalisierung des sozialen Protestes, "soziale Säuberungen", politische Gefangene und Vertreibung seien nur stichwortartig genannt. Auf einer zweiten Ebene beschäftigt sich der Kolumbien-Rundbrief mit den Reaktionen des Staates auf den ai-Bericht und anderen offiziellen Verlautbarungen zu der Frage. "Kolumbien und die Weltöffentlichkeit" heißt der dritte Teil, der über die Solidaritätskampagne "Schluß mit der Straflosigkeit - Menschenrechte sofort!", Menschenrechte und internationaler Waffenhandel, die Internationalen Friedensbrigaden (PBI) und die Blumenkampagne informiert. 7,- DM, zuzgl. 2,- DM Versand. **Bezug: Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 72603 Nürtingen, Tel. u. Fax: 07022-36242.**

Tagungshinweise

Alternative Lehrmittel aus der Dritten Welt werden auf der Didacta vom 20.-25. Feb. in Düsseldorf vorgestellt. Informationen: Hans Schmidt, Waldstr. 5, 64390 Erzhausen, Tel. 06150/7190.

"Das ist doch der Gipfel..." Bad Kreuznach, 2.-7. Apr. 95. "Lieber ein Gipfel weit weg als Handeln vor Ort?" Diese provokante Frage soll anläßlich des **Weltsozialgipfels in Kopenhagen** in einem Seminar aufgearbeitet werden. Ziel der Veranstaltung ist es, Handlungsmöglichkeiten als Einzelne/r aufzuzeigen. Information und Anmeldung: DGB-Bildungszentrum, Koernickestr. 1, 55543 Bad Kreuznach.

Die Türkei - ein Land zwischen Orient und Okzident, Bad Urach, 3.-5.März. Dieser touristisch anmutende Titel täuscht: Es geht in dem Seminar auch um die politische Situation in der Türkei und die Beziehungen zur EG. Information: Landeszentrale für politische Bildung, Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach, Tel. 07125/152-0.

Entwicklung als Auslöser von Konflikten, Bad Boll, 10.-12.März 95. Am Beispiel Bougainville/Papua-Neuguinea sollen in der Tagung Probleme aufgezeigt werden, die von auf Ressourceausbeutung beruhenden **Großprojekten** ausgehen. Information: Monika Stark, Evangel. Akademie, 73087 Bad Boll,Tel. 07164/9238.

Eine andere Welt oder keine - Vlotho, 8.-13.Apr. 95. Das Seminar soll eine **Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge** geben. Information: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel.:05733/18154.
